



# Landtag von Baden-Württemberg

30. Sitzung

13. Wahlperiode

Bebenhausen, Donnerstag, 18. Juli 2002 • Kloster

Beginn: 9:32 Uhr

Schluss: 18:10 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten . . . . .	1811	3. Antrag der Fraktion der SPD – <b>Bestreben eines Verfahrens der Landesregierung gegen das Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern bzw. sein Zustandekommen</b> – Drucksache 13/1164	
Erweiterung der Tagesordnung . . . . .	1811	– dringlich gemäß § 57 Abs. 3 GeschO . . . . .	1839
Würdigung und Verabschiedung der Abg. Dr. Puchta und Dr. Salomon . . . . .	1848	Abg. Birzele SPD . . . . .	1839, 1846
Absetzung des Tagesordnungspunkts 7 . . . . .	1880	Abg. Pauli CDU . . . . .	1841
1. Aktuelle Debatte – <b>Durchgreifende Reformen des Arbeitsmarkts als Voraussetzung zur Belebung des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg – Bewertung der Vorschläge der Hartz-Kommission</b> – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP . . . . .	1811	Abg. Pfister FDP/DVP . . . . .	1842
Abg. Dr. Noll FDP/DVP . . . . .	1811	Abg. Theresia Bauer GRÜNE . . . . .	1843
Abg. Dr. Birk CDU . . . . .	1814	Minister Dr. Christoph Palmer . . . . .	1844
Abg. Rudolf Hausmann SPD . . . . .	1817	Minister Dr. Goll . . . . .	1847
Abg. Dr. Witzel GRÜNE . . . . .	1820	Abg. Kretschmann GRÜNE . . . . .	1848
Minister Dr. Döring . . . . .	1822	Beschluss . . . . .	1848
Abg. Ruth Weckenmann SPD . . . . .	1824	Abg. Fischer SPD (zur Geschäftsordnung) . . . . .	1849
2. Große Anfrage der Fraktion GRÜNE und Antwort der Landesregierung – <b>10 Jahre nach der Umweltkonferenz von Rio – Auswirkungen der Klimaveränderungen für Mensch und Umwelt in Baden-Württemberg</b> – Drucksache 13/734 . . . . .	1826	4. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – <b>Erschließung der Begabungspotenziale von Frauen für naturwissenschaftlich-technische und ingenieurwissenschaftliche Studiengänge</b> – Drucksache 13/182 . . . . .	1854
Abg. Walter GRÜNE . . . . .	1827	Abg. Rita Haller-Haid SPD . . . . .	1854
Abg. Hauk CDU . . . . .	1830	Abg. Dr. Monika Stolz CDU . . . . .	1856
Abg. Dr. Caroli SPD . . . . .	1832	Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP . . . . .	1857
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP . . . . .	1834	Abg. Theresia Bauer GRÜNE . . . . .	1858
Minister Müller . . . . .	1836	Ministerin Dr. Annette Schavan . . . . .	1859
		Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD . . . . .	1861
		Beschluss . . . . .	1861

5. <b>Fragestunde</b> – Drucksache 13/1153	
5.1 Mündliche Anfrage des Abg. Boris Palmer GRÜNE – <b>Beteiligung des Verbands Region Stuttgart an den freien Regionalisierungsmitteln</b> . . . . .	1850
Abg. Boris Palmer GRÜNE . . . . .	1850, 1851, 1852
Staatssekretär Mappus . . . . .	1851, 1852
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP . . . . .	1851
Abg. Hauk CDU . . . . .	1851
5.2 Mündliche Anfrage des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD – <b>Insolvenz eines Fensterbauers im Schwarzwald-Baar-Kreis</b> . . . . .	1852
Abg. Gustav-Adolf Haas SPD . . . . .	1852, 1853
Staatssekretär Rückert . . . . .	1852, 1853
5.3 Mündliche Anfrage des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD – <b>Interregio Höllental 2216/17; hier: Antwort der Landesregierung in der Landtagssitzung vom 20. Juni 2002 zur Einstellung des Interregios zum Fahrplanwechsel 15. Dezember 2002 – Drucksache 13/1002 Ziffer 3</b> . . . . .	1853
Abg. Gustav-Adolf Haas SPD . . . . .	1853, 1854
Staatssekretär Mappus . . . . .	1853, 1854
6. a) Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – <b>Anspruch und Wirklichkeit – Agrarwende der rot-grünen Bundesregierung</b> – Drucksache 13/362	
b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – <b>Umbau der Landwirtschaft in Baden-Württemberg zu mehr Verbraucherschutz, Tierschutz und Regionalisierung der Lebensmittelvermarktung</b> – Drucksache 13/543	
c) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – <b>Förderung regionaler Absatzmärkte für die baden-württembergische Landwirtschaft; hier: Gemeinschaftspflege</b> – Drucksache 13/606 . . . . .	1861
Abg. Traub CDU . . . . .	1861
Abg. Birgit Kipfer SPD . . . . .	1864
Abg. Walter GRÜNE . . . . .	1867, 1879
Abg. Drautz FDP/DVP . . . . .	1871
Abg. Kiefl CDU . . . . .	1874
Abg. Teßmer SPD . . . . .	1875
Minister Stächele . . . . .	1876
Beschluss . . . . .	1879
7. Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – <b>Entwicklungszusammenarbeit des Landes</b> – Drucksache 13/370 . . . . .	abgesetzt (s. S. 1880)
8. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP/DVP und der Fraktion GRÜNE – <b>Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes</b> – Drucksache 13/1069	
Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 13/1151 . . . . .	1880
Abg. Herrmann CDU . . . . .	1880
Abg. Fischer SPD . . . . .	1881
Abg. Kleinmann FDP/DVP . . . . .	1881
Abg. Brigitte Lösch GRÜNE . . . . .	1881
Beschluss . . . . .	1882
9. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz zur Änderung des Landesverwaltungszustellungsgesetzes</b> – Drucksache 13/968	
Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 13/1129 . . . . .	1883
Abg. Schneider CDU . . . . .	1883
Abg. Stickelberger SPD . . . . .	1883
Abg. Theurer FDP/DVP . . . . .	1883
Abg. Oelmayer GRÜNE . . . . .	1883
Minister Dr. Schäuble . . . . .	1883
Beschluss . . . . .	1883
10. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 18. März 2002 – <b>Organisation und Arbeitsweise der Veranlagungsstellen bei den Finanzämtern</b> – Drucksachen 13/853, 13/1114 . . . . .	1884
Abg. Dr. Scheffold CDU . . . . .	1884
Abg. Seltenreich SPD . . . . .	1885
Abg. Theurer FDP/DVP . . . . .	1886
Abg. Heike Dederer GRÜNE . . . . .	1886
Minister Stratthaus . . . . .	1887
Beschluss . . . . .	1888
11. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Finanzministeriums vom 29. Mai 2002 – <b>Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Bericht über aktuelle Entwicklungen im Lotteriewesen</b> – Drucksachen 13/1039, 13/1116 . . . . .	1888
Beschluss . . . . .	1888

<p>12. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst vom 3. April 2002 – <b>Gemeinschaftsaufgabe Ausbau und Neubau von Hochschulen; hier: Anmeldungen des Landes zum 32. Rahmenplan nach dem HBFG</b> – Drucksachen 13/896, 13/1113 ..... 1888                  Beschluss ..... 1888</p> <p>13. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 13. Mai 2002 – <b>Zukunftssicherung des „Hockenheim-Rings Baden-Württemberg“; hier: Grundstückstausch zwischen dem Land (Staatsforstverwaltung) und der Stadt Hockenheim</b> – Drucksachen 13/995, 13/1064 ..... 1888                  Abg. Reichardt CDU ..... 1888                  Abg. Rosa Grünstein SPD ..... 1889                  Abg. Kleinmann FDP/DVP ..... 1890                  Abg. Heike Dederer GRÜNE ..... 1890                  Minister Stratthaus ..... 1890                  Beschluss ..... 1891                  Abg. Reichardt CDU (zu Protokoll) ..... 1891</p>	<p>14. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 29. Mai 2002 – <b>Verkauf des Zirkelgrundstücks Flst.-Nr. 207, Gemarkung Karlsruhe</b> – Drucksachen 13/1037, 13/1065 ..... 1892                  Beschluss ..... 1892</p> <p>15. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 13/1110, 13/1111, 13/1154, 13/1155, 13/1156 ..... 1892                  Beschluss ..... 1892</p> <p>16. Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 13/1109 ..... 1892                  Beschluss ..... 1892</p> <p>Nächste Sitzung ..... 1892</p>
--	---

## Protokoll

über die 30. Sitzung vom 18. Juli 2002

Beginn: 9:32 Uhr

**Präsident Straub:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 30. Sitzung des 13. Landtags von Baden-Württemberg, begrüße Sie und darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen.

Urlaub für heute habe ich Herrn Abg. Winckler und – ab 13 Uhr – Frau Abg. Vosschulte erteilt.

Krank ist heute Frau Abg. Altpeter gemeldet.

Meine Damen und Herren, nachdem die Dringlichkeit bejaht wurde, soll der bisher auf der Tagesordnung nachrichtlich aufgeführte Antrag der Fraktion der SPD – Bestreben eines Verfahrens der Landesregierung gegen das Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern bzw. sein Zustandekommen –, Drucksache 13/1164, als Punkt 3 beraten werden. Kann ich davon ausgehen, dass die Aussprache ohne Redezeitfestlegung stattfinden soll, wobei zwei Redner je Fraktion vorgesehen sind? – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Ich darf noch auf Folgendes hinweisen: Unmittelbar im Anschluss an die heutige Vormittagssitzung findet für das Präsidium nochmals ein Fototermin draußen beim Brunnen statt.

Ferner darf ich darauf hinweisen, dass die Verwaltung bereit ist, während der Mittagspause eine Führung durch die Ausstellung zu machen, die hier im Schloss zu sehen ist. Ich darf bitten, davon Gebrauch zu machen.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

**Aktuelle Debatte – Durchgreifende Reformen des Arbeitsmarkts als Voraussetzung zur Belebung des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg – Bewertung der Vorschläge der Hartz-Kommission – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP**

Es gibt keine Redezeitfestlegung. Es sind bis zu zwei Redner je Fraktion vorgesehen.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll.

**Abg. Dr. Noll** FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Hartz-Kommission ist in aller Munde. Ich vermute, viele von Ihnen und auch viele von denen, die darüber reden, haben die Originalpapiere noch nicht gelesen.

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Es sind 13 Module, die jedem, der sich dafür interessiert, inzwischen vorliegen. Aber vielleicht lohnt es sich auch gar nicht, diese zu lesen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: 35 Seiten! – Weitere Zurufe)

– 13 Module, 35 Seiten, völlig richtig, Kollege Schmiedel. Sie haben es offensichtlich gelesen. Aber es ist zu befürchten, dass Sie sich hätten die Mühe sparen können, weil schon jetzt, bevor die offizielle Veröffentlichung ansteht, ein Teil dieser Module wieder herausgenommen wird. Das zeigt ganz deutlich: Die Befürchtung, dass es sich hier um eine Schauveranstaltung vor dem Wahltag handelt, ist leider sehr begründet. Das hat sich auch im Deutschen Bundestag gezeigt. Als die FDP-Fraktion versucht hat, zu erreichen, dass Teile dieser Vorschläge sofort in konkrete Handlungen umgesetzt werden, wurde das mehrheitlich abgelehnt. Meine Damen und Herren, es ist Zeit, endlich zu handeln, statt immer neue Kommissionen einzusetzen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Der Umgang mit dem Thema Arbeitslosigkeit zeigt im Grunde genommen den Politikstil von Bundeskanzler Schröder.

(Abg. Wieser CDU: Theater, Theater!)

– Theater, Theater, richtig, Herr Kollege Wieser. – Anstatt gestaltende Politik zu machen, trifft man sich in zig Kommissionen und bei runden Tischen. Meine Damen und Herren, wir brauchen nicht immer mehr runde Tische, sondern wir brauchen endlich politischen Gestaltungswillen und politische Entscheidungen mit Ecken und Kanten.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zurufe)

Im Übrigen fragt man sich schon: Für den Bereich Arbeitsmarktpolitik hat doch Kanzler Schröder zwei zuständige Minister; der eine heißt Riester, der andere heißt Müller. Bei Herrn Riester habe ich das Gefühl, er ruht sich auf den Lorbeeren einer Reform aus, von deren Erfolg noch keinesfalls geredet werden kann, weil sie ein bürokratisches Monstrum ist, und im Übrigen ist er damit beschäftigt, die Gewerkschaftsklientel bis zur Wahl bei der Stange zu halten.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP – Zuruf des Abg. Stichelberger SPD)

(Dr. Noll)

Das kann ich ja noch verstehen. Noch schlimmer ist es mit Herrn Müller. Ich weiß nicht, ob es nur mir so geht: Haben Sie von Herrn Wirtschaftsminister Müller irgendetwas zu diesen Hartz-Vorschlägen gehört?

(Abg. Dr. Caroli SPD: Gebt dem ein Stück Traubenzucker!)

Ich nicht. Meine Damen und Herren, der soll sich einmal ein Beispiel an unserem Wirtschaftsminister hier in Baden-Württemberg nehmen, der aktiv daran arbeitet.

(Lebhafter Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, Beleg dafür ist, dass die Hartz-Kommission – auch das ist wahrscheinlich wenigen bekannt – als Zielvorgabe die Absenkung der Arbeitslosenquote auf genau den Prozentsatz anstrebt, den wir in Baden-Württemberg Gott sei Dank schon erreicht haben, nämlich ca. 5 %.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Wieser CDU: Dank Döring!)

Nach diesen allgemeinen Vorbemerkungen möchte ich mich jetzt doch einzelnen Punkten zuwenden. Ich kann nicht alle abhandeln; das werden Sie verstehen. Wir werden heute sicherlich noch viele Punkte zu behandeln haben.

Es lässt sich im Grunde bei allen Punkten sagen: Wirklich neu in der Diskussion ist eigentlich nichts. Denn wenn Sie sich die Bundestagsdrucksachen der vergangenen Legislaturperiode anschauen, dann sehen Sie, dass fast alles entweder von der FDP oder von der CDU/CSU im Bundestag schon angesprochen worden ist. Es ist nur damals, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, grundsätzlich unter den Tisch gebügelt worden. Der eigentliche Skandal ist, dass Sie, die Sie Vorschläge der Opposition – der Freien Demokraten und der CDU/CSU – im Bundestag regelmäßig mit Totschlagargumenten wie „Turbokapitalismus“, „sozial kalt“, „gegen die Arbeitnehmerschaft gerichtet“ platt gemacht haben, sich jetzt hinter einer Kommission verstecken und damit versuchen, Ihr Versagen der letzten vier Jahre zu bemänteln.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich möchte das an dem Beispiel Zeitarbeit, Arbeitnehmerüberlassung einmal deutlich machen. Die Hartz-Kommission sagt: Wir müssen den Bereich der Zeitarbeit deregulieren. Meine Damen und Herren von der SPD, Sie haben nicht gezögert, Zeitarbeit ständig als die moderne Sklavenei zu diffamieren,

(Abg. Drexler SPD: Hör auf!)

anstatt zu sehen, dass Zeitarbeit denjenigen eine Chance bietet, die sonst keinen Weg in den ersten Arbeitsmarkt zurückerfinden. Es ist belegt, dass über Zeitarbeit viele Menschen wieder die Chance bekommen, zurück in den ersten Arbeitsmarkt zu gelangen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Zweites Thema: Kündigungsschutz, Zumutbarkeitsregeln. Auch da gehören Sie zu den Besitzstandswahrern,

(Abg. Drexler SPD: Das sagt ein Zahnarzt!)

die im Grunde genommen nicht verstanden haben, dass ich die Leute zu Tode schütze, wenn ich Schutzmechanismen übertreibe, dass ich dann zwar die, die Arbeit haben, schütze, aber die anderen außen vor halte.

(Beifall des Abg. Dr. Lasotta CDU)

Sie müssen jetzt endlich einmal begreifen, dass Sie deregulieren müssen, um Chancen zu eröffnen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Beim Thema Kündigungsschutz kommt mit Regelmäßigkeit aus der linken Ecke: Aha, ihr wollt „hire and fire“. Meine Damen und Herren, kein Mensch will amerikanische Verhältnisse.

(Abg. Drexler SPD: Sie schon!)

Aber in einer sich verändernden Wirtschaft, in einer Gesellschaft, die in einem Strukturwandel begriffen ist, muss es doch möglich sein, in Betrieben, die strukturell und in der Perspektive keine Zukunft haben, Menschen in neue Bereiche umzusetzen. Ein ganz deutliches Beispiel war Holzmann. Man macht den dort arbeitenden Menschen etwas vor, wenn man eine Firma erhalten will, obwohl sie nicht mehr existenzfähig ist. Es stünden kleine und mittlere Betriebe in genügender Zahl bereit, sowohl die Aufträge als auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu übernehmen.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Was macht der Bundeskanzler? Er versucht, mit Staatsknete das Unternehmen noch zu halten und den Leuten Sand in die Augen zu streuen. In der Zwischenzeit gehen die Kleinen kaputt, die genau dann, wenn der Große doch nicht mehr weiterbestehen kann, eben nicht mehr als Auffangbecken dienen können.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Nächstes Thema: „Ich-AG“. Das ist ein besonders interessantes Thema, übrigens schon von der Sprachwahl her. Wie sehr wird immer kritisiert, dass wir die Menschen heutzutage auf ihre wirtschaftliche Bedeutung reduzieren! Das Wort „Ich-AG“ ist eine extreme Reduzierung darauf, dass der Einzelne als Wirtschaftsunternehmen zu fungieren hat. Darüber sollten Sie schon einmal nachdenken.

(Abg. Drexler SPD: Was will der eigentlich?)

Herr Schmiedel, Sie sind Lehrer. Sie müssten ein bisschen mit Worten umgehen können.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Ich bin doch nicht Lehrer! – Abg. Schmiedel SPD: Der Drexler ist doch kein Lehrer!)



(Dr. Noll)

Das Thema „Ich-AG“ greift natürlich genau das Thema auf, bei dem Sie die Selbstständigkeit verunmöglicht haben. Die Hartz-Kommission schreibt ausdrücklich: „Die Regelungen zur Scheinselbstständigkeit müssen zurückgenommen werden.“ Warum haben Sie sie denn überhaupt erst gemacht?

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD:  
Ich gehe lieber mit Worten um als mit Gebissen!)

Das Hauptziel, was Hartz mit der „Ich-AG“ erreichen will, ist: Er will Schwarzarbeit in legale Arbeit zurückführen.

Sie sollten sich einmal anschauen – das ist das Einzige, was ich hier an schriftlichen Unterlagen mitgebracht habe; vielleicht kann man es auch aus der Ferne erkennen –, wie die Balken der Schwarzarbeit auf 329 Milliarden € hochgegangen sind,

(Zurufe der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE sowie  
Rudolf Hausmann und Drexler SPD)

und zwar exakt parallel zur Regierungsübernahme durch Rot-Grün – trotz aller Kontrollen. Sie müssen doch einmal nachdenken, woran das liegt.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Das zeigt doch, dass Sie den Menschen schlicht und einfach künftig mehr netto in der Tasche lassen müssen, damit sich Schwarzarbeit nicht mehr lohnt.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Wer hat denn die Steuerreform gemacht? – Zurufe von der SPD)

Sie müssen als Zweites Arbeit wieder bezahlbar machen.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Es gibt doch konkrete Vorschläge, wie wir das schaffen können. Unter anderem gibt es den Vorschlag, Handwerkerleistungen nur noch mit einem reduzierten Mehrwertsteuersatz zu belegen.

(Abg. Drexler SPD: Warum haben Sie das nicht gemacht?)

Da ist das Beispiel der 630-DM-Jobs. Mit der Neuregelung der 630-DM-/325-€-Jobs haben Sie natürlich Menschen in die Schwarzarbeit gezwungen.

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Das eigentliche Ziel der Versicherungspflicht der 325-€-Jobs, nämlich eine Senkung der Lohnzusatzkosten, haben Sie glatt verfehlt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Die Zusatzkosten steigen, weil Sie sich um Reformen drücken. Es ist natürlich auch ein Thema, dass Sie sich in weiten Bereichen der sozialen Sicherungssysteme um Reformen gedrückt haben.

Lassen Sie mich zum Schluss

(Abg. Drexler SPD: Sehr gut!)

ein Modul aus dem Hartz-Papier bringen, das mir sehr missfällt und, ich hoffe, Ihnen auch. Dieses Modul heißt Bridging. Das klingt so gut: Brücken bauen. Aber es ist der falsche Anreiz, für Menschen ab 55 Jahren Brücken in die Rente, aus der Langzeitarbeitslosigkeit in den Vorruhestand zu bauen. Das ist ein falsches Signal. Wir werden in Zukunft alle dafür kämpfen müssen, das Wissen und die Erfahrung älterer Menschen in den Betrieben zu halten, auch mit Blick auf die demographische Entwicklung. Wenn Sie jetzt das, was schon vor vier Jahren falsch war, als neues Modell unter dem Namen Bridging bringen, dann liegen Sie in diesem Punkt völlig falsch.

Die Hartz-Kommission befasst sich sehr statisch mit der besseren Verteilung, der besseren Vermittlung in den Arbeitsmarkt, was natürlich überhaupt keinen Sinn macht, wenn gar keine Arbeitsplätze zur Verfügung stehen, wie das insbesondere im Osten der Fall ist. Das ist zwar ein richtiger Ansatz, aber wir müssen auf der anderen Seite dafür sorgen, dass die Wirtschaft, der Arbeitsmarkt von Regulierungen entfesselt werden, um neue Arbeitsplätze schaffen zu können. Nur dann werden wir Menschen in Lohn und Brot bringen.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Daher ist das Papier, das von der CDU unter Federführung von Herrn Späth erarbeitet wurde, in der Tat eine notwendige Ergänzung zum Hartz-Papier.

(Abg. Schmiedel SPD: Was haben Sie denn gegen Hartz?)

Einerseits brauchen wir bessere Vermittlung, bessere Verteilung, aber andererseits müssen wir natürlich auch wirtschaftliche Dynamik entfesseln.

(Unruhe)

Eine kleine kritische Anmerkung sei hier schon erlaubt: Von Strohfeuerprogrammen in Milliardenhöhe halten wir Liberalen natürlich nichts. Andererseits dürfte ein Vorschlag uns allen hier im Landtag von Baden-Württemberg nicht ganz unbekannt vorkommen: Das ist das Thema Bürokratiekosten-TÜV. Herr Schäuble, Herr Döring, wir machen das ja in Baden-Württemberg. Also nur weiter so! Macht auch auf Bundesebene solche Modelle,

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

denn eines der Krebsgeschwüre, das gerade kleine und mittlere Unternehmen stranguliert, ist diese überbordende Bürokratie. Auch diese müssen wir gemeinsam bekämpfen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Abschließend, meine Damen und Herren: Es ist Zeit zum Handeln. Machen, machen, machen statt schwätzen, das ist das Motto der Zukunft.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Rudolf Hausmann SPD: Das sagt der Richtige!)

(Dr. Noll)

Die vernünftigen Vorschläge, die in beiden Papieren, dem Hartz-Papier und dem Späth-Papier, vorhanden sind, gilt es so schnell wie möglich umzusetzen.

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: 16 Jahre Großversuch!)

Ich sage Ihnen: Wir Liberalen stehen bereit, das nach dem 22. September Punkt für Punkt und schnell umzusetzen,

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

was schon lange bekannt ist und schon lange notwendig gewesen wäre.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Rudolf Hausmann SPD – Abg. Drexler SPD: Nur Gebrüll! – Abg. Rudolf Hausmann SPD: Waren Sie heute früh schon bei der Dopingkontrolle? – Unruhe)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Birk.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, ich darf bitten, die Gespräche einzustellen. Man versteht sonst vor allem bei den Zuhörern wirklich nichts mehr.

**Abg. Dr. Birk** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach diesem fulminanten Vortrag –

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

man dachte gerade, der Kollege Noll sei heute Morgen gedopt –

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der SPD – Abg. Rudolf Hausmann SPD: Ja, genau! So ist es! Laut und unsinnig!)

hoffe ich, dass diese Debatte in aller Sachlichkeit weitergeführt werden kann. Wir leisten auch einen Beitrag zum gegenseitigen Verständnis, wenn wir versuchen, einander zuzuhören.

Zunächst einmal, denke ich, kommt man nicht umhin, festzustellen, dass in der Bundesrepublik das Wirtschaftswachstum derzeit 0,7 % beträgt. Wir sind damit Schlusslicht in der Europäischen Union. Wenn wir derzeit erst ab einem Wirtschaftswachstum von 2 % mehr Beschäftigung, neue Arbeitsplätze und einen Abbau der Arbeitslosigkeit bekommen können, dann muss man ganz klar feststellen, dass die derzeitige Bundesregierung die Rahmenbedingungen für mehr Beschäftigung und für mehr Wachstum nicht richtig gesetzt hat. Ich denke, dass Sie von Rot-Grün sich dies auch vorhalten lassen müssen. Denn eine andere Zahl ist ja mittlerweile auch erschreckend und unbestritten: Wir haben in Deutschland 4 Millionen Arbeitslose. Alle Wirtschaftsforschungsinstitute stimmen darin überein, dass zu diesen 4 Millionen noch 1,8 Millionen, die von der Arbeitslosenstatistik nicht erfasst werden, hinzukommen.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Die gab es doch bei Ihnen auch! – Abg. Rudolf Hausmann SPD: Die gibt es nicht erst seit heute! – Abg. Ruth Weckenmann SPD: Herr Birk, Sie haben doch die Frauen immer draußen gelassen!)

Es gibt immerhin eine Million Arbeitslose, die auf Arbeitssuche sind, aber in der Statistik nicht erfasst werden. Es gibt 800 000, die arbeitsfähig sind, aber mittlerweile von der Sozialhilfe leben. Es kommt hinzu, dass jährlich 200 000 ältere Arbeitnehmer mehr den Arbeitsmarkt verlassen, als jüngere nachkommen. Auch insofern gibt es also ein deutliches Problem bei der Arbeitslosigkeit. Frau Weckenmann, Sie müssen sich diese Zahlen vorhalten lassen.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Ich kann sie lesen, Herr Birk, Sie aber nicht!)

Diese Zahlen können Sie nicht beschönigen. Sie von der SPD sind verantwortlich für über 4 Millionen Arbeitslose. Das müssen Sie sich vorhalten lassen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Sie müssen einmal sagen, wie die Ausgangslage war! – Weitere Zurufe von der SPD)

Das muss deshalb so deutlich angesprochen werden, weil der Bundeskanzler ja 1998 mit dem Ziel angetreten ist, die Zahl der Arbeitslosen unter 3,5 Millionen abzusenken,

(Abg. Schmiedel SPD: Weil er 4,5 Millionen übernommen hat!)

und weil er mit diesem Ziel komplett gescheitert ist. Jetzt kommt doch die Frage: Woran liegt das denn?

(Abg. Schmiedel SPD: An Kohl!)

Zum Teil liegt das sicherlich auch an der Weltkonjunktur.

(Abg. Schmiedel SPD: Und Kohl! – Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Sagen Sie das einmal deutlich!)

Aber die Probleme sind in erster Linie hausgemacht.

(Abg. Schmiedel SPD: Von der CDU hausgemacht!)

Sie sind hausgemacht durch eine falsche Richtung Ihrer Politik. Das müssen Sie sich vorhalten lassen.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Wir hatten ja unlängst im Wirtschaftsausschuss Gelegenheit, über verschiedene Themen zu sprechen. Wir halten Ihnen nach wie vor vor, dass das 325-€-Gesetz falsch angelegt ist.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: 20 000 Arbeitsplätze mehr in Baden-Württemberg!)

Es hat dazu geführt, dass erst einmal 1,4 Millionen Jobs im Niedriglohnbereich abgebaut und daraufhin 700 000 mühsam wieder aufgebaut wurden.

(Dr. Birk)

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Quatsch! Es gibt keinen Verlust, Herr Birk! Lesen Sie doch mal!)

Es bleibt also ein Nettoverlust von 700 000 Arbeitsplätzen.

Ein Weiteres ist die Einschränkung von Zeitarbeitsverträgen und befristeten Arbeitsverhältnissen. All dies hat dazu beigetragen, dass die derzeitige Bundesregierung nicht zum Jobschaffer, sondern zum Jobkiller wurde.

(Zuruf von der CDU: Nummer 1!)

Auch das Gesetz mit dem Anspruch auf Teilzeitarbeit lässt sich anführen. Es gibt eine ganze Reihe von Gesetzen, die das Gegenteil bewirkt haben: Sie haben nicht geholfen, den Arbeitsmarkt zu liberalisieren und etwas für mehr Beschäftigung zu tun, sondern sie haben eine weitere Gängelung des Arbeitsmarkts bewirkt. Sie haben eine Politik gegen Beschäftigung und gegen den Abbau von Arbeitslosigkeit gemacht. Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, dass jetzt, nachdem alles gescheitert ist, sozusagen die letzte Wunderwaffe, nämlich die Hartz-Kommission, ins Spiel kommen soll.

Wenn man sich die Vorschläge der Hartz-Kommission einmal anschaut, dann wird man feststellen, dass vieles von dem, was Hartz vorschlägt, bereits in dieser Legislaturperiode von CDU/CSU und FDP im Deutschen Bundestag gefordert wurde.

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: Ach, auf einmal! Ach was! – Abg. Ruth Weckenmann SPD: Stoiber hat es doch abgelehnt! Stoiber sagt doch Nein! Stoiber hat sich nie dafür eingesetzt! Der sagt Nein!)

Sie waren aufgrund einer fehlgeleiteten Ideologie nicht bereit, diese Vorschläge aufzugreifen.

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: Ach, Herr Birk! 17 Jahre Zeit gehabt!)

Sie sind nicht dafür eingetreten und haben diese Vorschläge nicht aufgegriffen.

Worum geht es? Organisatorische Veränderungen in der Bundesanstalt für Arbeit, Verbesserungen bei der Vermittlung von Arbeitssuchenden, Versuche, Arbeitslose stärker in die Pflicht zu nehmen, Einschnitte in die Leistungen der Arbeitslosenversicherung, eine Neugestaltung des Arbeitslosengelds und der Arbeitslosenhilfe, Maßnahmen, die Statistik massiv zu bereinigen. Das Ziel von Hartz ist eine Halbierung der Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2005. Diese Vorschläge von Hartz stoßen auf ein sehr geteiltes Echo.

(Abg. Schmiedel SPD: Bei Stoiber!)

Wir dürfen einmal gespannt sein, ob Schröder es nur bei der Ankündigung belässt, diese Ergebnisse bis zur Bundestagswahl kraftvoll umzusetzen,

(Abg. Schmiedel SPD: Was ist mit Seehofer?)

oder ob er nach der Bundestagswahl überhaupt noch in der Lage sein wird, dies zu tun. Aus heutiger Sicht ist er der

Kanzler der Arbeitslosigkeit, und am 22. September muss dies beendet werden.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Theurer FDP/DVP – Unruhe)

Diese Initiative der Bundesregierung kommt viel zu spät. Sie hätten diese Notwendigkeiten schon viel früher erkennen können und entsprechende Reformen einleiten müssen. Aber Sie haben dies über Jahre hinweg nicht gemacht. Dafür bekommen Sie heute die Quittung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Ruth Weckenmann SPD: Von Ihnen?)

Meine Damen und Herren, wenn man sich mit diesen Vorschlägen im Einzelnen auseinander setzt, dann wird man natürlich auch feststellen, dass eine ganze Reihe von Vorschlägen ins Leere laufen. Zum Beispiel ist die Einrichtung von Personalserviceagenturen – das heißt, dass das Arbeitsamt in Zukunft auch als Leiharbeitsfirma auftritt – doch der offensichtliche Versuch, Arbeitslose als Beschäftigte zu deklarieren, damit sie aus der Arbeitslosenstatistik herausfallen.

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: Oh Mann! Oh Mann, habt ihr ein Verständnis! Das ist ja fürchterlich! – Zuruf der Abg. Ruth Weckenmann SPD)

So kann man Arbeitslosigkeit natürlich auch senken: Man macht das auf dem Papier, aber nicht für diejenigen, die davon betroffen sind.

Dies gilt genauso für die Einführung der „Ich-AG“. Das ist schon eine seltsame Wortschöpfung. Aber wenn man etwas dafür tun muss, dann hätten Sie seinerzeit nicht das Gesetz gegen die Scheinselbstständigkeit verabschieden dürfen,

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: So ein Unsinn! Nichts verstanden!)

sondern dann hätten Sie wirklich alles dafür tun müssen, dass sich Selbstständigkeit in der Bundesrepublik Deutschland weiterhin entwickeln kann.

(Zurufe von der SPD)

Das Thema „Begrenzung des Arbeitslosengelds“ hört sich auch sehr gut an: Zunächst gibt es ein Arbeitslosengeld sechs Monate pauschaliert, dann sechs Monate auf der Basis des letzten Nettolohns, danach zwölf Monate Arbeitslosenhilfe und sodann Sozialhilfe. Was dies für ältere Arbeitslose bedeutet, muss man natürlich auch deutlich erwähnen. Man muss sehen, dass sie dadurch sehr viel schneller in eine Sozialhilfesituation kommen,

(Abg. Schmiedel SPD: Ich denke, das war ein Vorschlag der CDU!)

aber dass dies natürlich auch wiederum ein Beitrag ist, um die Arbeitslosenstatistik zu frisieren und zu verschönern und die Arbeitslosigkeit auf dem Papier möglichst schnell zu halbieren.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU – Zurufe von der SPD)



(Dr. Birk)

Im Übrigen ist es sehr fraglich, ob in diesem Fall nicht das Äquivalenzprinzip, nämlich die Orientierung der Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung an den Beiträgen, verletzt würde, was ein Bruch der Verfassung wäre.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das ist schon verletzt! –  
Zuruf des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

Die Befristung der Arbeitslosenhilfe auf zwei Jahre ist ebenso eine massive Bereinigung der Arbeitslosenstatistik. Arbeitslose würden nach drei Jahren auf Sozialgeld oder Sozialhilfe angewiesen sein. Das heißt, hier wird auch nur an den Symptomen herumgedoktert, werden aber nicht die Ursachen für die Arbeitslosigkeit beseitigt.

Deshalb kann ich nur sagen: Die CDU hat sehr schnell eine Offensive „Aufschwung für Arbeit“ auf den Weg gebracht, die auch dem Standort Baden-Württemberg gut tut. So wollen wir zum Beispiel durchaus eine Lockerung des Kündigungsschutzes für ältere Arbeitnehmer.

(Zuruf von der SPD)

Das bedeutet keinen Abbau des Kündigungsschutzes, sondern eine Lockerung für den Fall, dass auf freiwilliger Basis Abfindungen vereinbart werden. Wir wollen dafür sorgen, dass es nicht zu einem weiteren Rückstau von Prozessen bei den Arbeitsgerichten kommt und dass gerade auch der Mittelstand verstärkt ältere Arbeitnehmer ab 50, ab 52, ab 55 Jahren einstellen kann.

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: Ja, ja! – Abg. Ruth Weckenmann SPD: Damit ihr sie loswerden könnt!)

Darüber hinaus wollen wir eine Abschaffung des generellen Anspruchs auf Teilzeitarbeit. Wir wollen ihn auf Zeiten der Kindererziehung und der Pflege begrenzen, in denen dies auch sinnvoll ist. Man darf nicht mit dem Rasenmäher darüber hinweggehen und dies zum Maßstab für alle erheben.

Wir wollen verbesserte Rahmenbedingungen für Zeitarbeit und für die vertragliche Befristung von Arbeitsverhältnissen. Zum Beispiel wollen wir, dass Zeitarbeitsverträge von 24 auf 36 Monate verlängert und für diese Zeit abgeschlossen werden können.

Und wir wollen einen Ausbau des Niedriglohnbereichs. Ich glaube, es ist unser gemeinsames Interesse, dass dort mehr Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden.

(Abg. Schmiedel SPD: Was haben Sie eigentlich gegen Hartz?)

Deshalb ist aus unserer Sicht auch klar, dass das von Ihnen verabschiedete 325-€-Gesetz zurückgenommen werden muss. Wir wollen Verdienste bis 400 € sozialversicherungsfrei stellen und dafür nur noch eine 20-prozentige Pauschalsteuer erheben und für Verdienste in der Größenordnung von 401 € bis 800 € linear gestaffelte Sozialversicherungsbeiträge erheben. Dies führt dem Ziel näher, gerade im Niedriglohnbereich neue und zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen.

Wir sind auch aufgeschlossen gegenüber dem Vorschlag, die Arbeitslosen- und die Sozialhilfe zusammenzulegen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Der kommt schon gar nicht mehr!)

Dies begrüßen wir erstens aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung, aber natürlich auch, um bessere Kontrollmechanismen beim Übergang von der Arbeitslosenhilfe zur Sozialhilfe zu haben.

Wir sind – ich denke, das ist in den nächsten Jahren auch ein wichtiges Thema, das wir besetzen müssen – für die Verschärfung der Zumutbarkeitsregeln: Wir wollen mehr Flexibilität und mehr Mobilität von denjenigen, die auf Arbeitsuche sind, insbesondere von jungen Singles, denen man auch zumuten kann, dass sie ihren Arbeitsplatz nicht direkt am Wohnort bekommen, sondern etwas weitere Anreisewege und Pendlerwege in Kauf nehmen.

Ebenso wichtig ist eine Umkehr der Beweislast. Heute ist es so, dass die Arbeitsämter nachweisen müssen, dass ein Arbeitsplatz zumutbar ist. Dies muss geändert werden. Es muss umgekehrt sein: Künftig muss ein Arbeitsloser selbst darlegen, warum er eine angebotene Stelle nicht annimmt oder für diese nicht geeignet ist.

Deshalb ist das Fazit aus unserer Sicht: Wir brauchen eine neue Balance zwischen Flexibilität und Arbeitsplatzsicherheit. Wir müssen das Arbeitsrecht so ändern, dass sich neue Beschäftigungschancen eröffnen. Wachstum ist Voraussetzung dafür, dass neue Arbeitsplätze entstehen können. Deshalb wollen wir gerade auch die mittelständischen Unternehmen entlasten. Immerhin hat der Mittelstand in der Zeit von 1980 bis 2002 über 2,8 Millionen Arbeitsplätze geschaffen, während die Großindustrie eine Million Arbeitsplätze abgebaut hat. Das heißt, wir müssen auch dort die steuerlichen Rahmenbedingungen richtig setzen und müssen die Steuerreform für die Personengesellschaften, die Sie erst im Jahr 2005 einleiten wollen, um ein Jahr auf 2004 vorziehen. Ihre Steuerreform hat die Kapitalgesellschaften einseitig bevorteilt.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Das stimmt doch nicht!)

Ihre Steuerreform war eine Steuerreform für die Großunternehmen und nicht für die mittelständischen Unternehmen, nicht für das Handwerk. Deshalb ist sie falsch angelegt.

(Beifall bei der CDU)

Wenn man sich mit Ihren Vorschlägen zum Arbeitsmarkt und zu seiner Flexibilisierung beschäftigt,

(Abg. Schmiedel SPD: Was haben Sie eigentlich gegen Hartz?)

dann merkt man, dass Ihre Vorschläge auf diesem Gebiet sehr dünn sind. Sie haben auf diesem Gebiet wirklich erheblichen Nachholbedarf. Sie haben Ihre Zeit, Ihre vier Jahre, nicht genutzt, um auf dem Arbeitsmarkt etwas dafür zu tun, und immerhin war es das Schwerpunktthema Num-

(Dr. Birk)

mer 1 der rot-grünen Bundesregierung, mehr Arbeit zu schaffen. Sie sind damit gescheitert, und es ist überfällig, dass Sie am 22. September abgewählt werden,

(Beifall bei der CDU)

damit am 22. September ein neuer Aufbruch in der Wirtschaft und beim Arbeitsmarkt möglich wird.

(Zurufe von der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist Zeit für Taten. Sie haben bislang tatenlos zugesehen. Deshalb gehören Sie künftig auf die Oppositionsbank im Bund, und im Land bleiben Sie es.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hausmann.

**Abg. Rudolf Hausmann** SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Erste, was mir aufgefallen war – und den gleichen Eindruck hatte ich bei Herrn Birk –, ist: Herr Noll war heute früh gedopt. Man müsste ernsthaft überlegen, ob das Präsidium nicht einmal überprüfen sollte – –

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Aber eine Erkenntnis haben wir aus seiner Rede ja gewonnen: Doping führt nicht automatisch zu guten Leistungen, Herr Noll. Das haben Sie heute demonstriert.

(Beifall bei der SPD – Unruhe)

Ich möchte ein paar Vorbemerkungen machen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ich glaube, das Thema Arbeitslosigkeit verlangt Engagement! – Weitere Zurufe)

Herr Noll fragte in die Runde: „Haben Sie denn das Hartz-Papier gelesen?“

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ja, ich habe es gelesen! Das hat mich gedopt!)

Also, ein paar in dieser Runde haben es wahrscheinlich schon gelesen. Aber, Herr Noll, spätestens seit gestern, seit der PISA-Debatte wissen wir, dass Lesen und Verstehen in Deutschland ein Problem sind – offensichtlich auch in Ihrer Fraktion. Denn Ihr Beitrag hat nicht von großer Kenntnis dieses Papiers gezeugt.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ha, ha, ha!)

Denn sonst hätten Sie dazu anders geredet.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Haben Sie keine besseren Argumente?)

Letzte Vorbemerkung, bevor ich mit meinem eigentlichen Beitrag beginnen möchte:

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ja, das wäre gut!)

Wer dann noch den Wirtschaftsminister Baden-Württemberg als leuchtendes Beispiel dafür zitiert, dass sich im

Land ausgerechnet zum Thema Arbeitslosigkeit etwas bewegt – der Wirtschaftsminister, der mit Ihrer Mehrheit die Verantwortung dafür hat, dass die zwei Programme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, nämlich das Programm gegen Langzeitarbeitslosigkeit und das Programm gegen Jugendarbeitslosigkeit, dass die wenigen Programme, die wir in Baden-Württemberg hatten, in vier Jahren um 80 % gekürzt wurden –, und behauptet, ein solcher Minister sei ein Vorbild, der hat wirklich andere Vorstellungen von Arbeitsmarktpolitik als wir.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will zu drei Punkten etwas sagen:

Erstens noch einmal eine grundsätzliche Überlegung: Sie sprachen von Wahlkampfspektakel, aber Sie haben es heute wirklich produziert. Worum geht es in der Diskussion denn eigentlich? Ich lasse einmal die ökonomischen Nebeneffekte weg. Es geht doch darum, dass die Arbeitslosigkeit zu Perspektivlosigkeit für Menschen führt, die nicht wissen, was sie langfristig machen sollen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das sollte auch Sie dopen!)

Wir wissen aber auch, dass Arbeitslosigkeit Ängste vermittelt, und zwar für die, die im Arbeitsprozess drin sind, aber Angst haben, herauszufliegen. Das bedeutet, dass wir uns ganz seriös und ernsthaft überlegen müssen, welche Maßnahmen wir ergreifen müssen, um den Menschen Mut zu machen, damit sie Vertrauen entwickeln können und wieder Perspektiven bekommen. Dazu sage ich Ihnen: Wir haben ja einen 16-jährigen Großversuch von Ihnen erlebt, von CDU und FDP,

(Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

und da hatten wir – das müssen Sie sich ins Stammbuch schreiben lassen – 16 Jahre lang in einer Hochkonjunkturphase eine Steigerung der Arbeitslosigkeit wie bei einem Naturgesetz. In einer Hochkonjunkturphase! Das ist Ihre Verantwortung, meine Damen und Herren, und deshalb sehe ich überhaupt keinen Grund dafür, dass Sie mit einer unglaublichen Selbstgefälligkeit und Selbstzufriedenheit hier meinen, alles besser zu wissen und uns kritisieren zu können. Ich verstehe das nicht.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

Wir haben versucht, mit unserer Politik in den dreidreiviertel Jahren, die seit der Regierungsübernahme in Berlin jetzt vergangen sind, einen Paradigmenwechsel in der Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hinzubekommen: aktive Arbeitsmarktpolitik, Jobrotation, Mainzer Modell, Mozart-Projekte, sofortige Schulung – da muss man nicht ein Jahr arbeitslos sein, wie es in der Zeit Ihrer Regierung noch erforderlich war – und etliche andere Maßnahmen.

Jetzt sage ich Ihnen eines: Wenn diese Maßnahmen im Ergebnis zu einem Erfolg bei der Bekämpfung der strukturell verfestigten Arbeitslosigkeit führen, nämlich zu einem dra-

(Rudolf Hausmann)

matischen Rückgang bei Langzeitarbeitslosen, bei älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, bei Schwerbehinderten

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

und auch – JUMP-Programm – bei Jugendlichen, dann ist das der Teil, bei dem wir sagen: Unsere Arbeitsmarktpolitik war erfolgreich.

Wenn wir zum anderen auch sagen, wir hätten uns vorgestellt, die Arbeitslosigkeit deutlicher senken zu können – die Höhe der Arbeitslosigkeit, fast 4 Millionen Arbeitslose, gefällt uns überhaupt nicht; das ist für uns kein Ruhmesblatt, das behaupten wir nicht –, dann will ich Ihnen eines sagen: Wir haben eine Menge Maßnahmen entwickelt. Wir haben versucht, etwas zu bewegen,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Versucht! Es blieb beim Versuch!)

und haben auch etwas bewegt und haben vielen Menschen Perspektiven vermittelt. Das ist etwas, was Sie vorher überhaupt nicht gemacht haben.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Wenn man dann erkennt – wir haben dies relativ frühzeitig erkannt, verglichen mit den 16 Jahren, in denen Sie regiert haben –, dass diese Maßnahmen nicht genügen – uns zumindest nicht –, um die Arbeitslosigkeit mit der notwendigen Geschwindigkeit, Effektivität und Effizienz zu bekämpfen, dann lässt man sich etwas Neues einfallen. Dann muss man zu unkonventionellen Maßnahmen greifen. Das sage ich Ihnen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Was man vorher immer abgelehnt hat!)

Wer das nicht macht, arbeitet verantwortungslos, und wer es macht – wie es zum Beispiel bei der Einsetzung der Hartz-Kommission der Fall ist –, der betreibt eine verantwortungsvolle Politik – das sage ich Ihnen –, und die machen wir mit dieser Maßnahme.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Jetzt will ich Ihnen, Herr Noll, ein paar Takte sagen: Entweder haben Sie es nicht gelesen oder nicht verstanden oder wieder vergessen.

Herr Birk, ein paar Punkte zur Hartz-Kommission – mein zweiter Teil –:

Erster Punkt: Schnelle Vermittlung. Also, ich weiß nicht, ob Sie das wissen:

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Natürlich wissen wir das!)

40 % aller, die arbeitslos werden, werden innerhalb von drei Monaten wieder in Arbeit vermittelt.

(Abg. Wieser CDU: Das wissen wir schon lange!)

– Herr Wieser, ich weiß nicht, ob Sie es gewusst haben. Ich frage Sie: Ist es eine kluge Maßnahme, zu sagen: „Wir

wollen es zur Pflicht machen, sich ab dem Tag der Kündigung beim Arbeitsamt zu melden“?

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Natürlich ist das klug!)

Ist es eine kluge Maßnahme, zu sagen: „Und dann muss der Arbeitgeber für Vorstellungen freistellen“? Und ist es eine kluge Maßnahme, zu sagen: „Die Vermittlung beginnt am ersten Tag der Kündigung“? Wenn Sie da zustimmen, ist es prima. Wir behaupten, das ist eine richtige Maßnahme, und deshalb werden wir diesen Vorschlag auch unterstützen.

(Beifall bei der SPD – Demonstrativer Beifall der Abg. Dr. Birk und Hauk CDU)

Ein weiterer Punkt: Ist es nicht richtig, den Verschiebebahnhof zwischen Arbeitsämtern und Sozialämtern – von Ihnen geerbt – zu beenden? Ich frage Sie: Ist es richtig, diesen Verschiebebahnhof zu beenden

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Dann tut es doch!)

und zu sagen, wir brauchen Jobcenter, wir brauchen die Leistung aus einer Hand, wir müssen sie auch Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern anbieten, die vorher gar keine Arbeitslosenunterstützung, also BA-Unterstützung, in Anspruch nehmen konnten? Wir müssen denen eine qualitativ gute Arbeit anbieten. Ist das richtig oder falsch? Wir meinen, das ist richtig und eine gute Aktion.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Nur ein bisschen spät!)

– Herr Birk und Herr Noll, jetzt passen Sie auf! – Also, wenn Sie meinen, wir machten mit dieser Personalserviceagentur etwas, was Sie früher schon lange eingefordert haben, will ich Ihnen einmal sehr deutlich und unmissverständlich den Unterschied erklären zwischen dem, was wir auf den Weg zu bringen versuchen, und dem, was Sie auf den Weg zu bringen versucht haben. Das Gleiche gilt nachher übrigens für die Ich-AG.

Sie wollen – und Sie haben das in Ihrer Regierungszeit demonstriert – Arbeitnehmerrechte abbauen, Sie haben dereguliert,

(Widerspruch der Abg. Dr. Birk CDU und Dr. Noll FDP/DVP)

Sie haben aus sicheren Arbeitsplätzen wackelige Arbeitsplätze gemacht und haben die Leute in ihrer Situation verunsichert.

Wir dagegen sagen: Die Leute, die arbeitslos sind und nicht sofort auf den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden können,

(Abg. Dr. Birk CDU: Klassenkampfparolen!)

bekommen über die PSAs, die Personalserviceagenturen, die Chance, hineinzugehen. Wir vermitteln Chancen, Sie aber haben Ängste vermittelt und Unsicherheit erzeugt. Das ist der Unterschied.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Sie haben die Ängste geschürt!)

(Rudolf Hausmann)

Deshalb ist auch der dritte Punkt richtig, zu sagen: Wir brauchen abgesicherte Leiharbeit, damit die Leute eine vernünftige Perspektive bekommen und die Unternehmen damit umgehen können.

(Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Sehr gut!)

Herr Birk und Herr Noll, nun zu diesem Märchen der Bekämpfung der Scheinselbstständigkeit. Lassen Sie sich einfach sagen: Was Sie mit der Scheinselbstständigkeit gemacht haben, das bestand darin, Leute aus sicheren Arbeitsverhältnissen herauszuholen. Da hat die Frau an der Theke praktisch beim Zapfer Bier eingekauft und hat es am Tisch Nummer 1 wieder verkauft, und der Paketzusteller bei UPS oder bei Hermes ist auf die Straße geschmissen worden und arbeitete als Selbstständiger mit weniger Rechten und weniger Verdienst und mehr Unsicherheit weiter. Das war Ihr Konzept.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Jetzt komme ich zu unserem Konzept, und das heißt: Es gibt die Chance, aus der Arbeitslosigkeit herauszukommen: mit einer Pauschalversteuerung, mit einer Sozialversicherung,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wie? Wie sieht die aus?)

mit einer nur teilweisen Anrechnung des Arbeitslosengeldes, um sich selbstständig zu machen und eine echte Perspektive aufzubauen.

(Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

Dadurch kann man aus einer miesen Situation eine gute machen. Sie aber haben aus einer guten Situation eine miese gemacht, und deshalb ist auch dieser Punkt, den wir da fordern, genau richtig.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Hauk CDU: Vier Jahre Zeit und nichts gelaufen! – Weitere Zurufe)

Lassen Sie mich bloß noch als Überschrift sagen: Was haben Sie denn gegen Entbürokratisierung? Sie führen diesen Begriff doch laufend im Mund!

(Abg. Drexler SPD: Nur Sprüche! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Habe ich doch gesagt! Haben wir gesagt! Zuhören!)

Was spricht denn dagegen, zu sagen: „Wir entlasten die Bundesanstalt und die Menschen, die dort arbeiten, von der notwendigen Verwaltungsarbeit

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Habe ich ausdrücklich gelobt!)

und geben ihnen möglichst viel Zeit, um tatsächlich die Vermittlungsarbeit zu betreiben und den Menschen Perspektiven zu vermitteln“?

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Haben wir doch gelobt! Beide! Sie können nicht nur nicht lesen, sondern auch nicht zuhören!)

Was haben Sie denn dagegen? Das ist doch eine gute Maßnahme, die die Hartz-Kommission da vorschlägt.

(Widerspruch bei der CDU)

– Nein, Sie haben „Wahlkampfespektakel“ gesagt. Erzählen Sie doch nichts. – Das ist eine gute Maßnahme. Man wundert sich manchmal wirklich, wie Sie in der Lage sind, im Wahlkampf Dinge zu verdrehen.

Zumutbarkeitsregelung: Wir haben heute im Arbeitsförderungsgesetz – jetzt heißt es ja Sozialgesetzbuch – keine differenzierte Zumutbarkeitsregelung. Was spricht denn dagegen, zu sagen: „Einem jungen Menschen, der frisch von der Ausbildung kommt, der familiär ungebunden ist, ist etwas anderes zuzumuten als dem Familienvater oder der Familienmutter mit 35 oder 40 Jahren, denen weniger zuzumuten ist“?

(Beifall bei der SPD – Demonstrativer Beifall der Abg. Dr. Birk CDU und Dr. Noll FDP/DVP – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Dagegen haben wir doch gar nichts! – Zuruf des Abg. Wieser CDU – Weitere Zurufe)

– Prima! Sie applaudieren. Das ist eine gute Sache. Also! Auch Herr Wieser stimmt zu. Prima!

(Unruhe – Zuruf des Abg. Wieser CDU – Minister Dr. Döring: Das ist doch ein Popanz, was Sie da aufbauen! – Weitere Zurufe – Glocke des Präsidenten)

– Entschuldigung, Herr Wieser und Herr Noll, Sie verstehen unter Zumutbarkeit etwas völlig anderes. Wenn jemand gut gesättigt und mit Abgeordnetendiäten versorgt hier sitzt und selbst von Zumutbarkeit redet – in einer Dimension, die wir nicht meinen –, dann, sagen wir, ist das eine andere Politik. Wir meinen nicht die Zumutbarkeit, nach der mit den Menschen alles gemacht werden kann und sie ökonomischen Interessen grundsätzlich untergeordnet werden.

(Unruhe)

Wir meinen, die Menschen müssen eine Perspektive bekommen und auch in eine Verantwortung genommen werden, die ihnen zugemutet werden kann, und nicht mehr.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Mit genau solchen Parolen machen Sie Hartz kaputt! – Minister Dr. Döring: Herr Hausmann, es reicht! – Weitere Zurufe)

Herr Noll, ich war vor kurzem auf einer Veranstaltung. Auf dieser Veranstaltung hat der Bezirksleiter der IG Metall gesprochen und dabei ein schönes Bild verwendet. Dieses Bild trage ich Ihnen jetzt vor:

(Minister Dr. Döring: Nein, setzen ist besser!)

Es gibt auf der Welt eine Schlangenart, die Boa constrictor,

(Abg. Drexler SPD: Das ist doch eine Waschmaschine!)

die in der Lage ist, ein ganzes Schwein zu fressen. Am Stück!



(Rudolf Hausmann)

(Unruhe – Abg. Dr. Birk CDU: Ihnen möchte ich als Boa constrictor auch nicht begegnen! – Heiterkeit)

Ihr Problem besteht darin, dass sie anschließend in einen agonieähnlichen Zustand verfällt. Jetzt sage ich Ihnen, Herr Birk und liebe FDPler und CDUler hier im Raum: Wenn wir Ihnen am 22. September die Verantwortung für die Arbeitsmarktpolitik überlassen würden, dann gute Nacht um sechs! Dann haben wir die Agoniezustände, dann erleben wir die Boa constrictor live miteinander, und das müssen wir verhindern.

(Beifall bei der SPD – Minister Dr. Döring: Das entscheiden zum Glück nicht Sie! – Weitere Zurufe)

Noch haben wir – ich komme zum Ende – in Deutschland den Zustand,

(Zurufe von der SPD: Jetzt sind sie ruhig!)

dass durch Grußworte mehr Zeit kaputtgeht als durch Streiktage.

(Minister Dr. Döring: Setzen Sie sich mal schnell wieder!)

Ich hoffe, das bleibt so. Dafür müssen und werden wir etwas tun. Wir werden keine Probleme verschieben, wie Sie es 16 Jahre lang gemacht haben, sondern wir werden die Probleme anpacken, wir werden Lösungen finden, und zwar mit den Menschen und nicht gegen die Menschen.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Witzel.

**Abg. Dr. Witzel** GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Die Hartz-Kommission wird am 16. August ihre Ergebnisse vorlegen. Die Tatsache, dass die FDP/DVP schon jetzt beantragt, über dieses Papier, das am 16. August vorgelegt wird, zu debattieren, zeigt, dass es der FDP/DVP mehr um Wahlkampf geht als um die Sache.

(Beifall bei den Grünen)

Ich meine, das sollten wir festhalten. Das, was Sie, Herr Noll, hier geboten haben, zeigt ja auch, dass ich mit dieser Vermutung richtig liege. Aber es ist schlicht und einfach nicht so, Herr Noll, dass die Bundesregierung untätig gewesen wäre, wie Sie es ihr vorwerfen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: In die falsche Richtung!)

Die Bundesregierung hat ein Paket von Reformen auf den Weg gebracht. Damit es hier einmal gesagt ist, darf ich es auch noch einmal sagen, obwohl wir es schon in x Debatten dargestellt haben.

Die Bundesregierung hat eine Steuerreform auf den Weg gebracht, und zwar mit einer deutlichen Senkung der Ein-

kommensteuer. Das gibt Anreize für Investitionen und damit für Arbeitsplätze. Die Arbeitnehmer haben jetzt wieder mehr Geld in der Tasche.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Jetzt brummt unsere Wirtschaft!)

Das ist doch gerade das, was Sie als Beitrag gegen die Schwarzarbeit fordern. Und es ist auch nicht so, wie Herr Birk sagt, dass da der Mittelstand ausgegrenzt worden wäre. Ein Drittel der Steuerreform kommt dem Mittelstand zugute, der größte Teil den Arbeitnehmern. Das heißt, hier wird etwas für den Mittelstand getan.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Punkt 2 aus diesem Maßnahmenpaket der Bundesregierung: Die Bundesregierung hat das JUMP-Programm auf den Weg gebracht, das Hunderttausende von Jugendlichen wieder in Arbeit gebracht hat – ein weiterer wichtiger Punkt.

(Abg. Dr. Birk CDU: Herr Witzel, die Jugendarbeitslosigkeit ist aber wieder gestiegen!)

– Aber es ist viel getan worden. Ich meine, Herr Birk, wir müssen eines klar sehen: Die Bundesregierung ist nicht allmächtig, und Sie haben zumindest als Nebensatz in Ihrem Beitrag dargestellt, dass es auch so etwas wie eine Weltkonjunktur gibt. Wenn die abflaut, hat das auch Auswirkungen auf Deutschland. Das müssen wir auch wissen. Die Bundesregierung kann nicht alles tun.

Ich darf mit der Liste, was erreicht wurde, fortfahren. Die Möglichkeiten zur Teilzeitarbeit wurden erweitert. Damit werden die Rahmenbedingungen dafür geschaffen, dass Arbeit auf mehr Schultern verteilt wird. Das ist gerade in einer Zeit, in der die Arbeit knapp ist, ein sehr wichtiges Instrument, um Arbeitsplätze zu schaffen.

(Beifall bei den Grünen)

Ich darf auch etwas erwähnen, was insbesondere meine Partei vorangebracht hat, nämlich das Erneuerbare-Energien-Gesetz und die entsprechenden Förderprogramme in diesem Bereich. Das hat die Rahmenbedingungen so verbessert, dass in diesem Bereich die Zahl der Arbeitsplätze auf jetzt über 120 000 angestiegen ist. Das ist ein wichtiger Beitrag, um konkret Arbeit zu schaffen und Menschen in Arbeit und Brot zu bringen.

Wenn wir über diese eher allgemeineren Bedingungen hinaus schauen und fragen, was speziell im Bereich der Arbeitsmarktpolitik erreicht wurde, so stellen wir fest, dass die Bundesregierung auch da einiges vorweisen kann.

Zuerst ist das Job-AQTIV-Gesetz zu nennen, das den Grundsatz des Förderns und Forderns umsetzt und daher eine arbeitsmarktnähere Vermittlung schafft, Herr Noll. Damit gehen Sie ja auch einig. Das ist eine sehr wichtige Sache.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Richtig! Ich habe nur die strittigen Punkte erwähnt!)

(Dr. Witzel)

Als Zweites: Die Arbeitsämter wurden neu organisiert, und heute sind etwa ein Drittel der Arbeitsämter bereits nach dem neuen Organisationskonzept „Arbeitsamt 2000“ zu kundenorientierten Dienstleistern umgebaut worden. Auch das ist ein wichtiger Schritt.

Als Drittes: Die Leitung der Bundesanstalt für Arbeit wurde reformiert. Sie wird jetzt wie ein großes Kapitalunternehmen mit einem verantwortlichen dreiköpfigen Vorstand und einem kontrollierenden Verwaltungsrat geleitet. Auch das ist ein Beitrag zu mehr Effektivität.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Richtig!)

Als vierten Punkt muss man darauf hinweisen, dass jetzt die privaten Vermittler in die Vermittlung und Beratung einbezogen werden. Arbeitslose erhalten jetzt nach dreimonatiger Arbeitslosigkeit auf Wunsch Vermittlungsgutscheine vom Arbeitsamt, mit denen sie bei privaten Vermittlern ihrer Wahl eine Vermittlung bekommen können.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Was Sie lange blockiert haben!)

Meine Damen und Herren, wenn man diese Liste anschaut, muss man schlicht und einfach sagen: Die Bundesregierung hat einen Großteil Arbeit getan. Ein ganzes Paket von Reformen wurde auf den Weg gebracht. Wenn Sie jetzt sagen: „Es war zu wenig“, muss man fragen, in welcher Situation die Bundesregierung ihre Amtsgeschäfte angetreten hat. Es war schlicht und einfach so: Nach 16 Jahren Reformstau in Deutschland, nach 16 Jahren Kohl musste halt mehr getan werden.

(Lebhafter Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Widerspruch bei der CDU – Abg. Hauk CDU: Keine Märchen! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Die Platte hat einen Sprung!)

Wir haben jetzt das erste Paket auf den Weg gebracht, Herr Hauk, und die Bundesregierung wird weitermachen. Die Hartz-Kommission ist ein Zeichen dafür,

(Große Unruhe – Glocke des Präsidenten)

dass die Bundesregierung die Reformen nicht beendet, sondern dass sie weitermachen wird.

**Präsident Straub:** Herr Abg. Dr. Witzel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Theurer?

**Abg. Dr. Witzel** GRÜNE: Ja.

**Präsident Straub:** Bitte schön, Herr Theurer.

**Abg. Theurer** FDP/DVP: Herr Kollege, sind Sie bereit, auch auf die Vorschläge der Hartz-Kommission einzugehen und zu erklären, wo Sie für die Grünen eine Zustimmung signalisieren können, und vielleicht auch zu erklären, warum Sie entsprechende Vorschläge der FDP in der Vergangenheit abgelehnt haben?

**Abg. Dr. Witzel** GRÜNE: Herr Theurer, ich will gerade auf diesen Punkt eingehen. Im ersten Teil wollte ich zeigen, was die Bundesregierung auf den Weg gebracht hat.

Es gibt aber weiterhin einen Reformbedarf, und dazu komme ich jetzt.

Die Hartz-Kommission hat den Titel „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“. Mit diesen Vorschlägen bzw. mit dem, was davon bisher an die Öffentlichkeit gelangt ist, will ich mich jetzt auseinander setzen. Die Vorschläge der Hartz-Kommission sehen wir als wichtigen Beitrag an, und einiges davon ist ja unstrittig. Das hat auch die heutige Debatte gezeigt.

Ein Punkt ist die schnellere Vermittlung statt Langzeitarbeitslosigkeit. Es besteht ja allgemeiner Konsens: Wenn es uns gelingt, die durchschnittliche Arbeitslosigkeit von 33 Wochen auf 22 zu reduzieren, hat das zur Folge, dass einerseits Menschen in Arbeit kommen und früher einen Verdienst erzielen, und andererseits gibt es Einsparungen, zum Beispiel bei den Sozialleistungen. Diese Einsparungen sind die Rendite einer gelungenen schnellen Vermittlung. Diese Rendite wollen wir sichern. Wir wollen durch schnelle Vermittlung Gelder sparen, die dann anderweitig zur Verfügung stehen. Da besteht, glaube ich, Konsens. Schritte wie Meldepflicht beim Arbeitsamt, wenn die Kündigung ins Haus steht, sind richtig. Die organisatorische Zusammenlegung zu Jobagenturen findet sicherlich auch hier breite Zustimmung. Und es spricht sicherlich auch niemand dagegen, wenn wir mehr Freiräume für die Arbeitsämter vor Ort eröffnen, damit diese flexibler auf das eingehen können, was regional notwendig ist, und auch innovative Maßnahmen erproben können. Herr Theurer, das sind Punkte, die wir in jedem Fall unterstützen.

(Abg. Dr. Birk CDU: Also!)

Jetzt gibt es andere Punkte, die strittig sind, auch hier im Haus. Da möchte ich auf zwei Beispiele eingehen: Das sind die Pauschalierung und die Einführung von Personalserviceagenturen.

Wir Grünen begrüßen den Vorschlag der Pauschalierung des Arbeitslosengeldes, denn wir sehen darin einen Beitrag zur Entbürokratisierung.

(Abg. Dr. Birk CDU: Sehr gut!)

Derzeit verbraucht ein Vermittler, wenn sich jemand arbeitslos meldet, zunächst 40 bis 60 % seiner Arbeitszeit dafür, die komplizierten Leistungsberechnungen zu erstellen. Die Pauschalierung hat daher Vorteile. Die Arbeitslosen können die Unterstützung schneller erhalten, und es kann Zeit für Arbeitsvermittlung und Beratung des Arbeitslosen gewonnen werden. Einen wichtigen Punkt wollen wir dabei klarstellen: Wir sind hier für die Flexibilisierung, aber wir wollen das auf der anderen Seite mit sozialer Sicherheit koppeln. Diese Balance müssen wir herstellen: einerseits Flexibilisierung, aber andererseits gegen Sozialabbau und für soziale Sicherheit.

(Beifall bei den Grünen)

Deshalb distanzieren wir uns auch von dem, was von der FDP immer kommt. Sie fordert Flexibilisierung, meint aber in Wirklichkeit Sozialabbau. Wir verstehen auch nicht, was die CDU sagt. Sie ist gegen die Pauschalierung, weil diese möglicherweise eine Leistungskürzung darstellen würde.

(Dr. Witzel)

Das kann man schlicht und einfach so regeln, dass man sagt: Das pauschale Arbeitslosengeld muss am letzten Einkommen ansetzen und kann unkompliziert mit aufgerundeten Beiträgen arbeiten. Das wäre eine Regelung, um die Vermittlung schneller zu machen und mehr Verwaltungskapazität in die Vermittlung umzulenken.

Der zweite Punkt sind die Personalserviceagenturen, die hier auch kritisch kommentiert wurden. Wir Grünen sehen die Zeitarbeit, Herr Birk, als Brücke in den Arbeitsmarkt. Das wollen wir nutzen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Richtig!)

Man darf die Zeitarbeit aber nicht hemmungslos ausweiten und damit erreichen, dass die Firmen letztendlich nur noch auf die Zeitarbeit zurückgreifen und damit reguläre Beschäftigungsverhältnisse abbauen. Vielmehr wollen wir die Personalserviceagenturen nutzen, damit Beschäftigte teilweise in die Betriebe gehen können und prüfen können, ob das der richtige Job ist, und die Arbeitgeber prüfen können, ob das der richtige Mitarbeiter für sie ist.

(Abg. Dr. Birk CDU: Zeitarbeitsfirmen gibt es ja!  
– Abg. Schmiedel SPD: Was hat der Birk schon wieder?)

– Ja, aber dies soll ausgeweitet werden. Diese Möglichkeit wollen wir eröffnen.

(Abg. Schmiedel SPD: Wir machen das!)

Dazu wird die Hartz-Kommission im Endeffekt auch noch klare Vorstellungen vorlegen. Die Details dieser ganzen Regelung liegen ja noch nicht vor. Wir wollen jetzt in Ruhe abwarten, bis die Hartz-Kommission am 16. August ihre Ergebnisse vorlegt.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Die Arbeitslosen verstehen die Ruhe nicht!)

Dann müssen wir daran arbeiten, das schnell und zügig umzusetzen. Für uns Grüne wird dabei der Maßstab sein, dass wir einerseits Ja zur Flexibilisierung sagen, aber andererseits sagen: Wir brauchen Flexibilisierung mit sozialer Sicherheit. In diesem Sinne werden wir daran mitarbeiten, dass die Umsetzung der Ergebnisse der Hartz-Kommission schnell auf den Weg gebracht wird.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Wirtschaftsminister Dr. Döring.

(Abg. Gall SPD: Insolvenzverwalter aus Schwäbisch Hall! – Gegenruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das ist Ihr Stil! – Unruhe)

**Wirtschaftsminister Dr. Döring:** Wer war denn das gerade?

(Lachen bei der SPD)

Verehrter Herr Kollege, das ist dermaßen erbärmlich. Sie sollten sich schämen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Das ist nicht nur erbärmlich, sondern das ist niederträchtig, was Sie hier machen. Das ist niederträchtig. Wahrscheinlich haben Sie Ihr Leben lang an jedem Ersten Ihr Gehalt sicher überwiesen bekommen und nirgends wirklich gearbeitet. Das wird die Realität bei Ihnen sein. Sie sollten sich wenigstens entschuldigen, aber dazu werden Sie nicht in der Lage sein. Ein solcher Charakter wie Sie ist nicht einmal dazu in der Lage.

(Abg. Fischer SPD: Jetzt hört es aber auf! Das war gerade beleidigend!)

Das war unter aller Kanone.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Präsident! Während der Kollege Noll einen engagierten Vortrag gehalten hat, war der Beitrag des Kollegen Hausmann allenfalls noch das vergebliche letzte Aufbäumen gegen eine Niederlage, die klar vor Augen ist. Was vor allem bei Ihnen, Herr Hausmann, auffällt und ganz besonders traurig zu vermerken ist: Sie sind nicht in der Lage, anzuerkennen, dass dieses Land Baden-Württemberg die geringste Arbeitslosigkeit hat, die geringste Jugendarbeitslosigkeit hat und das Land ist, das die meisten über 50-jährigen Langzeitarbeitslosen wieder in Arbeit gebracht hat.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Durch das Programm des Bundes!)

Das ist das, was der Kollege Noll mit „vorbildlich“ gemeint hat. Das haben Sie noch in Abrede stellen wollen.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Sie können nicht einmal mit dem umgehen, was zugunsten der Bevölkerung in diesem Land geschieht. Das zeigt, wofür es Ihnen geht. Ihnen geht es letztlich nicht um die Sache, sondern Ihnen geht es darum, krampfhaft irgendwie einen Wahlkampf herbeizuziehen, und zwar mit lauter Argumenten, die vollkommen daneben sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Herr Kollege Witzel und Herr Kollege Hausmann, wer es nach vier Jahren Regierungsverantwortung immer noch nötig hat, auf Versäumnisse von Vorgängerregierungen hinzuweisen, der kann in den vier Jahren nicht viel geleistet haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Sie müssen sich schon vorhalten lassen

(Abg. Schmiedel SPD: Bangemann, Hausmann, Möllemann!)

– jetzt kommen Sie wieder mit der Vergangenheit –,

(Abg. Schmiedel SPD: Natürlich!)

dass eine Reihe der Vorschläge, die jetzt von der Hartz-Kommission gemacht werden, wie Herr Kollege Theurer gesagt hat – ich greife einmal das Thema der Zumutbarkeit heraus, das jetzt erfreulicherweise eine Rolle spielt –, vor wenigen Jahren von Ihnen als Teufelszeug, Turbokapitalis-



(Minister Dr. Döring)

mus, Manchester-Liberalismus diffamiert worden ist. Das müssen Sie sich vorhalten lassen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Deshalb ist es doch überhaupt keine Frage, meine Damen und Herren, dass man sich über die Vorschläge der Hartz-Kommission unterhält, die ja längst diskutiert werden. Von Ihrer Seite ist doch vorzeitig in die Öffentlichkeit gebracht worden, welche Vorschläge die Hartz-Kommission macht. Aber entscheidend wichtig ist doch: Wir brauchen nicht die 53. Kommission, sondern müssen endlich einmal das umsetzen, was Ihnen zuvor schon x Kommissionen in Gutachten mit auf den Weg gegeben haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das ist das, worin Sie versagen.

Natürlich gehen einige Punkte nicht weit genug. Manche sind gänzlich ausgeklammert. Warum wird in einer so entscheidenden Kommission, die für die nächsten Jahre das auf den Weg bringen soll, was unbedingt gemacht werden muss, zum Beispiel die gesamte Tarifdiskussion ausgeklammert? Warum wird ausgeklammert, dass das Günstigkeitsprinzip neu diskutiert werden muss? Es muss doch möglich sein, wenn in einem Betrieb 75 % der Beschäftigten damit einverstanden sind, dass von Tarifvereinbarungen abgewichen werden kann, um Arbeits- und Ausbildungsplätze zu sichern, dass dies dann gilt und nicht von Gewerkschaftsfunktionären verboten wird. Das wäre einmal ein entscheidender Punkt, um tatsächlich einen Schritt voranzukommen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Es geht doch nicht darum, so wie Sie das wollen, das Arbeitslosenmanagement zu verbessern. Wir wollen, dass die Rahmenbedingungen verbessert werden, damit mehr Menschen in Lohn und Brot kommen. Das ist der entscheidende Unterschied, meine Damen und Herren. Wir kümmern uns darum.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Gehen wir einmal der Reihe nach einige Vorschläge durch. Wenn man sagt, es mache Sinn, die Zahlung des Arbeitslosengelds wie bis 1985 auf zwölf Monate zu begrenzen und es eben nicht bis maximal 32 Monate zu gewähren, dann kann man nicht davon reden, Kollegen von der SPD und den Grünen, das sei Sozialabbau oder unzumutbar. Ich zitiere Ihnen – mit Genehmigung des Präsidenten – vielmehr Herrn Gerster:

(Abg. Schmiedel SPD: Der Birk ist doch dagegen!)

Wir wissen aus vielen wissenschaftlichen Untersuchungen, dass eine lange Bezugsdauer sozialer Leistungen Arbeitslosigkeit verfestigt. Viele Erwerbslose beginnen erst gegen Ende der Leistung, intensiv nach einer Stelle zu suchen. Lange Leistungen nähren die Illusion, man könne in Ruhe Angebote prüfen und im Zweifel auf das bessere warten. Je länger jemand arbeitslos ist, desto schwieriger wird es aber, ihn in Arbeit zu bringen.

Deswegen ist die Verkürzung auf zwölf Monate richtig und liegt im Interesse derer, die einen Arbeitsplatz suchen, und stellt keinen Sozialabbau dar.

Warum ist es nicht möglich, darüber offen zu diskutieren? Für kleine mittelständische Betriebe hängt das Thema Kündigungsschutz natürlich auch mit der Frage zusammen, ob sie einstellen oder nicht. In jahrelangen Erfahrungen haben sich gut gemeinte Schutzvorschriften als Einstellungshemmnis erwiesen. Solche Vorschriften müssen abgebaut werden, damit eingestellt wird und eben nicht in dem Maß Überstunden geleistet werden, wie es jetzt der Fall ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Nagel SPD)

Ich komme auf den nächsten Punkt zu sprechen, den Niedriglohnsektor. Herr Kollege Nagel, was hat es denn gebracht?

(Abg. Nagel SPD: Nichts hat es gebracht!)

– Ihre Korrektur hat nichts gebracht. Da haben Sie Recht.

(Zuruf des Abg. Nagel SPD)

Sie können es doch statistisch nachprüfen. Sie sind bei den 630-DM-Jobs heruntergefahren und haben darum herum eine Riesenbürokratie aufgebaut. Die Zahl dieser Jobs ist rasant gesunken, während das Ausmaß der Schwarzarbeit gigantisch gestiegen ist. So sehen Ihre Zahlen in der Realität aus, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Weil wir einen Schuss mehr Flexibilität brauchen, wollen wir zurück zur alten 630-DM-Regelung, jetzt zu einer 630-€-Regelung. Da reicht auch die 400-€-Regelung nicht.

(Zuruf des Abg. Nagel SPD)

Wir brauchen diesen Niedriglohnsektor, und deswegen müssen wir an dieser Stelle etwas tun.

Scheinselbstständigkeit: Wie kann man eigentlich in ein und demselben Atemzug sagen: „Wir brauchen wieder mehr Selbstständige, wir brauchen eine Kultur der Gründer und der Gründerinnen“, während man dies durch die unseelige Scheinselbstständigenregelung fortgesetzt verhindert?

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Nagel SPD)

Es ist das Normalste auf der Welt, dass jemand, der sich selbstständig macht, a) zunächst einmal allein arbeitet und b) dass er über einen längeren Zeitraum e i n e n Auftraggeber hat. Darüber ist er froh. Er wird heute als scheinselfständig bezeichnet. Das bedeutet, ihm wird eine solche Existenzgründung unmöglich gemacht. Deswegen muss diese Scheinselbstständigenregelung wieder abgeschafft werden, damit wir bei uns mehr Gründungsmöglichkeiten bekommen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, ein weiterer Bereich, in dem wir Beschäftigungsmöglichkeiten hätten. Darüber sind Sie in



(Minister Dr. Döring)

der Diskussion hinweggegangen – Überschrift „Sozialneid“, Stichwort Dienstmädchenprivileg. Warum lassen Sie denn nicht zu, dass der Aufwand für diejenigen, die in Privathaushalten Arbeiten verrichten, steuerlich absetzbar ist, damit eine reguläre Arbeit getätigt werden kann? Das wäre zum Vorteil derer, die eine solche Arbeit anbieten, und zum Vorteil derer, die diese Arbeit nachfragen. Führen Sie das wieder ein, damit wir in diesem Bereich wieder Beschäftigung bekommen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Im Zusammenhang mit Deregulierung und Entbürokratisierung brauchen Sie uns weiß Gott nichts zu sagen. Wir haben im Wirtschaftsministerium seit langem einen Bürokratiekosten-TÜV, der mittlerweile in dreistelliger Höhe überflüssige Regularien abgeschafft und statistische Erhebungen reduziert hat. Nur: Wenn wir die entscheidenden Punkte wirklich angehen wollen, kommt die Kritik meistens aus Berlin, und es wird von dort gesagt, man brauche die betreffenden Erhebungen. Sie blockieren weiteren Bürokratieabbau, während wir ihn weiter vorantreiben wollen, meine Damen und Herren.

Lassen Sie mich einen weiteren Punkt ansprechen, der in der gesamten Diskussion bedauerlicherweise völlig zu kurz kommt. Das ist die Problematik der über 50-Jährigen, die arbeitslos sind. Ich will keine Gesellschaft, in der man einem 52-Jährigen, einem 53-Jährigen dann, wenn er arbeitslos wird, auf den Kopf zusagt: „Für dich wars das jetzt.“ Um diese Personen müssen wir uns besonders kümmern. Dazu liegen keine Vorschläge vor. Auch dabei wird es darum gehen, die so genannten Senioritätsprivilegien auf den Prüfstand zu stellen. Sie müssen abgeschafft werden, damit auch der 55-Jährige wieder eine Einstellungschance hat. Das ist der entscheidende Punkt, den wir meiner Meinung nach angehen müssen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich will ein Weiteres nennen, was ich für außerordentlich brisant halte: Das sind die theorie-, die lernschwachen Jugendlichen. Auch dazu kann ich nirgends Bemühungen erkennen.

(Abg. Schmiedel SPD: Was?)

Ich will einem 16-, 17-Jährigen nicht sagen, weil er einen Schulabschluss nicht erreicht: „Mit dir fangen wir jetzt nichts an.“ Vielmehr will ich für diejenigen, die sich im theoretischen Bereich schwerer tun, mehr Werkerbildungsmöglichkeiten anbieten. Geben Sie den Widerstand dagegen auf. Dann haben diese Jugendlichen eine wesentlich bessere Chance, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD)

Deswegen: Strich drunter. Nehmen Sie die Vorschläge der Hartz-Kommission, nehmen Sie die Vorschläge des früheren Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, bei denen noch ein kleines bisschen, um es vorsichtig zu sagen, nämlich die Finanzierung – –

(Abg. Schmiedel SPD: Was? Sie haben doch gesagt, das sei ein Dampfplauderer! – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

– Herr Schmiedel, warten Sie doch einmal ab. Bis jetzt fehlt ja noch einiges an Finanzierungsvorschlägen. Führen Sie das zusammen, und gehen Sie mutig auch an die Dinge heran, die erledigt werden müssen. Es wird bei einer Größenordnung von über 4 Millionen Arbeitslosen keine Lösung geben, wenn wir nicht auch Maßnahmen ergreifen, die an der einen oder anderen Stelle wehtun. Wer meint, allen wohl tun und niemandem einen Schmerz zufügen zu müssen, wird keine Ergebnisse erzielen können, mit denen sich die Arbeitslosigkeit wirksam abbauen lässt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Deswegen kann man nur eines sagen, Herr Kollege Schmiedel: Wenn wir die Chance erhalten – übrigens nicht von Herrn Hausmann, sondern von den Wählerinnen und Wählern in der Bundesrepublik Deutschland –,

(Zuruf des Abg. Rudolf Hausmann SPD)

die Wirtschafts-, Finanz-, Haushalts- und Bildungspolitik von Baden-Württemberg bundesweit umzusetzen, haben wir auch eine Chance, die Arbeitslosigkeit abzubauen. Mit Ihnen wird man diese Chance nicht erhalten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Weckenmann.

**Abg. Ruth Weckenmann SPD:** Herr Döring, in mancher Hinsicht enttäuschen Sie die Erwartungen selten. Aber ich hätte schon erwartet, dass Sie wenigstens zwei, drei kritische Takte zu Ihrem ehemaligen Mitstreiter Späth gesagt hätten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Drexler SPD: Eben! Dampfplauderer!)

Sonst mutig zu sein, aber hier zu kneifen, das haben wir gern.

(Abg. Drexler SPD: Dampfplauderer!)

Ich habe jetzt die Debatte genau verfolgt. Irgendwie drängt sich mir der Verdacht auf: Sie haben Angst, weil gute Vorschläge vorliegen, um die Arbeitslosigkeit zu reduzieren und die Zeit der Arbeitslosigkeit zu verkürzen.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe aber auch verstanden, warum insbesondere die Kolleginnen und Kollegen der CDU Angst haben. Ich weiß, was Sie vor den Wahlen gewohnt sind und was wir nicht tun.

Schauen wir uns doch einmal zwei Zahlen an. Was haben Sie vor der Wahl gemacht? Sie haben die Zahl der AB-Maßnahmen auf 400 000 erhöht. Was haben wir heute? 183 000. Wir senken die Zahl seit Jahren. Was war in Ihrer Zeit? Sie hatten fast 400 000 Menschen im Osten in Ar-

(Ruth Weckenmann)

beitsbeschaffungsprogrammen, wir haben nur noch 133 000. Sie haben die schöneren Zahlen gemacht, aber Sie haben kein Problem am Arbeitsmarkt gelöst. So haben Sie über 16 Jahre lang Politik betrieben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vielleicht haben Sie und auch Herr Döring vergessen: Wir haben 20 000 Arbeitsplätze mehr bei den geringfügig Beschäftigten. Wir haben 400 000 Arbeitslose weniger. Das sind Zahlen, an denen Sie nicht vorbeikommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Aber ich wundere mich ja, Herr Dr. Birk:

(Abg. Dr. Birk CDU: Sie träumen von Zahlen!)

Wenn ich mir die Vorschläge Ihres so genannten Superministers Späth anschau, erschrecke ich nicht nur über das, was er zur Arbeitsmarktpolitik sagt. Vor allem erschrecke ich über das, was er nicht sagt.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Wieser: An den Früchten werdet ihr sie erkennen!)

Angesichts dessen, was er verspricht, kann ich nur fragen: Wer soll das bezahlen, wer hat so viel Geld? 800 000 Plätze im Niedriglohnbereich, das bedeutet 23 Milliarden €. Woher wollen Sie diese Mittel denn nehmen? Wollen Sie die Steuern erhöhen, oder wie würden Sie das gern finanzieren?

(Abg. Dr. Birk CDU: Sie erhöhen doch die Ökosteuer schon wieder!)

Schauen wir uns den anderen Bereich an. – Sie werden die Steuern erhöhen müssen, wenn Sie 23 Milliarden € für den Niedriglohnbereich ausgeben.

(Zurufe von der CDU)

Oder erstaunt Sie gar nicht, was Ihr ehemaliger Kollege Späth, den Sie in die Wüste geschickt haben, macht?

(Abg. Oettinger CDU: Was haben wir?)

Kann es sein, dass Sie gar nicht darüber verwundert sind, dass er solche Vorschläge macht? Kann es sein, dass Sie sich noch daran erinnern,

(Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

dass er in Baden-Württemberg die Staatsverschuldung von 13 Milliarden DM auf 44 Milliarden DM erhöht hat und Sie deswegen ganz ruhig sind?

(Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

Kann es sein, dass Sie gesehen haben, dass er sich mit Programmen auf Pump bestens auskennt?

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Frau Abg. Weckenmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Theurer?

**Abg. Ruth Weckenmann SPD:** Ja, Herr Theurer, klar.

**Präsident Straub:** Bitte schön, Herr Theurer.

**Abg. Theurer FDP/DVP:** Frau Kollegin Weckenmann, Sie haben gesagt, Herr Späth sei in die Wüste geschickt worden. Wollten Sie damit Thüringen als Wüste bezeichnen?

(Heiterkeit – Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP und bei Abgeordneten der CDU – Abg. Teßmer SPD: Nein!)

**Abg. Ruth Weckenmann SPD:** Sagen wir einmal so: Vielleicht hat er es damals von seiner Fraktion so empfunden. Aber wir könnten ja noch einmal nachfragen, ob er das als einen Freundschaftsbeweis angesehen hat.

(Abg. Dr. Birk CDU: Sind Sie bereit, anzunehmen, dass Thüringen zu den blühenden Landschaften gehört? – Heiterkeit)

Wollen Sie mit Späth wirklich der Meinung sein, dass Sie zukünftig Arbeitsplätze

(Abg. Hauk CDU: Wir stellen die Fragen, nicht Sie!)

im Osten schaffen können und pro Arbeitsplatz 250 000 € an Subventionen kassieren können?

(Beifall bei der SPD – Abg. Hauk CDU: Keine Zwischenfrage an das Auditorium, bitte! – Weitere Zurufe von der CDU)

Wollen Sie wirklich einmal darüber nachdenken, was er geleistet hat? Er hat mit 1,8 Milliarden € an Zuschüssen 15 000 Arbeitsplätze abgebaut. Heute gibt es noch 1 100 Arbeitsplätze in Jena. Wenn wir uns diesen Weg für den Osten vornehmen, dann lassen Sie uns einmal alle den Geldbeutel ziehen.

(Beifall bei der SPD)

Aber ich glaube nicht, dass die in der CDU/CSU-Fraktion des Rechnens fähigen Kollegen jemals daran gedacht haben, die Späth'schen Vorschläge zukünftig auch umzusetzen.

(Abg. Wieser CDU: Der Späth hat doppelt so viele Stimmen gekriegt wie die SPD!)

Ich glaube, dass Sie für den Osten ganz andere Überlegungen haben, um die Arbeitslosigkeit zu senken. Das ist das Familiengeld. Sie wollen, dass sich die Frauen im Osten – ich sage bewusst: die Frauen; denn dafür wird ja kein Mann zu Hause bleiben – wieder aus dem Arbeitsmarkt zurückziehen.

(Abg. Hauk CDU: Das will doch kein Mensch! – Gegenrufe von der SPD)

Sie haben ja eine CDU-Größe

(Zurufe von der CDU)

– ja, ich kann Ihnen den Namen Biedenkopf nicht ersparen –,

(Weitere Zurufe von der CDU)

die das deutlich gesagt hat. Herr Biedenkopf hat gesagt: „Die Arbeitslosigkeit im Osten ist nicht so dramatisch zu

(Ruth Weckenmann)

sehen, weil es in den nächsten Jahren darum geht, die hohe Erwerbsbeteiligung

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

der Frauen im Osten an die geringere im Westen anzupassen.“

(Abg. Schmiedel SPD: So ist es!)

Das ist Ihr Weg gegen die Arbeitslosigkeit im Osten.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Natürlich haben Sie Angst, dass die Frauen das merken.

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Deswegen haben Sie schnell Frau Reiche berufen. Aber die Reden von Frau Reiche – es tut mir Leid – sind ja wie ein Eiertanz.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Aber was soll die arme Frau auch machen? Selbst Kind, Beruf und Kinderfrau und jetzt im Wahlprogramm die Prämie fürs Daheimbleiben. Das ist eben auch schwierig.

(Beifall bei der SPD – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CDU, u. a. des Abg. Dr. Birk)

Herr Dr. Birk, dann kommt immer das Gerede vom Schlusslicht.

(Abg. Dr. Birk CDU: Stimmt doch!)

Ich will es einmal am Beispiel Wachstum klar machen. Die deutsche Wirtschaft wird um 0,75 % wachsen. Aber Wachstum ist natürlich immer von der Ausgangsgröße abhängig. Sie werden mir doch zugestehen, dass es vom Effekt her ein Unterschied ist, ob ich 2 Kilogramm zunehme oder ob Max Nagel 2 Kilogramm zunimmt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Heiterkeit)

So ist es mit der Wirtschaft auch. Ich hoffe, dass Sie das Gewicht der deutschen Wirtschaft ein bisschen höher veranschlagen. Die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Deutschland ist doch erwiesen; das Volumen der Direktinvestitionen hat sich verzehnfacht. Daran kommen Sie nicht vorbei.

Ich komme noch einmal zu Herrn Döring. Das ist doch das Ergebnis einer verantwortungsvollen Tarifpolitik. Genau die versuchen Sie jetzt auszuhebeln.

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: So ist es!)

Sie wollen Unruhe in die Betriebe bringen und Tarifverträge entwerten. Sagen Sie das doch den Menschen in Baden-Württemberg, in einem Land, in dem die Gewerkschaften und die Arbeitgeber seit Jahrzehnten verantwortungsvolle Tarifpolitik betreiben.

(Abg. Dr. Birk CDU: Irgendwie sind wir doch alle lieb zueinander!)

Gleichzeitig wollen Sie die Rechte der Betriebsräte verschlechtern. Aber Sie wollen mit ihnen doch die Bündnisse für Arbeit umsetzen. Herr Döring, man muss sich schon einmal entscheiden, was man will.

Der Unterschied zwischen uns und Ihnen besteht darin: Wir haben Reformen durchgeführt. Wir werden weitere Reformen vornehmen.

(Zurufe von der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Aber wir haben die Menschen mitgenommen.

(Zurufe von der CDU)

Im Unterschied zu Ihnen wissen wir, dass Menschen nachts arbeiten müssen. Wir wollen aber nicht versteckt wie Sie oder offen wie die FDP in deren paar Mark Nachtzuschläge eingreifen. Die wollen wir ihnen schon lassen. Wir wollen sie in Leiharbeit schicken, aber wir wollen sagen: Rechte in Einkommen und Sicherheit habt ihr auch in der Leiharbeit.

(Abg. Schmiedel SPD: Genau! Das ist der Unterschied!)

Das ist der Unterschied zwischen uns und Ihnen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir werden mit der Hartz-Kommission Reformen sozial gerecht machen. Wir werden die Arbeitslosigkeit senken. Ich bin sicher, dass die Menschen in diesem Land, in der Bundesrepublik, unterscheiden können. Ich bin mir ganz sicher, dass sie Lothar Späth die Mühen eines weiteren politischen Amtes ersparen werden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Schmiedel SPD: Bravo!)

**Präsident Straub:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aktuelle Debatte ist damit erledigt und Punkt 1 der Tagesordnung abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

**Große Anfrage der Fraktion GRÜNE und Antwort der Landesregierung – 10 Jahre nach der Umweltkonferenz von Rio – Auswirkungen der Klimaveränderungen für Mensch und Umwelt in Baden-Württemberg – Drucksache 13/734**

Es ist eine Aussprache ohne Redezeitbegrenzung festgelegt, wobei bis zu zwei Redner je Fraktion vorgesehen sind.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Walter.

(Unruhe)

Ich darf nochmals bitten, die Gespräche im Saal einzustellen, weil ansonsten der Redner vor allem bei den Zuhörern nicht zu verstehen ist.

(Beifall bei Zuhörern)

**Abg. Walter GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! „Forscher bestätigt tief greifenden Klimawandel“, das war gestern eine Schlagzeile in einer Zeitung. Diese Schlagzeile zeigt auch, meine Damen und Herren, dass es nicht mehr um das Ob geht –

(Abg. Drexler SPD: Wie!)

das heißt, ob wir eine Klimakatastrophe bekommen –, sondern nur noch um das Wie. Dies, meine Damen und Herren, ist auch die Botschaft aller Klimaschutzkonferenzen, die es in den letzten Jahren gegeben hat. Wir stehen dem stärksten Temperaturanstieg gegenüber, den es in den letzten tausend Jahren innerhalb eines Jahrhunderts gegeben hat.

(Abg. Hauk CDU: Das stimmt!)

Wie kaum ein anderes Umweltthema, meine Damen und Herren, macht dieses Thema eine weltweite Zusammenarbeit notwendig. Trotzdem – das hat auch die Antwort der Landesregierung gezeigt – bedarf es nationaler und regionaler Konzepte. Zunächst einmal bedarf es des Grundwissens um mögliche Auswirkungen. Nur wenn wir diese Auswirkungen genau kennen, können wir uns überlegen, was die am besten geeigneten Gegenstrategien sind.

Wir begrüßen es, dass die Landesregierung offensichtlich bereit ist, unser Anliegen ernst zu nehmen, und eine entsprechende Arbeitsgruppe eingerichtet hat.

(Abg. Hauk CDU: Das ist nicht Ihr Anliegen allein!)

– Das habe ich doch gar nicht gesagt. Ich habe es ausdrücklich begrüßt, dass wir hier gemeinsam ein Anliegen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Eben! Dann ist es nicht bloß Ihr Anliegen!)

Und wenn wir auch die Forstkammer und alle Direktoren dabei haben, Herr Hauk, dann sind wir natürlich froh.

(Abg. Hauk CDU: Nur kein Neid!)

– Nein, darauf sind wir gar nicht neidisch.

Trotzdem, Herr Kollege Hauk: Das ist auch ein Teil dieser Antwort, das ist auch ein Ergebnis dieser Antwort: Wir haben auch bei der Forschung noch einen erheblichen Nachholbedarf. Ich frage Sie: Wenn nicht ein reiches Land wie Baden-Württemberg vorangeht, wenn nicht wir mit der Forschung vorangehen, wer soll das dann leisten?

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Ich frage Sie dies insbesondere vor dem Hintergrund, Frau Kollegin Fauser, dass wir eine besondere Verpflichtung haben; denn gerade die Industrieländer haben einen sehr hohen CO<sub>2</sub>-Ausstoß.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Wir haben gehört, dass wir ein Klima wie Norditalien bekommen. Wenn man in den letzten Tagen aus dem Fenster

geschaut hat, mag das ja zunächst einmal als ein Versprechen gelten. Ich sage Ihnen aber, meine Damen und Herren: Das hört sich nur im ersten Moment verlockend an. Ansonsten hat dies weit reichende Folgen, die wir zum Teil noch gar nicht überblicken können.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Beispielsweise bekommen wir längere Trockenperioden im Sommer. Wir bekommen mehr Niederschläge im Winter, die Gefahr wirklich starker Stürme nimmt übermäßig zu. Und wir haben natürlich die Auswirkungen auf die Landwirtschaft. Es ist heute kaum vorstellbar – das wird ja auch in der Antwort der Landesregierung angesprochen –, dass das Grünland zurückgeht. Stellen Sie sich einmal Oberschwaben und das Allgäu ohne Grünland oder mit nur einem sehr geringen Anteil von Grünland vor. Das ist doch heute nicht vorstellbar. Es gilt, solche Dinge abzuwenden. Deswegen müssen wir jetzt auf das, was auf uns zukommt, reagieren.

(Beifall bei den Grünen)

Wir sind uns mit der Landesregierung einig: Es besteht Forschungsbedarf. Es zieht sich aber auch wie ein roter Faden durch die Antwort, dass wir noch weitere Erkenntnisse brauchen. Ich hätte mir eigentlich gewünscht, dass wir zehn Jahre nach der Konferenz von Rio in Baden-Württemberg schon etwas weiter sind, wenn jetzt im August dieses Jahres die Nachfolgekonferenz in Johannesburg kommt.

Aber immerhin: Wir sind bereit – mit „wir“ meine ich alle hier, Herr Kollege Hauk –,

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

erste Konsequenzen zu ziehen, und zwar zunächst einmal in der Forschung. Was noch fehlt, sind weit reichende Konsequenzen in der täglichen Politik, das heißt in der Verkehrspolitik, in der Umweltpolitik, in der Energiepolitik. Denn eines ist doch klar: Es geht längst nicht nur darum – das zeigt ja auch die Antwort –, dass ein paar Inseln der Malediven verschwinden, sondern es geht darum, dass wir mit weit reichenden Folgen konfrontiert sind.

Wir erkennen zwar an, meine Damen und Herren, dass die Landesregierung dafür nun mehr Gelder im Haushalt hat. Ein Beispiel ist das Altbausanierungsprogramm. Dagegen ist nichts zu sagen. Wir wünschen uns natürlich, dass es mehr Geld hat, damit es nicht schon im Juli des gleichen Jahres ausläuft. Das kann nicht der Sinn eines solchen Programms sein. Es gibt jetzt das Programm „Klimaschutz-Plus“. Auch das ist eine gute Sache.

Wir haben zur Kenntnis genommen, dass Sie 4 Millionen € mehr im Haushalt haben, die speziell auch für kommunale Projekte vorgesehen sind. All das können wir nur unterstützen. Allerdings – und das ist die Krux an der Sache –: Dieses Geld ist nur ein Bruchteil dessen, was Sie in den letzten Jahren gestrichen haben. Ich gebe Ihnen einmal ein Beispiel: Förderung von regenerativen Energien. Noch Mitte der Neunzigerjahre hatten wir dafür 15 Millionen €. Heute sind es gerade noch ein paar Euro, kann man sagen. Das ist bis zur Unkenntlichkeit zusammengestrichen worden.



(Walter)

Völlig zu Recht führt die Akademie für Technikfolgenabschätzung Folgendes aus:

Ein angemessener Beitrag des Landes zum Reduktionsziel der Bundesregierung ist noch nicht erkennbar. Auch lässt sich eine Entwicklung in Richtung der Zielvorgabe im Umweltplan des Landes nicht feststellen.

So weit das Zitat. Dem kann man nichts entgegensetzen. Dem kann man auch fast nichts mehr hinzufügen. Ich werde Ihnen nachher noch aus dem Umweltplan zitieren und Ihnen zeigen, dass Sie da eigentlich Ihre eigenen Erkenntnisse bisher nicht in die Tat umsetzen.

Noch im Umweltplan führen Sie weiter aus:

Energie sparende Maßnahmen und Einsatz regenerativer Energien weisen hohe überproportionale Beschäftigungseffekte aus, . . .

Jetzt müsste auch einmal die FDP zuhören, die ja immer dabei ist, das Erneuerbare-Energien-Gesetz und all diese Anträge, die da im Bundestag vorliegen, zu streichen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wir wissen, warum! – Zurufe der Abg. Beate Fauser und Hofer FDP/DVP)

Ich zitiere weiter aus dem Umweltplan des Landes Baden-Württemberg:

. . . die fast ausschließlich der heimischen Wirtschaft und dem Mittelstand, insbesondere dem Handwerk, zugute kommen.

Vor diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, ist es erstens fahrlässig, die eigene Förderung zusammenzustreichen.

(Zurufe der Abg. Beate Fauser und Hofer FDP/DVP)

Zweitens frage ich mich, wie sehr Ihnen eigentlich Mittelstand und Handwerk am Herzen liegen, wenn ich nun sehe, wie Sie sich im Bundesrat verhalten haben. Da gab es einen Antrag – Davor muss man sagen: Die Bundesregierung hat beschlossen, den Deckel innerhalb des 100 000-Dächer-Programms von 350 Megawatt auf 1 000 Megawatt zu erhöhen, damit die Industrie und alle Akteure ein Signal haben: Mit der Solarenergie geht es in Deutschland in großem Stil weiter. Was macht die Landesregierung? Sie unterstützt einen Antrag der Bayerischen Staatsregierung, diesen Deckel weiterhin bei 350 Megawatt zu belassen. Ich sage Ihnen, Frau Fauser: Das ist fahrlässig. Das ist wirklich fahrlässig.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Das machen ausgerechnet die beiden Bundesländer, die am meisten vom 100 000-Dächer-Programm profitiert haben, die beiden Bundesländer, die am meisten vom EEG profitiert haben! Ich sage Ihnen einmal, was passiert ist: In den ersten zweieinhalb Jahren sind allein durch das 100 000-Dächer-Programm 190 Millionen € nach Baden-Württemberg geflossen.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Wenn man dann noch hinzufügt und dann noch hinzurechnet, dass ein Mehrfaches an Investitionen getätigt wird, dann heißt das: Ein Mehrfaches der Gelder, die von der Bundesregierung kamen, wird hier im Land umgesetzt.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Sie schreiben selbst: Mittelstand und Handwerk profitieren. Da kann ich nur noch einmal wiederholen: Es ist fahrlässig, wenn Sie so etwas zusammenstreichen.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Es ist doch letztendlich so:

(Abg. Hofer FDP/DVP meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Herr Kollege Hofer will eine Zwischenfrage stellen. Gut, komm!

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Bitte schön, Herr Kollege Hofer. Ihre Zwischenfrage ist bereits genehmigt.

(Vereinzelt Heiterkeit)

**Abg. Hofer FDP/DVP:** Ich darf Sie fragen, worauf Sie es zurückführen, dass in Baden-Württemberg – prozentual gesehen – die meisten Anträge zum Erneuerbare-Energien-Gesetz beschieden wurden. Ist es nicht so, dass es ein reiner Mitnahmeeffekt wäre, wenn wir dann eine zusätzliche Förderung machen würden?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Hauk CDU – Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Genau! Es lohnt sich nicht! – Gegenruf der Abg. Renate Schmidt-Kühner)

**Abg. Walter GRÜNE:** Zunächst einmal hat es natürlich mit der größeren Zahl von Stunden, in denen die Sonne scheint, zu tun, dass wir in Baden-Württemberg und in Bayern mehr Anträge haben. Das ist das eine.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Andererseits: Man muss ja – das zeigt das Programm „Klimaschutz-Plus“ – nicht genau dasselbe fördern, was die Bundesregierung fördert,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Eben drum! Genau so!)

sondern man kann schauen: Wo sind die Nischen? Was kann man sonst noch tun? Aber genau da fehlt es auch.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Ihre Gesamthaltung gegenüber Photovoltaik und Solarenergie lautet: „Das wollen wir nicht.“ Deswegen stellt auch Ihre Bundestagsfraktion die entsprechenden Anträge. Deswegen streichen Sie es zusammen. Herr Döring polemisiert: „Aber wir geben doch den Oberstudienräten nicht noch Geld.“ All das zeigt Ihre Einstellung. Aber wer profitiert? Mittelstand und Handwerk. Deswegen sind die Kro-

(Walter)

kodilstränen, die Sie da immer vergießen, wirklich vergebliche Liebesmühe.

(Beifall bei den Grünen)

Sie haben die ökonomische Dimension dieser Diskussion noch nicht begriffen. Es geht doch hier gar nicht um ein ökologisches Programm. Bei der Förderung der Photovoltaik geht es hauptsächlich darum, eine Zukunftstechnologie auf den Markt zu bringen und zu unterstützen. Das ist uns bisher gut gelungen. Sie wollen es wieder kaputt machen und machen damit Arbeitsplätze kaputt. Das ist die große Krux bei Ihnen.

(Lachen der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wir haben Vollbeschäftigung in Baden-Württemberg!)

Ein weiteres Thema, meine Damen und Herren: Vor kurzem fand eine Tagung statt zu dem Thema: Klimaauswirkungen auf den Tourismus. Es ist ja lobenswert, dass eine solche Tagung stattfindet. Aber wenn praktisch das einzige Ergebnis – zumindest vonseiten des Wirtschaftsministers –, das uns vermittelt wird, ist: „Wir müssen mehr Angebote schaffen, die wetterunabhängig sind“, dann ist das zwar richtig, dagegen haben wir nichts. Aber das kann es doch nicht gewesen sein. Es kann doch nicht sein, dass wir auf die Klimakatastrophe damit reagieren, dass wir sagen: Dann fahren wir zukünftig halt in der Halle Ski.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Deswegen müssen wir auch hier in Baden-Württemberg schleunigst reagieren.

Selbstverständlich – das füge ich hinzu – wird Baden-Württemberg allein die Klimakatastrophe nicht aufhalten. Das ist völlig klar.

(Zuruf)

Aber, meine Damen und Herren, ich sage es noch einmal: Es ist wie bei der Forschung: Wenn wir als reiches Land – verglichen mit all den Ländern, die besonders von der Klimakatastrophe betroffen sind –

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Kübler CDU: Weil wir reich sind!)

– Ja, im Vergleich zu anderen; ihr habt zwar den Haushalt schon ziemlich an die Wand fahren, aber verglichen mit anderen sind wir immer noch reich. – Wenn wir nicht bereit sind, da etwas zu tun, wie können wir dann erwarten, dass Länder in der so genannten Dritten Welt anfangen, etwas gegen die Klimakatastrophe zu tun? Wir stehen in einer besonderen Verantwortung.

Meine Damen und Herren, Ihre Erkenntnisse zur Klimapolitik, die in der Antwort der Landesregierung zum Ausdruck kommen, stehen beispielsweise auch in krassm Widerspruch zu Ihrer Verkehrspolitik. Alles, was beispielsweise aus Berlin kommt, was dazu dienen soll und dazu angetan ist, den Energieverbrauch zu senken – beispielsweise Ökosteuer, beispielsweise Lkw-Maut –,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Die Ökosteuer dient doch der Rente und nicht der Ökologie!)

wird von der Landesregierung bekämpft, oder man fördert zumindest, wie bei der Lkw-Maut, Kompensationen, die dann alles, was zuvor getan wurde, wieder aufheben.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Rasen für die Rente!)

Meine Damen und Herren, Sie tun beispielsweise zu wenig, um den Fahrradverkehr in Baden-Württemberg zu fördern.

(Abg. Hauk CDU: Jetzt reden wir doch mal über zentrale Dinge und nicht über Marginalien!)

– Ja. Ich bin jetzt bei der Verkehrspolitik. Solange der Schriftführer Palmer heißt, ist das keine Marginalie. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen.

Herr Kollege Hauk, ich muss Ihnen einmal etwas sagen: Der Straßenbau ist bei Ihnen wieder so sehr in den Mittelpunkt gerückt und wird für Sie immer wichtiger, ohne dass Sie sich überlegen, welche Auswirkungen eine solche Verkehrspolitik auf das Klima hat.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Der ist aus ökologischen Gründen wichtig! Ja! So ist es!)

Da müssen Sie einfach wieder umdenken. Ansonsten wird das nichts werden.

Jetzt, meine Damen und Herren, noch ein letzter Punkt. Sie haben ja ein besonderes Faible für die Atomkraft. Sie wollen uns immer erzählen, das wäre die Rettung vor der Klimakatastrophe. Ich will Ihnen nur einmal sagen, was das Umweltbundesamt in seiner Studie „Nachhaltiges Deutschland“ –

(Unruhe)

– Ich komme gleich zum Ende. Wenn in den letzten beiden Tagen alle so kurz geredet hätten wie ich, wären wir schon daheim.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen nur noch ein Zitat aus der Studie des Umweltbundesamts „Nachhaltiges Deutschland“ bringen.

(Zuruf des Abg. Kübler CDU)

Da steht – ich zitiere, Herr Kollege Kübler –

Zur Erreichung des Klimaschutzziels ist die Kernenergie auf Dauer nicht notwendig. Ein Ausbau der Kernenergie dürfte hingegen gerade die angebotsorientierten Strukturen unserer Energiewirtschaft stabilisieren, die ein Hauptthema für die zur Erreichung des Klimaschutzziels unabdingbare Effizienzverbesserung darstellen.

Deshalb, meine Damen und Herren, nehmen Sie das endlich zur Kenntnis: Auch Ihre Kernkraft ist ein Auslaufmodell und bringt uns im Klimaschutz nicht voran.

Danke.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hauk.

**Abg. Hauk** CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich stelle ja schon fest, dass der Kollege Walter seine einleitenden Vorstellungen zur Großen Anfrage der Grünen heute im Prinzip sehr schaumgebremst vorgebracht hat. Er hat auch allen Grund dazu, sich einigermaßen zurückzuhalten. Denn das, was die Grünen als Vorstellungen in den vergangenen vier Jahren auf Bundesebene und hier auf Landesebene immer wieder vertreten haben, war alles nicht zielführend, wenn man den Klimaschutzgedanken tatsächlich im Sinn hat und wenn man ehrlich bestrebt ist, die Ursachen für Klimaveränderungen, die wir in der Tat haben, zu beseitigen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in den letzten 100 Jahren – Die Dinge sind hinreichend bekannt: Wir haben ein halbes Grad Temperaturerwärmung. Wir haben in den letzten 30, 40 Jahren rund 14 Tage längere Vegetationsperioden bei uns in Baden-Württemberg. Das ist ganz ordentlich: von sechs Monaten auf sechseinhalb Monate, wenn man so will, in denen die Vegetation sprießt. Wir sehen alle in den Alpen den Rückgang der Gletscher und können das auch vergleichen. Wir spüren selbst bei uns im Land eine Zunahme der Hochwasserschäden, wir spüren eine Zunahme der Sturmereignisse, wir spüren insgesamt, dass Klimaextreme in der Summe zunehmen, und wir merken auch, dass wir für die Reparaturen der Folgen einiges an Geld auch bei uns im Landeshaushalt in die Hand nehmen müssen. Ich denke an die Bereiche der Hochwasserschäden und Sturmkatastrophen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, über die Ausgangslage sind wir uns, glaube ich, einig und zwischenzeitlich weitgehend auch über die Analyse. Jetzt kommt die Frage nach den Konsequenzen. Bei den Konsequenzen, Herr Kollege Walter, unterscheiden wir uns schon kräftig.

Eine der Konsequenzen heißt: Ich muss an den großen Brocken der Ursachen anzusetzen versuchen. Dabei muss ich überlegen: Wo können wir – die Landespolitik – gestaltend und steuernd eingreifen?

Jetzt ist die Frage: Wo sind die großen Brocken? Da gehen wir erst einmal zu den Ursachen. Da nehmen wir das CO<sub>2</sub> als eine der Ursachen. Und dann ist die Frage: Wo können wir dort unter Umständen in unserem Bereich steuernd eingreifen?

Und da stellen wir fest: Wir können im Bereich des Verkehrs als dem Hauptverursacher eingreifen. Das haben wir auch getan, und das tun wir. Nicht umsonst bauen wir den öffentlichen Personennahverkehr in Baden-Württemberg aus. Nicht umsonst investieren wir in diesem Land weitaus mehr für den ÖPNV als für den Straßenbau. Nur: Beides zusammen ist halt auch notwendig. Wenn wir Mobilität und Flexibilität erhalten wollen, brauchen wir ordentliche Nahtstellen, das heißt auch Straßenbau und eben nicht nur Schiene. Es bedeutet ein konsequentes Sowohl-als-auch. Das ist das, was Sie, Herr Kollege Walter, nicht akzeptieren wollen. Und das sind natürlich ganz unspektakuläre Dinge.

Das Zweite, wo wir unheimliche Verluste und einen unwahrscheinlich hohen Ausstoß haben, ist der private Hausbrand.

(Beifall des Abg. Dr. Glück FDP/DVP)

Das ist der zweitwichtigste Verursacher. Und das bedeutet in aller Konsequenz – das ist natürlich nicht besonders spektakulär –: Altbausanierung, Altbausanierung, Altbausanierung! Das ist die Konsequenz, meine sehr verehrten Damen und Herren,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Caroli SPD: Wer hat die Wärmeschutzverordnung erlassen? Februar 2002! – Weitere Zurufe)

und zwar in allen Facetten. Da frage ich natürlich schon, Herr Kollege Walter: Warum hat sich die Bundespolitik aus dem Thema Städtebausanierung gänzlich verabschiedet? Warum war das so?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Warum? Sie hätten die Möglichkeit gehabt, ein Mittstandsförderungsprogramm und ein Klimaschutzprogramm erneut aufleben zu lassen, wenn es Ihnen mit dem Ziel ernst gewesen wäre und wenn Sie nicht nur Schaufensterpolitik betreiben wollten. Das ist doch die Tatsache.

(Glocke des Präsidenten)

Mit ein paar Photovoltaikzellen auf den Dächern werden Sie das Klimaschutzproblem nicht lösen. Aber im Altbau hätten Sie einen echten Ansatz gehabt, die Problematik anzugehen.

(Abg. Fischer SPD: Wir haben wenigstens einiges geschafft!)

**Präsident Straub:** Herr Abg. Hauk, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Walter?

**Abg. Hauk** CDU: Ja, Herr Präsident.

**Präsident Straub:** Bitte schön, Herr Abg. Walter.

**Abg. Walter** GRÜNE: Herr Kollege Hauk, da Sie nicht schaumgebremst sind, möchte ich eine Zwischenfrage stellen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das war fast nur Schaum!)

Ist Ihnen bekannt, dass die Bundesregierung ein Programm zur Altbausanierung aufgelegt hat, das jedes Jahr 200 Millionen € umfasst, und zwar fünf Jahre lang? Wenn Ihnen das bekannt ist: Wie können Sie dann zu der Aussage kommen, die Bundesregierung habe die Altbausanierung verschlafen?

**Abg. Hauk** CDU: Herr Kollege Walter, wir reden über verschiedene Dinge. Die Frage ist doch, wie man die Dinge konzeptionell angeht und wie man vor allem Kommunen in die Lage versetzt, steuernd die Dinge aufzugreifen. In der Vergangenheit, in den Neunzigerjahren war das gemeinsame Landessanierungsprogramm – ein Bund-Länder-Programm – ein zielführendes Instrument, mit dem Sie vor allen Dingen auch zielorientiert die Dinge anpacken konnten. Das ist der große Unterschied. Der Effekt wäre weitaus größer gewesen, als wenn Sie nur punktuelle Maßnahmen wie das von Ihnen genannte Programm durchführen.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

(Hauk)

Ein Zweites, meine Damen und Herren, ist das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum, wenn es um die Frage der Dorferneuerung geht. Das hat auch viel mit dem von uns immer wieder thematisierten Bereich des Flächenverbrauchs zu tun. Das ist flankierend ein gewollter Effekt.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Auch dort gilt dasselbe, dass ein guter Teil eben nicht nur in die Erhaltung von Bausubstanz, sondern auch in die Erneuerung von Altbausubstanz geht. Damit leisten wir in einem kommunalfreundlichen und mittelstandsfreundlichen Programm gleichzeitig einen Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele. So muss es auch funktionieren. Man darf nicht immer nur singulär einen Bereich herausgreifen, sondern man muss versuchen, in der Summe letztlich möglichst viele Instrumente zu bündeln.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das war der eine Bereich des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes, der Gebäudebereich. Das Ministerium für Umwelt und Verkehr, ja, das Wirtschaftsministerium, Energie-Spar-Check, Altbausanierung, Energiesparprogramm Altbau – Sie, sehr geehrter Herr Kollege Walter, haben das Klimaschutzprogramm der Landesregierung, des Landes angesprochen, das vermutlich demnächst vom Umweltminister vorgestellt wird.

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Wir nehmen damit jährlich noch einmal 9 Millionen € in die Hand, und zwar mit einem Instrumentarium, das nicht irgendwo an fiktiven Schwellenwerten oder wo auch immer ansetzt, mit einem Instrumentarium, das sich einzig und ausschließlich daran orientiert, wie viel CO<sub>2</sub> tatsächlich eingespart wird. Diese Summen werden gefördert. Das nenne ich innovative Denkmodelle und innovative Ansätze, wie man tatsächlich unter dem Strich einen effektiven Beitrag leisten kann.

Meine Damen und Herren, ein Weiteres: Auch wenn Sie es nicht wahrhaben wollen, ist die Frage: Wie werden Energieträger gegebenenfalls substituiert? Wer ist für Klimaschutz und Treibhausgase verantwortlich? Sie kommen um die einfache Wahrheit nicht herum, dass es eben die fossilen Energieträger sind, die für Treibhausgase und damit für Klimaänderungen verantwortlich sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das ist einfach, aber das ist die Wahrheit. Deshalb sage ich noch einmal: Unsere Philosophie heißt eben nicht „regenerative Energien statt Kernenergie“, sondern unsere Philosophie heißt „regenerative Energien statt fossiler Energien“. Das ist auch der richtige Weg, wie man die Dinge in den Griff bekommt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Herr Kollege Walter, im Unterschied zu Ihnen gehen wir hierbei gänzlich ideologiefrei vor.

(Lachen des Abg. Drexler SPD)

– Ja; das ist so. Wir gehen ideologiefrei vor. – Wenn wir morgen Formen finden, wie auch immer, auch im techni-

schen Bereich, Erhöhung von Wirkungsgraden etc., dann verschließt sich denen kein Mensch in diesem Land.

(Abg. Drexler SPD: Sie machen es nicht! Ihr macht nix!)

Wir sagen nur: Die Energiemixveränderung darf nicht zulasten des Klimaschutzes gehen. Bei Ihnen geht sie doch zulasten des Klimaschutzes. Das ist doch die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

– Entschuldigung! Wer eine Ökosteuer einführt und die großen Kohlekraftwerke davon ausnimmt und Kohle weiterhin subventioniert, der versündigt sich doch an diesem Gedanken des Klimaschutzes. Auch dies ist doch die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Mir geht es nicht darum, die Kernenergie nur in den Himmel zu loben. Ich akzeptiere jeden, der berechtigterweise auf die Risiken, insbesondere was die Frage der Endlagerung angeht, hinweist. Das akzeptiere ich. Das kann ich auch nachvollziehen.

(Zurufe von der SPD)

Aber ich akzeptiere nicht, wenn man heuchelnd den Klimaschutzgedanken hoch hält und alles dafür tut, alles in seiner politischen Verantwortung dafür tut, dass man gerade keinen Beitrag zu diesen Zielen leistet.

(Zurufe von der SPD)

Das ist nämlich die Wahrheit, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wir haben in Baden-Württemberg unser Ziel hoch gesteckt. Wir haben in der Bundesrepublik einen Schnitt von rund 11 Tonnen CO<sub>2</sub>-Ausstoß pro Einwohner und Jahr, in Baden-Württemberg nur von 7 Tonnen. Das hängt natürlich auch damit zusammen, dass wir einen hohen Anteil an Kernenergie haben; gar keine Frage. Wenn morgen die ersten Kernkraftwerke, wie Sie es wollen, abgeschaltet würden,

(Abg. Schmiedel SPD: In 20 Jahren!)

würde dieser Ausstoß wahrscheinlich nicht einmal steigen, weil wir halt dann den Strom aus dem Ausland importieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das heißt, unsere Binnenbilanz bleibt auch dann positiv.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Und so kann man natürlich auch die Rechnung aufmachen: Unsere Binnenbilanz bleibt im Zweifelsfall positiv; denn Kernenergiestrom finden Sie im Augenblick in Europa im Überfluss.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)



(Hauk)

Jeder ausländische Produzent ist dankbar, wenn er dankbare und billige Abnehmer dafür findet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dann kommt ein Weiteres hinzu: Dort, wo es um Gefährdungssituationen geht, also dort, wo Gefahr im Verzug ist, muss der Staat eingreifen und sagen: Das darfst du machen, das darfst du nicht machen. Sie müssen sich aber einmal überlegen, ob Sie mit den alten Instrumentarien des Ordnungsrechts und der billigen Subvention in einem sektoralen Bereich so, wie Sie es anstellen, unter dem Strich weiterkommen oder ob es nicht angezeigt wäre, sich auch über marktwirtschaftliche Instrumentarien zu unterhalten. Ich kann unseren Umweltminister nur unterstützen, der als erster in Deutschland damals noch ein einsamer Rufer in der Wüste war, als es beispielsweise um die Frage marktwirtschaftlicher Zertifikatslösungen ging, was die CO<sub>2</sub>-Emissionen angeht.

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Zwischenzeitlich verfolgt zu Recht auch die Europäische Union dieses politische Instrument. Sie setzen erneut nur auf sektorale, auf billige Subvention mit der großen Gefahr, dass Sie sich dabei verkalkulieren. Thema Photovoltaik – nichts dagegen. Thema Windkraft, regenerative Energien – nichts dagegen, zunächst einmal.

(Unruhe)

Aber Sie verkalkulieren sich insofern, weil Sie billige Propaganda, Schaufenster- und Stromrotoren aufbauen nach dem Motto:

(Abg. Dr. Caroli SPD: Ach! Was machen denn Sie gerade im Moment?)

Wir beruhigen uns einmal selber, wir beruhigen die Öffentlichkeit, wir tun ja etwas für nachwachsende und regenerative Energien. Und der Effekt ist gleich null. Der Effekt bei uns im Binnenbereich – nicht an der Küste und nicht auf den Höhenlagen – ist gleich null, weil Sie für 100 Megawatt Strom aus Windkraft eben herkömmliche 80 Megawatt als Reserve vorhalten müssen, weil die Windkraft letztlich der unzuverlässigste Lieferant ist. Sie vernachlässigen dabei einen ganz wesentlichen Bereich, auf den wir bei uns im Land zu Recht setzen und der auch an der Wirtschaftlichkeitsschwelle liegt. Das ist der Bereich der Biomasse. Nicht umsonst haben wir in den letzten acht oder zehn Jahren die Anstrengungen natürlich auch unter dem Eindruck von Rio gemacht.

(Unruhe)

Wir haben unter diesem Eindruck auch den Bereich der Biomasse gesehen, insbesondere bei Holz, aber auch bei Biogas und dergleichen mehr im landwirtschaftlichen Bereich, und dort entsprechende sektorale Subventionen, wenn man so will, auch gegeben. Aber damit haben wir einen klaren Effekt erzielt.

Ich glaube, wir sind unserem Ziel in Baden-Württemberg näher gekommen, unseren Anteil, den wir im Jahr 1990 bei 7,6 Tonnen pro Jahr und Einwohner hatten, auf realistisch 6,5 Tonnen pro Jahr und Einwohner – also eh schon ein

Niedrigstlevel, wenn man den Bundesdurchschnitt von nach wie vor 11 Tonnen CO<sub>2</sub>-Ausstoß pro Jahr und Einwohner sieht – zu senken. Wir kommen unseren Zielen jedenfalls näher, weil wir sie pragmatisch angehen und nicht ideologisch, Herr Kollege Walter. Und das ist der große Unterschied zwischen uns.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Caroli.

**Abg. Dr. Caroli SPD:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mit einem Zitat beginnen:

Wir haben heute Hunderte von Erklärungen, Vereinbarungen, Richtlinien und rechtsverbindlichen Verträgen zur Lösung von Umweltproblemen und zur Beseitigung der damit verbundenen Gefahren für die Gesundheit und das Wohlergehen von Mensch und Natur. Jetzt gilt es, den politischen Mut und die innovative Finanzierung zu finden, um diese Abmachungen in die Tat umzusetzen . . . Wir brauchen konkrete Taten, wir brauchen konkrete Zeitpläne, und wir brauchen von allen Seiten eisernen Willen.

(Abg. Schmiedel SPD: Sehr gutes Zitat!)

Jetzt möchte ich Beifall von allen Seiten hören, weil dies beim Klimaschutz ja die eigentliche Forderung ist, hinter die wir uns stellen möchten. Nun werden Sie sagen: Schöne Worte! Von wem ist dieses Zitat? Es könnte von mir sein.

(Heiterkeit – Abg. Pfister FDP/DVP: Bescheiden, bescheiden!)

Ist es aber nicht. Es ist ein Zitat von UNEP-Exekutivdirektor Klaus Töpfer.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Kretschmann GRÜNE – Zurufe von der SPD: Ah! – Abg. Hauk CDU: Guter Mann! – Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Dieser hat vor kurzem den Landtag von Baden-Württemberg besucht, und er hat uns bei den Abfalltagen interessante Folien zu GEO 3 aufgelegt, die ganz eindeutig – ich erinnere an die Folien zu dem gravierenden Abbau der Eisdicke an den Polen – aufgezeigt haben, wie groß die Gefahr ist, in der wir uns befinden.

Meine Damen und Herren, ich möchte ein zweites Zitat bringen, das zeigt, wie wir – oder sagen wir besser: die Regierung des Landes Baden-Württemberg – die Umweltprobleme angehen. Ich zitiere Herrn Minister Müller, der sich in der „Schwäbischen Zeitung“ vom 15. Juli 2002 zu Umweltinvestitionen geäußert hat:

Wir sind nicht schlechter als andere, aber in guter schlechter Gesellschaft.

Wenn bei dem einen so richtig das Herz und auch der erklärte politische Wille erkennbar ist, dann sind aus dem

(Dr. Caroli)

zweiten Zitat allenfalls stille Resignation und ein sehr gemächliches Behandeln der Umweltprobleme erkennbar. Genau da, meine Damen und Herren, liegt der entscheidende Punkt: Den Willen, diese Umweltprobleme auch regional anzugehen, erkennen wir bei der Landesregierung nicht.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Meine Damen und Herren, seit 150 Jahren sind in der Erdatmosphäre die Konzentrationen der Treibhausgase deutlich angestiegen. Ich brauche die Zahlen jetzt nicht sehr ausführlich zu nennen, aber wir wissen, dass gemäß dem Bericht des IPCC, des zwischenstaatlichen Ausschusses zur Untersuchung von Klimaveränderungen, mit hoher Wahrscheinlichkeit eine unnatürliche und rasche Erwärmung der Erdatmosphäre um 1,4 bis 5,8 Grad Celsius zu erwarten ist. Wenn wir nichts tun, ist auch damit zu rechnen, dass der Meeresspiegel bis zum Jahr 2100 um 10 bis 90 cm ansteigen wird, mit entsprechenden katastrophalen Auswirkungen weltweit.

Es ist die Frage zu stellen, wie die Auswirkungen auf Baden-Württemberg zu betrachten sind. Meine Damen und Herren, was hierzu bislang von der Landesregierung festgestellt worden ist, ist natürlich noch nicht dazu angetan, eine große dramatische Entwicklung vorherzusehen bzw. mit entsprechenden politischen Forderungen zu kommen, weil es noch viel zu dürrig ist.

Ich darf einmal erwähnen, was bisher festgestellt worden ist: ein Anstieg der Jahresmitteltemperaturen seit Mitte der Achtzigerjahre, eine Zunahme der Starkniederschläge im Winter, die Zunahme von Körnermais, Sonnenblumen und Sojabohnen, dass der Frühling zehn Tage früher kommt und der Herbst neun Tage später, dass sich der Wegzugstermin der Singvögel verspätet und – ich füge noch hinzu – dass sich das Einsetzen der Mauser bei Auerhahnjungvögeln verfrüht.

(Abg. Drexler SPD: Unglaublich!)

Meine Damen und Herren, mit gesundem Menschenverstand kann man noch andere Dinge feststellen. Zum einen leben wir quasi bereits in Norditalien,

(Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

zum anderen haben Stürme in unkontrollierbarer Folge bereits unsere Wälder verwüstet. Das allein sind doch genügend Indikatoren dafür, dass endlich gehandelt werden muss.

Die Landesregierung hat nun zusammen mit Bayern ein Projekt in Gang gesetzt, das Kooperationsvorhaben „Klimaveränderung und Konsequenzen für die Wasserwirtschaft“ (KLIWA). Bislang sind zwei Grundsatzstudien erstellt worden, die aber bislang noch nichts Konkretes erbracht haben. Deswegen dürfen wir gespannt sein, was regionale Klimaszenarien für Baden-Württemberg erbringen. Dazu brauchen wir Simulationsrechnungen, in die dann die bereits vorhandenen Wasserhaushaltsmodelle eingerechnet werden, damit wir überhaupt einmal sehen können, welche Konsequenzen wir ziehen müssen. Im Jahr 2002 befinden

wir uns also in der Situation, dass wir für unser Land noch gar nichts richtig vorhersagen können. Deswegen der Appell, sich endlich aktiv in die Forschung hineinzuheben. Das Land Bayern musste uns dabei vorausgehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Landesregierung verurteilt die Maßnahmen der Bundesrepublik Deutschland – der jetzigen Bundesregierung –, dabei sind diese Maßnahmen das Einzige, was in den vergangenen Jahren bislang zu einem aktiven und effektiven Klimaschutz beigetragen hat.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf von der SPD: Bravo!)

Wie sieht es bei uns aus? Wir sind Schlusslicht bei der Markteinführung und der Anwendung von regenerativen Energien. Bei der Agenda 21 – viele Agenda-21-Projekte sind ja klimaschutzrelevant – setzen wir ein viel zu geringes Fördervolumen ein. Das vorhin angesprochene neue Förderprogramm „Klimaschutz-Plus“ – es ist mit 4 Millionen € ausgestattet – kommt zu spät und ist viel zu mickrig. Gleichzeitig mit der Einführung dieses Programms werden die Aktivitäten und Erfolge der Bundesregierung ignoriert und sogar bekämpft.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Deswegen weise ich noch einmal auf diese wichtigen Programme hin: EEG – das steht für ein geniales Programm, das in der Bundesrepublik enorme Effekte gehabt hat. Ferner nenne ich das Markteinführungsprogramm, das KWKGesetz, die Wärmeschutzverordnung, das Energieeinsparungsgesetz, die KfW-Förderung für Wärmedämmung usw. Aber wir in Baden-Württemberg haben nur ein Programm, das noch nicht einmal in Kraft getreten ist, nämlich das Förderprogramm „Klimaschutz-Plus“ mit gerade einmal 4 Millionen € für CO<sub>2</sub>-Minderungsmaßnahmen.

Meine Damen und Herren, der Ausbau der regenerativen Energien in unserem Land wurde von dieser Landesregierung kläglich vernachlässigt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Gleichzeitig versucht die Landesregierung, aus dem Landesplanungsgesetz mit dubiosen Änderungen ein Antiwindkraftgesetz zu machen

(Abg. Drexler SPD: Ja!)

und die Privilegierung der Windkraft im Baugesetzbuch zu unterlaufen. Wir sind der Auffassung, dass Sie damit auf jeden Fall scheitern werden. Leidtragender ist dann das Land, das eines der Schlusslichter unter den Flächenländern ist.

(Abg. Blenke CDU: Das Thema hatten wir schon!)

Zu der Bemerkung des Kollegen Hauk zur Atomkraft möchte ich eines noch hinzufügen: Herr Kollege Hauk, wer dem Prinzip der Nachhaltigkeit huldigt, muss den Ausstieg aus der Atomkraft befürworten.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

(Dr. Caroli)

Die Nutzung der Kernenergie ist nicht nachhaltig. Sie birgt Risiken, die auf Dauer nicht verantwortbar sind. Sie steht im Widerspruch zur Generationengerechtigkeit, weil sie mit ihren Hinterlassenschaften – bei der Rohstoffgewinnung im Uranabbau, aber auch bei der Endlagerung des Atommülls – künftige Generationen auf Jahrhunderte belastet.

Sie, Herr Kollege Hauk, haben offenbar mehr Furcht vor ein paar Windrädern in diesem Land als vor den Risiken der Kernenergie.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Drexler SPD: Jawohl! Richtig!)

Lassen Sie die Finger von diesem alten Hut, und gehen Sie zusammen mit der Industrie und verantwortlichen Umweltpolitikern den Weg in einen Ausstieg aus der Atomenergie und in eine energiepolitische Umkehr. Das wäre eigentlich eine sinnvolle Gemeinsamkeit, die wir im Lande Baden-Württemberg entwickeln könnten. Insbesondere aber wünsche ich mir, dass aktive Klimaschutzpolitik in diesem Lande zur Vorbeugung gegen die Katastrophen, die sich abzeichnen, von uns allen gemeinsam getragen wird. Geben Sie Ihren Widerstand auf,

(Abg. Drexler SPD: Genau!)

und versuchen Sie, in diesem Bereich neue Programme auf den Weg zu bringen, um damit der Bundesregierung bei ihren Bemühungen, die ja bereits sehr viele positive Ergebnisse erbracht haben, den Rücken zu stärken.

(Abg. Hauk CDU: Welche? Wir haben doch nichts erreicht! Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß ist in den letzten vier Jahren ja gleich geblieben!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden auf dieses Thema zurückkommen, wenn die Ergebnisse der vorhin angesprochenen Szenarien auf dem Tisch liegen. Dann aber muss ein Knopf drangemacht werden. Denn wir brauchen eine Klimaschutzpolitik für das Land Baden-Württemberg, die ihren Namen verdient.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

**Abg. Heiderose Berroth** FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Diese Große Anfrage der Grünen hat einen verräterischen Untertitel. Darin heißt es: „Auswirkungen der Klimaveränderungen für Mensch und Umwelt“. Ich möchte ausdrücklich betonen: Für mich ist der Mensch Bestandteil der Umwelt und kein Gegenstück dazu. Ich glaube, man sollte bei allen Diskussionen Mensch und Umwelt nicht gegeneinander ausspielen.

Es wird von niemandem mehr bestritten: Wir haben Klimaveränderungen und müssen uns darum kümmern, wie wir durch vernünftiges menschliches Handeln den Trend mildern und möglichst umkehren können. Das Beispiel FCKW zeigt, dass Maßnahmen greifen. Auch beim CO<sub>2</sub>-Ausstoß haben wir – das ist aus der Antwort der Landesregierung

ersichtlich – in Baden-Württemberg eine Senkung erreicht. Deswegen verstehe ich nicht ganz, Herr Dr. Caroli, woher Sie jetzt Ihre Negativszenarien nehmen.

Noch zu klären ist, welche internationalen Kontrollinstanzen und Sanktionen wirklich dazu dienen können, weltweit greifende Maßnahmen zu bekommen, und inwieweit der Handel von Emissionslizenzen dazu beitragen kann bzw. wie man das organisiert.

Ich möchte nicht alles im Einzelnen aufzählen, aber eines ist ebenfalls wichtig: Eine Verharmlosung des Weltklimarisikos ist genauso wenig angebracht wie Katastrophenmentalität. Beides ist letztlich verantwortungslos. Das Gebot der Stunde ist definitiv der weltweite Klimaschutz, ohne dabei in Panik zu verfallen.

Nun zur Situation hier im Lande: Im Umweltplan der Landesregierung ist das Ziel klar formuliert: CO<sub>2</sub>-Emissionen senken. Dazu haben wir im Förderprogramm „Klimaschutz-Plus“ Maßnahmen entwickelt. Dieses Programm besteht aus den drei Säulen allgemeines CO<sub>2</sub>-Minderungsprogramm, Beratungsprogramm „Energieeffizienz und Klimaschutz“ und Modellprojekte.

Das Energieeinsparprogramm Altbau ist – Herr Kollege Hauk hat es schon angesprochen – eine der wichtigsten Maßnahmen in diesem Bereich. Ein CO<sub>2</sub>-Hauptausstoß kommt vom Hausbrand. Deswegen ist dieses Energieeinsparungsprogramm so wichtig. Es wird wahrgenommen, und es hilft unserer mittelständischen Wirtschaft. Da wird sehr viel getan.

Beim Bereich Erforschung erneuerbarer Energien, wo Sie uns Lücken vorwerfen,

(Abg. Walter GRÜNE: Nicht bei der Erforschung, sondern bei der Umsetzung!)

muss ich darauf hinweisen, dass wir da an der Spitze aller Bundesländer stehen.

(Abg. Walter GRÜNE: Das wissen wir selber!)

Wir tun mehr als alle anderen bei der Erforschung der erneuerbaren Energien. Nehmen Sie das endlich zur Kenntnis.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das Gleiche gilt, Herr Dr. Caroli – Ihr Erinnerungsvermögen ist offensichtlich sehr kurz, denn erst in der letzten Woche haben wir darüber im Ausschuss gesprochen –, für die Agenda 21. Dazu liegen zwar sehr viel mehr Anträge vor, als berücksichtigt werden können, aber ich denke, es ist eine tolle Sache, wenn man auch etwas Besonderes bringen muss und damit den Wettstreit der Tüchtigen herausfordert, um die Förderung zu erhalten. Aber in der Summe dessen, was das Land für Agenda-21-Projekte ausgibt, liegen wir ebenfalls bundesweit an der Spitze.

(Beifall des Abg. Hofer FDP/DVP)

Das wurde im Ausschuss deutlich gesagt, aber das haben Sie offensichtlich schon wieder verdrängt.



(Heiderose Berroth)

Ich möchte noch auf etwas ganz anderes hinweisen. Die FDP war die erste Partei, die bereits 1971 ein geschlossenes Programm zum Umweltschutz vorgelegt hat.

(Abg. Schmiedel SPD: Das ist aber lange her! –  
Abg. Walter GRÜNE: Das weiß der Westerwelle  
aber auch nicht!)

Die Zeit war damals noch nicht reif. Auch wer zu früh kommt, wird manchmal durch die Geschichte bestraft. Aber deswegen sollten nicht andere losmarschieren und so tun, als hätten sie den Umweltschutz erfunden.

(Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

Das ist bei uns heute immer noch ein großes Anliegen, auch wenn es die Presse leider oft nicht wahrnehmen will.

Liberaler Umweltpolitik setzt allerdings weniger auf Gängelung und mehr auf Eigenverantwortung von Bürgern und Wirtschaft statt auf staatliche Verordnungen. Das Prinzip „Verantwortung für die nächste Generation“ war auch im Bundestag Anlass für Anträge zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Allerdings muss man eines ganz deutlich sagen: Die FDP sagt Nein zu lebensabgewandten Verzichtsideologien und Verbotsideologien. Umweltschutz braucht keine ökologischen Oberlehrer, die die Menschen auf der einen Seite mit Verboten und bürokratischen Vorschriften schikanieren

(Abg. Walter GRÜNE: Nennen Sie doch einmal  
ein Beispiel!)

und sie auf der anderen Seite mit einer unglaublichen Ökosteuern schamlos abkassieren. Uns geht es nicht um Umwelt- und Naturschutz gegen die Menschen, sondern mit ihnen und für sie. Das ist der Kern des umweltpolitischen Konzepts der FDP, die im Übrigen auf marktwirtschaftliche Mechanismen setzt. Dabei muss man eines hinzufügen: Die Regelungsmechanismen der Marktwirtschaft können leider dort nicht mehr greifen, wo zu viele Eingriffe stattfinden. Deswegen muss ein maßgebliches Thema auch sein, wie wir weltweit diese Eingriffe zurückführen können, damit die Marktwirtschaft wieder greift.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Was soll  
denn das?)

Zum Thema „Mehr Verantwortung, weniger Bürokratie“: Herr Caroli, Sie haben Töpfer zitiert.

(Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

Aber die Hunderte von Vorschriften und Verträgen, auf die Sie so stolz sind, müssen überwacht und kontrolliert werden. Es wäre tausend Mal besser, wenn wir selbstregulierende Mechanismen hätten. Dann könnten wir die Staatsquote deutlich senken.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Der vorliegende Antrag geht von der Einsicht aus, dass die Erzeugung von Energie auch klimapolitischen Anforderungen verpflichtet ist. Die Energiegewinnung muss die Emission klimaschädlicher Gase in die Erdatmosphäre verringern.

(Abg. Walter GRÜNE: Ich wäre sehr für eine  
Selbstverpflichtung zur Kompetenz, bevor man re-  
det!)

Deswegen stehen auch wir selbstverständlich für die intensive Beschäftigung mit erneuerbaren Energieträgern. Man darf über der Diskussion allerdings nicht vergessen, dass die Technik inzwischen schon wieder ein Stück weiter ist. Es gibt alternative Technologien wie die Brennstoffzelle, die zwar im Moment noch nicht produktionsreif ist, der ich aber durchaus gute Zukunftschancen gebe. Auch ihre Weiterentwicklung wird vom Land gefördert.

Eines muss man aber bei dieser ganzen Thematik bedenken: Der Staat darf nicht auch noch in die Preisbildung eingreifen. Das Vorschreiben energiewirtschaftlicher Techniken ist nun wirklich Anmaßung von Wissen durch den Staat, das im Übrigen durch die technologische Entwicklung schon im nächsten Moment falsch sein kann.

Herr Walter, Sie haben zum Erneuerbare-Energien-Gesetz gesagt, wir hätten da etwas abgebaut.

(Abg. Walter GRÜNE: Sie haben den Antrag im  
Bundesrat gestellt, abzuschaffen!)

Sind Sie in allem Ernst der Meinung, dass Baden-Württemberg auch noch Geld hinterherwerfen muss, wenn von anderer Seite vielfältig gefördert wird?

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Auch bei diesem Thema müssen wir Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit erreichen. Da, wo der Wettbewerb funktioniert, muss der Staat nicht noch eingreifen.

Jetzt sind die Grünen stolz darauf, dass 100 000 Arbeitsplätze im Bereich der regenerativen Energien bestehen.

(Abg. Schmiedel SPD: 120 000!)

Sie verschweigen aber, wie Sie sich das erkaufen haben. Allein in der Windenergie kostet jeder Arbeitsplatz 150 000 €. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Wo haben Sie die Zah-  
len her? – Abg. Walter GRÜNE: Wer hat denn das  
ausgerechnet?)

Das toppt nämlich noch die Finanzierung der Kohlesubvention um etwa das Doppelte. Aber auch bei der Kohlesubvention gibt ja der Staat seit vielen Jahrzehnten pro Arbeitsplatz viel mehr Geld aus, als die Arbeitnehmer dort erwirtschaften.

(Abg. Walter GRÜNE: Das hat der Herr Mölle-  
mann ausgerechnet, aber niemand, der rechnen  
kann!)

Die SPD hält es auch noch für wichtig, in Brüssel die Kohlesubvention weiterhin bestehen zu lassen, obwohl ausgemacht war, dass man sie auslaufen lässt. Sie sorgt damit dafür, dass weiterhin niederländische und französische Expeditionen gefördert werden und unsere heimische Speditionen- und Logistikwirtschaft im Dunkeln stehen bleibt.



(Heiderose Berroth)

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Hauk  
CDU – Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Ich sage Ihnen: Das ist eine umweltschädliche Maßnahme, denn die haben viel mehr Leerfahrten. Wenn Sie dafür sorgen würden, dass die Marktwirtschaft funktioniert und deutsche Unternehmen fahren können, dann würden auf deutschen Autobahnen wesentlich weniger Kilometer mit Lkws zurückgelegt werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Hauk  
CDU)

Und ein Allerletztes:

(Abg. Fischer SPD: Gott sei Dank!)

Die Grünen sollten endlich lernen, dass auch Straßenbau eine ökologische Maßnahme sein kann,

(Abg. Walter GRÜNE: Jesses Maria!)

und zwar dann, wenn dadurch Dauerstau aufhört.

(Abg. Walter GRÜNE: Und noch mehr Autos fahren! So ein Quark!)

Deswegen arbeiten wir daran, und das werden wir auch weiterhin tun.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Regina  
Schmidt-Kühner SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Minister Müller.

**Minister für Umwelt und Verkehr Müller:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Die heutige Debatte befasst sich im Kern zunächst einmal mit der Diagnose für den Klimaschutz, denn das war der Gegenstand der Großen Anfrage. Ich halte es auch nach wie vor für richtig, dass wir einen erheblichen Teil von Kraft und Zeit auf die Diagnose verwenden. Denn machen wir uns nichts vor: Das, was wir in der „politischen Klasse“ an Bewusstsein über Klimaschutzprobleme haben, ist noch längst nicht in der Öffentlichkeit so weit, wie wir das gerne hätten und worüber es sicher unter vielen Politikern einen gewissen Konsens gibt. Es ist noch notwendig, dass wir über Diagnosen sprechen. Deswegen will ich in wenigen Worten dazu etwas sagen.

Erstens: Wir reden beim Klimaschutz und bei der Klimaänderung nicht mehr über Prognosen, sondern wir reden über die Gegenwart. Wir reden über Anzeichen, die mit Händen zu greifen sind. Das Abschmelzen der Polkappen oder der Gletscher, der Wegfall von Feuchtgebieten und die Versteppung rund um den Erdball, der Anstieg der durchschnittlichen Temperatur oder die Wetteranomalien – das sind alles bereits Realitäten. Darüber müssen wir uns, glaube ich, im Klaren sein.

Zweitens: Wenn man diagnostiziert, muss man feststellen: Alles, was wir auf diesem Gebiet haben, hat unheimlich lange Wirkungszeiten. Das heißt, wir sprechen im Moment über die Folgen jener Emissionen, die wir vor 20, 30 oder 40 Jahren in die Luft gebracht haben. Das, was wir heute in

die Luft bringen, wird sich 20 oder 30 Jahre lang auswirken. Darin steckt ein großes Problem, nämlich dass es sehr lange dauern wird, bis auch Sparmaßnahmen, Korrekturmaßnahmen wirken. Mich erinnert das an die Situation, die wir am Bodensee gehabt haben, als der Phosphorgehalt immer weiter gestiegen ist, selbst in einer Zeit, in der wir bereits gegengesteuert haben. Umso wichtiger ist es, dass wir konsequent handeln, dass wir Bewusstsein prägen, dass wir forschen, dass wir wissen, in welche Richtung wir gehen müssen.

Drittens: Soweit es immer noch Zweifel in der öffentlichen Diskussion gibt, inwieweit der Klimawandel menschengemacht ist, möchte ich ganz einfach sagen: Alles, was für eine Anti-CO<sub>2</sub>-Politik spricht, ist auch aus anderen Gründen richtig. Insofern muss man auch denen, die meinen, dass die Dinge noch nicht so klar erwiesen wären, dass man bereits handeln müsste, sagen: Es gibt weitere Gründe, die für dieselben Maßnahmen sprechen, nämlich der Kampf gegen den Ressourcenverbrauch – ob das nun die Kohle, das Erdöl oder das Erdgas ist. Hinzu kommt, dass immer dann, wenn CO<sub>2</sub> entsteht, natürlich auch andere Luftschadstoffe entstehen. Wenn ich also nicht nur globale, sondern lokale Luftverschmutzung reduzieren will, dann kann ich das dadurch tun, das ich weniger verbrenne. CO<sub>2</sub> ist in gewisser Weise ein Leitstoff für Luftverschmutzungsprobleme generell.

Wir sollten uns immer auch vor Augen führen: Wir reden hier auch über Technologiepolitik. Wenn wir unsere Wirtschaft, wenn wir unser Verhalten in der Energiewirtschaft, in der Verkehrswirtschaft oder in der industriellen Produktion auf eine CO<sub>2</sub>-sparende Technologie umstellen, dann tun wir etwas, was im Blick auf die Zukunft ohnehin richtig ist und unserer Wirtschaft auch die Chancen von morgen eröffnet.

Insofern muss man sagen: Ganz egal, ob man den Aussagen in Bezug auf die menschengemachten Ursachen des Klimaproblems glauben will oder nicht, es gibt auch andere Gründe dafür, um zu denselben Schlussfolgerungen zu kommen.

Die nächste Bemerkung, die ich machen will: Wir haben in der Antwort auf die Große Anfrage der Grünen mit einem Bild operiert, mit dem Bild „Klima wie in Norditalien“. Das mag manchem direkt sympathisch erschienen sein. Aber man muss sich darüber im Klaren sein, welche erhebliche Veränderungen das bei uns im Land bewirkt, und man muss sich darüber im Klaren sein: Wenn das bei uns diese erträglichen Veränderungen bedeutet, dann bedeutet das an anderen Stellen der Erde ganz andere Veränderungen. Daher ist das keine beruhigende Bemerkung gewesen, sondern eine bildhafte Darstellung, die zeigt, dass in einer gemäßigten Klimazone vielleicht auch die Änderung noch gemäßigt ausfällt, aber der Indikator für sehr viel weiter gehende Klimaänderungen rund um den Erdball ist.

Wenn wir auf die Anfrage der Grünen, die ich im Prinzip für berechtigt halte, weil sie wirklich ein Thema in das öffentliche Bewusstsein gerückt hat, das bisher mehr unter Fachleuten diskutiert worden ist, relativ differenziert haben antworten können, dann deswegen, weil wir schon relativ lang forschen und weil im Übrigen der Forschungsfort-

(Minister Müller)

schritt gerade bei kleinräumigen Klimamodellen in den letzten Jahren zugenommen hat. Die bayerischen Studien – es ist ja ein beliebtes Spiel, immer wieder einmal darauf zu verweisen, dass die Bayern noch besser seien als die Baden-Württemberger; man will uns sozusagen mit unseren politischen Freunden schlagen; an mancher Stelle mag das gerechtfertigt sein, manchmal ist es auch umgekehrt –, die es bislang gegeben hat, waren etwas grobschlächtiger in ihren Aussagen. Der wissenschaftliche methodische Fortschritt hat sich verfeinert. Deswegen können wir heute präzisere Aussagen machen, allerdings etwas später als die Bayern.

Im Übrigen werden wir neben den Studien, die wir schon haben und die uns befähigt haben, relativ differenziert auf die Anfrage der Grünen zu antworten, im Rahmen der Landesstiftung einen neuen Forschungsschwerpunkt bilden, der sich mit Fragen des Klimaschutzes befasst. Dabei geht es uns im Kern gar nicht so sehr darum, besonders differenzierte Aussagen darüber zu treffen, was sich in unserem Land im Einzelnen ereignet. Im Kern geht es um etwas ganz anderes: Betroffenheit erzeugen, dass das, was weltweit stattfindet, auch bei uns stattfindet. Damit sollen die Dinge griffig werden.

Die Diskussion in den letzten Wochen hat das schon ein Stück weit aufgegriffen. Denken Sie an die Tourismustagung des Wirtschaftsministeriums, denken Sie daran, dass man sich fragt, was in der Landwirtschaft, in der Forstwirtschaft zu geschehen hat, denken wir an das Thema der Stürme oder der Hochwasserereignisse, der Starkniederschläge. Das alles sind bereits Konsequenzen der Erkenntnis, dass sich das, was sich weltweit abspielt, auch bei uns im Land abspielt und dass deswegen auch bei uns im Land etwas zu geschehen hat.

Da möchte ich Ihnen, Herr Kollege Walter, völlig zustimmen. Wir können natürlich nicht sagen: „Dann stellen wir uns halt ein bisschen um. Dann fahren wir halt in der Halle Ski.“ Das mag für sich genommen richtig sein, aber es ist natürlich nicht die ausreichende Antwort. Das ist überhaupt keine Frage. Es wäre geradezu fatal, wenn wir uns nur den Veränderungen anpassen würden, sondern wir müssen ohne jeden Zweifel etwas gegen die Ursachen unternehmen.

Übrigens: Ich glaube, die Ersten, die wirklich handfest handeln müssen, sind die Verantwortlichen in der Forstwirtschaft, weil sie in Jahrzehnten denken müssen. Sie müssen im Prinzip bei der Anpflanzpolitik, die heute betrieben wird, schon das Klima des Jahres 2050 oder 2080 vorwegnehmen, weil man eine standortgerechte Bepflanzung machen will.

Nun will ich einmal eines feststellen: Die Bemühungen in der Politik, in der Forschung, zum Teil auch in den Medien, haben in der Bundesrepublik Deutschland dazu geführt, dass wir so etwas wie einen klimapolitischen Grundkonsens haben. Dieser ist, gemessen an der Größe der Aufgabe, dringend notwendig. Stellen wir uns nur einmal vor, zu welchen weitreichenden Maßnahmen sich die Bundesrepublik verpflichtet hat.

(Abg. Dr. Caroli SPD: 20 % weniger!)

Es gibt Länder, die dürfen mehr emittieren. Europa soll 8 % CO<sub>2</sub> weniger emittieren. Die Bundesrepublik hat sich

verpflichtet, 20 % weniger zu emittieren. Diese besondere Last, die Deutschland sich selbst auferlegt hat, ist innenpolitisch nicht umstritten. Wenn ich die Diskussion in Deutschland mit der Diskussion in den Vereinigten Staaten von Amerika vergleiche, dann kann ich sagen: Unsere Politik profitiert ein Stück weit von dem innenpolitischen Grundkonsens, den wir in Fragen der Klimaschutzpolitik haben. Das ist richtig und notwendig.

(Beifall des Abg. Oettinger CDU)

– Vielen Dank, Herr Vorsitzender.

(Heiterkeit des Abg. Walter GRÜNE – Abg. Teßmer SPD: Einstimmiger Beifall!)

Ich hoffe, dass wir diesen Konsens auch in der künftigen Politik und vor allem bei den künftigen Instrumenten haben. Ich will dazu einige Bemerkungen machen.

Vorab eine Feststellung zur Situation in Baden-Württemberg. Sie ist in der Tat ein gutes Stück besser als in anderen Bundesländern. Wir haben, grob gesagt, pro Kopf und Jahr sieben Tonnen CO<sub>2</sub>-Ausstoß, im Bundesdurchschnitt sind es elf Tonnen. Das hängt nicht so sehr mit den Leistungen der Landespolitik zusammen,

(Abg. Walter GRÜNE: Das würde ich auch sagen!)

allerdings schon ein Stück weit, weil wir uns nämlich in der Tat zur Kernkraft bekennen. Die Kernkraft ist der eine Grund dafür, und unsere Industriestruktur ist der zweite Grund dafür. Damit ist zu gleicher Zeit auch signalisiert: Die weiteren Fortschritte, die es gibt, werden in unserem Land wohl unterdurchschnittlich sein, weil die großen Effizienzsteigerungspotenziale natürlich vor allem in den Bundesländern zu holen sind, in denen wir einen sehr viel höheren CO<sub>2</sub>-Ausstoß haben. Das signalisiert zu gleicher Zeit natürlich etwas zum Thema Kernkraft.

Wenn wir uns der Frage zuwenden, was zu tun ist, dann ist es, glaube ich, wichtig, dass wir sagen: Wir müssen uns auf die großen Felder konzentrieren, und wir müssen uns auf die großen Hebel konzentrieren. Wir müssen uns wirklich auf jene Bereiche beziehen, in denen sich das lohnt. Das heißt, wir müssen bei den großen Emittenten mit wirksamen Instrumenten ansetzen. Es geht nicht so sehr um Subventionspolitik. Es geht nicht so sehr um einzelne Nischen, obwohl man natürlich sagen kann, man sollte an allen möglichen Stellen etwas tun. Aber wenn ich wirklich effektiv und effizient handeln will, dann muss ich mich auf die großen Brocken beziehen.

Dazu will ich zunächst einmal sagen: Es geht um die internationalen Fragen, und es geht ganz einfach um die drei großen Themenstellungen des Emissionshandels, des Quotenhandels und der ökologischen Flankierung der Liberalisierung der Strommärkte in Europa. Es ist eine ganz problematische Entwicklung, wenn ich den Strommarkt liberalisiere, ihn aber nicht ökologisch flankiere, weil das bedeutet, dass Strom nur über den Preis verkauft wird. Dabei gerät die Ökologie natürlich unter die Räder.

(Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

(Minister Müller)

Ich muss schon sagen: Ich vermeide, wenn es irgendwie geht, politische Auseinandersetzungen in dieser Frage, in der wir Gemeinsamkeit suchen sollten. Aber wenn wir jetzt schon davon sprechen, wer was getan hat, dann will ich einmal darauf verweisen: Das Zusammenspiel zwischen Umweltpolitik und Außenpolitik war in den Neunzigerjahren besser

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

als in jener Zeit, in der die Umweltpolitik und die Außenpolitik von zwei grünen Ministern gemacht wurden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich kann das auch belegen: Alle internationalen Konferenzen – hinter die sich seinerzeit übrigens auch Bundeskanzler Kohl gestellt hat –, von denen wir heute sprechen und in denen sich die Bundesrepublik weitgehend verpflichtet hat, waren Konferenzen der Neunzigerjahre. Wir haben sie heute umzusetzen und zu realisieren.

Wenn wir uns jetzt wirklich einmal die großen Brocken ansehen, dann kommen wir an Themen wie der Kernkraft nicht vorbei, dann kommen wir am Thema Kohlesubventionen nicht vorbei, dann kommen wir auch am Thema ÖPNV nicht vorbei.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Das ist ein Gebiet, in dem wir uns wirklich blicken lassen können. Auch die Wende zum ÖPNV ist in den Neunzigerjahren gepackt worden. Im Moment erleben wir ja eine Reduktion der Mittel für den ÖPNV aus dem Bundeshaushalt. Das sei nur einmal nebenbei gesagt.

Wir kommen auch nicht daran vorbei, zu überlegen, welche Instrumente geeignet und welche weniger geeignet sind. Da will ich ein differenziertes Bild malen. Ich will gar nicht sagen, alles, was die Bundesregierung in den letzten vier Jahren gemacht hat, sei falsch.

(Abg. Schmiedel SPD: Das wäre ja ein starkes Stück!)

Ich nenne Ihnen einmal zwei Dinge, die gut waren, und ich nenne Ihnen zwei Dinge, die ich als nicht sinnvoll ansehe. Gut war beispielsweise die Energieeinsparverordnung. Das war eine wirklich sinnvolle Geschichte. Gut ist die wirklich ordentliche Ausstattung mit Mitteln für die Altbausanierung. Das will ich überhaupt nicht bestreiten.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

400 Millionen DM oder 200 Millionen € per anno sind eine ordentliche Summe. Das ist auch vom Instrument her richtig und zielt auf das richtige Feld.

(Abg. Schmiedel SPD: Jetzt gut zuhören, Hauk! – Abg. Walter GRÜNE: Kollege Hauk, hast du gehört?)

Als problematisch und als ziemlich unsinnig sehe ich aber beispielsweise das 100 000-Dächer-Programm an. Man hätte mit der Milliarde Mark Effektiveres leisten können. Ich will gar nicht bestreiten, dass mit diesem Programm ein

gutes Ziel verfolgt wurde. Aber es war nicht effizient genug. Man hat die teuerste Maßnahme genommen und unterstützt, weil sie politisch, ideologisch und optisch hochrangig angesiedelt ist und genauso besetzt ist.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Walter GRÜNE: Das ist doch kein Ökoprogramm! Das ist doch ein ökonomisches Programm, das 100 000-Dächer-Programm!)

Wenn ich es aber unter Effektivitätsgesichtspunkten sehe, dann, muss ich sagen, wäre diese Milliarde Mark innerhalb der Förderung regenerativer Energien oder des Klimaschutzes besser in einer anderen Verwendung eingesetzt worden.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das ist doch ein wichtiges Stück Industriepolitik! Sehen Sie es doch auch einmal unter diesem Aspekt!)

Oder nehmen Sie das Energieeinspeisegesetz. Das Energieeinspeisegesetz ist das Folgegesetz eines Gesetzes der alten Bundesregierung, nämlich des Stromeinspeisungsgesetzes.

(Abg. Walter GRÜNE: Es hat aber schon ein bisschen andere Bedingungen!)

Uns ist dieses Instrumentarium nicht fremd. Aber wir haben gesagt: Nach zehn Jahren Stromeinspeisungsgesetz ist uns das, was wir jetzt bekommen, was wieder unglaublich hohe Subventionen für ganz bestimmte Modetechnologien beinhaltet, nicht effektiv genug.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Was ist das: „Modetechnologien“? – Abg. Schmiedel SPD: Das ist doch ein Käsdreck! – Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

Es ist innovationsfeindlich, und es ist marktwirtschaftsfeindlich. Wenn wir etwas erreichen wollen, dann brauchen wir Instrumente, bei denen das Richtige möglichst ohne Subventionen in einer möglichst effektiven Weise geschieht.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Natürlich!)

Deswegen haben wir uns für das Quotenhandelsmodell entschieden.

So könnte man jetzt eine Reihe von Punkten durchgehen, bei denen man sagen muss: Das Bild ist sehr differenziert. Das einfache Bild „Da sind die Guten, und da sind die Bösen“ stimmt so sicher nicht. Nehmen Sie beispielsweise nur ein Thema wie die Ökosteuer. Die Ökosteuer führt das Wort Ökologie im Namen. Aber sie ist weder auf der Entstehungsseite noch auf der Verwendungsseite ein Maßnahmenprogramm zur Förderung der Ökologie.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Wir sind ja manchmal dafür kritisiert worden, dass Schäuble etwas Ähnliches gesagt hat. Ja, er hat etwas Ähnliches gesagt, aber eben nicht genau dasselbe. Er hat gesagt, dass wir eine europaweite CO<sub>2</sub>-Abgabe haben sollten und dass die Gelder daraus zur Förderung von CO<sub>2</sub>-Einsparungen



(Minister Müller)

verwendet werden sollten. Dazu stehen wir noch heute. Das wäre richtig. Aber die Ökosteuer ist es nicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Walter GRÜNE: Nein, er hat etwas ganz anderes gesagt!)

Lassen Sie mich zum Schluss kommen, meine Damen und Herren. Ich habe ein großes Interesse daran, dass wir beim Thema Klimaschutz und beim Thema CO<sub>2</sub>-Einsparungen – beim Thema Anti-CO<sub>2</sub>-Politik, um es einmal so zu sagen – ein hohes Maß an Gemeinsamkeit haben, weil es sich hierbei um eine langfristige Aufgabe, um eine schwierige Aufgabe handelt. Es handelt sich auch um eine Aufgabe, bei der wir der Öffentlichkeit, den öffentlichen Kassen und dem Verhalten vieler Beteiligter etwas zumuten müssen. Da ist es natürlich viel wert, wenn man so etwas wie einen politischen Grundkonsens hat.

Ein bisschen hat sich dieser Grundkonsens ja abgezeichnet. Wenn wir nun auch bei den Instrumenten erreichen könnten, dass wir wirklich sagen: „Effektivität und Effizienz sind die beiden entscheidenden Kriterien zur Verbesserung der Klimaschutzpolitik“, dann wäre, glaube ich, schon einiges erreicht. Wir werden das auch quer durch alle Ressorts machen müssen. Deswegen haben wir jetzt eine interministerielle Arbeitsgruppe dazu eingerichtet.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Ich denke, die gibt es seit vier Jahren!)

Natürlich hat das auch Auswirkungen im Bereich der Wirtschaftspolitik, im Bereich des staatlichen Hochbaus, im Bereich der Städtebauförderung usw. usf. Deswegen brauchen wir eine breit angelegte Klimaschutzpolitik und nicht nur die simple Frage: „Wie viel Geld gebt ihr aus?“ Das ist ein Aspekt, den man sehr leicht nachvollziehen kann. Aber es ist nicht unbedingt der wichtigste Aspekt.

Wir werden in einer sehr überschaubaren Zeit ein Programm auf den Tisch des Hauses legen, um zu verdeutlichen: In der Tat muss etwas geschehen. Es wird auch etwas geschehen. Es hat auch noch mehr zu geschehen.

Herr Kollege Caroli, wenn Sie meine Bemerkung aus der „Schwäbischen Zeitung“, die Sie zitiert haben – dass wir uns in guter schlechter Gesellschaft befänden –, als Resignation verstehen, sage ich Ihnen: Ich verstehe sie eigentlich anders. Ich wollte damit nämlich signalisieren, dass wir ein bisschen etwas tun und dass ich selbstkritisch genug bin, festzustellen, dass das zu wenig ist, dass darin aber zu gleicher Zeit auch die Entschlossenheit zum Ausdruck gebracht wird, dass in der Tat mehr geschehen muss.

Meine Damen und Herren, wir alle – ob das die europäische Politik, die deutsche Politik, die Landespolitik, die kommunale Politik, die Wirtschaft oder der Bürger ist – haben auf diesem Gebiet einen großen Nachholbedarf. Es gibt wenig Themen, von denen ich sagen würde, dass sie etwas mit weltweiter Verantwortung zu tun haben. Dieses Thema gehört dazu. Ich bin mit dem, was wir bis heute erreicht haben, noch nicht zufrieden. Aber wir sollten versuchen, mit Nüchternheit, mit möglichst wenig Ideologie und mit Orientierung an Effektivität und Effizienz hier zu Fortschritten zu kommen. Wir sind auf diesem Weg, und ich

hoffe, dass wir dabei auch ein Stück Gemeinsamkeit entwickeln können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD – Abg. Walter GRÜNE: Ein Stück schon!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Die Große Anfrage Drucksache 13/734 ist durch die Aussprache erledigt. – Das Haus stimmt dieser Feststellung zu.

Punkt 2 der Tagesordnung ist damit abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion der SPD – Bestreben eines Verfahrens der Landesregierung gegen das Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern bzw. sein Zustandekommen – Drucksache 13/1164**

– dringlich gemäß § 57 Abs. 3 Gescho

Im Zusammenhang damit rufe ich den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/1182, zu dem Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/1164, und den Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/1198, zum Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/1164, auf.

Wem darf ich in der Aussprache das Wort erteilen? – Herr Abg. Birzele, ich erteile Ihnen das Wort.

**Abg. Birzele SPD:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das vom Bundestag am 1. März dieses Jahres verabschiedete Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern hat die Zielsetzung, die Zuwanderung zu steuern, den Interessen der Wirtschaft gerecht zu werden, unsere humanitären Verpflichtungen zu erfüllen und die neue Integrationspolitik gemeinsam mit den Menschen, das heißt mit den Einheimischen und den Zuwanderern, zu gestalten.

Dieses Gesetz hat eine sehr breite Zustimmung gefunden. Arbeitgeber, Gewerkschaften, kommunale Spitzenverbände, Wohlfahrtsverbände und nicht zuletzt die Kirchen haben dieses Gesetz begrüßt. Entgegen dem gesellschaftlich erzielten Konsens ist es trotz vielfältiger Bemühungen nicht gelungen – dabei hat die Regierungskoalition sogar erhebliche Zeitverzögerungen in Kauf genommen –, mit der CDU/CSU im Bundestag einen Konsens zu erzielen.

(Zuruf von der CDU: Gott sei Dank!)

Ersichtlich wollten und wollen CDU und CSU eine Einigung in jedem Falle verhindern, um dieses Thema für den Wahlkampf zu instrumentalisieren.

(Beifall bei der SPD)



(Birzele)

Dies zeigt sich auch daran, dass von der CDU/CSU dahin gehend Druck auf Innenminister Schönbohm ausgeübt wurde,

(Abg. Schmiedel SPD: Und wie! – Abg. Sakkariou SPD: Unglaublich!)

eine positive Stimmabgabe von Brandenburg im Bundesrat zu verhindern,

(Widerspruch bei der CDU – Abg. Schmiedel SPD: Ungesetzlicher Druck! – Unruhe)

obwohl die acht Punkte, die Brandenburg eingebracht hat, befriedigend gelöst worden sind. Damit kam es zu dem für das Ansehen des Bundesrats schädlichen turbulenten Sitzungsverlauf am 22. März 2002.

(Zuruf des Abg. Hillebrand CDU – Unruhe)

Ich habe Verständnis dafür, dass zur Frage der Bewertung der Abstimmung unterschiedliche Rechtsauffassungen geäußert worden sind. Ich habe aber kein Verständnis dafür und auch meine Fraktion hat kein Verständnis dafür, dass der Vorgang dazu benutzt wurde, in gespielter Empörung, die absprachemäßig inszeniert wurde, den Sitzungsverlauf zu stören.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Meine Damen und Herren, es gibt dazu interessante Vorgänge aus der Geschichte. Wir feiern in diesem Jahr 50 Jahre Baden-Württemberg.

(Zuruf von der CDU: Stimmt!)

Deshalb will ich Ihnen einmal aus dem Protokoll der 4. Sitzung der Landesversammlung vom 25. April 1952 etwas zur Kenntnis bringen, was viele von Ihnen vielleicht gar nicht gewusst oder bereits wieder vergessen haben:

(Zuruf: Gut zuhören!)

Nach seiner Wahl zum Ministerpräsidenten und nach seiner Feststellung, dass die bisherigen Länder zu einem Bundesland vereinigt sind, fuhr der gewählte Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier fort – ich zitiere; wer es nachlesen will: es steht auf Seite 20 des Protokolls –:

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ich kenne die Geschichte!)

*Meine Frauen und Männer! Gott schütze das neue Bundesland,*

*(Pfui-Rufe von der CDU. –*

(Abg. Schmiedel SPD: Was? Das ist ja unglaublich! – Zurufe von der SPD)

*SPD: Unerhört!)*

*Gott schütze die Deutsche Bundesrepublik! Gott schütze – –*

*(Lebhafte Unruhe bei der CDU. – Glocke des Präsidenten. – Präsident: Ich bitte um Ruhe!)*

Maier weiter:

*Ich muss es eben deshalb nochmals sagen: Gott schütze das neue Bundesland, . . .*

(Abg. Hillebrand CDU: Das hat mit dem Thema überhaupt nichts zu tun! – Weitere Zurufe von der CDU – Gegenrufe von der SPD – Anhaltende Unruhe – Beifall bei Abgeordneten der SPD)

– Ich habe bei Ihnen die Intelligenz unterstellt, dass Sie die Parallelität der Vorgänge erfassen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den Grünen)

Ich zitiere weiter. Abg. Gog von der CDU führte unter anderem aus:

*Wir protestieren gegen diese ungültige Regierungsernennung, wir protestieren dagegen, dass bei uns eine Regierung funktionieren soll, deren Funktionsvoraussetzungen in staatsrechtlicher Hinsicht nicht gegeben sind.*

(Abg. Drexler SPD: Ungeheuer!)

*Wir rufen zum Schutze der Demokratie in unserem Bundesgebiete im Rahmen der Bundesländer nach Artikel 28 des Bonner Grundgesetzes die Bundesregierung auf! Wir verlangen darüber hinaus, dass die Regierungen in Baden und Württemberg-Hohenzollern sich als rechtlich fortbestehend erklären.*

(Abg. Drexler SPD: Das war die Gründung unseres Landes! – Weitere Zurufe von der SPD)

Also, meine Damen und Herren – am Schluss ist die CDU-Fraktion noch ausgezogen –, in der Gründungssitzung des Landes Baden-Württemberg gab es schwerste verfassungsrechtliche Vorwürfe, die Forderung an die Bundesregierung, Bundeszwang auszuüben, und heute feiern wir das 50-jährige Bestehen des Landes Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Deshalb sollten Sie auch bei der vorliegenden Frage die Chance nutzen, wieder zu einer nüchternen Betrachtung zurückzukommen.

(Unruhe bei der CDU)

Wie sieht es denn aus? Um es deutlich zu sagen: Meines Erachtens hat der Bundesratspräsident zu Recht die von Ministerpräsident Stolpe abgegebenen vier Stimmen für Brandenburg gewertet. Das geht auch daraus hervor, dass Artikel 51 des Grundgesetzes auf Stimmen abstellt und nicht auf Mitglieder. Es gilt nicht das sonstige parlamentarische Prinzip „one man, one vote“. Es gilt nicht die Unabhängigkeit bei der Stimmabgabe.

Auch der Gutachter der CDU/CSU, Professor Josef Isensee, hat in seinem Gutachten ausdrücklich festgestellt, dass der Ministerpräsident – ich zitiere – „den Kabinettsmitgliedern, die dem Bundesrat als Mitglieder oder Vertreter angehören, Instruktionen erteilen kann“. Instruktionen erteilen kann!

(Birzele)

Isensee hat dann Ausführungen darüber gemacht, ob, wenn sich die Minister nicht an die Instruktionen halten, dies zur Unrechtmäßigkeit der Stimmabgabe führe oder die Stimmabgabe trotzdem als rechtmäßig anzusehen sei. Aber ich stelle fest: Es wird abgestellt auf die Stimmen, die gemeinsam abzugeben sind.

Es muss auch klar sein, dass bei einem Abstimmungsvorgang, bei dem Unklarheiten entstehen, diese Unklarheiten geklärt werden können. Wir verfahren im Landtag genauso. Ich erinnere daran, dass gelegentlich Abstimmungen von den Betreffenden korrigiert wurden, die die Übersicht etwas verloren hatten.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Warum will nun die Landesregierung bzw. – speziell gesagt – Ministerpräsident Teufel unbedingt gegen dieses Gesetz vorgehen? Sicher nicht, weil er der Auffassung ist, er könne kein Gesetz, das aus seiner Sicht verfassungswidrig sei, hinnehmen. Denn sonst hätte er ja zum Beispiel auch gegen das Lebenspartnerschaftsgesetz klagen müssen, das er und sein Innenminister Schäuble voll für verfassungswidrig gehalten haben. Ich erinnere daran, was in einer der letzten Sitzungen dazu gesagt worden ist.

Deshalb will ich zitieren, was das Bundesverfassungsgericht zu diesem Problem ausgeführt hat:

Aus der Zulässigkeit, die Ehe gegenüber anderen Lebensformen zu privilegieren, lässt sich kein Gebot herleiten, diese gegenüber der Ehe zu benachteiligen.

Die Auseinandersetzung über die Wertung der Stimmabgabe Brandenburgs ist eine Diskussion, die man führen kann und bei der es unterschiedliche rechtliche Auffassungen gibt. Aber wieso der Ministerpräsident jetzt hier in Baden-Württemberg von der Richtlinienkompetenz Gebrauch macht, die der gleiche Ministerpräsident dem brandenburgischen Ministerpräsidenten abspricht, ist nicht nachvollziehbar.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Heike Dederer  
GRÜNE – Abg. Drexler SPD: Jawohl! Das ist es!  
So ist es!)

Dabei gibt es einen bemerkenswerten Unterschied in den Landesverfassungen. In Brandenburg gibt es keine ausdrückliche Vorschrift, wann die Regierung entscheiden muss. Wir aber haben in der Landesverfassung in Artikel 49 Abs. 2 folgende Bestimmung:

Die Regierung beschließt insbesondere über Gesetzesvorlagen, über die Stimmabgabe des Landes im Bundesrat, über Angelegenheiten, in denen ein Gesetz dies vorschreibt, über Meinungsverschiedenheiten, die den Geschäftskreis mehrerer Ministerien berühren, und über Fragen von grundsätzlicher oder weittragender Bedeutung.

Es kann doch überhaupt kein Zweifel darüber bestehen – und das wird ja auch heute seitens der FDP/DVP noch einmal deutlich gemacht –, dass im Kabinett Meinungsverschiedenheiten bestanden.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Der Justizminister ist zuständig für das Grundgesetz. Der Justizminister ist gleichzeitig Ausländerbeauftragter der Regierung. Also bestehen doch Meinungsverschiedenheiten, und es kann doch auch niemand bestreiten, dass die Erhebung einer Klage von grundsätzlicher Bedeutung ist.

Infolgedessen wird hier Artikel 49 Abs. 2 verletzt. Nicht in Brandenburg; denn Brandenburg hat eine solche Bestimmung nicht.

(Abg. Drexler SPD: Nur in Baden-Württemberg! –  
Abg. Wieser CDU: Können Sie alle Verfassungen vorlesen? – Vereinzelt Beifall)

– Herr Abg. Wieser, ich habe Ihren Zwischenruf leider akustisch nicht verstanden. Aber da ich Ihre Zwischenrufe kenne, bedauere ich nachträglich noch einmal, dass ich Sie in einer früheren Plenarsitzung mit dem Komparativ von „weise“ angesprochen hatte.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, letztlich ist dies aber keine juristische Frage, die heute hier entschieden werden müsste, sondern es ist eine politische Frage,

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

insbesondere auch eine Frage an den kleineren Koalitionspartner.

Deshalb will ich hier aus einem Artikel der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 5. Juli zitieren. Da heißt es:

Nicht Juristen ziehen in Koalitionsregierungen der Handlungsfreiheit des Regierungschefs die Grenzen. Sie fällt zusammen mit der Leidensbereitschaft des kleineren Partners.

Damit Sie, meine Damen und Herren von der FDP/DVP-Fraktion, Ihre Leidensbereitschaft beenden können, haben wir den Antrag eingebracht und bitten um Ihre Zustimmung.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und des Abg.  
Oelmayer GRÜNE)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pauli.

**Abg. Pauli** CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Birzele, Ihre Rede war weder unterhaltsam noch besonders originell, noch sachdienlich.

(Beifall bei der CDU)

Dass Ihre Kollegen von der SPD-Fraktion Ihnen so stürmischen Beifall zollen, zeigt, dass sie nicht mehr erwartet haben.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Jetzt wird es originell!)

Nehmen Sie bitte zur Kenntnis: Zur Negativbilanz der rot-grünen Bundesregierung muss leider auch hinzugerechnet

(Pauli)

werden, dass das Verfassungsorgan Bundesrat dramatisch an Ansehen und Respekt verloren hat.

(Beifall bei der CDU – Lachen der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Durch verkrampfte Mehrheitssuche, durch erzwungenes Stimmenraffen entstand wiederholt und zuletzt am 22. März großer Schaden am Rechtsempfinden der Bürgerinnen und Bürger, großer Schaden am Vertrauen auf die Politik, großer Schaden für unsere Verfassungsorgane und großer Schaden für das föderale System. Die CDU-Landtagsfraktion hält es für dringend geboten, dass das Bundesverfassungsgericht sich mit dieser fragwürdigen Abstimmung des Landes Brandenburg beschäftigt, um die Rechtsordnung in Deutschland wieder herzustellen.

Auch die Kollegen von der SPD-Fraktion und gerade Sie, Herr Birzele, sollten zur Kenntnis nehmen, dass die übergroße Mehrheit der Verfassungsexperten das Abstimmungsverhalten der Brandenburger am 22. März für ungültig erklären.

(Abg. Birzele SPD: Haben Sie die gezählt?)

Der amtierende Bundesratspräsident Wowereit – SPD – hat vorsätzlich oder fahrlässig, grob fahrlässig, auf jeden Fall abenteuerlich diese abstrakte Normenkontrollklage geradezu provoziert. Der Rechtfertigungsversuch des Kollegen Birzele ist geradezu peinlich und muss nicht weiter kommentiert werden.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Selbst Bundespräsident Johannes Rau – SPD – hält diese Klage und damit eine endgültige Klärung für wünschenswert. Es steht dem Bundesratspräsidenten eben nicht zu, das Verfassungsrecht der Länder auszulegen. Artikel 51 des Grundgesetzes und die Geschäftsordnung des Bundesrats sind in dieser Frage ganz eindeutig. Die uneinheitliche Stimmabgabe Brandenburgs am 22. März war nicht zweifelsfrei und hätte nicht gewertet werden dürfen. Dass Herr Wowereit und die SPD mit Linksextremisten paktieren, ist ein politischer Skandal; dass sich aber Herr Wowereit als Bundesratspräsident für eine abenteuerliche Verfassungsverletzung instrumentalisieren ließ, ist ein Verfassungsskandal!

(Beifall bei der CDU – Zuruf: Blödsinn!)

Jetzt geht es nicht darum, ob wir dieses Zuwanderungsgesetz brauchen oder nicht, sondern jetzt geht es darum, den Schaden für den Bundesrat und die Bundesrepublik Deutschland zu begrenzen. Jetzt geht es darum, die Rechtssicherheit wieder herzustellen

(Beifall bei der CDU)

und für die Zukunft eindeutig klarzustellen, dass der Bundesrat klare Regeln hat, die von allen zu beachten sind, und der Bundesrat künftig nicht mehr als Kasperletheater missbraucht wird.

(Beifall bei der CDU – Abg. Fischer SPD: Wer hat denn ein Kasperletheater inszeniert?)

Daher beantragen wir – bitte Ruhe! –, dass der Landtag die bereits erhobene Klage zur Kenntnis nimmt

(Lachen des Abg. Drexler SPD)

und die Landesregierung diese auch nicht zurückziehen wird.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pfister.

**Abg. Pfister** FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will überhaupt keinen Zweifel daran lassen, dass beim Thema Zuwanderung und allem, was dazugehört, von den beiden Koalitionsfraktionen, von den Koalitionspartnern die eine oder andere Frage anders beurteilt wird. Das wissen Sie auch; was ich Ihnen da sage, ist nichts Neues, und das kann man auch an dieser Stelle einfach noch einmal zur Kenntnis nehmen.

Es geht um das Zuwanderungsgesetz. Sie, meine Damen und Herren, wissen, dass wir ein Zuwanderungsgesetz für die Bundesrepublik Deutschland für notwendig halten. Die FDP-Bundestagsfraktion war bekanntlich die erste Fraktion, die im Deutschen Bundestag eine solche Gesetzesinitiative eingebracht hat, und Sie wissen, dass hier seitens der Landes-FDP/DVP – im Parlament und auch außerhalb des Parlaments – immer wieder darauf hingewiesen worden ist, dass wir eine geregelte Zuwanderung brauchen.

Was brauchen wir wirklich? Es geht doch darum, dass wir in Deutschland heute schon Zuwanderung haben – niemand wird das bestreiten –, und wir werden auch in Zukunft Zuwanderung haben. Wir wollen Folgendes: Wir wollen, dass diese Zuwanderung, die bisher im Wesentlichen auf dem Zufallsprinzip basierte, in Zukunft besser gesteuert wird, besser geregelt wird, und zwar nach Kriterien für eine Begrenzung der Zuwanderung, die auch von uns, von den Deutschen festgelegt werden. Das ist unser Ziel.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Daran halten wir unverdrossen fest, komme, was da wolle, vor dem Bundesverfassungsgericht, wo auch immer. Die politische Entscheidung wird in dieser Frage nach dem 22. September zu treffen sein. Dann wird man sehen, was geschieht.

Lassen Sie mich bitte noch einmal deutlich sagen: Nehmen Sie bitte zur Kenntnis: Aus Sicht der FDP/DVP-Landtagsfraktion brauchen wir in diesem Sinne ein modernes, also ein begrenzendes und ein steuerndes Zuwanderungsrecht, wie es die Amerikaner und die Australier seit Jahr und Tag mit Erfolg praktizieren. So etwas brauchen wir auch in der Bundesrepublik Deutschland. Das ist unumstritten.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zurufe von der CDU)

Jetzt kommt der zweite Punkt. Das ist die Klage, die jetzt beim Bundesverfassungsgericht eingereicht worden ist.

Meine Damen und Herren, man kann durchaus der Meinung sein, dass die Art und Weise, wie dieser Gesetzentwurf im Bundesrat unter, gelinde gesagt, sehr merkwürdi-



(Pfister)

gen Umständen zustande gekommen ist, vom Verfassungsgericht überprüft werden muss. Das ist ja nicht meine persönliche Meinung; ich fordere das ja gar nicht heraus, sondern weise nur darauf hin, dass der Bundespräsident der berühmteste und eigentlich auch der authentischste Zeuge für eine solche Position ist. Denn er, der Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, hat ja von sich aus gesagt, dass es durchaus sinnvoll ist, dass diese Klage eingereicht wird, und er hat geradezu dazu aufgefordert. Insofern kann ich das aus der Sicht Baden-Württembergs gut nachvollziehen. Weil wir materiell sehr stark an der Existenz eines Zuwanderungsgesetzes interessiert sind, haben wir sehr praktisch gedacht und haben gesagt – ich wiederhole es –: Im Grunde reicht es aus, wenn ein Bundesland die Klage erhebt; wenn es zwei sind, ist es auch recht; aber es müssen nicht unbedingt fünf oder sechs Bundesländer sein. Insofern war es aus unserer Sicht nicht notwendig, dass Baden-Württemberg gegen dieses Gesetz klagt. Das war unsere Position,

(Beifall bei der FDP/DVP)

die wir vertreten haben und die ich hier in aller Offenheit auch immer wieder darstelle.

Nur eines, meine Damen und Herren, werde ich nicht zulassen. Wenn jetzt der baden-württembergische Ministerpräsident seine Richtlinienkompetenz in Anspruch nimmt, geht es nicht an, dass auf der einen Seite Herr Stolpe, ehemaliger Ministerpräsident Brandenburgs, diese Richtlinienkompetenz im Bundesrat für sich in Anspruch nimmt, aber auf der anderen Seite dem Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg diese Inanspruchnahme der Richtlinienkompetenz verwehrt wird. Wer so etwas tut, meine Damen und Herren, der spricht mit gespaltener Zunge. Deshalb werden wir Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Lachen bei der SPD – Abg. Drexler SPD:  
Das war ein Salto mortale!)

**Stelly. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Bauer.

**Abg. Theresia Bauer GRÜNE:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir wissen alle, auch aus eigener Erfahrung, dass Politik und Theater viel miteinander zu tun haben. Wir wissen auch alle, dass es gute und schlechte Stücke und dass es gute und schlechte Aufführungen gibt. Gerade eben haben wir eine Kostprobe davon erhalten.

(Abg. Fischer SPD: Gut oder schlecht?)

Das Theater, das wir im März im Bundesrat erlebt haben, war leider ein außerordentlich schlechtes politisches Theater. Ich denke, der Abstimmungsstreit, der da inszeniert wurde, wird wohl als trauriges Schauspiel in die Geschichte Deutschlands eingehen. Das schlechte politische Theater – das ist ja inzwischen bekannt – war bis ins Detail geplant. Die Empörung, die wir alle live im Fernsehen mitverfolgen konnten, war eingeübt und verabredet. Das hat ja Ministerpräsident Müller aus dem Saarland auch öffentlich zugegeben. Das Geschrei über den Verfassungsbruch und die offenen Drohungen, die an den Bundespräsidenten ausgesprochen wurden, alles das war politisch inszeniert.

Das wirklich Bedauerliche an dieser Inszenierung – das richtet sich vor allem an die CDU-regierten Länder und auch an die CDU, die das heute wieder verteidigt hat – ist, dass sie auf Kosten der demokratischen Institutionen geht. Ich möchte an dieser Stelle Herrn Rau zitieren. In seiner Kritik an dem Verfahren im Bundesrat hat er geäußert, als er das Gesetz zur Zuwanderung unterzeichnet hat:

Die Bilder aus der Bundesratsitzung waren nicht gerade appetitanregend für Leute, die Demokratieförderung wollen.

Das, meine lieben Damen und Herren, ist keineswegs an Herrn Wowereit gerichtet, sondern diese Bilder – das konnte man wirklich nachverfolgen – wurden von den CDU-regierten Ländern inszeniert.

Die Entscheidung des Bundespräsidenten Rau in der Sache ist zu begrüßen. Wir Grünen haben uns sehr darüber gefreut, zum einen, weil damit der Weg für das Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes freigemacht wurde – es ist ein gutes Gesetz, und es wird gebraucht –, zum Zweiten – davor haben wir großen Respekt – auch wegen der Art und Weise, wie Bundespräsident Rau erläutert hat, wie er zu seiner Entscheidung gekommen ist, und wie er sie gegenüber der Öffentlichkeit begründet hat. Ich meine, mit diesem Auftreten hat Herr Rau einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, Polemik und Aufgeregtheit aus der Debatte herauszunehmen. Leider flammen sie heute im Rahmen dieser Wahlkampfszenierung wieder auf.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Bundespräsident Rau – hören Sie gut zu! – hat plausibel und überzeugend argumentiert, dass er selbst in der Sache zu der Entscheidung gekommen ist, dass das Verfahren im Bundesrat verfassungskonform ist. Er hat aber zugestanden, dass man mit guten Gründen zu unterschiedlichen Rechtsauffassungen kommen kann. Seine persönliche Auffassung ist, dass das Verfahren verfassungskonform gewesen ist. Er respektiert, dass es eine verfassungsrechtliche Zweifelsfrage ist, und hat damit den Weg zur Klage freigegeben. Ich glaube, in diesem Tonfall könnten wir auch weiter über die Angelegenheit sprechen.

Aber unabhängig davon, welches Ergebnis eine Verfassungsklage zeitigen wird, und unabhängig von der Frage, ob das Stimmergebnis für gültig erklärt wird oder nicht, von der Sache her ist dieser Aufstand, der inszeniert wurde, nicht zu rechtfertigen. Wir diskutieren seit Jahren über das Zuwanderungsgesetz. Es hat sich ein breiter gesellschaftlicher Konsens über alle gesellschaftlichen Gruppen hinweg abgezeichnet. Auch mit der CDU hat sich dieser Konsens angedeutet, und zwar bis zur Mitte der Legislaturperiode. Ich erinnere an die Süsmuth-Kommission, von prominenten Mitgliedern der CDU ja mitbesetzt, ich erinnere an die CDU-Kommission zum Thema, die weitestgehende Übereinstimmung zum jetzt vorliegenden Zuwanderungsgesetz zeitigte. Der Konsens in der Sache steht in keinem Verhältnis zu dem, wie am Ende die Differenzen inszeniert wurden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Es zeigt, dass Sie sich von dem Weg verabschiedet haben, hier gemeinsam ein wichtiges Reformwerk auf den Weg zu



(Theresia Bauer)

bringen. Sie haben es vorgezogen, zu verhindern und zu blockieren und das Gesetzgebungsverfahren für Wahlkampfzwecke und eigene Profilierung zu instrumentalisieren.

Jetzt zu der Frage, welchen Sinn es eigentlich hat, dass Baden-Württemberg der Normenkontrollklage beitrifft. Nachdem schon fünf Länder die Klage erhoben haben, ist es ja in der Sache nicht unbedingt nötig, dass ein sechstes Land mitmacht.

(Abg. Mack CDU: Das entscheidet der Ministerpräsident!)

Herr Teufel hatte angekündigt, es werde am 2. Juli eine Kabinettsentscheidung zu dem Thema geben. Es kam dann nicht dazu, sondern Herr Teufel hat sich entschieden, seine Richtlinienkompetenz anzuwenden, und die FDP/DVP hat sich damit einverstanden erklärt. Es wurde gesagt, auf dieses Verfahren habe man sich geeinigt. Das hat die FDP/DVP offensichtlich getan, um zu verhindern, dass sie eine Abstimmungsniederlage hinnehmen muss. Das ist eine merkwürdige Logik. Bevor man überstimmt wird, entscheidet man sich lieber freiwillig dazu, gar nicht mehr gefragt zu werden.

(Lachen des Abg. Pfister FDP/DVP)

Das scheint ja bei dieser Thematik System zu haben. Es gibt ja die bemerkenswerte Parallele zur Positionierung gegenüber dem Zuwanderungsgesetz insgesamt. Die FDP/DVP hat sich immer lautstark für ein Zuwanderungsgesetz ausgesprochen und hat das Gesetz begrüßt. Anstatt sich in der Landesregierung durchzusetzen, hat sie darauf hingewirkt, am Ende eine laue Enthaltung im Bundesrat zu bewirken. In der Substanz, im Resultat ist dies dasselbe wie eine Neinstimme, weil es nichts an den Mehrheitsverhältnissen im Bundesrat geändert hat.

In dieser Landesregierung scheint die Arbeitsteilung zwischen FDP/DVP und CDU folgendes Muster zu haben: Die FDP/DVP ist für die flotten Sprüche zuständig; die harten Entscheidungen trifft dann die CDU. Wenn beides nicht übereinstimmt, guckt die FDP/DVP in die Röhre. Spaßig ist das wahrscheinlich nicht mehr, liebe FDP/DVP;

(Abg. Pfister FDP/DVP: Nein!)

aber vielleicht haben Sie sich auch inzwischen mit dieser skurrilen Rollenverteilung einigermaßen angefreundet.

Den einzigen Sinn, den ich in dem Beitritt Baden-Württembergs zu der Klage erkennen kann, ist eine interne Machtdemonstration des Ministerpräsidenten Teufel gegenüber der FDP/DVP, indem er seine Richtlinienkompetenz anwendet, auf die er sich berufen kann.

Eine Bemerkung am Ende sei mir doch noch gestattet. Hätte Herr Stolpe diese Richtlinienkompetenz zu einem früheren Zeitpunkt angewendet, wäre uns sicher einiges von dem Spektakel, das wir jetzt erleben, erspart geblieben.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Minister Dr. Palmer.

**Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Dr. Christoph Palmer:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Zunächst zwei Vorbemerkungen.

Erste Vorbemerkung: Die Argumentation des Kollegen Birzele hat sich mir nicht erschlossen. Der Sinn seiner Rede war dunkel.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Das liegt an PISA!)

Ich kann mir nur vorstellen, lieber Herr Kollege Birzele, dass das historische Ambiente hier im Sommerrefektorium dazu geführt hat, dass Sie einen historischen Exkurs gemacht haben. Der Zusammenhang von 1952 zu heute ist mir wirklich nicht klar.

(Beifall bei der CDU)

Zweite Vorbemerkung: Wir reden heute hier nicht über die Zuwanderung. Da gibt es unterschiedliche Auffassungen im Haus. Das haben wir oftmals ausgetragen. Ich könnte jetzt vieles sagen, warum wir glauben, dass das keine echte Zuwanderungssteuerungsregelung ist, sondern ein Zuwanderungserweiterungsgesetz darstellt. Beispiele: Wir werden die Nachfluchtgründe massiv ausweiten. Wir werden in Deutschland mit diesem Gesetz faktisch einen Familiennachzug bis zum 18. Lebensjahr haben, den wir gestern bei PISA noch für falsch erklärt haben. Aber das ist heute nicht das Thema. Ich will damit nur sagen, dass wir über das Verfahren miteinander diskutieren sollten. Da sind einfach einige nüchterne Feststellungen angebracht.

(Abg. Drexler SPD: Das Kabinett entscheidet!)

Gegen die Verfahrenspraxis im Bundesrat seit 1950, gegen die ganz überwiegende Mehrheit der deutschen Staatsrechtslehre – die geht von Isensee bis Herzog; es gibt überhaupt nur eine nennenswerte Minderheitsmeinung, die von Herrn Stern vertreten wird –, gegen die ausdrückliche Empfehlung der eigenen Bundesratsverwaltung hat Präsident Wowereit die Abstimmung im Bundesrat so lange wiederholen lassen, bis das Ergebnis gestimmt hat. Das ist der eigentliche Skandal in dem Verfahren.

(Beifall bei der CDU)

Das ist im Übrigen ein beispielloser Vorgang in der Sitzungsleitung jedes Gremiums, aber auch des Bundesrats. Das wurde – Sie haben gesagt, Herr Birzele, dass fahrplanmäßig vorgegangen worden sei – am Vorabend im Bundeskanzleramt zwischen den Beteiligten der SPD abgesprochen.

(Abg. Schmiedel SPD: Von der CDU!)

Dort wurde das Verfahren abgesprochen, wie Wowereit am nächsten Tag vorgehen sollte. Ich finde, man kann mit Verfahrens- und Verfassungsregeln so nicht umgehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU)

(Minister Dr. Christoph Palmer)

Ein ganz unparteiischer Zeuge – der war nun wirklich unparteiisch, auch in seiner Bewertung und Erklärung,

(Abg. Schmiedel SPD: Ministerpräsident Koch!)

die er sehr durchdacht auf den Weg gebracht hat –, nämlich der Bundespräsident, bewertet das Verhalten von Herrn Wowerit wie folgt – ich zitiere aus der Erklärung vom 20. Juni –:

In der Sitzung des Bundesrats am 22. März ist eine verfahrensrechtliche Verfahrensvorschrift in gewagter Weise ausgereizt . . . worden.

Kann eigentlich das Staatsoberhaupt deutlicher zur Sitzungsführungspraxis von Herrn Wowerit Stellung nehmen? Er kann es vermutlich kaum.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Trotzdem ist das Gesetz rechtsgültig! – Abg. Fischer SPD: Er hat es aber zu den anderen gesagt!)

Wowerit selber sagt in einem verräterischen Interview, das er ein paar Tage später beim ZDF geführt hat: „Ein anderer Sitzungspräsident hätte in dieser Situation anders entschieden.“ Meine sehr verehrten Damen und Herren, ist das eine Verfahrensordnung, die respektiert werden kann, die man akzeptieren kann, die man durchwinken kann, oder ist das nicht die Aufforderung zur Klage, die selbst in dieser Äußerung von Wowerit angelegt ist? Wir halten das für eine ganz klare Aufforderung zu dieser Klage.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Wer ist „wir“?)

Ich sage ganz ohne Zorn und Eifer: Die Demokratie lebt vom Respekt vor den Verfahrensregeln. Wir müssen uns wenigstens darüber verständigen können, dass Mehrheit und Minderheit in einem parlamentarischen Verfahrensgang sauber ermittelt werden.

(Abg. Drexler SPD: Aber nur dann, wenn Sie der Mehrheit angehören!)

Das ist ein Grundprinzip der Demokratie. Mehrheit und Minderheit müssen klar ermittelt werden. Das war in diesem Fall offensichtlich nicht möglich. Deshalb muss die Frage, wie mit der Bundesratsbestimmung umgegangen werden muss, auch aus staatspolitischen Gründen dringend in Karlsruhe geklärt werden.

Frau Bauer sagt, dass der Bundespräsident die Verfassungskonformität bestätigt habe. Frau Bauer, Sie haben da, wenn ich das so sagen darf, einfach eine falsche, irriige Meinung. Der Bundespräsident sagt in seiner Erklärung, dass er die Verfassungsbedenken nicht für so durchgreifend hält, dass er zwingend widersprechen muss. Aber in zwei Dritteln der Erklärung referiert er über Verfassungsbedenken. Deshalb hat er, der Praxis seiner Vorgänger Carstens und Herzog folgend, die er ausdrücklich erwähnt, die Entscheidung nach Karlsruhe weitergegeben. Aber mit keinem Wort und an keiner Stelle sagt der Bundespräsident, dass er die Verfassungskonformität des Zustandekommens dieses Gesetzes bestätige. Wir sollten, glaube

ich, wirklich bei den Fakten bleiben, weil diese Frage zu wichtig ist, als dass wir sie hier zerreden lassen dürfen.

(Beifall bei der CDU)

Ich darf ein letztes Mal den Bundespräsidenten zitieren. Auch der Bundespräsident hat zur Prüfung des Zustandekommens des Gesetzes ausdrücklich aufgefordert – ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin nochmals –:

Ich hielte es sogar für wünschenswert, wenn das Bundesverfassungsgericht diese Frage klärte, damit alle, vor allem der Bundesrat und die Länder, Rechtssicherheit haben.

Deshalb verstehe ich den heutigen Antrag wirklich nicht. Ich verstehe auch die „Rechtsstaatsparteien“ Grüne und SPD nicht, die diese Fragen doch immer ganz sauber geklärt haben wollen. Ich bitte Sie wirklich, meine sehr verehrten Damen, meine Herren, sich auch auf eine verbindliche Klärung des Verfahrens einzulassen.

(Abg. Drexler SPD: Wenn das Kabinett beschlossen hätte, ja!)

Nun hat die SPD in einer Art Ablenkungsmanöver vorgezogen, wir hätten im Land gegen das Kollegialprinzip verstoßen, der Ministerpräsident höhle durch die Richtlinienkompetenz,

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

die er für sich beansprucht, dieses Kollegialprinzip aus. Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, ein Konflikt zwischen den beiden Verfassungsprinzipien ist in Wirklichkeit überhaupt nicht entstanden. Das Kabinett hat am 2. Juli breit über die Klage diskutiert. Das Kabinett hat sich dann einmütig darüber verständigt,

(Abg. Drexler SPD: Hinter den Beschluss gestellt!)

dass der Ministerpräsident bei dieser Klageerhebung von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch macht. Das war eine eindeutige Verständigung innerhalb der Landesregierung über das Verfahren.

Im Übrigen, Herr Birzele, ist der Vergleich mit der Richtlinienkompetenz von Herrn Stolpe im Bundesrat an den Haaren herbeigezogen.

(Beifall bei der CDU)

Die Richtlinienkompetenz gilt ausdrücklich im Innenverhältnis des Landes. Im Außenverhältnis, im Verfassungsorgan Bundesrat hat der Ministerpräsident keine Richtlinienkompetenz. Deshalb gibt es verschiedene Stimmen für jedes Land. Deshalb wird die Frage des einheitlichen Stimmverhaltens in nahezu jedem Koalitionsvertrag in der Bundesrepublik ausdrücklich geregelt, weil diese Frage im Vorfeld geklärt werden muss.

Die Wahrnehmung der Richtlinienkompetenz im Bundesrat durch Ministerpräsident Stolpe ist weder juristisch noch politisch haltbar

(Abg. Drexler SPD: Warten wir ab!)

(Minister Dr. Christoph Palmer)

und wird im Übrigen auch von seinem Koalitionspartner in Brandenburg entschieden bestritten. Die Wahrnehmung der Richtlinienkompetenz von Ministerpräsident Teufel im Innenverhältnis des Landes ist unbestritten und wurde zwischen den Koalitionspartnern eben ausdrücklich so vereinbart.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Das sind die Unterschiede. Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, klagen wir aus staatspolitischer Verantwortung,

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Drexler: Wer ist „wir“?)

weil wir diese Abstimmungspraxis aus tatsächlichen Gründen für falsch halten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn es Ihnen um die Sache ginge, würden auch Sie für diese Klage die Hand heben. Denn auch Sie als Demokraten müssten ein Interesse daran haben, dass diese Verfahrensfrage ein für alle Mal durch Karlsruhe geklärt und entschieden wird.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosseschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Birzele.

(Zurufe von der CDU)

**Abg. Birzele SPD:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich halte es für bemerkenswert, dass für die Landesregierung der Minister des Staatsministeriums, der nicht Jurist ist, Stellung genommen hat, während zwei eigentlich zuständige Minister – nämlich der Justizminister, der für das Grundgesetz zuständig ist, und der Innenminister, der für die Landesverfassung zuständig ist –, also beide für die Verfassung zuständigen Minister, nicht das Wort ergriffen haben.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Besser kann man nicht demonstrieren, meine Damen und Herren, wie zerstritten die Landesregierung in dieser Frage ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Nun hat mich sehr gefreut, dass Sie, Herr Minister Palmer, sich auf den Bundespräsidenten als einen „ganz und gar unparteiischen“ Zeugen berufen haben. Ich hätte mich noch mehr gefreut, wenn CDU und CSU vor der Entscheidung des Bundespräsidenten

(Zuruf von der SPD: Genau!)

genau die gleichen Worte gesprochen hätten.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Herr Palmer, der eigene Gutachter von CDU/CSU, Professor Isensee – ich habe ihn vorhin auch zitiert –, sagt, dass die Richtlinienkompetenz des Ministerpräsidenten auch das Recht zu Instruktionen über das Stimmverhalten im Bundesrat einschließt. Ich habe zusätzlich gesagt: Der Unterschied der Rechtsauffassungen besteht darin, ob diese Di-

rektive später im Bundesrat eine Rolle spielt oder nicht. Das ist eine Rechtsfrage, über die man streiten kann. Das bestreitet doch überhaupt niemand. Nur sollten Sie einmal davon Abstand nehmen, bei einer strittigen Rechtsfrage, bei der Sie eine Auslegungsvariante für sich in Anspruch nehmen, so, wie Sie es gerade wieder getan haben, der anderen Seite vorsätzlichen Verfassungsbruch zu unterstellen. Das ist doch der Punkt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Selbstverständlich gibt es in Verfahrensfragen unterschiedliche Auffassungen. Welcher Jurist kennt das nicht? Welcher Jurist weiß nicht, dass das Amtsgericht so und das Landgericht anders entscheidet, das Landgericht so und das Oberlandesgericht anders oder der Bundesgerichtshof so und das Bundesverfassungsgericht noch einmal anders?

(Ministerpräsident Teufel: Die Landesregierung anders als Herr Birzele!)

– Nur, bitte schön, Herr Ministerpräsident – – Aber das zu sagen wäre Sache der Präsidentin. Dazu will ich jetzt doch nichts sagen.

(Präsident Straub hat in der Zwischenzeit wieder den Vorsitz übernommen. – Heiterkeit – Zurufe, u. a.: Das ist aber ein Präsident!)

– Ich will auch beim Präsidenten nichts dazu sagen.

Natürlich – das bestreite ich doch überhaupt nicht – entscheidet Herr Teufel, wie er es für richtig hält, und ich entscheide, wie ich es für richtig halte.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Nur soll man daraus nicht das machen, was Sie gemacht haben.

Deshalb will ich Ihnen zu Verfahrensfragen einmal folgendes schöne Beispiel anführen, über das wir gleich gegebenenfalls zu entscheiden haben.

Gewitzt durch entsprechende Erfahrungen habe ich mich erkundigt, wie denn der Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/1198, im Verhältnis zu unserem Antrag Drucksache 13/1182 verstanden wird. Nach meiner Auffassung handelt es sich um zwei unterschiedliche Anträge: Im einen wird Kenntnisnahme begehrt, im anderen wird dazu aufgefordert, die Klage zurückzunehmen. Dazu gab es in der Landtagsverwaltung eine andere Bewertung. Ich weiß nicht, wie der Präsident entscheiden wird.

Ich will deshalb zur Verfahrensfrage ganz klar sagen: Der Antrag von CDU und FDP/DVP auf Kenntnisnahme ist keine Entscheidung in der Sache.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Wir wollen eine Entscheidung in der Sache. Deshalb ist über beide Anträge getrennt abzustimmen. Etwas anderes wäre es, wenn in dem Antrag von CDU und FDP/DVP ein Verhalten gebilligt oder missbilligt würde.



(Birzele)

Wir haben deshalb zum Antrag von CDU und FDP/DVP vorsorglich den Änderungsantrag Drucksache 13/1199 eingebracht, der aber nur dann zum Tragen kommt, wenn über die beiden Anträge Drucksachen 13/1182 und 13/1198 nicht getrennt abgestimmt wird. In unserem Änderungsantrag Drucksache 13/1199 begehren wir ausdrücklich, missbilligend davon Kenntnis zu nehmen, dass sich die Landesregierung so verhalten hat, und stellen fest, dass deshalb die von Baden-Württemberg erhobene Klage zurückzunehmen ist. Ich bin gespannt, wie wir uns in dieser Verfahrensfrage verständigen werden.

Nun will ich eine Abschlussbemerkung machen: Das Land Baden-Württemberg klagt gegen dieses Gesetz, obwohl dazu im Landtag von Baden-Württemberg eindeutig keine Mehrheit besteht. Im Gegenteil, die Mehrheit hier im Landtag ist eindeutig dafür, dass nicht geklagt wird.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Diese Mehrheit setzt sich zusammen aus SPD, Grünen und FDP/DVP. Nun bin ich gespannt, ob hier im Haus nach den einfachen Regeln der Demokratie entschieden wird und ob die FDP/DVP-Fraktion zu ihrer Meinung steht.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Justizminister Dr. Goll.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Drexler: Er hat sich überwunden!)

**Justizminister Dr. Goll:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! In dieser Debatte ist fast alles Notwendige gesagt. Deswegen kann ich mich auch kurz fassen. Ich möchte aber – durchaus auch aus der Sicht eines an der Regierung beteiligten Mitglieds der FDP/DVP – noch einmal kurz sagen, warum wir das so gemacht haben und warum ich es auch für richtig halte, wie wir es gemacht haben.

Ich schicke meine persönliche Meinung zum Inhalt dieses Gesetzes vorweg. Aber das brauchen wir nicht auszubreiten; diese Meinung ist bekannt. Ich halte als Ausländerbeauftragter das Gesetz in weiten Teilen für zustimmungsfähig.

Ich gehöre zweitens auch zu denen – ich muss sagen: zu den wenigen –, die das Verfahren, wie es im Bundesrat gelaufen ist, so auslegen, dass der Bundespräsident hat unterschreiben können. Aber ich sage dazu – da muss ich gerade auch kraft Amtes als Justizminister konsequent bleiben –: Das ist eine Mindermeinung. Scherzhaft ausgedrückt: Die Reihe der Juristen, die da anderer Meinung sind als ich, reicht vom Ministerialdirektor in meinem Haus bis zu meiner Frau.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Teßmer SPD: Wer hat daheim mehr zu sagen?)

Trotzdem bin ich nicht für die Klage. Vielmehr haben wir eine Verständigung gefunden – das wurde vom Kollegen

Palmer richtig ausgedrückt –, und zwar vor dem Hintergrund – das muss man wirklich einmal an Ihre Adresse sagen –: Der Bundespräsident hat quasi dazu aufgefordert, diese Sache vor dem Bundesverfassungsgericht zu klären. Zu dieser Aufforderung zu sagen: „Das machen wir nicht“ ist ja wohl auch nicht ganz einfach.

(Abg. Drexler SPD: Ist sie doch schon!)

Man kann ein Klärungsinteresse ja schwer leugnen. Es gibt einen Wunsch unseres Koalitionspartners, zu klären.

Ich darf an dieser Stelle kurz einmal zurückblenden. Sie haben vorhin in einer für mich eigentlich etwas absurden Weise den Vorwurf erhoben: Dann hätte damals ja auch gegen das Gesetz zur Homosexuellenhehe geklagt werden müssen. So jedenfalls ist mir das aus der Debatte in Erinnerung geblieben. Damals wurde nicht geklagt. Es wurde übrigens auf Wunsch der FDP/DVP hin nicht geklagt.

(Abg. Drexler SPD: Gott sei Dank!)

Damals wollte unser Koalitionspartner klagen, und wir wollten das nicht. Es wurde schließlich nicht geklagt. Diesmal geht es unter Partnern – auf Deutsch gesagt – auch einmal anders aus, wobei der Streitwert begrenzt ist, weil jetzt eben statt vier Klagen fünf Klagen beim Bundesverfassungsgericht liegen.

Wir haben uns darauf verständigt, dass der Ministerpräsident aus eigenem Recht, wie ich es anderswo ausgedrückt habe, und auf eigene Rechnung auf der Grundlage der Richtlinienkompetenz diese Klage auf den Weg bringt. Dagegen ist nichts zu sagen. Dagegen können auch gerade Sie nichts sagen, nachdem Sie eben deutlich gemacht haben: Sie wollen nicht, dass man Ihnen Verfassungsbruch vorwirft. Aber andere wollen umgekehrt natürlich nicht, dass man ihnen sogar ihr Klagerecht und ihr Klärungsinteresse bestreitet. Das geht auch nicht. Vor diesem Hintergrund finde ich die Verständigung auf das Verfahren, wie wir sie zwischen den Koalitionspartnern getroffen haben, in Ordnung.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Justizminister, gestatten Sie eine Nachfrage des Herrn Abg. Mack?

**Justizminister Dr. Goll:** Ja.

**Präsident Straub:** Bitte schön, Herr Mack.

**Abg. Mack** CDU: Herr Justizminister, ist es für Sie vorstellbar, dass Sie ein halbes Jahr lang in Erziehungsurlaub gehen

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das heißt Erziehungszeit!)

und zustimmen würden, wenn der Herr Ministerpräsident für diese Zeit Ihre Frau zur Justizministerin bestellen würde?

(Vereinzelt Heiterkeit bei der CDU – Abg. Drexler und Abg. Fischer SPD: Tata, tata, tata! – Abg. Teßmer SPD: Si tacuisses!)



**Justizminister Dr. Goll:** Ich wäre dafür, diese Möglichkeit des Jobsharing, die ja nicht ganz neu ist, tatsächlich zu prüfen. Das würde jedenfalls nicht daran scheitern, dass es meine Frau nicht könnte, aber möglicherweise daran, dass ich glaube, dass der Stress daheim größer ist.

Danke schön.

(Heiterkeit – Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

**Abg. Kretschmann GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Staatsminister Palmer, Sie haben ja Ihre Klage, wie Sie sagen, aus verfassungspatriotischen Gründen geführt und uns jetzt aufgefordert, ihr aus selbigen Gründen zuzustimmen. Ich meine, die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.

Bei Ihren Ausführungen hat der Anfang gefehlt. Wenn es so klar wäre, dass man sich in solchen Verfahrensfragen korrekt benimmt, muss man doch fragen, ob ein CDU-Innenminister, nämlich Herr Schönbohm, nicht so weit über die Verfassung informiert ist, um zu wissen, dass man im Bundesrat nur einheitlich abstimmen kann. Das hätte er sich ja wirklich vorher überlegen können und wissen müssen, dass man so nicht abstimmen kann,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Aber auch der Ministerpräsident!)

wie die Landesregierung von Brandenburg es getan hat. Dann wäre uns das Theater,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Der Minister von Brandenburg muss das wissen!)

das Sie da aufgeführt haben, erspart geblieben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Pfister FDP/DVP: Da hat er Recht!)

Ich glaube, das ist ganz einfach. Verfahrensmäßig ist das höchst fragwürdig. Das ist ja gar keine Frage.

(Minister Dr. Christoph Palmer: Also!)

Das Verfahren ist für Sie ein willkommenes Anlass, um dieses Gesetz zu verhindern, das Sie materiell-rechtlich

(Abg. Drexler SPD: Nicht wollen!)

nicht wollen.

(Abg. Drexler SPD: Genau! Das ist doch so!)

Das ist genau der Grund.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Aber ganz gewiss können wir dem Antrag Drucksache 13/1198 nicht zustimmen. Er versucht nämlich, für Koalitionsstreitigkeiten

(Abg. Drexler SPD: Ganz genau!)

das Parlament mitverantwortlich zu machen.

(Abg. Drexler SPD: Sehr gut!)

Es ist nun wirklich nicht die Aufgabe des Parlaments, Koalitionsstreitigkeiten abzusegnen. Deswegen können wir diesem Antrag selbstverständlich nicht zustimmen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Präsident Straub:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der vorliegenden Anträge.

Zum Antrag Drucksache 13/1164 liegen der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/1182, und der Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/1198, vor. Ein weiterer, bereits angekündigter Antrag liegt noch nicht vor.

Herr Kollege Birzele hat vorhin den Standpunkt vertreten, dass der Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP/DVP, Drucksache 13/1198, keinen Änderungsantrag darstelle. Ich bin der Auffassung, dass er einen Änderungsantrag zu dem ursprünglichen Antrag, Drucksache 13/1164, darstellt, zumal Abg. Pauli in seinen Ausführungen nochmals klargestellt hat, dass damit die Rücknahme der Klage abgelehnt wird.

Deshalb möchte ich zunächst über den Antrag Drucksache 13/1198

(Abg. Birzele SPD: Moment! – Abg. Drexler SPD: Wir haben doch einen Änderungsantrag gestellt!)

abstimmen lassen, was zur Folge hätte, dass sich der Antrag Drucksache 13/1182 erledigt hätte, wenn dieser Änderungsantrag angenommen würde. Herr Kollege Birzele hat vorhin angekündigt, dass die SPD für diesen Fall einen weiteren Änderungsantrag einreichen wird. Dieser ist bei uns bereits eingegangen, aber noch nicht verteilt worden. Ich gehe davon aus, dass die SPD, nachdem der Präsident seine Rechtsauffassung kundgetan hat, nunmehr diesen Änderungsantrag zum Änderungsantrag stellt.

(Abg. Drexler SPD: Genau! Den stellen wir!)

Ich bitte jetzt die Verwaltung, diesen Antrag zu verteilen.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich darf bis zum Verteilen dieser Drucksache um Aufmerksamkeit bitten.

Die Plenartage gestern und heute hier in Bebenhausen sind für uns alle etwas Besonderes. Auf zwei unserer Kollegen trifft dies ganz besonders zu; denn sie haben eine neue Herausforderung angenommen und werden deshalb ihr Mandat niederlegen und aus dem Landtag ausscheiden. Ich spreche von Ihnen, Herr Kollege Dr. Puchta, und von Ihnen, Herr Kollege Dr. Salomon. Es ist mir ein besonderes Anliegen, Ihnen den Dank und die Anerkennung des ganzen Hauses für Ihre parlamentarische Arbeit zum Ausdruck zu bringen.

(Lebhafter Beifall bei allen Fraktionen)

Sie, Herr Kollege Dr. Puchta, haben dem hohen Haus seit 1988 und damit mehr als 14 Jahre lang angehört. Ihr außerordentlich hohes Ansehen konnten Sie sich insbesondere

(Präsident Straub)

im Finanzausschuss erwerben, dessen Vorsitzender Sie in den Jahren 1992 bis 2001 waren. Ihre berufliche Kompetenz als Volkswirt und Sozialwissenschaftler ist hier unmittelbar in die Parlamentsarbeit eingeflossen. Geschätzt wurden und werden Sie wegen Ihrer kompetenten Souveränität als Ausschussvorsitzender und wegen Ihrer Bereitschaft, auch in unangenehmen Situationen an Ihrer stets dezidierten Meinung festzuhalten. Darüber hinaus waren Sie als torgefährlicher Offensivspieler immer eine Stütze und ein Aktivposten der Fußballmannschaft des Landtags.

Da wir beide eineinhalb Jahrzehnte lang und speziell bei vier Landtagswahlen Konkurrenten im gleichen Wahlkreis gewesen sind, möchte ich mich auch persönlich bei Ihnen für das durchgehend professionelle und selbst in Wahlkampfzeiten immer faire Miteinander bedanken.

Wir wünschen Ihnen, Herr Kollege Dr. Puchta, alles Gute und viel Erfolg in Ihrer neuen Tätigkeit als Vorstandsmitglied der L-Bank.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Dass Sie, Herr Dr. Salomon, in Ihrer neuen Tätigkeit Erfüllung finden, braucht man Ihnen eigentlich nicht mit auf den Weg zu geben. Sie sind Anfang Mai mit einem überzeugenden Votum der Bürgerinnen und Bürger zum Oberbürgermeister der Stadt Freiburg gewählt worden. Das ist ein faszinierendes Amt und könnte eine Lebensaufgabe sein.

(Heiterkeit)

Vor ziemlich genau zwei Jahren standen Sie als neuer Fraktionsvorsitzender der Grünen vor einer vergleichbaren Herausforderung. Sie haben es schnell geschafft, zum Generalisten und zum Mannschaftsführer zu werden. Bestens vorbereitet, differenziert argumentierend, auch immer zur gelungenen ironischen Zuspitzung fähig, konnten Sie sich allgemeinen Respekt und vor allem auch Sympathien der Kolleginnen und Kollegen verschaffen.

Erstmals in den Landtag gewählt wurden Sie im Jahr 1992. Als hochschulpolitischer Sprecher Ihrer Fraktion gehörten Sie bis zum Ende der letzten Wahlperiode dem Wissenschaftsausschuss an. Auch dort war Ihre Arbeit getragen von intellektueller Substanz und konstruktiver gedanklicher Schärfe.

Ihre Vergangenheit als MdL wird Sie wieder einholen, und zwar bereits am 16. Oktober 2002, wenn der Landtag in Freiburg tagt. Auf dieses Wiedersehen der besonderen Art freuen wir uns bereits heute. Wir wünschen Ihnen bis dahin, Herr Dr. Salomon, einen guten Start in Ihrem neuen Amt.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren, nachdem wir die Behandlung des Tagesordnungspunkts 3 kurz unterbrochen haben, gehe ich davon aus, dass jetzt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/1199, verteilt ist. – Das ist der Fall. Es erhebt sich kein Widerspruch.

Bitte schön, Herr Abg. Fischer.

**Abg. Fischer** SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir beantragen zu dem vorgelegten Antrag Drucksache 13/1199 namentliche Abstimmung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Pfister FDP/DVP: Gerne, Herr Fischer!)

**Präsident Straub:** Herr Kollege Fischer, es ist nicht üblich, dass der Präsident jemanden auf diesen Punkt anspricht. Ich bin natürlich der Überzeugung, dass Sie die Unterstützung Ihrer Fraktion haben. Ich bitte aber einmal, auf die Uhr zu sehen. Es ist 12:55 Uhr. Wir befinden uns mit der Abhandlung der Tagesordnung erheblich im Rückstand. Wir haben heute noch zwei Punkte von gestern aufzuarbeiten. Sie sehen, wer alles von der Fraktion der FDP/DVP hier sitzt. Ich ließe gern langsam abstimmen, sodass jeder die Hand lange oben hätte. Sie könnten dann feststellen, wie jeder abstimmt. Ich frage einfach: Ist es aufgrund der besonderen Situation erforderlich, dass wir jetzt noch 20 Minuten für eine namentliche Abstimmung dranhängen?

**Abg. Fischer** SPD: Wir bleiben bei dem Antrag auf namentliche Abstimmung.

**Präsident Straub:** Sie bleiben dabei. Gut.

Dann muss ich allerdings noch auf eines hinweisen: Über die Zulässigkeit des Antrags Drucksache 13/1199 könnte man sich trefflich streiten.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es! Das ist wahr!)

Denn in § 97 Abs. 7 unserer Geschäftsordnung heißt es:

Ein Änderungsantrag zu einem Änderungsantrag ist zulässig,

– zulässig –

soweit er im Einzelnen eine Veränderung von dessen Wortlaut anstrebt und nicht lediglich das Begehren eines im gleichen Sachzusammenhang bereits gestellten Antrags wiederholt.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist hier der Fall!)

Letztlich begehrt der Änderungsantrag Drucksache 13/1199 vom Kern der Sache her die Rücknahme der Klage. Das ist der wesentliche Inhalt. Deshalb schrammt er nach meiner Auffassung gerade noch an der Unzulässigkeit nach § 97 Abs. 7 unserer Geschäftsordnung vorbei.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Er schrammt an der Zulässigkeit vorbei! – Unruhe)

Aber wir stimmen jetzt namentlich über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/1199, ab. Ich darf die Schriftführerin bitten, mit dem Namensaufruf zu beginnen, und zwar mit dem Buchstaben R.

Wer dem Antrag zustimmt, der antwortet mit Ja, wer dagegen ist, mit Nein, wer sich enthält, mit „Enthaltung“.

Ich darf Sie wirklich bitten, absolute Ruhe zu bewahren. Die Akustik ist so schlecht, dass man hier nicht mitbe-

(Präsident Straub)

kommt, wie abgestimmt wird, wenn die Gespräche im Saal fortgesetzt werden.

Bitte schön.

(Namensaufruf)

Ist noch jemand im Saal, der abzustimmen wünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Abstimmung geschlossen.

Ich bitte die Schriftführer, das Ergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, die Plätze wieder einzunehmen.

Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt:

Beteiligt haben sich 123 Abgeordnete.

Mit Ja haben 44 Abgeordnete gestimmt,  
mit Nein haben 75 Abgeordnete gestimmt,  
4 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten.

Der Antrag Drucksache 13/1199 ist damit abgelehnt.

\*

Mit Ja haben gestimmt:

Bayer, Bebbler, Birzele, Braun, Carla Bregenzer, Capezzuto, Dr. Caroli, Drexler, Fischer, Gall, Gaßmann, Göschel, Rosa Grünstein, Gustav-Adolf Haas, Haller, Rita Haller-Haid, Rudolf Hausmann, Ursula Haußmann, Junginger, Käppeler, Kaufmann, Birgit Kipfer, Knapp, Maurer, Moser, Nagel, Dr. Puchta, Margot Queitsch, Rivoir, Christine Rudolf, Sakellariou, Schmid, Regina Schmidt-Kühner, Schmiedel, Seltenreich, Staiger, Stickelberger, Teßmer, Inge Utzt, Ruth Weckermann, Wichmann, Wintruff, Marianne Wonnay, Zeller.

Mit Nein haben gestimmt:

Theresia Bauer, Behringer, Heiderose Berroth, Dr. Birk, Blenke, Dr. Carmina Brenner, Elke Brunner, Heike Dederer, Döpfer, Drautz, Beate Fauser, Fleischer, Dr. Glück, Dr. Inge Gräßle, Friedlinde Gurr-Hirsch, Alfred Haas, Hauk, Heinz, Herrmann, Hillebrand, Hofer, Hoffmann, Kiefl, Kleinmann, Klenk, Dr. Klunzinger, Köberle, Kretschmann, Kübler, Kurz, Dr. Lasotta, Ursula Lazarus, Johanna Lichy, Mack, Mappus, Müller, Veronika Netzhammer, Dr. Noll, Oelmayer, Oettinger, Dr. Christoph Palmer, Pauli, Pfister, Pfisterer, Rau, Rech, Reichardt, Dr. Repnik, Röhm, Rückert, Rüeck, Dr. Salomon, Dr. Schäuble, Dr. Annette Schavan, Schebesta, Dr. Scheffold, Scheuermann, Schneider, Dr. Schüle, Schuhmacher, Seimetz, Sieber, Stächele, Dr. Steim, Dr. Monika Stolz, Stratthaus, Straub, Teufel, Theurer, Traub, Dr. Vetter, Wacker, Wieser, Dr. Witzel, Zimmermann.

Der Stimme enthalten haben sich:

Brigitte Lösch, Boris Palmer, Renate Rastätter, Walter.

\*

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/1198. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstim-

men? – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich angenommen. Damit ist der Urantrag Drucksache 13/1164 erledigt.

Punkt 3 der Tagesordnung ist damit beendet.

Wir treten jetzt in die Mittagspause ein. Ich schlage vor, mit der Fragestunde um 14:20 Uhr zu beginnen.

(Lebhafte Unruhe)

– Verzeihung! Moment, ich darf noch einmal um Aufmerksamkeit bitten.

Herr Abg. Fischer, ich darf die SPD-Fraktion etwas fragen. Es gibt den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/1182, zum Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/1164.

(Abg. Fischer SPD: Der ist erledigt!)

– Er ist erledigt. Gut.

Dann bleibt es bei der Feststellung: Fortsetzung der Sitzung mit der Fragestunde um 14:20 Uhr.

Das Präsidium trifft sich jetzt sofort zur Aufnahme eines Bildes.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:10 Uhr)

\*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:20 Uhr)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, ich bitte, Platz zu nehmen. Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

### Fragestunde – Drucksache 13/1153

Zunächst rufe ich die Mündliche Anfrage unter Ziffer 1 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Beteiligung des Verbands Region Stuttgart an den freien Regionalisierungsmitteln

Herr Abg. Palmer, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Mündlichen Anfrage.

(Abg. Blenke CDU: Ist das ein Vorlesewettbewerb?)

**Abg. Boris Palmer GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

a) Ist die Landesregierung nach der erfolgten Revision des Regionalisierungsgesetzes und der damit verbundenen deutlichen Vergrößerung der finanziellen Spielräume des Landes zur Förderung des öffentlichen Verkehrs bereit, den Verband Region Stuttgart angemessen an den freien Regionalisierungsmitteln für den Ausbau des Schienenpersonennahverkehrs zu beteiligen, oder hält sie an ihrer im Januar 2002 geäußerten Ablehnung fest?

(Boris Palmer)

b) Hat die von der Landesregierung im Januar 2002 angekündigte Bereitschaft, nach Abschluss der Revision des Regionalisierungsgesetzes in Verhandlungen mit dem Verband Region Stuttgart über einen vergrößerten Anteil am Grundangebot des Schienenpersonennahverkehrs einzutreten, zur Aufnahme von Gesprächen geführt, und welcher Sachstand wurde gegebenenfalls zwischenzeitlich erreicht?

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Staatssekretär Mappus, Sie erhalten das Wort zur Beantwortung der Anfrage.

**Staatssekretär Mappus:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage des Herrn Abg. Palmer wie folgt:

Zu a: Die Landesregierung hält an der Aussage in ihrer Stellungnahme vom 15. Januar dieses Jahres zum Antrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/597, fest, dass eine unmittelbare Beteiligung des Verbands Region Stuttgart an den freien Regionalisierungsmitteln nicht vorgesehen ist.

(Zuruf von den Grünen: Aha!)

Hierfür besteht aufgrund der außerordentlich hohen finanziellen Förderung von ÖPNV-Projekten in dieser Region weder eine sachliche Rechtfertigung noch eine rechtliche Verpflichtung.

Im Übrigen sind die finanziellen Spielräume des Landes zur Förderung des ÖPNV aufgrund der gegen die Stimme Baden-Württembergs beschlossenen Änderung des Regionalisierungsgesetzes gegenüber der bisherigen Rechtslage spürbar kleiner geworden.

Zu b: Die angekündigten Gespräche zwischen der Landesregierung und dem Verband Region Stuttgart über die Finanzierung der in seiner Aufgabenträgerschaft liegenden Schienenpersonennahverkehre befinden sich in einem fortgeschrittenen Stadium. Nachdem die Änderung des Regionalisierungsgesetzes erfolgt ist, kann auch das vom Verband zu finanzierende Grundangebot im Schienenpersonennahverkehr entsprechend der bundesweiten Vorgehensweise bei der Revision neu abgegrenzt werden.

Ich hoffe, dass wir in Kürze eine für beide Seiten befriedigende Lösung finden können.

**Stellv. Präsident Birzele:** Zusatzfrage, Herr Abg. Palmer.

**Abg. Boris Palmer GRÜNE:** Herr Staatssekretär, welche Auswirkungen auf die geplanten Neubaustrecken im S-Bahnnetz des Verbands Region Stuttgart, zum Beispiel die S 60 zwischen Böblingen und Renningen, wird das von Ihnen angestrebte Lösungsmodell haben?

**Staatssekretär Mappus:** Ich gehe davon aus, dass die Projekte, die der Verband Region Stuttgart vorhat, so umgesetzt werden können und auch so umgesetzt werden, wie er es zeitlich geplant hat.

**Stellv. Präsident Birzele:** Eine Zusatzfrage, Frau Abg. Berroth.

**Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP:** Herr Staatssekretär, ist Ihnen bekannt, dass der Kreistag Böblingen schon ge-

nau eruiert hat, dass ohne eine Beteiligung des Landes eine Realisierung der S 60 nicht möglich wäre?

Zweitens: Wie stehen Sie dazu, dass der Verband Region Stuttgart auch überlegt hat, im Fall einer negativen Antwort die gesamte Aufgabenträgerschaft an das Land zurückzugeben,

(Abg. Hauk CDU: Sofort übernehmen! Solche Angebote übernehmen wir gleich!)

was eine deutlich stärkere Belastung bedeuten würde?

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Staatssekretär, Sie erhalten das Wort zur Beantwortung der beiden Nachfragen von Frau Berroth.

**Staatssekretär Mappus:** Zum ersten Teil: Mir ist dieser Beschluss bekannt, und ich habe ja davon gesprochen, dass sich die Verhandlungen in einem fortgeschrittenen Stadium befinden. „Fortgeschritten“ impliziert ja, dass die Positionen aufeinander zu konvergieren. Insofern ist, glaube ich, auch nicht entscheidend, ob man den Beschluss kennt oder nicht, sondern wir arbeiten daran, eine gemeinsame Lösung zu finden.

Zum zweiten Teil Ihrer Frage kann ich nur sagen: Wenn ein Verband, der dafür gekämpft hat, dass er die Aufgabenträgerschaft bekommt, diese zurückgeben möchte – wobei ich das gerade zum ersten Mal höre –,

(Abg. Schmiedel SPD: Ich auch!)

dann bin ich – wenn Sie mir diese Bemerkung erlauben – mir nicht so sicher, ob das für das Land unbedingt schlecht wäre. Ich gehe allerdings davon aus, dass der Verband dies nie tun würde.

Wir wollen, um es auf den Punkt zu bringen, eine Lösung gemeinsam mit dem Verband Region Stuttgart. Es wird aber keine fixe Beteiligung an den Regionalisierungsmitteln geben.

**Stellv. Präsident Birzele:** Zusatzfrage, Herr Abg. Hauk.

**Abg. Hauk CDU:** Herr Staatssekretär, welchen Anteil an den Regionalisierungsmitteln hat der Verband Region Stuttgart denn bereits heute, gemessen am gesamten Landesanteil?

Wo sehen Sie die Schwerpunkte beim Ausbau des ÖPNV-Netzes im gesamten Land?

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Mappus:** Wenn man die einzelnen Segmente des ÖPNV betrachtet, erkennt man, dass der Verband Region Stuttgart, auch über die Zeitschiene der letzten Jahrzehnte hinweg, einen deutlich überproportionalen Anteil hat. Im Bereich der Verbundförderung beispielsweise beträgt dieser Anteil über 60 %. In fast allen Bereichen ist dieser Anteil, gemessen an der Bevölkerung in diesem Raum, überproportional, vor allem über die letzten zwei bis drei Jahrzehnte betrachtet. Deshalb habe ich auch davon gesprochen, dass der Anteil an ÖPNV-Förderung für den Raum durchaus so hoch ist, dass sich die Region, glaube ich, nicht beschweren kann.



(Staatssekretär Mappus)

Trotzdem wollen wir, um Konflikte bereits im Vorfeld auszuräumen, eine einvernehmliche Lösung. Dahin gehen die Gespräche, die sich – ich sagte es – in einem fortgeschrittenen Stadium befinden. Aber ich sage auch und betone es nochmals: Einen fixen, auf Dauer ausgerichteten Anteil an Regionalisierungsmitteln kann und wird es mit der Landesregierung nicht geben.

**Stellv. Präsident Birzele:** Zweite Zusatzfrage, Herr Abg. Palmer.

**Abg. Boris Palmer GRÜNE:** Herr Staatssekretär, welchen Anteil der Zusatzkosten von jährlich etwa 25 Millionen € für die projektierten Verbesserungen im S-Bahnnetz des Verbands Region Stuttgart wird das Land Baden-Württemberg auf der Grundlage des fortgeschrittenen Stadiums der Gespräche übernehmen?

**Staatssekretär Mappus:** Herr Kollege Palmer, das kann ich Ihnen dann sagen, wenn sich die Verhandlungen nicht mehr in einem fortgeschrittenen, sondern in einem abgeschlossenen Stadium befinden.

(Heiterkeit)

**Stellv. Präsident Birzele:** Es gibt keine weiteren Zusatzfragen. Damit ist die Mündliche Anfrage erledigt.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 2 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD – Insolvenz eines Fensterbauers im Schwarzwald-Baar-Kreis

Herr Abg. Haas, Sie erhalten das Wort zur Verlesung Ihrer Mündlichen Anfrage.

**Abg. Gustav-Adolf Haas SPD:** Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Ich frage die Landesregierung:

- a) Ist die Pressemeldung vom 11. Juli 2002 zutreffend, dass die Insolvenz des Fensterbauers S. aus B. dadurch eingetreten ist, dass das Land Baden-Württemberg den Vertrag zur Lieferung von Glasfronten mit einem Auftragsvolumen von 1 Million € am Stuttgarter Musikhochschulneubau gekündigt hat, als bereits 60 % der Lieferung erfolgt und die Vorbereitungen zur Schlussmontage getroffen waren?
- b) Seit wann liegen die Firma S. und das Land Baden-Württemberg im Rechtsstreit, um die ausgebliebenen Zahlungen des Landes von rund 800 000 € vertragsgemäß zu vollziehen?

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort zur Beantwortung der Anfrage erhält Herr Staatssekretär Rückert.

**Staatssekretär Rückert:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich beantworte die Anfrage im Namen der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage a: Dem Finanzministerium ist bekannt, dass die besagte Firma am 9. Juli 2002 – und damit ein Jahr nach einer Vertragskündigung durch das Staatliche Vermögens- und Hochbauamt Stuttgart – einen Insolvenzantrag gestellt hat. Ein vorläufiger Insolvenzverwalter wurde bestellt. Das Verfahren ist aber noch nicht eröffnet.

In dem von Ihnen, Herr Abgeordneter, genannten Zeitungsartikel wird berichtet, dass mehrere Ursachen zu Ausfällen geführt hätten, die letztendlich Anlass für dieses Insolvenzverfahren gegeben hätten.

Der Vertrag mit dem Land – hier geht es um ein Vertragsverhältnis für das Haus der Geschichte und die Musikhochschule – musste aus unserer Sicht gekündigt werden, weil die Firma im Verzug war. Die Leistungen sollten bis April 2001 erbracht sein. Die Firma war hierzu jedoch nicht in der Lage, sodass nach verschiedenen Fristsetzungen und mehreren Krisengesprächen der Vertrag zum 18. Juni 2001 – also, wie gesagt, vor einem Jahr – gekündigt wurde.

Aus Sicht des Landes war zu diesem Zeitpunkt auf der Baustelle ein Leistungsstand von ca. 27 % erbracht. Das hat die Prüfung einer Abschlagszahlung durch die Bauleitung ergeben. Die Firma geht jedoch von einem höheren Leistungsstand aus, weil sie vor allem Planungsleistungen und Bestellungen für Bleche bzw. Fenster geltend macht, die sie zum damaligen Zeitpunkt aber nicht liefern konnte.

Zu Frage b: Eine Einigung hinsichtlich der auf der Baustelle erbrachten Leistungen konnte mit der Firma nicht erzielt werden, obwohl der Firma mehrfach die Hinzuziehung eines unabhängigen Sachverständigen angeboten wurde. Die Firma hat diese Angebote jedoch ausgeschlagen und stattdessen am 4. Juli 2001 ein gerichtliches Beweisverfahren beim Landgericht Stuttgart beantragt.

Das Gutachten des gerichtlich bestellten Sachverständigen liegt vor. Dieses kommt zu dem Ergebnis, dass die Firma auf der Baustelle 27,38 % der Leistungen erbracht hat. Weitere Leistungen für Planungen und gefertigte Teile werden mit 15,09 % bewertet, sodass insgesamt von einem Leistungsstand von 42,47 % auszugehen ist.

Mit dem Ergebnis dieses Gutachtens ist die Firma aber in keiner Weise einverstanden. Mit Klage vom 10. Dezember 2001, die am 7. Januar 2002 zugestellt wurde, hat sie einen Betrag in Höhe von 1 501 684,47 DM geltend gemacht, der allerdings mit Schriftsatz vom 4. Juni 2002 auf 1 291 169,76 DM reduziert wurde. Grund hierfür ist, dass das Land zur Schadensminderung über seine vertragliche Verpflichtung hinaus für das Bauvorhaben beschafftes und auf dem Betriebsgelände gelagertes Material gekauft und mit 201 347 DM bezahlt hat. Dieses Material wurde vom Vermögens- und Hochbauamt der zwischenzeitlich beauftragten Firma zur Verarbeitung beigelegt.

Nun ist Folgendes wichtig: In der Zwischenzeit hat bereits die mündliche Verhandlung vor dem Landgericht Stuttgart stattgefunden, und zwar am 12. Juni 2002. Dabei hat das Gericht einen Vergleichsvorschlag unterbreitet, wonach das Land noch einen Betrag in Höhe von 69 176,87 € bezahlen sollte. Auch nach den Berechnungen des Landes ist dieser Betrag noch an die Firma zu zahlen. Wegen der Mehrkosten, die durch die Beauftragung der Nachfolgefirma entstanden sind, wurde dieser Betrag jedoch noch zurückbehalten.

Auf den Vergleichsvorschlag ist die Firma nicht eingegangen, da sie immer noch davon ausgeht, dass sie gegen das Land wenigstens Forderungen in Höhe von 1 291 169 DM belegen kann. Hinzu kommt, dass sie in einer im letzten

(Staatssekretär Rückert)

Schriftsatz angekündigten dritten Teilschlussrechnung noch entgangenen Gewinn und Schadenersatz geltend machen will.

Es ist festzuhalten: Da keine Einigung über den gerichtlichen Vergleichsvorschlag zustande kam, wird das Gericht voraussichtlich in einer Woche, am 26. Juli 2002, eine Entscheidung treffen.

Die einzelnen Maßnahmen und Schritte bis zur Vertragskündigung sind vom Vermögens- und Hochbauamt detailliert dokumentiert. Es würde zu weit führen und den zeitlichen Rahmen der Fragestunde sprengen, das vorzutragen. Ich stelle dem Fragesteller, Ihnen, Herr Kollege Haas, anheim, sich nach dem Gerichtstermin – das ist ja schon in einer Woche – bei einem Gespräch im Finanzministerium über die Einzelheiten zu informieren. Warten wir diesen Gerichtsentscheid in einer Woche bitte ab.

**Stellv. Präsident Birzele:** Zusatzfrage, Herr Abg. Haas.

**Abg. Gustav-Adolf Haas SPD:** Herr Staatssekretär, ist die Presseinformation richtig, dass sich der Fensterbauer an den Herrn Ministerpräsidenten gewandt, aber der Herr Ministerpräsident keine Antwort gegeben habe, sondern auf Tauchstation gegangen sei, was der Fensterbauer für bedauerlich halte, weil er früher lange Zeit Kontakte zum Ministerpräsidenten gehabt habe?

**Staatssekretär Rückert:** Der Herr Ministerpräsident ist angeschrieben worden. Der Herr Ministerpräsident hat den zuständigen Ressortminister, Herrn Finanzminister Strathaus, gebeten, sich der Sache anzunehmen, den Vorgang sachgerecht und wohlwollend zu prüfen und in seinem Namen zu antworten. Die Prüfung ist von der Oberfinanzdirektion und von unserer Vermögens- und Hochbauverwaltung sehr umfassend erfolgt und hat dann ihren Niederschlag in einem Schreiben vom 11. September 2001 gefunden, in dem von Herrn Finanzminister Strathaus ausdrücklich festgehalten wird, dass er im Namen des Ministerpräsidenten antwortet.

**Stellv. Präsident Birzele:** Zusatzfrage, Herr Abg. Haas.

**Abg. Gustav-Adolf Haas SPD:** Ist diese Antwort dem Fensterbauer zugegangen?

**Staatssekretär Rückert:** Das Schreiben ist am 11. September 2001 an die Adresse des Fensterbauers abgegangen.

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Danke schön!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Keine weiteren Zusatzfragen. Damit ist diese Anfrage erledigt.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 3 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD – Interregio Höllental 2216/2217; hier: Antwort der Landesregierung in der Landtagssitzung vom 20. Juni 2002 zur Einstellung des Interregios zum Fahrplanwechsel 15. Dezember 2002 – Drucksache 13/1002 Ziffer 3

Herr Abg. Haas, Sie erhalten das Wort zur Verlesung Ihrer Anfrage.

**Abg. Gustav-Adolf Haas SPD:** Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Ich frage die Landesregierung:

- a) Trifft es zu, dass in der Fahrplankonferenz am 19. Februar 2002 bei der Industrie- und Handelskammer in Freiburg entgegen der Darstellung von Herrn Staatssekretär Mappus vom 20. Juni 2002 auf meine Mündliche Anfrage nicht über die Einstellung des Interregiobetriebes 2216/2217 durch die Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg informiert wurde, sondern dass Gegenstand der Information durch die NVBW der Wegfall der Interregiostrecke Offenburg–Konstanz sowie Fahrplanangelegenheiten der DB Reise und Touristik waren?
- b) Wie zuverlässig sind gegebenenfalls grundsätzlich Antworten des Landesverkehrsministeriums auf eine konkrete Fragestellung wie hier zum Thema Interregio 2216/2217?

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Staatssekretär Mappus, Sie erhalten das Wort zur Beantwortung der Anfrage.

**Staatssekretär Mappus:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage des Herrn Abg. Haas wie folgt:

Zu a: Der genaue Ablauf der Fahrplankonferenz vom 19. Februar dieses Jahres bei der IHK Südlicher Oberrhein in Freiburg ist der Landesregierung nicht bekannt, da kein Vertreter der Landesregierung bei dieser Veranstaltung anwesend war und über derartige Veranstaltungen üblicherweise auch kein Wortprotokoll geführt wird. Üblicherweise stellen bei den regionalen Fahrplankonferenzen die NVBW den Nahverkehrsfahrplan und der Vertreter der DB Reise und Touristik AG den Fernverkehrsfahrplan vor. Nach übereinstimmender Aussage mehrerer bei dieser Fahrplankonferenz anwesenden Personen hat der Vertreter der DB Reise und Touristik AG deutlich dargelegt, dass die Interregiolinie 23 künftig nicht mehr bis Karlsruhe verkehrt und dass damit zwangsläufig auch der Interregio Höllental entfallen wird.

Zu b: Antworten des Ministeriums für Umwelt und Verkehr auf konkrete Fragen von Abgeordneten sind grundsätzlich zuverlässig und im vorliegenden Fall offensichtlich wesentlich zuverlässiger als die Informanten des bei der Fahrplankonferenz am 19. Februar 2002 nicht anwesenden Abgeordneten Haas.

**Stellv. Präsident Birzele:** Zusatzfrage, Herr Abg. Haas.

**Abg. Gustav-Adolf Haas SPD:** Herr Staatssekretär, können Sie sich vorstellen, dass man mir mitteilt, dass in der Tat nur über die Interregiolinie Offenburg–Konstanz und nicht über den Interregio Höllental 2216/2217 diskutiert worden ist, obwohl Sie mir in der letzten Sitzung vom 20. Juni 2002 dargestellt haben, dass die Linie 2216/2217 im Grunde genommen Gegenstand der Diskussion bei der Fahrplankonferenz gewesen sei?

**Staatssekretär Mappus:** Herr Abg. Haas, meine Vorstellungskraft ist nahezu unbegrenzt.

(Staatssekretär Mappus)

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Das kann ich mir vorstellen! – Heiterkeit)

Aber nach übereinstimmenden Informationen vieler dort Anwesenden wurde sowohl von der Nahverkehrsgesellschaft als auch von der DB Reise und Touristik AG über sämtliche Veränderungen auch im Bereich des Interregios berichtet.

**Stellv. Präsident Birzele:** Zusatzfrage, Herr Abg. Haas.

**Abg. Gustav-Adolf Haas SPD:** Herr Staatssekretär, nehmen Sie zur Kenntnis, dass die Information, die ich hier habe, schriftlich erfolgt ist und dass ich diese für mich als die einzig richtige Aussage werte?

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Mappus:** Ich nehme dies zur Kenntnis. Ich wiederhole nochmals: Mehrere dort Anwesende haben berichtet, dass dies absolut unzutreffend ist.

**Stellv. Präsident Birzele:** Es gibt keine weiteren Zusatzfragen. Damit ist die Fragestunde beendet.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 4** auf:

**Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Erschließung der Begabungspotenziale von Frauen für naturwissenschaftlich-technische und ingenieurwissenschaftliche Studiengänge – Drucksache 13/182**

Ich rufe zusätzlich den Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/1185, zu diesem Antrag auf.

Frau Abg. Haller-Haid, Sie erhalten das Wort.

**Abg. Rita Haller-Haid SPD:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir alle wissen: Die so genannten MINT-Berufe – Mathematiker, Informatiker, Naturwissenschaftler und Techniker – üben in einer Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft eine Schlüsselfunktion aus. An diesen hoch qualifizierten Spezialisten herrscht aber auf dem Arbeitsmarkt ein gravierender Mangel, insbesondere bei den Ingenieuren. Dieser Mangel wird in absehbarer Zeit nicht behebbar sein, weil die Hochschulen in diesen Fächern viel zu wenige Studierende haben.

Das kommt natürlich nicht von ungefähr, denn zwischen dem gewählten Studienfach und dem vormals in der Schule gewählten Leistungsfach besteht ein erheblicher Zusammenhang. Aber mathematisch-naturwissenschaftliche Fächer sind bei deutschen Schülerinnen und Schülern nicht eben beliebt, und nicht erst seit PISA wissen wir, dass deutsche Schülerinnen und Schüler in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern im internationalen Vergleich einen Platz im unteren Mittelfeld einnehmen. Das gilt auch für Baden-Württemberg.

Wenn wir also gegen den Fach- und Führungskräfemangel in den Zukunftsbranchen unseres Landes etwas tun wollen, dann müssen wir in den Schulen beginnen. Hierzu gibt es

eine ganze Reihe von Vorschlägen, angefangen bei der Industrie bis hin zu den Kultusministerien. Doch diese Vorschläge haben häufig gemeinsam, dass sie vergessen, dass sich Jungen und Mädchen in ihrer Schulfach- und Studienfachwahl sehr unterschiedlich verhalten. Vereinfacht lässt sich sagen: Mädchen bevorzugen philologisch-kulturwissenschaftliche Fächer, Jungen eher naturwissenschaftlich-technische Fächer. Doch wenn es vor allem Frauen sind, die jene Studien- und Berufswege meiden, die in der Informationsgesellschaft gefragt sind, dann schließen sie sich von wesentlichen Entwicklungen aus. Länder wie Griechenland, Spanien und Italien haben heute bereits einen Anteil von bis zu 50 % Frauen in diesen Fächern. Wir hier in Baden-Württemberg dagegen sind alles andere als Spitze. Nach wie vor sind Frauen in den MINT-Fächern ganz besonders unterrepräsentiert.

Meine Damen und Herren, nicht nur wegen des Gebots der Chancengleichheit werden wir uns dies künftig nicht mehr leisten können. Wenn Baden-Württemberg seinen Führungsanspruch auch künftig realisieren will, dann müssen wir mit einer breit angelegten Kampagne das Begabungspotenzial von Frauen für naturwissenschaftlich-technische Berufe gewinnen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

Dazu brauchen wir dringend ein Gesamtkonzept, das ich bei der Landesregierung bisher noch nirgends entdecken kann.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Das ist wahr! – Abg. Schmiedel SPD: Sehr richtig!)

Ich möchte noch einmal betonen, dass Frauen dabei keineswegs nur eine Reserve für den Mangel an männlichen Ingenieuren sind. Ganz im Gegenteil: Kompetent ausgebildete Frauen können den naturwissenschaftlichen Bereich durch ihr kreatives Potenzial und ihren Blick auf die menschlichen Aspekte der Technik nur bereichern.

Meine Damen und Herren, wir müssen uns fragen, warum sich diese Trennung in so genannte Frauenberufe und Männerberufe bei uns so hartnäckig hält. Nur die geschlechtsspezifische Erziehung im Elternhaus dafür verantwortlich zu machen, wäre sicherlich zu einfach. Ich vermute, dass eine solche in Ländern wie Griechenland, Spanien oder Italien genauso stattfindet. Doch leider – hier zitiere ich aus der Stellungnahme der Landesregierung zu dem Antrag – liegen dem Wissenschaftsministerium keine Erkenntnisse darüber vor, warum das so ist.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das wundert uns nicht!)

Eine solche Antwort ist wenig befriedigend. Aber noch viel unbefriedigender ist, dass vom Ministerium noch nicht einmal eine Antwort darauf zu bekommen ist, wie sich gewählte Leistungsfächer auf beide Geschlechter verteilen und ob es einen Unterschied zu den Absolventinnen der Mädchenschulen gibt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Unglaublich!)



(Rita Haller-Haid)

Dass Schulstatistiken noch immer nicht geschlechterdifferenziert geführt werden, zeigt, dass der Gedanke des Gender Mainstreaming offenbar noch nicht im Kultusministerium angekommen ist. Frau Lichy ist jetzt leider nicht da. Aber sie hat da noch einiges zu tun. Frau Schavan braucht hier wohl dringend Nachhilfeunterricht.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Aber zumindest im Sozialministerium scheint sich etwas mehr zu tun. Um das Berufswahlverhalten zu beeinflussen, sind dort einige gute und auch sinnvolle Projekte in Gang gesetzt worden. Doch solche punktuell eingesetzten Projekte, die im Einzelfall sehr hilfreich sein können, können nicht ausgleichen, was zuvor in der Schule versäumt worden ist. In der Schule, meine Damen und Herren, ist eine ganze Menge versäumt worden. Das fängt bei der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung an, bei der das Kultusministerium keine Möglichkeit sieht – ich zitiere jetzt noch einmal –, „in der Phase der universitären Ausbildung das Thema geschlechterspezifischen Zugangs zu den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern verbindlich vorzuschreiben“.

Ein weiteres Zitat aus der Stellungnahme der Landesregierung zu dem Antrag:

Auch an den Pädagogischen Hochschulen stünde eine verpflichtende Veranstaltung zur Vermittlung der spezifischen Zugangsweisen von Mädchen und Jungen in naturwissenschaftlichen Fächern im Widerspruch zu den Intentionen des Landes, die Anzahl der Scheine zu reduzieren.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje!)

Was bleibt also? Wieder einmal nur Absichtserklärungen? Davon haben wir schon gestern jede Menge gehört.

Doch weiter zu den Schulen: Noch immer haben wir in den Realschulen eine Aufteilung im Wahlpflichtbereich: entweder Fremdsprache oder „Mensch und Umwelt“ oder „Natur und Technik“. Genau das trägt dazu bei, dass die herkömmliche Fächerwahl beibehalten wird. Künftig ist geplant, diese Wahlmöglichkeit zeitlich ans Ende der Klasse 7 zu verlagern. Nicht geplant ist – das würde aber Sinn machen –, das Fach „Natur und Technik“ mit dem Fach „Mensch und Umwelt“ zusammenzulegen.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Ein solcher Schritt würde nicht nur den naturwissenschaftlich-technischen Bereich insgesamt stärken, sondern auch dazu beitragen, dass sich später mehr Realschülerinnen für ein Technisches Gymnasium entscheiden.

(Beifall bei der SPD)

Schon heute studieren Mädchen aus beruflichen Gymnasien häufiger naturwissenschaftliche und ingenieurwissenschaftliche Fächer als Mädchen aus den anderen Schulen. Das ist eine durchaus erfreuliche Entwicklung, die wir

noch verstärken können, indem wir den Ausbau der beruflichen Gymnasien wesentlich schneller vorantreiben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ausnahmsweise spreche ich auch einmal ein Lob aus: Die derzeit stattfindenden Profilbildungen in den beruflichen Gymnasien gehen in die richtige Richtung. Da lässt sich für andere Schularten durchaus etwas abschauen.

Auch die Einführung des Faches „Naturphänomene“ in den allgemein bildenden Gymnasien ist ein richtiger Schritt, obwohl, wie wir wissen, eigentlich bereits in wesentlich jüngeren Jahren angesetzt werden sollte, nämlich dann, wenn die grundlegenden Kulturtechniken wie Lesen, Schreiben und Rechnen erlernt werden. Dies aber würde bedeuten, den geschlechtsspezifischen Ansatz in die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher und in die Ausbildung der Grundschullehrerinnen und -lehrer mit einzubringen, was die Landesregierung jedoch überhaupt nicht plant.

(Abg. Schmiedel SPD: Oh! Nichts machen! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Noch mehr Vorschriften!)

Solange sich aber nichts an der Ausbildungssituation verändert, sollten die Chancen, die ein getrennter Unterricht von Mädchen und Jungen in diesem Bereich bietet, stärker genutzt werden. Dies sollte vor allem vor dem Hintergrund geschehen, dass Absolventinnen von Mädchengymnasien wesentlich bessere Ergebnisse erzielen und häufiger ein MINT-Fach studieren als andere.

Zum Abschluss noch ein Satz zu den Hochschulen. Junge Frauen brauchen weibliche Vorbilder. Deshalb müssen wir darauf hinwirken, dass bei den wenigen Studentinnen eines MINT-Faches bereits im Studium die Weichenstellung für eine wissenschaftliche Karriere erfolgt und mehr Frauen die Promotion oder Habilitation ermöglicht wird. Hierzu – das wissen Sie – gibt es eine ganze Reihe von Vorschlägen und Ansätzen. Ich nenne als Beispiel nur das Irene-Rosenberg-Programm. Solche Initiativen brauchen die Unterstützung der Politik. Sie brauchen aber vor allem auch die Mittel für ihre Umsetzung.

(Beifall bei der SPD)

Aber bei allem, was wir in Schulen und Hochschulen reformieren müssen, um das Berufswahlverhalten junger Frauen in Richtung Technik zu verändern, dürfen wir eines nicht vergessen: Wenn es so ist – davon geht auch die Landesregierung aus –, dass ein Hauptmotiv dafür, naturwissenschaftliche oder IT-Berufe nicht zu wählen, in der erwarteten Nichtvereinbarkeit von Beruf und Familie liegt, dann sind wir schon wieder bei unserem gestrigen Thema. Ich denke, solche Ängste werden schwinden, je schneller wir ein ausreichendes Angebot an qualifizierter Kinderbetreuung auch für Kinder unter drei Jahren schaffen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Schmiedel SPD: Sehr richtig!)

Die Befürchtung, in diesem Bereich keinen Teilzeitarbeitsplatz zu finden – auch das nennt die Landesregierung als



(Rita Haller-Haid)

mögliche Erklärung –, wird abnehmen, je mehr sich herumspricht, wie positiv sich das neue Teilzeitgesetz der Bundesregierung genau auf die Zukunftsbranchen unseres Landes ausrichtet.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ja, ja! Vor allem für Frauenarbeitsplätze! Die kriegen ja kaum mehr welche!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Frau Abg. Dr. Stolz.

**Abg. Dr. Monika Stolz** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ganz im Sinne des Kollegen Dr. Puchta und seiner gestrigen Aussage, dass vielleicht dort am meisten mit Worten geklingelt wird, wo die Übereinstimmung möglicherweise sehr groß ist, will ich die Stellungnahme der CDU-Fraktion abgeben.

(Abg. Zeller SPD: Stimmen Sie doch einfach zu, dann ist es erledigt!)

Liebe Kollegen, zunächst einmal: Die Zielsetzung ist unbestritten. Auf das herausragende Potenzial der Frauen kann aus vielen Gründen nicht verzichtet werden.

(Abg. Hauk CDU: Stimmt!)

Die besonders von Frauen erworbenen Kompetenzen stellen einen wichtigen Modernisierungsfaktor gerade auch im technischen und naturwissenschaftlichen Bereich dar. Wir brauchen für die technologische Entwicklung das Begabungspotenzial der Frauen. Gerade auch der Ingenieurberuf steht ja im globalen Innovationswettbewerb an vorderster Front. Für die Leistungsfähigkeit unseres Landes können wir auf den Ingenieurberuf, der auch von Frauen ausgeübt wird, nicht verzichten.

Zum Zweiten ist auch die Zielsetzung klar, Frauen von wesentlichen Entwicklungen und Schlüsselberufen, die unsere Zukunft wesentlich bestimmen, nicht auszuschließen.

Fakt ist, dass wir in der Bundesrepublik einen massiven Nachholbedarf haben. Nach einer Erhebung der OECD haben von 100 000 erwerbstätigen Frauen im Alter von 25 bis 34 Jahren in Frankreich über 1 000 einen naturwissenschaftlichen Studienabschluss, in Deutschland aber nur 374. Der höhere Anteil von Frauen in naturwissenschaftlichen Fächern an den Hochschulen in Griechenland, Spanien und Italien ist schon erwähnt worden.

Fakt ist aber auch, liebe Kollegen von der SPD, dass das Problem erkannt ist und Maßnahmen eingeleitet sind.

(Zuruf von der SPD: Welche? – Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

Das sind Maßnahmen, um erstens allgemein das Interesse an Naturwissenschaft und Technik zu erhöhen und zweitens speziell das Interesse bei Frauen zu fördern.

(Abg. Zeller SPD: Wie soll das erreicht werden? – Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Es besteht ja Einigkeit darüber – Sie haben die Landesregierung ja auch gelobt –, dass es gute Ansätze sind, in den Klassen 5 und 6 das Fach „Naturphänomene“ einzuführen, in den Technischen Gymnasien Profile einzuführen, die Technik mehr in einem sozialen Zusammenhang sehen, und vermehrt biotechnologische Gymnasien einzurichten, die bei Mädchen einen großen Anklang finden. Wir sind uns im Klaren darüber, dass die Bedeutung des Gender-Ansatzes im Unterricht und entsprechend auch in der Lehrerbildung gewürdigt wird. Dem Wissenschaftsministerium stehen für die Gender-Forschung immerhin jährlich 511 000 € zur Verfügung.

Auch der Schritt, Schülerinnen und Schüler in der Oberstufe verbindlich auf zwei naturwissenschaftliche Fächer festzulegen, ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Was die Hochschulen betrifft, sind auch hier Maßnahmen eingeleitet, um mehr zu werben und um Mädchen zu werben, aber auch, um diese Mädchen zu fördern. Es ist immerhin mutig, dass in Baden-Württemberg zuerst das Modell der leistungsorientierten Mittelverteilung eingeführt worden ist, bei der Ergebnisse der Frauenförderung an den einzelnen Hochschulen den Hochschulen finanziell honoriert werden. Das sind finanzielle Anreize und wirkungsvolle ordnungspolitische Maßnahmen. Dem Ministerium stehen von 2001 bis 2003 auch für Frauenförderung immerhin 3,8 Millionen € zur Verfügung.

Fakt ist, dass Maßnahmen eingeleitet wurden. Fakt ist aber auch, dass die statistischen Erhebungen zeigen, dass der Anteil der jungen Frauen in technisch orientierten Berufen in all den Jahren dennoch nur unwesentlich zugenommen hat. Die individuellen Berufspräferenzen junger Frauen ändern sich nur langsam und folgen teilweise noch immer dem klassischen Rollenbild. Die Berufswahl beginnt mit der Kindheit. Der Einfluss von Familie und Freunden und die soziale Integration auch in die eigene Geschlechtergruppe sind mit entscheidende Faktoren für den späteren beruflichen Weg.

Der Erfolg vieler Maßnahmen wird sich erst in einigen Jahren zeigen. Er wird aber auch sehr davon abhängen, dass die Gesellschaft von dem traditionellen Rollenverständnis, wonach Technik eine Sache der Männer sei, abkommt. Dazu bedarf es eines Entwicklungsprozesses und vor allem einer Kontinuität und eines langfristigen Ansatzes der eingeleiteten Maßnahmen. Wir warnen vor kurzfristigem Aktivismus und vor Veranstaltungen, die nur Eventcharakter haben. Die Politik muss bei dieser Bewusstseinsveränderung einen entscheidenden Beitrag leisten.

Ich denke, in der Stellungnahme des Ministeriums ist auf 19 Seiten eine Fülle von eingeleiteten Maßnahmen aufgezeigt worden, die in die richtige Richtung gehen. Naturwissenschaftliches und technisches Interesse in den Bildungseinrichtungen zu wecken ist wichtig und ein erster Schritt. Das wird aber nicht genügen.

Fakt ist auch, dass Frauen ihre Berufsentscheidung noch immer im Wesentlichen danach treffen – sie tun das sehr rational –, wie sie den Wunsch nach Familie mit dem Beruf vereinbaren können. Dort, wo diese Vereinbarkeit besonders gut möglich ist, zum Beispiel beim Lehrerberuf,

(Dr. Monika Stolz)

herrscht offensichtlich auch in den naturwissenschaftlichen Fächern kein Frauenmangel.

(Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

Nach Auffassung der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung in ihrem Bericht „Verbesserung der Chancen von Frauen in Ausbildung und Beruf“ gilt gerade auch der Ingenieurberuf als problematisch bei der Verbindung von Beruf und Familie. Rahmenentscheidungen zu treffen, um diese Vereinbarkeit zu fördern, trägt sicher wesentlich dazu bei, auch in den technischen Zukunftsfeldern mehr Frauen zu gewinnen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Einen Moment bitte, Frau Kollegin. – Ich bitte um mehr Ruhe.

Bitte schön, fahren Sie fort.

**Abg. Dr. Monika Stolz** CDU: Wenn es keinen Streit gibt, dann ist es halt auch nicht so interessant. Aber freuen wir uns darüber, dass wir uns doch in vielem einig sind.

Die gestrige Debatte war ein Beitrag zur Schaffung verbesserter Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

(Beifall bei der CDU – Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Wir brauchen auch die Ganztagschulen und die Ganztagsbetreuung!)

Hier kann aber auch die Wirtschaft nicht aus der Verantwortung genommen werden.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Auch für Ingenieure!)

Sie fordert flexible Arbeitskräfte, sie muss sich aber auch flexibel auf die gesellschaftlichen Notwendigkeiten einstellen.

Meine Damen und Herren, in diesem Sinne brauchen wir ein Gesamtpaket gesellschaftlicher Veränderungen, das die Politik zwar anstoßen und fördern kann, worüber aber hier nicht in Paketlösungen entschieden werden kann. Das ist der Unterschied zur SPD, dass wir nicht von oben verordnen, sondern dem Spiel der Kräfte freien Lauf lassen und die Maßnahmen anstoßen und fördern.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Zielsetzung ist unbestritten. Das Problem ist erkannt. Maßnahmen sind auf verschiedenen Ebenen angestoßen und eingeleitet, und dieser Weg muss fortgesetzt werden. Sie können sicher sein, dass die CDU diesen Weg konstruktiv und engagiert begleiten wird.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Frau Abg. Berroth.

**Abg. Heiderose Berroth** FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es gibt durchaus Begabungspotenziale bei Frauen für naturwissenschaftliche und ingenieurwissen-

schaftliche Tätigkeiten. Aber wir wissen auch alle, dass Defizite in der Umsetzung bestehen. Auch im Landtag haben wir dies bereits vielfältig diskutiert, unter anderem zu einem Antrag der FDP/DVP-Fraktion vom März 1998, den ich damals mit initiiert hatte. Es ist einfach eine Erkenntnis: Wenn man sich Frauen in Führungspositionen in Wirtschaft und Politik anschaut und mit ihnen redet, stellt man fest, dass diese Frauen signifikant häufig irgendwann einmal eine Mädchenklasse besucht haben.

(Zuruf von der SPD: Nein, das ist widerlegt worden!)

– Es ist einfach so. Ich habe eine eigene Stichprobe, die allmählich in Sicherheit übergeht, und das sollte man, glaube ich, nicht bezweifeln. Das heißt aber nicht, dass wir wieder Mädchenschulen einführen wollten; das wäre mit Sicherheit ein falscher Schluss. Man muss aber analysieren, woraus diese Entwicklung resultiert.

Immer mehr Lehrkräfte erkennen auch, dass es da etwas zu tun gibt, und handeln immer häufiger entsprechend. Wie es sich auswirkt, dass es auch im gymnasialen Bereich immer mehr Lehrerinnen gibt, ist mir im Moment noch nicht klar. Das wird man aber verfolgen müssen.

Wichtig wäre aber auch, dass die Berufsberatung noch viel mehr darauf hinarbeitet, bei der Beratung von Mädchen nicht einfach deren Wünsche abzufragen, sondern auch einmal darauf hinzuweisen, dass es gerade in naturwissenschaftlich orientierten Fächern auch andere interessante Berufe und vor allem Berufe mit besseren Verdienstmöglichkeiten gibt. Aber es passiert einiges. Am letzten Samstag beispielsweise war im Haus der Wirtschaft ein Mädchentechniktag.

Frau Haller-Haid, zu Ihnen nur eines: Dass das Teilzeitgesetz förderlich für die Beschäftigung von Frauen wäre, ist eine gewaltige Irrmeinung.

(Abg. Schmiedel SPD: Das ist Fakt!)

Das Teilzeitgesetz führt im Gegenteil dazu, dass Frauen in einem bestimmten Alter gerade nicht eingestellt werden, weil man befürchtet, dass sie von diesem Gesetz Gebrauch machen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Hauk CDU – Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Genauso gibt es einige hinderliche Vorschriften, zum Beispiel bei der Ausbildung von Bauingenieuren. Sie müssen zu Recht ein relativ langes Praktikum auf der Baustelle absolvieren. Angehende Bauingenieurinnen finden aber in der Regel kaum einen Praktikumsplatz, weil für eine Praktikantin auf der Baustelle eigene Umkleide- und Toilettenräume installiert werden müssen. Ich meine, eine junge Frau, die an dem Beruf interessiert ist, schafft es auch, zu organisieren, dass sie sich woanders umkleidet, ohne dass der Arbeitgeber extra teure Installationen vornimmt.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Ihr ist lieber, dass sie ihren Beruf ausüben kann, als dass sie irgendwie gesetzlich oder per Verordnung geschützt wird. Sie wird vielmehr davor „geschützt“, einen derartigen Beruf zu ergreifen, und das halte ich nicht für sinnvoll.

(Heiderose Berroth)

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Schmiedel SPD:  
Dafür ist doch der Wirtschaftsminister zuständig!  
Warum macht er nichts?)

Was wir dringend brauchen und was in einem solchen Fall das Hilfreichste überhaupt ist, sind positive Vorbilder. Da geht es darum, dass Frauen zum Beispiel auch in den Medien – erfreulicherweise erlebt man es auch in Fernsehspielen und Ähnlichem immer häufiger – in qualifizierten Berufen dargestellt werden. Es kann nur die Aufforderung ergehen, dass dies noch viel häufiger passiert und dass wir zum Beispiel auch unsere Schulbücher wieder einmal entsprechend durchforsten, damit die Ingenieurin und die Naturwissenschaftlerin auch im Schulbuch vorkommt.

Der naturwissenschaftliche Unterricht muss sich insgesamt ändern. Ich glaube, dass es auch für unseren Problemkreis positiv sein wird, wenn sich der naturwissenschaftliche Unterricht hin zu mehr praktischer Anwendbarkeit entwickelt, weil er dann auch für Mädchen interessanter ist und weil dann in der Tat die Weichen richtig gestellt werden. Die Kollegin Stolz hat das richtig erwähnt.

Auch halte ich es für förderlich, dass der naturwissenschaftliche Unterricht inzwischen schon in der Klasse 5 oder 6 beginnt, weil zu diesem Zeitpunkt die Aufteilung in Mädchen- und Jungenverhalten eben noch nicht so stark ist wie später in der Pubertät.

Noch braucht es allerdings Mut bei Frauen, sich in männlich dominierten Feldern zu bewähren. Dazu möchte ich sagen: Gerade in diesem Haus hatten wir heute Morgen wieder den Fall: Kollege Mack hat eine durchaus interessante, qualifizierte Frage gestellt.

(Abg. Fischer SPD: Ha, ha, ha!)

Er hat der sehr gut ausgebildeten Frau des Justizministers zugetraut, das Amt des Justizministers ebenfalls ausüben zu können. Der Justizminister hat eine sehr qualifizierte Antwort gegeben. Das war alles okay. Bloß die komische Lache mancher Kolleginnen und Kollegen hat gezeigt, dass da noch einiges entwicklungsfähig ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Fischer SPD: Das war doch keine Frage, die ernsthaft gemeint war! So ein Blödsinn! – Weitere Zurufe)

Ich möchte Sie deshalb alle darum bitten: Gehen Sie, wenn Sie Frauen gerade in solchen Berufen treffen, nicht gönnerhaft mit denen um, sondern nehmen Sie sie ernst, und erkennen Sie ihre sachliche Arbeit an. Wir brauchen jede Menge Mentorinnen, und wir brauchen auch Mentoren, weil es in diesen Berufen zunächst noch zu wenig Frauen gibt. Deshalb müssen wir auch Männer motivieren, Frauen entsprechend unter ihre Fittiche zu nehmen, genauso wie sie es auch mit entsprechend begabten jungen Männern tun.

Wir arbeiten auch daran, im November einen Frauenplenartag zu machen. Auch das wird wieder ein Stück in die Richtung gehen, ein gutes Vorbild zu geben.

(Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

Wir müssen einfach lernen, dass insgesamt positivere Ergebnisse herauskommen, wenn – egal, zu welcher Frage – Wissen, Kenntnisse und Erfahrungen beider Geschlechter in die Beratungen und die Entscheidungsfindungen einbezogen werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Hauk CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Frau Abg. Bauer.

**Abg. Theresia Bauer GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! „Frauen und Technik“ – Sie alle kennen wahrscheinlich jede Menge unqualifizierter Sprüche zu diesem Thema und haben vielleicht auch schon selber welche geklopft. Keinem Mädchen bleiben sie erspart, und das ist bis heute so. In allen möglichen Spielarten – und nicht nur in den Spielzimmern – wird den Mädchen beigebracht, dass sie mit der Welt der Technik nicht viel am Hut haben sollen. Bis heute wird auch gern darüber philosophiert, ob wir unterschiedlich entwickelte Gehirnhälften haben, oder es wird der Vergleich zur Tierwelt bemüht, um zu erklären, dass die Verschiedenheit der Geschlechter so schon ganz in Ordnung sei und auch aufrechterhalten werden müsse.

(Zuruf des Abg. Röhm CDU)

Das geht ja auch immer mit unterschiedlichen Macht- und Einkommensverhältnissen einher.

Das ganze Thema hat bis vor wenigen Jahren nur ein paar Feministinnen und die Grünen interessiert. Inzwischen ist aber festzustellen – und das freut mich sehr –, dass sich die Tonlage insgesamt deutlich verändert hat. Jetzt suchen Arbeitgeber, Wissenschaftsminister, Hochschulrektoren aller Parteien und Ingenieurverbände nach Wegen, wie sie in den Bereichen Technik und Naturwissenschaften das brachliegende Begabungspotenzial von Frauen besser ausnutzen können. Anlass für die Sorge bei diesem Thema ist aber weniger die Sorge um die Chancengleichheit als vielmehr der befürchtete zukünftige Mangel an technisch-naturwissenschaftlichen Fachleuten und Ingenieuren.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

So nennt der Verein Deutscher Ingenieure die Zahl, dass über Jahre hinaus etwa 20 000 Ingenieure und 20 000 Informatiker fehlen werden. Es ist festzustellen, dass der Anteil der Frauen zwar leicht steigt, dass dieser Anstieg aber nur von einem sehr geringen Niveau ausgeht. Dramatisch ist aber der gleichzeitig sinkende Anteil von Männern, und das erklärt insgesamt den drohenden Mangel.

Nach wie vor bleibt das Interesse von Frauen an einem Informatik-, Maschinenbau- oder Elektrotechnikstudium dramatisch gering. Während Frauen selbst hier im Parlament mit einem Anteil von 20 % noch weit davon entfernt sind, im gleichgewichtigen Verhältnis zu Männern vertreten zu sein, ist in einem Hörsaal des Studiengangs Maschinenbau oder Elektrotechnik ein Frauenanteil von 3 bis 9 % gang und gäbe.

Der Einbruch in die Männerdomäne will offensichtlich nicht so recht gelingen, und das trotz vielfältiger Modellversuche und vielfältiger Einzelmaßnahmen und Initiati-



(Theresia Bauer)

ven, die auch hier in Baden-Württemberg ergriffen werden: in Schulen, bei Projekttagen und Kongressen, durch Dokumentationen und Gutachten zum Thema. Das ist alles schön und gut und meistens auch richtig. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang insbesondere die Aktivitäten des Landesfrauenrats, das Netzwerk „Frauen.Innovation.Technik“ oder das Sommerstudium für Frauen „Informatica Feminale“, das jetzt zum zweiten Mal ausgerichtet wird und dieses Jahr an der Universität Freiburg stattfindet. Zu nennen sind auch die Forschungsarbeiten der Akademie für Technikfolgenabschätzung, die zu diesem Thema kürzlich Strategien gegen den Nachwuchsmangel veröffentlicht hat.

Auch die Bundesregierung unternimmt Vielfältiges und steckt auch ordentlich Geld in Programme zur Erhöhung des Anteils von Frauen in Naturwissenschaft und Lehre. Dennoch bleibt insgesamt festzuhalten: Zwischen den Anstrengungen, die nach wie vor vereinzelt und nicht systematisch betrieben werden, und dem Resultat klafft nach wie vor eine große Lücke.

Sicher ist ein großer Teil der Erklärungen darin zu suchen, dass die Entscheidung von Mädchen, welche Präferenz für eine spätere Berufswahl sie haben – ob sie also eher zum sprachlich-kommunikativen Bereich oder zum technisch-naturwissenschaftlichen Bereich tendieren –, sehr früh entsteht, sodass man genau genommen bereits sehr früh, nämlich im Kindergarten- und Grundschulalter, mit Maßnahmen beginnen müsste.

Ich finde, angesichts der Komplexität dieser Aufgabe ist es eigentlich besonders spannend, nach Strategien zu suchen, die nicht nur am vermeintlichen Defizit der primären Techniksozialisation von Mädchen ansetzen.

Zwei Beispiele möchte ich nennen. Zum einen: Es ist interessant, danach zu suchen, in welchen naturwissenschaftlich-technischen Studiengängen neue Zuschnitte gewagt werden, denen es gelingt, Frauen stärker anzusprechen. Es ist inzwischen bekannt, dass es den Studiengängen, die explizit stärker praxisorientiert sind, die stärker die kreativen, kommunikativen und interdisziplinären Anteile eines Studiums ausweisen, gelingt, durchaus auch relevant mehr Frauen zu gewinnen.

Die Fachwelt weiß es schon lange, und auch international scheint es sich schon durchgesetzt zu haben: Der Ingenieur und die Ingenieurin der Zukunft brauchen viel stärker, als es bislang der Fall ist, so genannte Soft Skills, Fähigkeiten zur Kommunikation, Fähigkeiten zum lösungsorientierten Arbeiten, Fähigkeiten zum Arbeiten im Team. Das sind genau die traditionell eher weiblichen Fähigkeiten, die den Ingenieur und die Ingenieurin in der Zukunft qualifizieren, und deshalb sollte man Strategien suchen, die an den Fähigkeiten und Stärken von Frauen ansetzen.

Ein Beleg für die Erfolgsstrategie sind zum einen die ausgewiesenen höheren Anteile von Frauen in ingenieurwissenschaftlichen Ausbildungsgängen von Berufsakademien, die auf eine sehr starke Praxisorientierung setzen.

Einen weiteren Beleg habe ich kürzlich bei einem Besuch der Fachhochschule Albstadt-Sigmaringen gefunden. Dort gibt es sowohl die traditionellen Ingenieurstudiengänge mit

einem sehr geringen Frauenanteil als auch Neuzuschnitte wie zum Beispiel Facility Management, Pharmatechnik oder Ernährungs- und Hygienetechnik, die darauf setzen, Interdisziplinarität, Internationalität und Kreativität zu betonen, und tatsächlich gelingt es, einen signifikant höheren Frauenanteil zu erreichen.

Ein zweites Beispiel: Ich meine, es lohnt sich, den Blick noch einmal umzukehren und nicht nur nach den Begabungspotenzialen zu fragen, sondern gerade in dieser Sparte auch nach den Benachteiligungspotenzialen zu fragen. Denn eines muss aufschrecken: Es gibt mehrere Studien, zum Beispiel bei der Bundesanstalt für Arbeit, aber auch bei der Akademie für Technikfolgenabschätzung, die herausgefunden haben, dass Frauen, die einen technisch-naturwissenschaftlichen Studiengang absolviert haben, einem erhöhten Arbeitslosigkeitsrisiko ausgesetzt sind. Also die Strategie, in diese Männerdomänen einzubrechen, lohnt sich für Frauen nicht unbedingt, sondern sie sind zu einem signifikant höheren Anteil dem Risiko der Arbeitslosigkeit ausgesetzt. Für das Bauingenieurwesen bedeutet das zum Beispiel, dass weibliche Absolventen dieses Studiums zu 8 % arbeitslos sind, während es bei Männern nur 3 % sind.

Die Akademie für Technikfolgenabschätzung hat in diesem Zusammenhang festgestellt, dass von den ausgebildeten Ingenieurinnen nur die Hälfte anschließend im erlernten Beruf arbeitet. Auch das ist ein Zeichen dafür, dass man, um den Anteil an Ingenieurinnen zu erhöhen, zunächst darauf setzen muss, die Rahmenbedingungen und Voraussetzungen zu verbessern, damit Frauen tatsächlich in diesem Bereich erwerbstätig werden können.

Damit sind wir wieder beim Thema des gestrigen Plenartags: Was können wir eigentlich dazu beitragen, damit Frauen de facto Kinder und Karriere unter einen Hut bekommen können? Da steht die Politik in der Pflicht. Da stehen aber auch die Unternehmen in der Pflicht, angemessene Arbeitszeitmodelle zu entwickeln.

Unbestritten ist, dass es eine gemeinsame Aufgabe und eine gemeinsame Anstrengung von Unternehmen, Hochschulen, Eltern und der Politik sein muss, die Begabungspotenziale von Frauen auszuschöpfen und die Benachteiligungspotenziale abzubauen. Dann klappt es auch mit der Chancengleichheit, mit der Modernisierung der technisch-naturwissenschaftlichen Berufe und der Sicherung von Nachwuchskräften.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Frau Ministerin Dr. Schavan.

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! In den Reden, die vorangegangen sind, ist deutlich geworden, dass es erstens quer durch alle Fraktionen einen großen Konsens in den Zielvorstellungen gibt. Es gibt zweitens einen großen Konsens im Hinblick auf die Feststellung, dass wir sehr bewusst Schritte in Erziehung, Schule, Hochschule und beruflicher Bildung tun müssen, um Begabungsre-



(Ministerin Dr. Annette Schavan)

serven noch nachhaltiger als bislang zu heben. Und es ist drittens, zuletzt auch in dem Beitrag von Frau Bauer, eine Reihe von Beispielen und Erfahrungen aus den letzten Jahren genannt worden.

Ich werde deshalb auch nicht wiederholen, was sowohl das Wissenschaftsministerium als auch das Kultusministerium sowie das Sozialministerium in der Stellungnahme zu dem Antrag beschrieben haben. Das konnten Sie nachlesen.

Ich will mich auf die Feststellung konzentrieren, dass wir im gesamten Bereich der Schule jetzt eine Reihe von Jahren mit Modellversuchen hinter uns haben. Ich stimme all denen zu, die sagen, es gehe jetzt nicht nur wieder um neue Modelle, sondern darum, die Erfahrungen von Modellen in die Fläche zu bringen.

Die wichtigste Erkenntnis bei diesen Modellen, die sich auf Unterricht beziehen, auf Interessen und damit verbundene Wahlen bei Schülerinnen, besagt, wir sollten nicht vorrangig nur die eine oder andere Fördermaßnahme versuchen, sondern Unterrichtskultur, Lernkultur muss sich verändern, sodass der unterschiedliche Zugang von Jungen und Mädchen vor allem in der Sekundarstufe I stärker berücksichtigt wird. Deshalb sind in meinen Augen die Veränderungen in den Bildungsplänen die entscheidenden Schritte. Es geht um eine stärkere Verankerung der Naturwissenschaften in der Grundschule, Stichwort Fachbereich Natur und Kultur. Das ist eine prägende Phase. Hier setzt sich nicht selten schon die Vorstellung fest, dass sich Begabung vor allem an sprachlicher Begabung festmacht, weshalb übrigens bis heute nicht selten im Gymnasium den Eltern besonders begabter Jungen und Mädchen gesagt wird, bei besonderer Begabung komme am ehesten der sprachliche Zug infrage und nicht der naturwissenschaftliche. Das ist der zweite wichtige Punkt.

Deutschland unterscheidet sich von manchem anderen europäischen Land auch dadurch, dass es bei uns noch immer manchen schwer fällt, Technik und Naturwissenschaft als Teil der Kultur zu sehen und Kultur und alles, was damit verbunden ist, nicht woanders einzuordnen. Deshalb wollen wir, in der Grundschule beginnend, durchgängig ein Konzept für Naturwissenschaften und Technik, das einen stärker anwendungsorientierten Unterricht bedeutet. Die Beispiele sind genannt worden. Die Naturphänomene und das naturwissenschaftliche Praktikum sind Beispiele dafür.

Wir wollen zweitens eine stärkere Zusammenarbeit der Naturwissenschaften. Denn auch hier gilt: Generell wählen in Deutschland überhaupt nur 10 % der Schülerinnen und Schüler im Gymnasium einen Leistungskurs in Naturwissenschaften. Die Mehrheit der Jungen wählt Physik, und in der Biologie sitzen mehrheitlich junge Frauen. Das ist ganz deutlich geschlechtsspezifisch aufgeteilt. Hier soll aber in der Sekundarstufe I ein stärkeres Zusammenwirken der Naturwissenschaften erreicht werden, zum Beispiel im Fach „Naturwissenschaft und Technik“, sodass dann auch für späteres Wählen von Neigungs- und Profulfächern möglicherweise Verschiebungen möglich sind. Also vom inhaltlichen Ansatz, von den Methoden her soll ein stärkeres Gewicht auf die Anwendung, auf das Verstehen gelegt werden. Physikunterricht soll nicht nur an der Tafel, sondern auch mit einem praktischem Anteil stattfinden.

In der Realschule wird es nicht mehr zu der Unterscheidung von „Mensch und Umwelt“ und „Natur und Technik“ als Alternativen kommen, sondern in einer bestimmten Klassenstufe werden diese Fächer gemeinsam unterrichtet, sodass alle diese Fächer nicht nur als Wahlfach haben, sondern auch hier eine Verstärkung der naturwissenschaftlichen Grundbildung erfolgt.

Der letzte Punkt: Im schulischen Bereich sind mit der Einführung der Kontingenzstundentafel auch andere Gruppenbildungen möglich, und damit wird dies auch an den Schulen, die die Einrichtung geschlechtsspezifischer Gruppen für sinnvoll halten, möglich sein. Ich halte es durchaus auch in diesem und jenem Fall für einen möglichen Weg, zu sagen: Hier wollen wir eventuell auch jahrgangsübergreifend darauf Rücksicht nehmen.

Frau Berroth hat den Mädchentechniktag genannt. Er ist ein Beispiel für eine Reihe von Initiativen im Bereich der Berufserkundung. Ich denke, der nächste Schritt nach der stärkeren naturwissenschaftlichen und technischen Grundbildung in den Schulen ist dann die Frage der Berufswahl. Da gibt es noch eine große Kluft zwischen dem, was wir gesellschaftlich wollen, und dem, was Eltern Mädchen raten. Eltern sind mit ihren Ratschlägen am nachhaltigsten im Hinblick auf die konkrete Berufswahl, sodass solche Initiativen, wie genannt, wichtig sind.

Ich gehe kurz auf den Hochschulbereich ein. Ich glaube, wir sollten schon feststellen, dass Baden-Württemberg zum Beispiel eine Vorreiterrolle übernimmt, indem es bei der leistungsbezogenen Mittelvergabe im Hochschulbereich ein Element genau im Bereich der Frauenförderung sieht. Das ist ein wichtiger Punkt.

Zweitens will ich darauf hinweisen, dass jetzt für die Frauenförderprogramme im Bereich des Wissenschaftsministeriums jährlich 3,9 Millionen € zur Verfügung stehen und damit eine Menge konkreter Förderprogramme realisiert werden können.

Allerdings muss man als kritischen Punkt schon auch die Frage nennen, wie sich die Juniorprofessur auswirken wird, wenn die Habilitation wirklich wegfallen sollte. Sie wird die Situation für die Frauen erschweren, weil mit der Juniorprofessur eine Lehrverpflichtung verbunden ist. Das heißt, die Qualifikation des wissenschaftlichen Nachwuchses passiert über die Verbindung von Stelle, damit verbundenem Deputat und wissenschaftlicher Leistung, während die Habilitation nicht an eine Lehrverpflichtung gebunden ist. Es ist auch durchaus noch immer im Gespräch, wie weit man hier nicht doch mehr Varianten ermöglichen soll, als es jetzt der Fall ist.

Kurzum: Wir haben die Phase der Modelle beendet. Wir gehen im schulischen Bereich auch nicht mehr über den Weg gleichsam einzelner Frauenfördermaßnahmen oder Mädchenfördermaßnahmen, sondern wir werden in der nächsten Phase, die jetzt mit den Bildungsstandards und den neuen Profilen auch im beruflichen Gymnasium begonnen wurde, das Wissen, das wir in Modellen erworben haben, in die Fläche bringen. Nachdem die Schulen ja künftig auch technisch vernetzt sein werden, sollten wir dann auch ein bisschen mehr Buch darüber führen, wie

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

sich das auswirkt, wie das Wahlverhalten bei den Neigungs- und Profildächern ist, wie das Wahlverhalten im Bereich der beruflichen Gymnasien ist, sodass wir in einigen Jahren noch einmal resümieren können, wie weit sich eine veränderte Unterrichtskultur auch auf tatsächliches Wahlverhalten der Frauen auswirkt.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Frau Abg. Schmidt-Kühner.

**Abg. Regina Schmidt-Kühner** SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin eine MINT-Frau. Ich bin nämlich Mathematikerin mit einem Aufbaustudium Informatik und arbeite in einem Ingenieurbüro. Wer kann aus eigener Betroffenheit besser beurteilen, wie die Situation für Ingenieurinnen und Frauen aus dem MINT-Bereich aussieht, als ich? Ich will auch gar nicht alles wiederholen. Aber Frau Schavan, wenn wir heute sagen, die Frage der naturwissenschaftlichen Ausbildung an den Schulen sei nur die Voraussetzung dafür, dass Mädchen auch stärker Interesse daran bekommen, ihr Berufsfeld in Ingenieurwissenschaften und Technik zu suchen, dann müssen wir natürlich auch weiter diskutieren, was an den Hochschulen beim Eingang konkret getan werden muss, damit die Schwellenängste, die junge Frauen beim Übergang auf die Hochschule haben, insbesondere bei Ingenieurwissenschaften, Maschinenbau und Elektrotechnik, überwunden werden. Dazu haben wir bis jetzt noch nichts gehört. Da ist auch nichts vorhanden.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin der Meinung, dass wir uns gemeinsam hinsetzen und überlegen sollten, wie wir es für uns und die jungen Frauen erreichen können, dass diese Schwellenängste überwunden werden.

Dazu gehören etliche Maßnahmen, die auch im Bereich der Hochschulen zu suchen sind: was die Ausgestaltung der Studiengänge betrifft, was die Frauensommeruniversitäten betrifft, was Mentorinnenprogramme betrifft und ähnliche Dinge mehr. Es gibt ja Vorschläge von der Bund-Länder-Kommission in dieser Richtung, die wir für Baden-Württemberg auch realisieren müssen.

Ich halte es auch für notwendig, wenn hier in diesem Lande über die Frage von Werbung für die IT-Branche oder auch für den Ingenieurberuf diskutiert wird, dass man dann sehr gezielt und sehr genau auch die jungen Mädchen anspricht, in dieser Richtung aktiv zu werden.

Ich will die Diskussion am heutigen Nachmittag nicht unnötig ausdehnen. Ich schlage vor, die beiden vorliegenden Anträge an die Ausschüsse zu überweisen, und zwar sowohl an den Schulausschuss wie an den Wissenschaftsausschuss, sodass wir uns dort noch einmal ausführlich mit der jeweiligen Situation auseinandersetzen können und noch einmal ausführlicher darüber diskutieren können. Dann kann ja herauskommen, dass man unter Umständen an dieser Stelle auch ein gutes Programm findet.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung. Sie haben gehört, dass beantragt wird, den Antrag Drucksache 13/182 und den Antrag Drucksache 13/1185 an den Wissenschaftsausschuss und federführend an den Schulausschuss zu überweisen. – Sie stimmen der Überweisung zu.

Damit ist Tagesordnungspunkt 4 erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

a) **Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – Anspruch und Wirklichkeit – Agrarwende der rot-grünen Bundesregierung – Drucksache 13/362**

b) **Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – Umbau der Landwirtschaft in Baden-Württemberg zu mehr Verbraucherschutz, Tierschutz und Regionalisierung der Lebensmittelvermarktung – Drucksache 13/543**

c) **Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – Förderung regionaler Absatzmärkte für die baden-württembergische Landwirtschaft; hier: Gemeinschaftspflege – Drucksache 13/606**

Wem darf ich für die CDU-Fraktion das Wort erteilen? – Herr Abg. Traub, Sie erhalten das Wort.

Einen Moment noch, Herr Traub. Hierzu sind noch zwei zusätzliche Anträge aufzurufen, nämlich der Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/1196, sowie der Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/1197.

Bitte schön, Herr Traub.

**Abg. Traub** CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Ich möchte in aller Kürze auf die zuvor vom Herrn Präsidenten aufgerufenen Initiativen eingehen und zusammenfassend feststellen: Die rot-grüne Bundesregierung in Berlin hat seit 1998 die Rahmenbedingungen im Agrarbereich entscheidend beeinflusst

(Abg. Walter GRÜNE: Positiv!)

– das kommt, ja – und damit die Landwirtschaft auf den verschiedenen Ebenen enorm belastet, Wettbewerbsverzerrungen herbeigeführt und damit den Bauern – insbesondere den Bäuerinnen und Bauern in Baden-Württemberg – Höchststrafen auferlegt.

Dabei sind zwei Bereiche rot-grüner Sündenfälle zu unterscheiden: zum einen die Belastung unserer Bauern durch Haushaltskürzungen oder wirtschaftliche Zusatzlasten und zum anderen die Wettbewerbsverschlechterungen, mit denen unsere Landwirte gegenüber ihren europäischen Konkurrenten durch deutsche Alleingänge, durch Produktionsvorschriften belastet werden.

(Traub)

Lassen Sie mich zunächst kurz auf den ersten Punkt eingehen: Haushaltskürzungen, wirtschaftliche Zusatzbelastungen.

Die Belastungen in der Landwirtschaft insgesamt resultieren aus den Beschlüssen zur Agenda 2000. Beim Berliner Gipfel im Frühjahr 1999 hat der Bundeskanzler leichtfertig gegen die deutschen Bauern, gegen die Familien entschieden. Im Verlauf der Verhandlungen zur Agenda wurden von Rot-Grün weder wesentliche Anliegen der deutschen Landwirtschaft durchgesetzt, noch wurde die deutsche Nettozahlerposition verbessert.

Mit der Umsetzung der Agenda sind jährliche Einkommensverluste von über 100 Millionen € verbunden. Trotz BSE, anderer Krisen und vielem mehr hat Berlin insbesondere auf dem Gebiet des Steuerrechts, durch das Haushalts-sanierungsgesetz und mit der Anwendung verschärfter Standards bei der Umsetzung von EU-Recht in nationales Recht die Wettbewerbskraft der deutschen Landwirtschaft zusätzlich geschwächt. Ich will nur noch einmal in Erinnerung rufen: Die Steuerentlastung durch die Absenkung der Vorsteuerpauschale belastete die baden-württembergischen Bauern von 1999 bis 2001 mit ca. 66 Millionen €.

Entlastungsgesetze gab es auch; ich will das fairerweise sagen. Allerdings stellten diese lediglich wieder die Rechtslage her, die vor 1998 bestanden hatte. Von Weiterentwicklung in der Agrarpolitik also keine Spur.

Die Einführung der Ökosteuer 1999 bürdete weitere Lasten von 24 Millionen € in der Endstufe auf. Die Last der Ökosteuer auf Mineralöl betrug 1999 bis 2000 rund 28 Millionen €, von denen ein erheblicher Teil auf die Gartenbaubetriebe entfällt.

Nun zu einem weiteren dicken Hund; ich muss das einfach so formulieren.

Bei der Mineralölsteuer wurde durch das Agrardieselgesetz ab 2001 ein einheitlicher Steuersatz festgeschrieben. Das Ergebnis: 28 Millionen € Mehrbelastung. Im Gegenzug wurde die Gasölverbilligung abgeschafft – Einmalbelastung im Jahr 2000 16 Millionen €.

Lassen Sie mich nun, wie vorhin gesagt, zum zweiten Bereich der rot-grünen Sündenfälle im Landwirtschaftsbereich kommen, den Wettbewerbsverschlechterungen für unsere Landwirte gegenüber den europäischen Konkurrenten durch deutsche Alleingänge.

Von den Bauern wird einiges noch schlimmer empfunden – das ist ein ganz wichtiger Punkt – als die zusätzliche Steuerbelastung. Das ist die sinnlose Aufblähung der Bürokratie. Ich darf Ihnen das, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, kurz am Beispiel des Gasölantrags für unseren Hof daheim erklären.

(Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

– Nein, Herr Kollege Kretschmann. Jetzt müssen Sie gut zuhören.

Seit 20 Jahren war für eine Agrardieselverbilligung lediglich ein einziges Blatt Papier mit Rückseite auszufüllen.

Dies haben die Antragsteller auch beherrscht. Der neue Antrag bringt mit Anleitung und Beschreibung über zehn Seiten mit kniffligen und sinnentstellenden Fragen. Die Bauern beklagen zu Recht diese unsinnige Bürokratie aus Berlin, eine Bürokratie, die nur von jemandem geschaffen werden konnte, der völlig praxisfremd ist.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Dieses Beispiel einer ausufernden Bürokratie – es ließen sich noch viel mehr Beispiele anführen – ist jedoch nur die Spitze des Eisbergs der Unverfrorenheit gegenüber den Bauern und insbesondere gegenüber denen in Baden-Württemberg.

(Zuruf von der CDU: Unglaublich!)

Ich will als weiteres aktuelles Beispiel die Einführung der Umweltverträglichkeitsprüfung für Stallbauten bei Betriebserweiterungen nennen. Früher wurden Umweltverträglichkeitsprüfungen für Autobahnen, Straßen oder andere Großprojekte durchgeführt. Heute müssen sie auch bei größeren Stallbauten erfolgen. Rot-Grün hat hier die Kirche nicht im Dorf gelassen.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Fürwahr: Es war eine Wende, eine Wende zuungunsten der Landwirtschaft.

Die Bundesregierung muss ich weiter dafür kritisieren, dass sie im Bereich der Sonderprämien für Bullen einen höheren Antragsaufwand herbeigeführt hat und damit eine weitere Wettbewerbsverzerrung gegenüber Nachbarländern – ich habe es vorhin gesagt – oder gar – durch mehr Verwaltung, durch mehr Kontrollen – einen Förderausschluss riskiert. Das ist ein Beispiel, von dem ich Ihnen aus der Praxis unseres heimischen Betriebs berichten kann.

Ein weiteres Beispiel: der deutsche Alleingang in Bezug auf die Anforderungen an den Schutz von Legehennen – Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes. Das hohe Haus hat diese Themen bereits mehrfach beraten. Ich will nicht näher darauf eingehen.

Insgesamt muss festgestellt werden, dass Rot-Grün in Berlin die Landwirtschaft enorm geschwächt hat. Deshalb muss eine Änderung erfolgen, meine Damen und Herren.

(Abg. Döpper CDU: Traurig, aber wahr!)

Bauern und Bäuerinnen halten dies nicht mehr länger aus.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Ein weiterer Punkt: In der Zuchtsauenhaltung gibt die EU neue Standards mit der Einführung von Gruppenhaltung für leere und tragende Sauen heraus. Die Bundesregierung will schon zum 1. Januar 2003 – also im Vorgriff – die Umsetzung in nationales Recht mit höheren Platzansprüchen, mehr Fläche pro Tier, verstärkten Tierbetreuungsmaßnahmen und Beschränkungen bei der vorbeugenden Hygiene. Damit liegen wir deutlich über EU-Niveau.



(Traub)

(Abg. Walter GRÜNE: Sehr gut! – Zuruf von der CDU: Unglaublich!)

– Ja, das ist sehr gut, sagen Sie. Aber dies bedeutet eben in der Praxis für die Schweine haltenden Betriebe

(Abg. Walter GRÜNE: Dazu sage ich gleich etwas!)

höhere Investitionskosten je Tier, Kollege Teßmer, und höhere laufende Kosten.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Berlin will die landwirtschaftliche Tierhaltung gleich behandeln wie Industrieanlagen. Dabei wird weder der besondere Charakter von Haltungsverfahren wie Außenklimaställen oder die Trennung von Stallanlagen zur Verbesserung der Hygiene noch das wirtschaftlich Vertretbare berücksichtigt. Ich bin gespannt, was Sie, Herr Kollege, darauf antworten werden.

Darüber hinaus will Frau Ministerin Künast ab 2003 die Modulation einführen –

(Zuruf von der CDU)

eine Kürzung der Direktzahlungen an die Landwirte. Einbehaltene Mittel sollen der ländlichen Entwicklung zugute kommen, umweltgerechte Produktionsverfahren sollen gefördert werden. So weit, so gut, in Ordnung. Aber unserem ländlichen Raum in Baden-Württemberg wird dies praktisch nichts bringen. Im Gegenteil, es wird für ihn zu einem außerordentlich aufgeblähten bürokratischen Aufwand zur Abwicklung weniger Millionen führen.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Wir in Baden-Württemberg – ich nenne jetzt das Gegenbeispiel – finanzieren bereits seit vielen Jahren aus eigener Kraft mit rund 150 Millionen € pro Jahr Projekte zur Stärkung des ländlichen Raums. Die EU belohnt dies mit 103 Millionen € zusätzlich pro Jahr, und zwar ohne dass unsere Bauern hier bluten müssen und Bürokratie auf sich laden müssen.

Im Vergleich dazu verursachen die von der zuständigen Ministerin in Berlin geplanten 4 Millionen € an Modulationsmitteln für Baden-Württemberg einen bürokratischen Unsinn.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Nasenwasser!)

Meine Damen und Herren, wir in unserem Land haben unsere Hausaufgaben gemacht. Unsere Bauern wissen dies.

(Abg. Rüeck CDU: Hervorragend gemacht!)

Ich will Ihnen dies in aller Kürze anhand einiger Beispiele auch zum HQZ, das in den Anträgen aufgegriffen wird, die wir nachher verabschieden, in Erinnerung rufen – Erfahrungen aus der BSE-Krise und den sonstigen Krisen im Lebensmittelbereich.

Während der Ära Rot-Grün hat Baden-Württemberg auf besonnene und gründliche Weise das HQZ überarbeitet. Dabei haben wir uns nicht zu einem Schnellschuss verle-

ten lassen, sondern wir haben durch gründliche Vorbera- tung in den Beiräten zum HQZ eine fundierte Weichenstel- lung für unseren Marketingbereich vorgenommen. Das hat Hand und Fuß. Die Landesregierung hat Anfang letzter Woche die Eckpunkte zum neuen HQZ beschlossen. Falls Sie, sehr geehrte Damen und Herren von der Opposition, sie noch nicht kennen: eine neue, wirkungsvolle Kontroll- architektur, ein wirksames und abgestuftes Kontrollsystem, die Verankerung des integrierten Pflanzenschutzes, die Er- weiterung der Futtermittelkontrollen, die Einführung eines klaren Biosiegels Baden-Württemberg.

Sie sehen also: Zuerst nachdenken und dann handeln ist er- heblich wirksamer, als immer wieder Schnellschüsse abzu- geben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/ DVP)

Baden-Württemberg bietet den Bauern eine verlässliche Perspektive. Deshalb bitte ich Sie auch, meine Damen und Herren von der Opposition, unserem Antrag zum Thema HQZ zuzustimmen.

Zum Abschluss kurz ein paar Worte zum Antrag der Grü- nen. Sosehr die CDU – ich sage das deutlich – Sympathien für die Grundanliegen der Grünen hat, so sehr lehnen wir die Ideologie, die Besserwisseri der grünen Weltverbesser- er ab.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Kretschmann GRÜNE: Wollen Sie die Welt ver- schlechtern?)

Unsere Landwirte – Herr Kollege Kretschmann, ich habe vorhin ein paar Punkte genannt – können ein Lied zu die- sem Thema singen. Unser Biosiegel ist so gestaltet, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher mit ihrer Kaufent- scheidung den Markt bestimmen. Es werden nicht irgend- welche gegriffenen Fantasiezahlen zum Anteil der Ökopro- dukte am Markt hervorgezaubert. Wir lehnen daher die im Antrag der Grünen geforderte Hervorhebung der Biopro- dukte bei der Gemeinschaftsverpflegung ab und sind der Meinung, dass die verstärkte Verwendung heimischer Pro- dukte in Kantinen und Großküchen anders geregelt werden kann. Dies ist seit langem ein Anliegen der CDU-Fraktion. Wir haben bereits eine Vielzahl von Initiativen, von Mög- lichkeiten in den Raum gestellt. Wir haben sie auch prak- tisch durchgeführt, sie im hohen Haus des Landtags in Stuttgart initiiert und darüber miteinander diskutiert. Wir begrüßen daher die vom Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum vorbereitete Idee, in Kantinen und Groß- küchen Agrarprodukte anzubieten, und bitten Sie auch zu diesem Antrag um Ihre Zustimmung.

Ich will zum Abschluss noch einmal die grundlegenden Leitlinien der baden-württembergischen Agrarpolitik her- vorheben.

Für eine nachhaltige Landwirtschaft ist ökologisch tragfä- hig, ökonomisch existenzfähig, sozial verantwortlich und ressourcenschonend

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)



(Traub)

zu handeln. Das dient den künftigen Generationen. Unsere landwirtschaftlichen Betriebe müssen sich mittel- und langfristig weiterentwickeln können. So, wie die Bundesregierung derzeit vorgeht, ist das nicht möglich. Die Landwirtschaft muss nachhaltig gefördert werden und darf nicht durch Schikanen jeden Tag aufs Neue ausgebremst werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Unsere heimische Landwirtschaft braucht Planungssicherheit. Die Landwirtschaft braucht Verlässlichkeit und Kontinuität, um sich am Markt zu bewähren, um ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken zu können. Die Landwirtschaftspolitik in Baden-Württemberg ist hierfür Garant.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, bevor ich das Wort weiter erteile, möchte ich den Fraktionen in Erinnerung rufen, dass sie selbst übereingekommen sind, sich bei diesem Tagesordnungspunkt auf eine Redezeit von zehn Minuten zu beschränken. Diese Zeit wurde bei dem jetzt abgegebenen Beitrag um 40 % überzogen. Ich hoffe, dass sich die anderen Redner an die Redezeitbeschränkung halten.

(Beifall des Abg. Hillebrand CDU)

Frau Abg. Kipfer, Sie haben das Wort.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

**Abg. Birgit Kipfer SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren Kollegen! Zur Geschäftsordnung möchte ich bemerken, dass es nicht immer zulasten derjenigen gehen kann, die nachmittags reden müssen, wenn am Vormittag und in den unmittelbar vorausgehenden Beiträgen die Redezeiten massiv überzogen werden. Aber das nur am Rande.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg.  
Drautz FDP/DVP)

Herr Kollege Traub, ich habe nach Ihrer Rede den Eindruck, dass Sie von dem, was sich in Europa und in der übrigen Welt vollzieht, nicht das Mindeste verstanden haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Sie scheinen auch nichts verstanden zu haben

(Abg. Walter GRÜNE: Der versteht von gar nichts was, der Traub!)

von dem Paradigmenwechsel, der sich in der Bundesregierung – und nicht nur hier – vollzogen hat. Die Agrarwende, Herr Kollege Traub, ist untrennbar mit einem Paradigmenwechsel in der Verbraucherpolitik verbunden.

(Abg. Hauk CDU: Oh ja! Die Zahl der Skandale nimmt seit der Zeit zu!)

Ein funktionierender Markt – falls Sie das noch nicht wissen sollten – setzt informierte, kritische und selbstbewusste

Verbraucher voraus, Verbraucher, die wissen, wie und warum so und nicht anders das Produkt hergestellt wurde, das sie kaufen wollen, Verbraucher, die Herkunft, Ursprung und Bestandteile des Produkts kennen oder jedenfalls den Zugang zu diesen Informationen haben, Verbraucher, die Vertrauen darauf haben, dass das, was sie kaufen, auch das ist, was es zu sein vorgibt, dass drin ist, was draufsteht.

(Abg. Hauk CDU: Warum machen Sie es denn nicht mit der Kennzeichnungspflicht?)

Das oberste Gebot für alle Anbieter am Markt – da sind auch die Landwirte einzubeziehen – ist Transparenz, also Durchschaubarkeit und Wahrhaftigkeit in der Produktion mit definierten Qualitätskriterien und Produktionsstandards. Da sind wir uns vielleicht sogar einig.

(Abg. Traub CDU: Sie haben nicht zugehört! Ja!)

Das zweite Gebot ist die Selbstkontrolle des Erzeugers. Jetzt erst kommen auch die Fleischerzeuger auf diese Idee. Mit dem QS-Siegel führen sie ein eigenes Zertifizierungssystem ein. Das ist immerhin weiter gedacht, als Sie jedenfalls hier zu erkennen gegeben haben.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Frau Kollegin Kipfer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hauk?

**Abg. Birgit Kipfer SPD:** Herr Hauk, bitte schön.

**Stellv. Präsident Birzele:** Bitte schön, Herr Hauk.

**Abg. Hauk CDU:** Frau Kollegin Kipfer, wenn Sie nach Wahrhaftigkeit rufen, warum unterstützen Sie dann nicht unsere Bestrebungen nach einer definitiven Kennzeichnungspflicht, möglichst EU-weit, aber zumindest national, für alle landwirtschaftlichen und Nahrungsmittelprodukte?

**Abg. Birgit Kipfer SPD:** Jetzt warten Sie doch ab, was ich dazu sagen will.

(Abg. Schmiedel SPD: Was soll denn das, Herr Hauk? – Zuruf von der SPD: Sie hat doch noch gar nichts gesagt!)

Sie wissen ja noch gar nicht, ob wir das unterstützen.

Das dritte Gebot dieses Markts ist das Recht auf Information und die Möglichkeit für jeden Verbraucher, der sich informieren will, sich diese Informationen zu beschaffen.

(Unruhe)

Wer also Transparenz, Kontrolle und Information gewährleistet, der sorgt dafür, dass der Markt funktioniert. Dann ist der Absatz gewährleistet, und dann – und erst dann – setzen sich die Preise durch. Der Markt bekommt dann Impulse und hat einen Standortvorteil. Wo keine Transparenz ist, wird Misstrauen gesät. Wo keine oder zu wenig Kontrolle passiert, sind Lebensmittelskandale nicht fern. Wo keine oder zu wenig Information gegeben wird, wird nicht gekauft.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

(Birgit Kipfer)

Das ist heute jeden Tag zu beobachten. Vorausschauende Unternehmer und vorausschauende Landwirte wissen dies. Sie handeln danach und gewinnen daraus einen Marktvorteil. Das verstehen wir unter vorsorgendem Verbraucherschutz. Das ist auch die Überschrift, die über der so genannten Agrarwende steht. Die Rahmenbedingungen dafür muss die Politik schaffen.

Die CDU hat ihren Antrag unter den Obertitel „Anspruch und Wirklichkeit“ gestellt. Jetzt will ich an ein paar Punkten aufzeigen, was unser Anspruch ist und was die Wirklichkeit in Baden-Württemberg ist.

Erstens: Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik wurde ein Verbraucherschutzministerium geschaffen, das den politischen Paradigmenwechsel, den ich eben geschildert habe, vollzieht und Verbraucherschutz nicht in irgendeine Hauptabteilung eines Ministeriums abschiebt. Was ist die Wirklichkeit in Baden-Württemberg? Im Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum gibt es seit der BSE-Krise eine Abteilung, von deren Wirken bisher allerdings nichts zu verspüren war. Es gibt auch – ich muss es noch einmal wiederholen – Herrn Professor Beyreuther,

(Abg. Schmiedel und Abg. Fischer SPD: Wo ist er denn?)

der heute gar nicht anwesend ist, der sich in sibyllinischen Andeutungen ergeht, wenn er irgendwohin eingeladen wird, zu sprechen. Ich zitiere eine Überschrift der „Stuttgarter Nachrichten“ vom 8. Juni 2002:

Ich rate zu mehr Vorsicht in der Ernährung.

O-Ton Professor Beyreuther.

(Abg. Walter GRÜNE: Wo er Recht hat, hat er Recht! – Abg. Schmiedel SPD: Aha! – Abg. Traub CDU: Falsch!)

Zweitens: Die Bundesregierung hat eine Bundesanstalt für Verbraucherschutz und Lebensmittelrecht und ein Bundesinstitut für Risikobewertung gegründet. Damit hat sie Zulassung und Kontrolle voneinander getrennt und unabhängig agierenden Wissenschaftlern eine Plattform gebaut, damit sie ohne politische Gängelung wirken können. Das war notwendig, und das wäre auch in Baden-Württemberg notwendig.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Walter GRÜNE)

Die Haltung der Landesregierung geht aus den Drucksachen nicht hervor. Was aber ist die Wirklichkeit in Baden-Württemberg? Vergleichbares gibt es hierzulande nicht. Es gibt kein Amt für Verbraucherschutz, das Kontrolle, Krisenmanagement und Information koordinieren, bündeln und der Öffentlichkeit zugänglich machen könnte.

(Abg. Traub CDU: Das stimmt doch nicht!)

Stattdessen gibt es hier ein schwer zu durchschauendes Durcheinander von Lebensmittelkontrolle. Es gibt den Wirtschaftskontrolldienst, dessen Wirken wir sehr wohl zu schätzen wissen,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

der sich hauptsächlich mit der Kontrolle der Endprodukte und weniger mit der Kontrolle der Produktion befasst. Es gibt Veterinärämter bei den Landkreisen, die, wenn man den Landräten glauben soll, fast dasselbe machen wie der WKD. Es gibt eine so genannte Taskforce beim Regierungspräsidium, und es gibt die Chemischen Landesuntersuchungsämter und andere Ämter dazu. Es sind Zweifel angebracht, meine Damen und Herren Kollegen, ob diese Stellen alle miteinander verzahnt sind und wirklich so kooperieren, wie es die aktuellen Ereignisse herausfordern würden. Ich will nicht behaupten, dass da schlechte Arbeit geleistet wird, aber man muss sich fragen, ob vor lauter Schnellreaktion nicht doch die Effizienz vergessen wird.

Dann die Futtermittelkontrolle. Ich möchte Sie daran erinnern, wie jämmerlich wenig Stellen

(Abg. Traub CDU: Wo? In Berlin?)

in der Vergangenheit vorhanden waren, um die Futtermittelkontrolle sicherzustellen. Wenn man das jetzt verbessern will, dann ist es ja gut. Aber es geschieht sehr spät.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Dritter Punkt: Die Bundesregierung hat flächendeckend ein Biosiegel eingeführt, das einen hohen ökologischen Standard aufweist und Transparenz und Bekanntheit von Informationen über Ökoprodukte verbessert hat.

(Zuruf des Abg. Rück CDU)

Sie sind dadurch aus der sektiererischen Nische herausgekommen und auch dem Normalverbraucher ein Begriff geworden. Inzwischen sind rund 6 000 Produkte auf dem Markt, und es werden täglich mehr.

Was ist die Wirklichkeit in Baden-Württemberg? Wir haben künftig ein Biosiegel, das die Herkunft aus Baden-Württemberg anzeigt; das haben wir lange gefordert. Es gibt aber auch das Herkunfts- und Qualitätszeichen, bei dem wir von Anfang an gefordert haben, dass die Produktionskriterien zu verschärfen sind, damit Produkte mit diesem Zeichen mit einer höheren Qualität auf den Markt kommen. Das ist zwölf Jahre her. Wertvolle Zeit ist inzwischen verloren gegangen.

Integrierte Produktion hat noch nie jemanden vom Hocker gerissen – und wenn es jetzt besser wird, umso besser –, aber die Kontrolle haben wir damals auch schon kritisiert. Diese kam immer aus dem eigenen Klub und war nicht unabhängig.

(Beifall der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Folgerichtig hat das Herkunfts- und Qualitätszeichen bei den jüngsten Ereignissen eine Schiefelage erfahren, die alles andere als Vertrauen bei den Verbrauchern entstehen ließ. Damit konnten sich nie die Preise durchsetzen, die die Bauern eigentlich erwartet haben, wenn sie auf diese Produktion umgestellt haben. Wertvolle Zeit ist verloren gegangen.

Das setzt sich übrigens – einmal ganz am Rande bemerkt – bei der Präsentation Baden-Württembergs auf der Grünen Woche fort, wo bis heute der Markt gewesen wäre, um die

(Birgit Kipfer)

HQZ-Produkte aus unserem Land auch der Öffentlichkeit vorzustellen.

(Abg. Traub CDU: Sie waren doch dabei!)

– Ja, ich war da. Deshalb kann ich so reden, wie ich rede.

Im Übrigen werden wir uns bei der Abstimmung über Ihren Antrag der Stimme enthalten, weil uns das längst nicht weit genug geht und wir nicht von heute Morgen auf jetzt wollen, dass das zerredet wird. Wir werden dazu im Ausschuss weiter Stellung nehmen.

(Zuruf des Abg. Traub CDU)

Viertens: Jetzt komme ich zur Käfighaltung, Herr Kollege Traub. In der Tat haben die Bundesregierung und die Mehrheit im Bundesrat den Ausstieg aus der Käfighennhaltung beschlossen. Fünf Jahre früher, als es die EU fordert, wird es hierzulande keine Produktionsmethoden mehr geben, die Tierschutzmaßnahmen und ethische Kriterien völlig ad absurdum führen. Was war das für ein Aufschrei in der Legehennwirtschaft. Man sprach von Enteignung und wollte vor Gericht ziehen. Ich habe nicht gehört, dass sie das gemacht hat. Vielleicht hat sie sich darauf besonnen, dass es künftig ein Marktvorteil sein kann

(Abg. Traub CDU unterhält sich mit Abg. Schuhmacher CDU.)

– Herr Kollege Traub, ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir zuhören würden, weil Sie gerade darauf eben abgehoben haben –, frühzeitig den Markt mit solchen Eiern zu besetzen, bei deren Produktion Tierschutz und Ethik berücksichtigt werden, und ihn eben nicht den Österreichern oder Dänen zu überlassen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Traub CDU: Die kommen aber aus Polen!)

Anstatt – wie hierzulande üblich und wie Sie es zur Genüge getan haben – zu jammern, sollte man unternehmerisches Handeln beweisen und die Marktposition in Europa rechtzeitig mit Eiern aus hiesiger ethischer und tierschutzgerechter Produktion besetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Fünftens: Die Bundesregierung will in der Tat eine Neuausrichtung der Agrarpolitik. Ganz entgegen dem, was das Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum offensichtlich erwartet hat, wie hier in einer Drucksache nachzulesen ist, ist die EU der gleichen Auffassung. Davon waren Sie offenbar überrascht, Herr Minister. In Wirklichkeit steht nämlich nicht Frau Künast im Abseits, sondern unser Minister für Ernährung und Ländlichen Raum.

(Unruhe)

Es soll eine Abkehr von den Produktprämien und eine Hinwendung zu einer echten Vergütung der flächenhaften Landschaftspflege geben. Dies ist auch das Ziel von Herrn Fischler. Hier in der Drucksache wird aber unterstellt, das sei ein einsamer Weg von Frau Künast. Die Landesregierung steht hier also eindeutig im Abseits. Sie sollte sich beeilen, den Pfad der Europäischen Union zu beschreiten.

Sechstens: Verfütterungsverbot von Tiermehl. Das ist ja ganz besonders pikant.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

In der Drucksache hier steht, die Bundesregierung habe sich mit dieser Forderung nicht durchsetzen können. In Wirklichkeit – das habe ich mit eigenen Ohren gehört – hat sich die CDU-Europaabgeordnete Frau Elisabeth Jeggel am 22. Juni beim Verbandstag des VdAW in Sindelfingen kritisch zum absoluten Verfütterungsverbot geäußert. Wenn Sie mir oder meinen Ohren nicht glauben, dann möchte ich das aus der Verbandszeitschrift des VdAW zitieren. Da steht:

Kritisch äußerte sie sich

– nämlich Frau Jeggel –

zum absoluten Verfütterungsverbot von Tiermehl und plädierte für eine differenzierte Handhabung. Jeggel hat sich im Europäischen Parlament dafür stark gemacht, das Verbot der Verfütterung an Nichtwiederkäuer aufzuheben.

Genau das Gegenteil steht hier drin, nämlich als ob es Frau Künast wäre, die dieses Verfütterungsverbot aufheben wolle. Nein, Sie sind es! Machen Sie sich und der Öffentlichkeit einmal klar, was Sie eigentlich wollen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Das heißt: Die Stellungnahme der Landesregierung ist pure Heuchelei und nur dafür gemacht, zwei Monate vor der Bundestagswahl Wahlkampf zu betreiben.

Ich komme zum letzten Punkt. Die Bundesregierung hat ein Verbraucherinformationsgesetz vorgelegt. Warum hat sie das gemacht? Damit der Verbraucher künftig ein Recht auf Information hat. Das ist nämlich das Neue: ein Recht, das den Verbrauchern gegeben wird, das es in den USA und in anderen europäischen Ländern längst gibt, weil man weiß, dass mündige Verbraucher nachfragen wollen.

Die Landesregierung sagt dazu: Wir brauchen ein Informationsgesetz.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, ich bitte um Ruhe.

**Abg. Birgit Kipfer SPD:** Der Bundesrat hat – wohl auch mit den Stimmen Baden-Württembergs – am 26. April mehrheitlich diesem Gesetzentwurf im Grundsatz zugestimmt. Danach wurden mit dem Bundesrat sogar weitere Änderungen in das Gesetz eingearbeitet. Die CDU-regierten Länder lehnten das Gesetz aber am 21. Juni unter den fadenscheinigsten Gründen ab.

Es wird dann ganz besonders dreist, wenn in dieser Stellungnahme der Landesregierung zu lesen ist – ich zitiere –:

Die ursprünglich angekündigte Informationsverpflichtung für die Unternehmen wurde nicht aufgenommen.

(Birgit Kipfer)

Als ob ausgerechnet diese Landesregierung jemals einer solchen Verpflichtung für die Wirtschaft zugestimmt hätte! Dann wäre sie vom Saulus zum Paulus geworden. Diese Landesregierung hat in Wahrheit die Verbraucher hängen lassen. Erneut ist dies pure Heuchelei. Sie eiern hier herum und müssen heute den Verbrauchern erklären, warum Sie ihnen das Recht auf Information vorenthalten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Es ist einfach so: Die CDU-regierten Bundesländer haben der Bundesregierung diesen Erfolg des Gesetzes drei Monate vor der Bundestagswahl nicht gegönnt.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Denn die Verbraucher hätten sehr wohl gewusst, wem sie dieses Gesetz zu verdanken haben, und die Verbraucher hätten dies als enormen Fortschritt betrachtet.

Und tun Sie bitte nicht so, als sei das Gesetz, das es in Baden-Württemberg gibt, besser. Denn nach dem hiesigen Gesetz, nämlich dem Ausführungsgesetz zum Lebensmittel- und Bedarfsgegenstände-gesetz, ist es noch immer ins Belieben der Behörden gestellt, bei vorschriftswidrigen Erzeugerpraktiken oder bei Gesundheitsgefährdungen die Öffentlichkeit zu informieren oder auch nicht. Das wurde ja oft genug verschwiegen, zum letzten Mal bei der Belastung von Obst vom Bodensee mit Pflanzenschutzmitteln oder beim Nitrofen. In keinem einzigen der letzten Skandale hat Baden-Württemberg bei der Information die Nase vorn gehabt, obwohl teilweise, wie beim Nitrofen, der Ursprung der Erkenntnisse in unserem Land liegt.

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Zu dem, was wir täglich über verseuchtes Futtermittel oder unappetitliches Hormongepansche lesen: Wer weiß, ob diese Nachrichten bei dieser Landesregierung überhaupt je das Licht der Öffentlichkeit erblickt hätten. Dass wir jetzt einen Skandal nach dem anderen haben, ist kein historisch einmaliger Zufall,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

sondern darauf zurückzuführen, dass jetzt das Kartell des Schweigens tatsächlich gebrochen wurde. Deshalb erfahren wir so viel, was vorher verschwiegen wurde.

Ich komme zum Schluss.

(Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr geehrten Kollegen von der CDU, das ist der Unterschied zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Wir erheben den Anspruch, dass der Markt künftig besser reagiert – übrigens haben das die Bauernverbände auch längst begriffen – und dass es nicht allein darauf ankommt, die Landwirtschaft zu fördern. Der Verbraucher bestimmt den Markt, und dann profitieren alle davon.

Danke.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Walter.

(Zuruf von der CDU: Redezeit? 20? 19?)

– Ich gebe nachher die Rangliste bekannt.

**Abg. Walter GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Fast täglich haben wir es derzeit mit immer neuen Lebensmittelskandalen zu tun: Nitrofen, Hormone, Antibiotika in Futtermitteln. Man ist gespannt, was man morgen wieder liest.

(Unruhe)

All dies, meine Damen und Herren, führt uns täglich vor Augen: Zur Agrarwende, zur Politik von Renate Künast gibt es keine Alternative mehr.

(Beifall bei den Grünen)

Meine Damen und Herren, die Fortführung der alten Politik schadet den Verbraucherinnen und Verbrauchern, schadet aber auch den Landwirten, schadet den Bäuerinnen und Bauern. Denn dann werden diese Produkte nicht mehr gekauft werden. Deswegen ist ein Umdenken auch bei der CDU in Baden-Württemberg endlich notwendig.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, die Debatte, die hier vom Kollegen Traub angefahren wurde –

(Unruhe)

Wenn ich die Anfrage der CDU und die Antwort der Landesregierung lese: All das sind Paradebeispiele für das alte Denken. Meine Damen und Herren, so kommen wir nicht weiter. Hier steht nicht das Interesse der Landwirtschaft im Vordergrund, sondern rein parteitaktisches Geplänkel, kurzum: Wahlkampf.

(Unruhe)

Das hat aber nichts damit zu tun, dass Sie den Bäuerinnen und Bauern in diesem Land wirklich etwas Gutes tun wollen.

(Anhaltende Unruhe)

Meine Damen und Herren, ich hätte gerne von Ihnen, Herr Kollege, gehört, was Sie von den Vorschlägen von Herrn Fischler halten.

(Anhaltende Unruhe)

Meine Damen und Herren, Sie werden von der Entwicklung überrollt. In der Antwort heißt es noch, die angeblich so böse Frau Künast wolle, dass die Halbzeitbilanz der Agenda dazu genutzt werden soll, ein richtiges Umdenken stattfinden zu lassen.

(Anhaltende Unruhe)

Und was passiert jetzt? Fischler ist auf diesen Künast-Kurs eingeschwenkt, den er ohnehin schon lange favorisiert. Und Sie hecheln hinterher wie Herr Minister Stächele am letzten Freitag, der gegenüber der „Stuttgarter Zeitung“



(Walter)

einräumen musste: Das, was Herr Fischler will, ist ja eigentlich überlegenswert. Kurzum: Auch das, was Frau Küstner will, müsste man eigentlich längst vom Land aus unterstützen.

(Beifall bei den Grünen)

Meine Damen und Herren, es ist ohnehin verwunderlich, dass Sie an der Agenda, an dem, was die Bundesregierung damals unterschrieben hat, so viel Kritikwürdiges finden. Leiden Sie alle unter kollektivem Alzheimer?

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, ich bitte um Ruhe. Es ist auch für den Stenografischen Dienst außerordentlich schwierig, den Redner zu verstehen.

Bitte schön, Herr Walter, fahren Sie fort.

**Abg. Walter GRÜNE:** Ich frage Sie wirklich: Leiden Sie alle unter kollektivem Alzheimer? Haben Sie vergessen, dass die Agenda 2000 von Ihren eigenen Parteifreunden, speziell von Herrn Borchert, ausgehandelt wurde und die neue Bundesregierung gerade noch, zum Beispiel bei den Rinderprämien, das Schlimmste verhindern konnte? Das ist doch die Wahrheit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen)

Und das kritisieren Sie auch noch.

Ich frage Sie: Was wollen Sie eigentlich? Jetzt heißt es „die überwuchernde Bürokratie“. Schauen Sie doch einmal an, was wir in Baden-Württemberg mit MEKA und SchALVO haben.

(Unruhe)

Wenn wir den Bauern ein zusätzliches Einkommen geben und es irgendwie auch verwalten wollen, dann entsteht halt Bürokratie. Das lässt sich nicht verhindern. Es ist doch keine Schikane, dass man das beispielsweise bei MEKA macht. Genauso ist das auf Bundesebene auch.

(Zuruf des Abg. Traub CDU)

Jetzt will ich Ihnen einmal etwas sagen, Herr Kollege: Ein Programm – –

(Anhaltende Unruhe)

Ich kann Ihnen nur sagen: Nicht bürokratisch zugegangen wäre es, wenn Sie zum EEG Ihre Zustimmung erteilt hätten. Damals war Sonnleitner vernünftiger als Sie, weil er nicht ideologisch motiviert war, sondern sich ausnahmsweise einmal überlegt hat: Was nützt meinen Landwirten? Deswegen hat er Sachsen und Brandenburg noch umgebogen und gesagt: Ihr müsst da mitstimmen.

(Unruhe)

Mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz der Bundesregierung verdient beispielsweise ein Landwirt 15 000 € im Jahr. Das ist wirklich ein schönes Zusatzeinkommen – völlig ohne Bürokratie. Sie wollten das verhindern.

(Beifall bei den Grünen)

Dann sagen Sie: „Ja, diese Benachteiligungen!“ Ich kann Ihnen sagen – ich besorge es Ihnen gerne –: Es gibt drei dicke Bände aus der Regierungszeit von Herrn Borchert über die Benachteiligung – –

(Lachen des Abg. Hillebrand CDU)

– Da brauchen Sie nicht zu lachen! Das gibt es. Die Wettbewerbsnachteile – – Sie können das für jede Regierung praktisch nachrechnen oder nachschauen. Es gibt immer irgendwelche Unterschiede.

(Anhaltende Unruhe)

Eines ist doch klar: Die Sozialleistungen, die in Deutschland einen großen Teil des Agrarhaushalts ausmachen, müssen – –

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abg. Nagel, ich bitte Sie, Gespräche draußen zu führen. Und ich bitte Sie alle noch einmal, Ruhe zu bewahren. Der Lärmpegel ist dem Stenografischen Dienst nicht zumutbar.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

**Abg. Walter GRÜNE:** Das Gleiche gilt für den Redner.

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abg. Walter, fahren Sie bitte fort.

**Abg. Walter GRÜNE:** Sozialleistungen müssen beispielsweise in Frankreich von den Bauern selbst erbracht werden.

Jetzt sprechen Sie von deutschen Alleingängen. Ich kann Ihnen nur sagen: Die Legehennenverordnung ist ein gutes Beispiel dafür, wie ein Land vorangeht und sich dadurch Vorteile verschaffen kann.

Und ich will Ihnen noch etwas sagen: Es ist ja nicht so, dass die Bauern allein gelassen werden, sondern es ist ein Programm aufgelegt worden, mit dem sie Unterstützung bekommen, damit sie ihre Legehennenbatterien umgestalten können.

Ein zweiter Punkt: Schauen Sie doch in Baden-Württemberg hin! Aus der bäuerlichen Landwirtschaft wurde doch die Hühnerhaltung in den letzten Jahrzehnten systematisch vertrieben. Da gibt es doch nur noch industrielle Produktion. Über 90 % der Eier kommen von 3 % der Höfe. Das kann doch nicht das sein, was wir wollen. Die Hühnerhaltung wäre auch für unsere bäuerlichen Betriebe eine zusätzliche Einnahmequelle, wenn zukünftig gesetzlich eine andere Art der Hühnerhaltung festgelegt würde. Deswegen, meine Damen und Herren, ist das der richtige Weg.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Drautz FDP/DVP:  
Also zoomäßig!)

Zu Ihrer Kritik am Bundesnaturschutzgesetz: Ich muss Ihnen nochmals sagen: 90 % des Inhalts dieses Gesetzes stammen von Frau Merkel. Den Biotopverbund wollte schon Herr Töpfer. Ich kann Ihnen nur sagen: Der Unter-

(Walter)

schied zwischen Ihnen und uns ist der: Wir hatten die Kraft, das durchzusetzen, und Sie haben immer nur davon geredet.

(Beifall bei den Grünen)

Ein weiterer Punkt, den Sie erwähnt haben, ist das Artikelgesetz. Da gibt es einen Antrag der Kollegin Höhn für den Bundesrat, ob 50 Großvieheinheiten wirklich das richtige Maß für eine Umweltverträglichkeit sind oder ob man nicht besser 100 nehmen sollte. Wobei man gleich dazusagen muss: Auch bei 50 GV wäre nur ein kleiner Teil der baden-württembergischen Betriebe betroffen. Man soll also nicht so tun, als ob das ein ganz großes Problem wäre.

Nur: Am 22. März stand auch ein Antrag von Baden-Württemberg zur Abstimmung. Vielleicht erinnern Sie sich, vielleicht sagt Ihnen das Datum 22. März und Bundesrat etwas. Es kam dann nicht zu einer Mehrheit für den Antrag Baden-Württembergs, weil man zusammen mit dem „Pinochchio“ aus Hessen schon ausgezogen war. So sehr liegen Ihnen die Anliegen der Bäuerinnen und Bauern am Herzen, dass Sie lieber hinausgehen und Kasperletheater veranstalten, anstatt so abzustimmen, wie es den Bauern nutzt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Deshalb, meine Damen und Herren: Ich will mich mit der Großen Anfrage gar nicht weiter beschäftigen; denn wir müssen den Blick nach vorne werfen.

(Unruhe)

Eines ist klar – ich sage es noch einmal –: Die täglichen Skandale machen ein Umdenken notwendig.

(Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

Wir müssen nach vorne schauen. Wir brauchen, Kollege Birk,

(Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

eine andere Agrarpolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Da muss ich dem Herrn Minister danken. Der redet zwar oft anders, aber wenn ich sehe, wie beispielsweise PLANAK-Beschlüsse zur Gemeinschaftsaufgabe in Baden-Württemberg umgesetzt wurden, kann ich nur sagen: Das ist Agrarwende in Baden-Württemberg. Herzlich willkommen im Klub! Da sind wir gerne dabei.

(Beifall bei den Grünen)

Aber, meine Damen und Herren, was ist eigentlich notwendig?

(Unruhe)

Wir brauchen eine integrierte ländliche Entwicklung. Die haben wir in Baden-Württemberg teilweise mit dem PLENUM. Das begrüßen wir. Dann haben wir „Regionen Aktiv“ von Renate Künast.

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Auch das ist ein weiterer guter Ansatz. Das brauchen wir zur Stärkung des ländlichen Raums.

(Unruhe)

Natürlich, Herr Kiefl, plus zwei Gebiete von „Regionen Aktiv“ in Baden-Württemberg. Aber wir müssen selbst halt auch etwas machen. Wir brauchen das zur Stärkung des ländlichen Raums und der einzelnen Regionen. Dabei sind wir uns ja einig.

Zweitens – auch das wurde durch Frau Künast gemacht –: eine Umstellung der Förderpraxis. Seither wurde doch honoriert, wer das alte Motto „Weiche oder wachse!“ durchgezogen hat. Jetzt gibt es auch schon für kleinere Investitionen die entsprechenden Zuschüsse. Genau das kommt unseren kleineren und mittleren Betrieben zugute.

(Abg. Hauk CDU: Warum will dann Frau Künast nicht die Deckelung? Das wärs doch!)

– Dazu komme ich gleich noch. Sie will die Deckelung. Aber abwarten.

(Unruhe)

Ich habe den Kabinettsbeschluss dabei, Herr Kollege. Nicht nervös werden!

(Anhaltende Unruhe)

Deshalb, meine Damen und Herren: Warum lesen wir davon nichts in der Stellungnahme der Regierung? Warum geben Sie nicht endlich zu, dass diese Investitionsförderung unseren Landwirten mehr als die alte zugute kommt? Oder wenn Erzeugergemeinschaften plötzlich mit 60 % bzw. 40 % der Investitionskosten – also 60 % der laufenden Kosten – bezuschusst werden: Das nützt unseren kleinen und mittleren Betrieben. Warum liest man davon nichts? Warum höre ich da nichts von Ihnen? Stattdessen nur lamentieren!

Meine Damen und Herren, was wird damit unterstützt? Beispielsweise auch Direktvermarktung, Hofsennerien, Hofbäckereien, Urlaub auf dem Bauernhof, das heißt Tourismus, das heißt insgesamt zusätzliche Standbeine für die Landwirte. Diese werden durch das Programm von Renate Künast unterstützt. Das ist genau der richtige Weg, den man gehen muss.

Und nicht vergessen:

(Abg. Fleischer CDU: Zum Schluss zu kommen!)

Man sollte auch sagen: Gelder gehen nur noch an die, die flächenbezogen produzieren. Wenn man die Futtermittel-skandale betrachtet, meine Damen und Herren, zeigt das, dass dies genau der richtige Weg ist. Auch wir in Baden-Württemberg müssen uns überlegen: Wie können wir zukünftig dafür sorgen, dass wir mehr eigene Futtermittelproduktion haben? Das ist einer der entscheidenden Punkte, die wir in den nächsten Jahren zu lösen haben. All die Skandale von BSE bis MPA betrafen Futtermittel. Immer wieder steht das Futtermittel im Mittelpunkt dieser Skandale. Dort müssen wir ansetzen. Da muss es mehr Eigenproduktion geben, und diesen Weg müssen wir beschreiten.

(Beifall bei den Grünen)

(Walter)

Ein dritter Punkt: Wir müssen die Agrargelder anders ausgeben. Wir wissen alle: Es wird in der EU künftig mehr Staaten geben; aber es wird nicht mehr Geld geben. Dessen können wir uns sicher sein. Das ist gar nicht machbar. Außerdem, meine Damen und Herren, ist die WTO ebenfalls gegen Direktzahlungen in der jetzigen Form. Deshalb gibt es auch hier wiederum keine Alternative zu dem inzwischen von Frau Künast und jetzt auch von Herrn Fischler aufgezeigten Weg, der zunächst einmal „Modulation“ heißt. Sie können dagegen sein, solange Sie wollen – das ist der Weg, den wir gehen müssen. Aus süddeutscher Sicht ist das unerlässlich.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Hauk CDU: Wer sagt denn, dass wir dagegen sind? – Abg. Dr. Lasotta CDU: Wir sind doch gar nicht dagegen! – Abg. Hauk CDU: Im Gegenteil, der Fischler macht baden-württembergische Politik! Der Fischler macht es ja nicht! – Zurufe der Abg. Kretschmann und Renate Rastätter GRÜNE)

– Ja, ja, jeden Tag etwas anderes.

(Zurufe von der CDU)

– Ach so, aber wenn es Frau Künast macht, ist es schlecht, und wenn Fischler es tut, ist es gut!

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Zukünftig, Herr Fleischer, müssen nicht Überproduktion, sondern gesellschaftliche Leistungen wieder mehr honoriert werden. Genau das wollen wir tun. Wir wollen auch die Einhaltung von Mindeststandards beim Tierschutz.

(Abg. Dr. Birk CDU: Auszeit!)

Ich muss noch etwas zur Aussage des Kollegen Traub sagen, es ergäben sich Wettbewerbsnachteile, weil wir jetzt die Standards hochsetzen. Wissen Sie, was beim Schweinefleisch passiert ist? 20 % des Umsatzes haben wir verloren, und zwar an die großen Handelsketten im konventionellen Bereich – da geht es nicht um Bio –, an Dänemark und an die Niederlande, weil es dort höhere Standards gibt.

(Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

Dort wurden Vollspaltenböden verboten. Dort gibt es Salmonellen-Monitoring. All diese Standards wurden dort eingeführt. Deswegen haben wir schon 20 % verloren. Meine Damen und Herren, das muss zum Umdenken doch geradezu einladen. Wenn nicht das, was dann?

(Abg. Fleischer CDU: Redezeit! – Zuruf des Abg. Traub CDU)

– Ja, das sagt man gerne, wenn man etwas nicht gern hört. Dass Sie das nicht gern hören, ist mir klar. Aber es muss jetzt sein.

Ein vierter Punkt, meine Damen und Herren: Wir brauchen mehr Transparenz. Ich will mich da kurz fassen. Frau Kollegin Kipfer hat bereits –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Kollege Fleischer, die bisherige Redezeit des Kollegen Walter liegt noch unterhalb der übrigen Redezeiten.

(Abg. Fleischer CDU: Trotzdem ist es falsch, was er sagt! – Heiterkeit – Abg. Dr. Lasotta CDU: Und schlecht!)

Bitte schön, fahren Sie fort.

**Abg. Walter GRÜNE:** Der Agrarexperte Fleischer.

(Abg. Hauk CDU: Lautstärke und Länge machen noch keine Qualität aus!)

Meine Damen und Herren, die Gesellschaft wird nur bereit sein, mehr Geld für die Landwirtschaft auszugeben, wenn die gesellschaftlichen Ansprüche in Richtung Tierschutz, Qualität und nachhaltige Produktionsweise eingehalten werden. Deswegen brauchen wir auch mehr Transparenz. Deswegen müssen Gesetze wie das Verbraucherinformationsgesetz auch sein. Ich verstehe bis heute noch nicht

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Ich habe das Gesetz auch noch nicht verstanden!)

Ihre Reaktion; das war rein parteitaktisch bedingt. Da kam die Stallorder von Herrn Stoiber aus München – so, wie jetzt bei der Deckelung für das 100 000-Dächer-Programm –, und dann wird halt mitgestimmt, egal, ob es den eigenen Landwirten nützt oder nicht. Hauptsache, die Ideologie stimmt. Aber das ist genau das Falsche, meine Damen und Herren.

(Abg. Hauk CDU: Warum sind dann gerade die Futtermittel im Verbraucherinformationsgesetz nicht drin, die Sie vorhin kritisiert haben? Sie haben sie doch gar nicht drin! – Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

– Ich will Ihnen einmal etwas sagen: Sie haben die offene Deklaration abgeschafft – CDU und FDP! Deswegen sollten Sie beim Futtermittel wirklich ganz leise sein, sonst bekommen wir hier eine ganz lange Diskussion.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, ich habe schon einige Maßnahmen genannt, beispielsweise auch, dass man Leistungsförderer in der Schweinemast verbieten kann. Auch das nützt der Landwirtschaft in Baden-Württemberg. Weil diese Dinge der Landwirtschaft in Baden-Württemberg nützen, läuft Ihre Kritik einfach ins Leere.

Meine Damen und Herren, ein weiterer Punkt, der in Berlin jetzt angegangen wird, nachdem Sie jahrzehntelang geschlafen haben: Es gibt eine entsprechende Förderung des Biolandbaus – 35 Millionen € jährlich. Fischler hat in Berlin gesagt: Es gibt einen enormen Nachholbedarf. Wir sind dabei, diesen Nachholbedarf endlich aufzuholen. Es ist auch für mich schön anzusehen, wenn ich aus Berlin die Nachricht bekomme, bei den Agrar-Umweltprogrammen überschlugen sich Bayern und Baden-Württemberg – ausgerechnet diese beiden Länder – in Konkurrenz mit Nord-

(Walter)

rhein-Westfalen geradezu, wer denn die meisten Prämienpunkte gibt. Deswegen kann ich nur sagen, meine Damen und Herren: Sie reden viel Schlechtes über das, was Frau Künast tut, sind im Grunde aber gottfroh darüber, denn das bringt vieles auf den Weg – wie Sie selbst eigentlich schon längst erkannt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir zum Abschluss

(Abg. Traub CDU: Aber das sollte dann auch stimmen!)

noch einige Bemerkungen zu unserem Antrag

(Abg. Hauk CDU: Das ist wahrscheinlich das Beste!)

und zum Änderungsantrag der CDU. Es ist ja schön, meine Damen und Herren, dass Sie einen Antrag der Grünen nehmen und ihn leicht modifiziert selbst noch einmal bringen. Warum man dann nicht auch gleich dem grünen Antrag zustimmen kann, ist auch eine Frage; aber da können Sie wahrscheinlich einfach nicht über Ihren Schatten springen.

Im September 1991 – zur Erinnerung, meine Damen und Herren – hat dieser Landtag beschlossen, dass es mehr biologische oder zumindest regionale Kost in den Kantinen geben soll. Wenn ich die Stellungnahme der Landesregierung lese, enthält sie viel Blabla, viel Beschönigendes und zufälligerweise sogar noch ein Lob von Frau Künast. Ich hoffe nur für den Herrn Minister, dass niemand im Bauernverband das gelesen hat.

(Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU)

Aber in der Realität, meine Damen und Herren, ist nicht viel geschehen. Das ist das Problem. In der Kantine des Ministeriums gibt es eine HQZ-Schnupperwoche. Sie sagen, es gebe Verträge. Das mag ja sein; aber erstens laufen Verträge irgendwann einmal aus. Ich kann mir nicht vorstellen, dass seit 1991 kein Vertrag ausgelaufen ist. Zweitens kann man mit Pächtern auch reden, solange Verträge laufen. Frau Künast hat erreicht, dass es in ihrer Kantine im Ministerium jeden Tag ein Bio-Menü gibt.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Damit lösen wir die Probleme! – Zurufe der Abg. Fleischer und Traub CDU)

– Nein, damit lösen wir keine Probleme, aber man ist damit glaubwürdiger als Sie, die Sie vom HQZ und alledem reden und dann irgendeine läppische Schnupperwoche durchführen. Darauf kann man dann wirklich auch verzichten.

(Beifall bei den Grünen)

Meine Damen und Herren, zum Schluss – –

(Lachen bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Lasotta CDU: Das haben Sie schon fünfmal gesagt! – Zurufe der Abg. Dr. Birk und Seimetz CDU)

– Offensichtlich erhöhen diese Ankündigungen ja Ihre Aufmerksamkeit. Dann habe ich es doch schon irgendwie richtig gemacht.

(Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

Meine Damen und Herren, die Bundesregierung ist dabei, ein altes System aufzubrechen. Sie bohrt nicht nur in dicken Holzbrettern, sondern auch in Betonköpfen. Das muss in diesem Fall wohl sein. Natürlich gibt es Widerstände; natürlich gibt es Aufschreie. Wenn man ein solches System aufbricht und es da keine Widerstände gäbe, würden wir etwas falsch machen.

(Abg. Dr. Birk CDU: Das Brett ist zu dick!)

Aber ich sage Ihnen: Sie werden die Veränderung nicht aufhalten. Sie werden das nicht mehr schaffen.

(Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU)

Selbst „Plus“ hat schon Bio. Sie können das gar nicht mehr aufhalten.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Ich sage Ihnen: Eine Umfrage hat ergeben, dass sich 66 % der Bevölkerung wünschen, dass es die Agrarwende gibt. Jetzt müssen Sie genau zuhören: Unter den CDU-Wählern wünschen sich 55 % eine Agrarwende und eine Fortführung der Politik der Bundesregierung. Daran kommen Sie nicht vorbei.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Seimetz CDU: Stimmt doch gar nicht! – Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Deshalb ist es geradezu fahrlässig, meine Damen und Herren, wenn man so verfährt wie die Landesregierung in der heute debattierten Stellungnahme.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Ich erteile Herrn Abg. Drautz das Wort.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Birk CDU: Zugabe! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Wo sind wir denn?)

**Abg. Drautz FDP/DVP:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Walter, wenn ich Sie höre, fällt mir der Spruch ein: Der Glaube versetzt Berge. Ich glaube Ihnen, dass Sie das für richtig halten, was Sie hier vortragen,

(Abg. Walter GRÜNE: Ich bin ja nicht bei der FDP!)

aber es entspricht nicht dem, was unsere Landwirtschaft braucht.

Meine Damen und Herren, die von Rot-Grün propagierte Agrarwende hat sich endgültig als Irrweg erwiesen.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Was?)



(Drautz)

Die Bundesregierung steht vor einem agrarpolitischen Scherbenhaufen.

(Lachen bei den Grünen – Beifall des Abg. Seimetz CDU)

Verbraucher, Biobauern und konventionell wirtschaftende Landwirte sind die Leidtragenden dieser Politik.

(Zurufe der Abg. Teßmer SPD und Walter GRÜNE)

Frau Ministerin Künast hat sich innerhalb weniger Monate von der Jeanne d'Arc des Verbraucherschutzes zu einem Aschenputtel entwickelt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Lachen bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Kretschmann GRÜNE: Schlechtes Beispiel! Aschenputtel endet als Prinzessin! – Abg. Walter GRÜNE: Richie, du musst das Märchen noch mal nachlesen! – Zurufe der Abg. Birgit Kipfer SPD sowie Brigitte Lösch und Renate Rastätter GRÜNE)

Ihre bisherige Arbeit hat sich darauf beschränkt

(Lebhafte Unruhe)

– ich warte, bis Sie sich ausgetobt haben –, für Bioprodukte zu werben.

(Abg. Walter GRÜNE: So ein Blödsinn!)

Dies geschah jedoch im Wesentlichen mit eigenen Versäumnissen und Fehlern, Skandalen bei den Testlabors,

(Abg. Walter GRÜNE: Die Testlabors sind doch in Länderhoheit! So ein Quark!)

mit dem Fischmehlskandal – hören Sie zu, Herr Walter! –, beim Nitrofenskandal und jetzt beim Hormonskandal. Dies war möglich, weil Frau Künast ihr Ministerium und die nachgeordneten Behörden nicht im Griff hat und ihre Hausaufgaben für einen vorsorgenden Verbraucherschutz nicht erfüllt.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP – Abg. Birgit Kipfer SPD: Was verstehen Sie unter vorsorgendem Verbraucherschutz?)

Die Hilflosigkeit gipfelt in der Aufforderung an die Verbraucher, vorläufig gänzlich auf den Genuss von Fleisch zu verzichten.

(Abg. Walter GRÜNE: Das hat sie doch gar nicht gesagt! Ist doch gar nicht wahr! Was erzählst du denn da?)

Seit Januar 2001 bitten die Agrarminister der Länder, inzwischen auch schon SPD-Agrarminister,

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Was verstehen Sie denn unter vorsorgendem Verbraucherschutz?)

Frau Künast, eine Positivliste erlaubter Zutaten bei Futtermitteln einzuführen – auch der niedersächsische SPD-Landesagrarminister.

(Abg. Walter GRÜNE: Und Funke-Freund! Den kannst du den Hasen geben!)

Das muss man ganz klar sehen. Dies habe ich auch schon in der 28. Plenarsitzung im Juni ausgeführt. Nichts ist geschehen. Offensichtlich herrscht im Verbraucherschutzministerium heilloses Durcheinander, und Rot-Grün widerspricht sich täglich mit neuen Meldungen.

Das Biosiegel der Bundesregierung ist nichts anderes als eine Kopie der seit langem bestehenden EU-Ökoverordnung.

(Abg. Walter GRÜNE: Darum geht es ja gar nicht!)

Die Standards sind bewusst niedriger gesetzt

(Abg. Walter GRÜNE: Das tut weh!)

als die der Ökosiegel der deutschen Bioverbände und verwässern damit die hohen Standards innerhalb Deutschlands.

Die Regionalität der Biosiegel und damit der Grundgedanke der Ökoproduktion, nämlich ortsnahe Produktion in kleinen Strukturen bei gleichzeitig minimalem Zukauf, wurden mit einem Handstrich vom Tisch gewischt. Die Futtermittelskandale in der Ökobranche wurden so erst ermöglicht. Die Verbraucher wurden verunsichert, mussten sie doch erkennen, dass die Produktion riesiger Mengen und deren kaum kontrollierbarer Transport über Landesgrenzen in der Biobranche mit der Einführung des Biosiegels wesentlich gefördert wurde.

Die deutschen Bioverbände beklagen enorme Verluste – nicht nur, weil sie unter riesigem Wettbewerbsdruck stehen, sondern weil sich Gott und die Welt mit dem neuen Biosiegel schmücken können. Dies alles passiert, weil sich die Grünen das ideologische Ziel gesetzt haben, den so genannten Ökoprodukten einen Marktanteil von 20 % zu verschaffen, ohne dabei sagen zu können, wie eine entsprechende Nachfrage dafür geschaffen werden soll.

(Lebhafter Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Walter GRÜNE: Richie, wir haben es nicht verstanden! Warum haben die geklatscht? Sag es noch einmal!)

Meine Damen und Herren,

(Abg. Drexler SPD: Ich dachte, die Rede wäre jetzt fertig!)

gleichzeitig wird die konventionelle Landwirtschaft zum Sündenbock gestempelt und durch nationale Alleingänge jeglicher Wettbewerbschancen beraubt. In einem offenen Binnenmarkt sind die Bürgerinnen und Bürger durch nationale Alleingänge im Verbraucherschutz nicht wirklich zu schützen.

(Abg. Dr. Birk CDU: Sehr gut! – Beifall des Abg. Dr. Lasotta CDU)

Der wirksamste Verbraucherschutz ist eine konsequente Harmonisierung der europäischen Agrarrichtlinien.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

(Drautz)

Dies gilt für den Futtermittelbereich ebenso wie für die Pflanzenproduktion und, damit verbunden, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, meine Damen und Herren.

Der unterschiedlichen Besteuerung unserer Landwirte gegenüber ihren Berufskollegen in Frankreich, Belgien und den Niederlanden muss endlich ein Ende gesetzt werden. Ich nenne hier nur das Thema Agrardiesel. Bei einem mittleren landwirtschaftlichen Betrieb macht der Wettbewerbsnachteil bereits einen fünfstelligen Eurobetrag aus. Unterschiedliche Standards führen zu einer Abwanderung von Produktion und Arbeitsplätzen ins Ausland und damit zum Gegenteil dessen, was von uns allen gefordert wird, nämlich nachhaltige landwirtschaftliche Bewirtschaftung bei bestmöglichem Umwelt- und Tierschutz.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut! – Beifall der Abg. Kleinmann FDP/DVP und Mack CDU)

Meine Damen und Herren, nicht umsonst hat sich – Herr Walter, hören Sie hier genau zu – der Nachhaltigkeitsrat der Bundesregierung veranlasst gesehen, erst jüngst darauf hinzuweisen, dass die Biolandwirtschaft allein kein Indikator für Nachhaltigkeit ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Walter GRÜNE: Das hat auch keiner von uns behauptet!)

Ich sage noch einmal:

(Abg. Schmiedel SPD: Dann reicht es auch!)

Die Bundesregierung befindet sich agrar- und umweltpolitisch auf einem Irrweg. Hinzu kommt ein Bundeskanzler –

(Glocke der Präsidentin)

**Stelly. Präsidentin Beate Fauser:** Herr Drautz, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Walter?

**Abg. Drautz** FDP/DVP: Natürlich.

(Zurufe von der CDU: Nein!)

**Abg. Walter** GRÜNE: Herr Kollege Drautz, Sie sind ja offensichtlich auch ein Anhänger der nachhaltigen –

**Abg. Drautz** FDP/DVP: Entschuldigung! Es ist so laut, dass ich die Frage nicht verstehe.

**Abg. Walter** GRÜNE: Herr Kollege Drautz, verstehen Sie mich? Können Sie mich hören?

**Abg. Drautz** FDP/DVP: Ja.

**Abg. Walter** GRÜNE: Sehr gut!

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Das war die Frage! Fertig! Eine Frage und Schluss! – Heiterkeit)

**Abg. Drautz** FDP/DVP: Danke für die Frage.

**Abg. Walter** GRÜNE: Herr Lasotta, lesen Sie erst einmal das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu Cannabis, und kommen Sie dann wieder.

Herr Kollege Drautz, was ich sagen wollte:

(Abg. Hauk CDU: Sie sollen nichts sagen, Sie sollen fragen!)

Sie sind ein Anhänger der Nachhaltigkeit, zumindest wenn man Ihre Rede hört. Deswegen meine Frage: Ist Ihnen der letzte Bericht des Sachverständigenrats für Umweltfragen bekannt, und, wenn ja, haben Sie darin gelesen, dass er ausdrücklich ein Lob für die neue Agrarpolitik enthält und dass darin gesagt wird, dass sie ein erheblicher Fortschritt ist gegenüber dem, was wir bisher hatten, besonders unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit?

(Abg. Schmiedel SPD: Können Sie das bestätigen, Herr Drautz? – Abg. Drexler SPD: Können Sie bestätigen, dass Sie es nicht gelesen haben?)

**Abg. Drautz** FDP/DVP: Ich muss eines ganz klar sagen – da wird sich die SPD und vor allem Herr Schmiedel gleich freuen –: Von wem ist der Bericht in Auftrag gegeben worden?

(Abg. Drexler SPD: Von dem FDP-Bundesvorstand! – Abg. Walter GRÜNE: Das ist doch der Sachverständigenrat, den es schon unter Töpfer und unter Merkel gegeben hat!)

– Nein. Das war vom Umweltministerium in Auftrag gegeben.

Ich sage noch einmal, Herr Walter: Die Bundesregierung befindet sich agrar- und umweltpolitisch auf einem Irrweg.

(Abg. Schmiedel SPD: Wir wollten wissen, ob du den Bericht gelesen hast!)

Hinzu kommt ein Bundeskanzler – Herr Schmiedel, hören Sie genau zu –, der sich auf EU-Ebene wie die Axt im Walde benimmt. Anstatt mit den europäischen Partnern zu reden, werden über Presseerklärungen Konflikte noch geschürt und wird somit einer konstruktiven Agrarpolitik und einer Vereinheitlichung landwirtschaftlicher Standards jede Chance geraubt.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Verbraucher und Landwirtschaft brauchen endlich wieder Rechtssicherheit. Bundeskanzler Schröder hat anfangs seiner Regierungszeit den Erfolg, Herr Drexler, von Agenda 2000 gerühmt und festgestellt, dass damit verlässliche Rahmenbedingungen bis 2006 geschaffen wurden.

Doch heute gilt diese Aussage offensichtlich nicht mehr. Die Einführung der Modulation kommt vor der Halbzeitbewertung der Agenda 2000 zum völlig falschen Zeitpunkt. Länder wie Frankreich haben sich schon längst davon verabschiedet. Die Agrarwende der Bundesregierung ist auf der ganzen Linie gescheitert.

Doch, meine Damen und Herren, es kann auch nicht so sein – da wende ich mich jetzt an die CDU –, wie in großen Teilen der CDU gesagt wird: Zurück zur alten Tagesordnung! Dies kann auch nicht sein.

(Abg. Walter GRÜNE: Sehr richtig! Endlich einmal etwas Vernünftiges!)

(Drautz)

EU-Kommissar Fischler hat Recht, wenn er von einer Entkoppelung von Prämien redet, wie das die FDP bei ihrem Modell der Kulturlandschaftsprämie bereits im vergangenen Jahr beschlossen hat, um die EU-Agrarpolitik grundsätzlich zu reformieren. Die FDP fordert eine drastische Reduzierung der Bürokratie ebenso wie eine langfristige Reduzierung der Vielzahl von Einzelförderungen. Die Landwirtschaft muss endlich stärker für ihre Leistungen an der Kulturlandschaft und damit für die Allgemeinheit honoriert werden. Wir müssen weg vom Begriff der Subventionierung

(Abg. Drexler SPD: Genau!)

und hin zum Begriff der Entlohnung für Leistungen für die Gesellschaft.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD:  
Richtig!)

Wir haben in Baden-Württemberg europaweit beispielgebende Agrarumweltprogramme. Das MEKA-Programm ist bundesweit anerkannt, wird aber von vielen anderen Bundesländern, insbesondere von rot-grün regierten, nicht in ähnlicher Weise umgesetzt,

(Abg. Teßmer SPD: Na und?)

weil sie nicht in der Lage oder nicht bereit sind, solche Programme zu finanzieren.

(Abg. Walter GRÜNE: Das ist doch nicht wahr!  
Lies doch mal das Programm von NRW durch!)

Wer aber mehr Regionalität, Herr Walter, besseren Verbraucherschutz und damit die Gleichwertigkeit von landwirtschaftlicher Produktion sowohl des ökologischen als auch des konventionellen Bereichs will, muss auf den Dialog mit dem Verbraucher und mit dem Produzenten setzen. Wir tun dies in unseren Programmen, die sich dadurch auszeichnen, dass sie insgesamt auf Freiwilligkeit setzen und deshalb auch gut angenommen werden. Für die FDP bedeuten Verbraucherschutz und Landwirtschaftspolitik nicht nationale Alleingänge, Herr Walter, und Auflagen, sondern eigenständige, freiwillige Programme und Kooperationen mit den Betroffenen.

Gerade das von der Opposition hier im Hause so heftig angegriffene Herkunfts- und Qualitätszeichen Baden-Württemberg unterstreicht diesen Grundgedanken. Mit dem Ausbau und der Weiterentwicklung des HQZ haben wir ein regionales Qualitätszeichen mit wirksamen Kontrollmechanismen, auf das die Verbraucher vertrauen können. Diesen Weg wollen wir mit unserem gemeinsamen Antrag mit der CDU weiter beschreiten. Dabei ist es selbstverständlich, dass wir konventionelle Landwirtschaft, die unter dem HQZ produzierende Landwirtschaft und die Biolandwirtschaft gleichberechtigt weiterentwickeln wollen. Wir wollen auch klar und deutlich machen, dass alle Lebensmittel, die am Markt angeboten werden, gesundheitlich einwandfrei sind.

(Abg. Drexler SPD: Jesses Gott!)

Unsere hohen Lebensmittelstandards werden im konventionellen Landbau ebenso wie im Ökolandbau eingehalten.

Abschließend möchte ich für die Zukunft unserer landwirtschaftlichen Betriebe für die FDP feststellen und fordern: erstens eine stärkere Ausrichtung der europäischen Agrarpolitik an den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft und den vielfältigen Aufgaben der Landwirtschaft.

Zweitens: Die Landwirte müssen von bürokratischen Gängelungen und bürokratischen Marktregulierungen befreit und damit wieder zu Unternehmern gemacht werden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Sie müssen die Chance haben, einen wesentlichen Teil ihres Einkommens in Zukunft wieder über den Markt zu erzielen. Die anstehende Halbzeitbewertung der Agenda 2000 muss genutzt werden, um die mit der Agrarreform von 1992 und der Agenda 2000 eingeleiteten marktwirtschaftlichen Orientierungen der EU-Agrarpolitik behertzt fortzuführen. Dabei muss ein konsequenter Umbau der produktbezogenen Unterstützung zu einer produktionsunabhängigen Kulturlandschaftsprämie schrittweise durchgezogen werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der  
CDU)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Ich erteile das Wort Herrn Abg. Kiefl.

(Abg. Fischer SPD: Warum nicht zuerst dem Herrn  
Minister?)

**Abg. Kiefl** CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Erstens – ich sage es stichwortartig – rede ich unter fünf Minuten, weil ich davon ausgehe, dass das Parlament Frau und Manns genug ist, dieses Thema einmal zu einer vernünftigen Stunde in Stuttgart in die Zukunft gerichtet und nicht immer mit diesem blödsinnigen Schlagabtausch nach rückwärts zu diskutieren.

(Beifall bei der CDU, der FDP/DVP und den Grünen  
sowie Abgeordneten der SPD – Abg. Walter  
GRÜNE: Das ist uneigennützig! Sehr gut!)

Zweitens möchte ich sagen, dass der notwendige Umbau der Agrarpolitik vonstatten geht. Da kann man über die Details noch nicht viel sagen; die kennen wir noch nicht. Aber die EU-Kommission hat sich das Konzept der baden-württembergischen Agrarpolitik zum Vorbild genommen, das wir hier, lieber Herr Walter, liebe Kollegen, bereits seit 25 Jahren betreiben,

(Abg. Dr. Birk CDU: Hört, hört!)

nämlich die Trennung der Ausgleichszahlungen von der Produktion.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg.  
Walter GRÜNE: Warum kritisiert ihr es dann immer?  
– Abg. Kretschmann GRÜNE: Die letzten 25  
Jahre gehören nicht zur Zukunft! – Gegenruf des  
Abg. Drexler SPD: Da hat er Recht!)

– Herr Kretschmann, da haben wir die Zukunft eingeleitet mit der Kartierung von Feuchtgebieten, wo wir Produktion herausgenommen und Ökologie eingekauft haben. Das hat vor 25 Jahren begonnen.

(Kiefl)

Drittens: Zu diesem Umbau, der ins Haus steht, gibt es keine Alternative. Aber wir werden in jedem Fall überlegen müssen, was das alles kostet und was es bringt. Ich versage mir, jetzt darauf einzugehen.

Viertens: Verbraucherschutz. Frau Künast, vorbeugender Verbraucherschutz –

(Abg. Walter GRÜNE: Frau Kipfer heißt sie!)

Frau Kipfer,

(Große Heiterkeit – Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

vielleicht wären Sie eine bessere Verbraucherministerin. Denn die Verbraucherministerin, Frau Künast, hat vor zwei Tagen ihren absoluten Bankrott dadurch erklärt,

(Abg. Dr. Lasotta CDU: So ist es!)

dass ihr nichts anderes übrig blieb, als an die Verbraucher zu appellieren, weniger Fleisch zu essen oder gar kein Fleisch mehr zu essen

(Abg. Walter GRÜNE: Nein, „Qualitätsfleisch“ hat sie gesagt!)

– so eine Presseaussage –, weil sie offensichtlich nicht in der Lage ist, den Verbraucherschutz zu garantieren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Walter GRÜNE: Das ist ja lächerlich! – Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

Ich bin gleich fertig. Wir werden ausführlich darüber diskutieren, aber heute nicht mehr, weil ich das Theater hier nicht mehr mitmache. Das grenzt wirklich langsam an Theater.

(Abg. Walter GRÜNE: Sie hat gesagt, sie sollen Qualitätsfleisch essen! Was haben Sie gegen Qualitätsfleisch?)

Fünftens: Was wir brauchen, ist als Allererstes – da gehen wir hoffentlich einig – ein Reinheitsgebot für Futtermittel, das wir in Baden-Württemberg bereits über unser altes HQZ, nicht erst über das jetzt verbesserte, vorgeschrieben haben

(Abg. Walter GRÜNE: Na ja! – Abg. Teßmer SPD: Da durfte Gen drin sein, Herr Kollege! – Abg. Walter GRÜNE: Da durfte Soja aus Brasilien drin sein! Ist das HQZ?)

und jetzt bei dem neuen ganz deutlich gemacht haben.

Sechstens und letztens: Wenn es nicht gelingt, dass der Umbau, der jetzt in der EU richtigerweise – vom Grundsatz, ohne Details – vorgenommen wird,

(Abg. Walter GRÜNE: Sehr gut! Künast!)

national sauber begleitet wird, dann werden wir – das gilt es zu verhindern – erleben, dass die vier wichtigsten Dinge unserer Agrarpolitik auf der Strecke bleiben: die bäuerliche, die flächendeckende Landwirtschaft, damit die Land-

schaft, die wir offensichtlich mehr wollen als die Kalorien, und damit, wenn wir Rohstoffe aus aller Welt ohne Standards zukaufen, natürlich auch die Sicherheit, die Gesundheit und das Vertrauen der Verbraucher.

Schlussbemerkung, damit man merkt, welcher Wandel hier wirklich vollzogen wird: Hier in diesem Haus haben unsere Vorgänger vor 50 Jahren um mehr Kalorien gekämpft, weil sie nur Lebensmittelscheine für 900 Kalorien am Tag hatten. Das fördert ja den Lustgewinn nicht zwingend. Heute kämpfen wir dafür, dass wir von den Kalorien wegkommen. Heute haben wir ganz andere Zielsetzungen. Wer sich das einmal vor Augen hält, der wird begreifen, was sich hinter diesem Umbau der Agrarpolitik verbergen muss.

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Das Wort erteile ich dem Kollegen Teßmer.

**Abg. Teßmer SPD:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die vielen geschlossenen Höfe, die sich im Augenblick in einer Notlage befinden, hätten einmal die Diskussion heute erleben sollen. Damit haben wir niemandem geholfen. Schauen wir jetzt einmal wirklich nach vorn. Vielleicht wird uns dann noch vom Minister geholfen.

(Abg. Drexler SPD: Der gibt doch seine Rede zu Protokoll!)

Punkt 1 ist: Unser bisheriges Fragen nach mehr Kontrollen mit leider sehr viel Vertrauen in die eigenen Kontrollorgane ist missbraucht worden – zum Teil aus Unkenntnis, zum Teil aber auch aus Profitgier. Das heißt, in Zukunft muss klar sein: Derjenige, der regiert, muss die Kennzeichnungspflicht so ausgestalten, dass draufsteht, was drin ist. Was nicht draufsteht, darf auch nicht drin sein. Das ist eigentlich selbstverständlich. Aber es war dennoch anders möglich. Deswegen darf es nicht heißen: „Ich darf so lange entsorgen, wie der Grenzwert es zulässt“, sondern es muss heißen: „Ich darf überhaupt nicht entsorgen.“ Darauf müssen wir uns einigen.

Herr Minister, Sie wissen auch: Kontrolle ist Landessache. Da hat das Land – vielleicht aus Gutgläubigkeit; da will ich überhaupt nichts unterstellen – eben nicht das Erforderliche getan.

Was machen wir denn jetzt mit den Landwirten? Sie sind ja gar nicht schuld. Aber sie sind die Einzigen, die die Zeche bezahlen sollen. Das sehe ich nicht ein. Vielleicht hat der eine oder andere in den letzten drei Tagen einmal gesehen, was es bedeutet, wenn jemand seine Milch nicht verkaufen darf und jetzt zu Hause sitzt und 48 Stunden auf das Ergebnis einer Kontrollprüfung wartet. Da kann ich nur sagen: Da sind wir auch gefordert. Da dürfen wir nicht nur sagen, dass in Berlin oder in Brüssel jemand etwas falsch gemacht hat.

Herr Fischler hat ganz Recht, wenn er sagt, die Überproduktion müsse gestoppt werden. Das, was wir nicht brauchen, brauchen wir auch nicht zu finanzieren. Da sind wir uns ja einig.



(Teßmer)

Herr Drautz, Modulation eröffnet doch auch eine Chance. Das Geld kommt doch zurück.

(Zurufe der Abg. Drautz FDP/DVP und Walter GRÜNE)

Also müssen wir diese Chance doch auch wahren.

Vorletzter Punkt: Es darf nicht sein, dass Dinge, die bei Kontrollen herauskommen, nicht gemeldet werden. Es kann doch nicht sein, dass durch ein Zufallsgutachten einer Versicherung für die Firma Hipp herauskommt, dass dort ein Fehler geschehen ist. Wir müssen die Meldepflicht so gestalten, dass alles, was herauskommt, umgehend an die Ministerien gemeldet wird, damit dann auch kontrolliert und gehandelt werden kann. Wir müssen das Vertrauen der Verbraucher wieder zurückgewinnen.

Es ist nicht meine Aufgabe, Frau Künast zu verteidigen. Aber wenn sie etwas sagt, dann muss man den ganzen Satz hören. Sie sagte: „Wer Vertrauen haben will und wer den Kontrollen nicht traut, darf eigentlich kein Fleisch mehr essen.“ Es ist ein großer Unterschied,

(Zuruf des Abg. Kiefl CDU)

wenn nur der zweite Teil des Satzes in der Zeitung steht. Dann fehlt die erste Hälfte. Wer genau weiß, wo sein Fleisch erzeugt worden ist, der kann das nach wie vor essen.

(Abg. Walter GRÜNE: Das hat sie gesagt, genau!)

Aber es darf nie wieder vorkommen, dass ein Landwirt in Baden-Württemberg guten Glaubens Futter kauft – meist sogar teureres – und dann etwas hineingemischt bekommt, was in Holland oder in Belgien nachträglich hergestellt wurde und zur Hälfte in Irland produziert worden ist.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU)

Daran sind wir alle einzeln nicht schuld. Unsere Landwirtschaft braucht aber wieder Vertrauen.

Ganz am Schluss noch eine kleine Bemerkung vom scheidenden Professor Golter. Er hat ganz richtig gesagt: „Der Bauer der Zukunft ist Unternehmer.“ Und dann hat er am Schluss gesagt: „Die Interessen der Landwirte sind künftig am besten im Wirtschaftsministerium aufgehoben.“

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU – Weitere Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Drexler: Herr Dr. „Mailänder“ muss jetzt reden!)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Ich erteile das Wort Herrn Minister Stächele.

(Abg. Drexler SPD: Jetzt der Herr „Mailänder“ von der Regierung! – Abg. Walter GRÜNE: Sie überlassen nie der FDP/DVP das Landwirtschaftsministerium! – Unruhe)

**Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! An sich wollte ich einige grundsätzliche Dinge vortra-

gen. Aber gerade die letzte Wortmeldung des Kollegen Teßmer sowie auch das, was Frau Kollegin Kipfer gesagt hat, veranlassen mich doch, noch einmal das Thema Kontrollen aufzugreifen. So kann das ja nicht stehen bleiben.

(Abg. Teßmer SPD: Was denn?)

Wenn ich mich recht erinnere, ist die ganze Geschichte mit Nitrofen in Mecklenburg-Vorpommern entstanden.

(Abg. Kiefl CDU: So ist es!)

Die Behörde, die über Monate hinweg verschlampt hat, zu unterrichten, war eine Bundesbehörde.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Teßmer SPD: Als die es gewusst hat, hat sie kontrolliert!)

Herr Teßmer und Frau Kipfer, machen Sie es sich doch nicht so einfach. Kaum waren die ersten Meldungen über Nitrofen da, kam die Meldung von Frau Kipfer: „Stächele macht es falsch“ oder „Stächele tut nichts“.

(Abg. Drexler SPD: Ja, wer ist denn Minister?)

Wir sollten die Kirche dabei doch ein bisschen im Dorf lassen.

(Abg. Teßmer SPD: Sie haben nur gesagt, wir seien nicht betroffen!)

Wir sollten gemeinsam wissen – das sage ich jetzt für alle, die in diesem Bereich Verantwortung tragen –: Wir sind leider nicht vor kriminellen Elementen gefeit.

(Abg. Walter GRÜNE: So ist es!)

Diese gehören ausgemerzt.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Alle, die kriminell handeln, gehören aus dem Verkehr gezogen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Walter GRÜNE: Da hat er Recht!)

Jetzt sage ich ein Zweites dazu: Auch wenn Frau Künast nicht vor kriminellen Elementen gefeit ist,

(Abg. Teßmer SPD: Genauso wie Sie!)

warten wir seit ihrer Ankündigungsrede vom Februar 2001 auf eine Verschärfung der Strafen. Außer der Ankündigung ist nichts geschehen.

Ein Weiteres muss erwähnt werden. Ich glaube, Kollege Drautz hat das gesagt. Liebe Frau Kipfer, wenn Frau Künast sagt, es müsse draufstehen, was drin ist: Her damit!

(Abg. Teßmer SPD: Das sagen Sie doch auch! – Abg. Walter GRÜNE: Wo Willi draufsteht, ist Willi drin!)

Bringen Sie doch endlich die Positivliste durch. Herr Bartels, ein Kollege von der SPD, sprach dieser Tage von einem schuldhaften Verzögern, dass man nicht in der Lage

(Minister Stächele)

war, endlich europaweit diese Positivliste durchzusetzen, die klärt, was bei uns drin sein darf und was tatsächlich Futtermittel sein darf.

(Abg. Teßmer SPD: Das ist Europa! Das hat Herr Borchert auch nicht gesagt!)

Ich habe den Eindruck, dass vieles scheitert, weil man nicht so europafähig ist, wie man es insbesondere in der Agrarpolitik sein müsste.

(Abg. Teßmer SPD: War das denn vorher der Fall?)

Wer nämlich glaubt, vorschnell und manchmal überlaut unsere Nachbarn kritisieren zu müssen, der hat es ganz schwer, Verbündete zu finden, wenn er möglicherweise eine gemeinsame europäische Lösung anzustreben hat.

(Zuruf des Abg. Wichmann SPD)

Kurzum: Was Kontrollen anlangt, sei hier noch einmal deutlich gesagt: Trotz aller Haushaltszwänge ist der Kontrollbereich in Baden-Württemberg von Stellenkürzungen ausgenommen geblieben.

Das Zweite: Wir reden nicht nur über Behörden, sondern wir haben sie geschaffen. Wir haben zum einen eine Abteilung Lebensmittelsicherheit geschaffen, die zu 100 % funktioniert. Da können Sie reden, wie Sie wollen. Die Dinge stimmen. Ich bin schon ein bisschen überrascht, Frau Kipfer, wenn Sie sagen – ich habe mir das wörtlich aufgeschrieben –: „Vor lauter Schnellreaktion vergessen Sie die Effizienz.“

(Abg. Drexler SPD: Noi!)

Was wollen Sie denn jetzt? Sollen wir reagieren? Sollen wir schnell reagieren, oder sollen wir abwarten, bis Sie uns wieder den Vorwurf machen, wir reagierten nicht? So einfach kann man es sich im Parlament nicht machen.

(Abg. Teßmer SPD: Das haben wir ja auch nicht gemacht!)

Vor allem machen Sie sich ja schuldig an den vielen tausend Mitarbeitern, die da tätig sind und die Tag und Nacht und auch am Sonntag hervorragende Arbeit leisten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Teßmer SPD: Das haben wir doch gar nicht kritisiert!)

Schauen Sie: Wir haben die Chemischen und Veterinäruntersuchungsämter, die Veterinärämter und den WKD.

(Abg. Teßmer SPD: Die können nur kontrollieren, was sie kriegen!)

Wir sind in der Lage, viele Dinge zu tun, die andere nicht tun. Zum Beispiel können verbotene Pestizide in ausländischen Produkten bei uns aufgespürt werden.

(Abg. Teßmer SPD: Wenn die Labors sie kriegen!)

Sie wissen, dass wir als erstes Bundesland amtliche Untersuchungen in Sachen Acrylamid anbieten können. Andere

schauen, wie wir das machen. Sie wissen, dass – wenn ich das richtig weiß – das Dioxinlabor in Freiburg

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

in Vergleichstests als das weltbeste qualifiziert worden ist, und Sie wissen, dass wir gerade auch beim Nachweis von gentechnischen Veränderungen in Europa führend sind. Also machen Sie doch nicht immer das eigene Land und die Einrichtungen madig, die hier funktionieren, die optimal arbeiten und Weltniveau haben. Dafür sind Sie nicht ins Parlament gewählt worden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Drexler SPD – Abg. Teßmer SPD: Sie machen es sich zu leicht!)

– Nein, nein.

Ich komme gleich zum Zweiten, was mir immer unbotmäßig stinkt, weil Baden-Württemberg da wirklich erfolgreich war: Damit meine ich den Versuch, immer wieder das HQZ madig zu machen. Ich habe das damals gespürt, als wir die Situation mit dem Obst am Bodensee hatten. Alles, aber auch alles wollte man dem HQZ anhängen. Überlegen Sie einmal, was Sie tun, wenn Sie sagen: „Wir schaffen ein einheitliches Biosiegel.“ Das ist wieder genau der alte falsche Denkansatz, Biolandbau gegen den hergebrachten, konventionellen Landbau auszuspielen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das tut doch niemand!)

Das Biosiegel ist das eine. Es war schon Schande genug, dass es durch das Künast-Biosiegel nivelliert worden ist. Das taugt nämlich nichts. Deswegen haben wir ein baden-württembergisches Biosiegel gemacht.

(Abg. Walter GRÜNE: Das ist doch Quatsch! Das ist doch rechtlich gar nicht anders möglich!)

Das andere, das HQZ – das wird beim Verbraucher anerkannt –, ist ganz einfach der bisher erfolgreiche Versuch – wenn es im Parlament nicht immer madig gemacht wird –, bei dem die Leute wissen: Das kommt aus Baden-Württemberg, es wurde in Baden-Württemberg angebaut, und ich kann darauf vertrauen. Machen Sie das HQZ nicht weiter madig!

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Frau Kipfer, Ihr Beitrag enthielt einen Spruch. Man muss das einfach einmal sagen, weil es einen ärgert und weil man die Leute draußen kennt und weiß, wie sie sich bemühen. Es hieß: Die integrierte Produktion reißt niemanden mehr vom Hocker. So ein – Entschuldigung! –

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Sagen Sie es!)

unsinniges Geschwätz habe ich selten gehört. Ich war noch Bürgermeister einer Stadt, als damals 2 000 Obstbauern überzeugt werden mussten, zu unterschreiben,

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

(Minister Stächele)

dass sie ab sofort – das war Anfang oder Mitte der Neunzigerjahre – alle miteinander verpflichtet sind, integrierten Anbau durchzuführen.

(Abg. Teßmer SPD: Das ist doch gut gewesen!  
Aber was ist heute? – Zuruf der Abg. Birgit Kipfer  
SPD)

Das ist gar nicht so einfach gewesen. Sie haben das wahrscheinlich noch nie gemacht, sonst wüssten Sie, welche Mühen da erforderlich sind.

(Abg. Teßmer SPD: Natürlich! Aber ich kann doch nicht hinter das zurück!)

Deswegen sagen Sie, das reiße niemanden vom Hocker. Wer so redet, der macht im Grunde die Arbeit unserer Landwirte madig.

(Abg. Teßmer SPD: Das ist doch gar nicht wahr!)

Er schießt sie weg und treibt sie weg. Das machen wir nicht mit. Dieses Spiel geht mit uns, mit der CDU, nicht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Jetzt aber ein paar Anmerkungen zu den grundsätzlichen Themenstellungen.

Der Begriff Agrarwende war deswegen falsch,

(Abg. Teßmer SPD: Es ist doch egal, wie Sie es nennen!)

weil er geprägt war von einer ungemainen Unkenntnis über das, was in den letzten Jahrzehnten gegangen ist.

(Abg. Teßmer SPD: Na, na, na! – Zuruf der Abg.  
Ursula Haußmann SPD)

Die Landwirtschaft unterlag immer rasanten Veränderungen. Je mehr ich mich damit beschäftige, desto mehr steigt mein Respekt vor denen, die immer wieder neuen Mut gefasst haben, um diesen Weg mitzugehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des  
Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Ich kann Ihnen sagen, Herr Palmer, worin der Paradigmenwechsel bestand: Im Grunde hat man diejenigen, mit denen man immer wieder einen schwierigen Weg gegangen ist, plötzlich beschimpft und geglaubt, man könne diesen Weg gegen sie gehen. Das geht aber nicht. Wir müssen den weiteren Weg mit den Landwirten gehen. Wir müssen ihnen Mut machen. Wir können sie nicht fortwährend an den Pranger stellen. Das ist das Erste, was gilt.

(Beifall des Abg. Kiefl CDU)

Das Zweite ist: Wir müssen wissen: Diese Leute, die sich dann auch in jungem Alter für den Beruf des Landwirts entscheiden, müssen Mut fassen können. Sie müssen eine Chance haben, Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten.

(Zurufe der Abg. Teßmer SPD und Walter GRÜNE)

Sie müssen eine Chance auf Wirtschaftlichkeit haben. Deswegen sind alle nationalen Alleingänge in einem europaweiten und weltweiten Markt einfach untauglich, hinderlich und schaden unserer bäuerlichen Landwirtschaft.

(Abg. Drautz FDP/DVP: So ist es!)

Meine Damen und Herren, es gibt im Moment drei Themenstellungen, mit denen wir uns in den nächsten Jahren mit großem Ernst beschäftigen müssen und die uns noch manche Parlamentsdebatte bringen werden: Erstens ist das die Zwischenbewertung zur Agenda 2000, zweitens die Osterweiterung und drittens natürlich – das ist für uns als Außenhandelsland gleichermaßen wichtig und bedeutend – die Frage, wie wir unsere Agrarprodukte in einem liberalen Welthandel, in dem wir auch unsere Produkte verkaufen möchten, unterbringen können.

Es gab in den letzten Jahrzehnten immer wieder neue Kehrtwenden und immer wieder neue Wendstellungen. Jetzt bemühen wir uns – auch hier ist Baden-Württemberg ein Vorreiter –, eine umweltgerechte und tierartgerechte Landbewirtschaftung durchzuführen. Was wir hier mit MEKA und SchALVO an Pionierleistungen eingebracht haben, sucht seinesgleichen. Andere Bundesländer stehen am Anfang dieses Weges. Deswegen sollten wir das nicht schlechtreden.

(Abg. Teßmer SPD: Alles rückwärts!)

Jetzt geht es im Zusammenhang mit der Zwischenbewertung um einige Überlegungen, die Fischler eingebracht hat. Dabei ist es völlig falsch, zu sagen, nun werde dieser oder jener bestätigt.

(Abg. Teßmer SPD: Es ist schön, was Sie da sagen!)

Es ist gut, dass sich Fischler mit seinen Einlassungen ausdrücklich für die Direktzahlungen ausgesprochen hat.

(Abg. Teßmer SPD: Ja, richtig!)

Die Direktzahlungen sind gerade in Baden-Württemberg ein wichtiges Element für unsere bäuerlichen Betriebe.

(Abg. Teßmer SPD: Unabhängig von der Produktionsmenge, das ist wichtig!)

Weiter bin ich auch gern bereit, zu diskutieren, inwieweit diese Direktzahlung künftig pauschaliert erfolgen kann. Hier in diesem Haus ist niemand, der nicht von der Bürokratie wegkommen und den Bauern das Leben damit etwas leichter machen möchte. Aber die Pauschalierungsfrage ist eine Frage, die ganz intensiv besprochen werden muss.

Zunächst einmal geht es darum: Wie schaffen wir es in der Zukunft, wenn Pauschalbeträge aus der Vergangenheit die Zukunft bestimmen sollten? Wie können wir das in der Zukunft gestalten, wenn Betriebsaufgaben und Betriebsteilungen erfolgen und dann mit einem festgelegten Pauschbeitrag Zukunft gemacht werden soll?

Die zweite Frage, die sich bei Pauschalbeträgen stellt: Wie können wir es schaffen, dass unsere Gesellschaft akzeptiert, dass Pauschalbeträge berechnet und bezahlt werden,

(Minister Stächele)

ohne dass das erfolgt, was wir immer wieder als Begründung für Direktzahlungen angeführt haben, nämlich ganz konkret festgelegte Dienstleistungen an der Landschaft aus der Wertschöpfung heraus?

Ich denke, dass da noch einiges gesagt, diskutiert und besprochen werden muss. Deswegen sage ich von vornherein: Es wäre ein Unding, zu glauben, dass jetzt eine Zwischenbewertung zur Agenda 2000 übers Knie gebrochen werden könnte. Unsere Betriebe brauchen Planungssicherheit. Das, was ursprünglich festgelegt war – 2007, 2008 –, ist richtig. Wir werden uns dieser Diskussion offensiv stellen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das Nächste: Keiner von uns hat etwas gegen die Modulation,

(Abg. Teßmer SPD: Kommt jetzt ein Aber?)

weil in Baden-Württemberg die zweite Säule der Agrarpolitik lange vor anderen Bundesländern erkannt und ausgebaut worden ist.

(Abg. Teßmer SPD: Also!)

Das heißt also, wir sind gern bereit, in eine Modulation einzusteigen, also von den Direktzahlungen Gelder wegzunehmen. Aber die Voraussetzungen, die wir an eine solche Modulation stellen müssen, sind folgende: Erstens muss sie europaweit erfolgen, zweitens müssen die Gelder, die aus der Direktzahlung abfließen, der Landwirtschaft auch wieder zugute kommen, und drittens schließlich muss man unsere kleinen Betriebe mit entsprechenden Pauschalbeträgen möglichst aus der ganzen Bürokratie heraushalten.

Jetzt kommt das Zweite, warum ich gegen die Vorschläge von Frau Künast bin: Es ist doch geradezu ein Treppenwitz oder ein Unding hoch drei, wenn man jetzt versucht, dies ein oder zwei Jahre vor Einführung einer EU-weit geltenden Modulation mit aller Gewalt und möglicherweise aus wahltaktischen Gründen hier in Deutschland durchzudrücken.

(Abg. Walter GRÜNE: Ach, andere Länder haben das doch schon!)

Davor sollten wir unsere Landwirte bewahren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Schließlich, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, sollten wir uns alle davor bewahren, jetzt die ganze Thematik künftiger Agrarordnungen mit der Frage der Osterweiterung zu vermengen

(Abg. Teßmer SPD: Haben wir auch nicht gemacht!)

und letztlich all das, was wir an Transferleistungen für die Landwirtschaft und zur Landschaftserhaltung brauchen, in die Diskussion über die Vor- und Nachteile einer EU-Osterweiterung einzubringen.

Meine Damen und Herren, es steht fest: Die EU-Osterweiterung muss kommen. Sie wird uns Geld abverlangen. Bis

zum Jahr 2006 wird mit 40 Milliarden € gerechnet, die sie uns abverlangen wird. Aber es steht auch fest – auch das ist Wahrheit –, dass die Agrarfinanzierung davon tatsächlich nur etwa ein Zehntel ausmacht.

Kurzum: Ich nehme gern auf, was vorgeschlagen wurde, und empfehle: Wir sollten schon in einer der nächsten Parlamentsitzungen das Thema Agrarpolitik – aktueller Stand –, unsere Leitbilder und natürlich auch den Blick in die Zukunft zum Gegenstand einer Debatte machen. Ich sage: Baden-Württemberg ist gut aufgestellt, die Agrarpolitik kann sich sehen lassen. Wir haben beste Voraussetzungen, auch die Zukunft meistern zu können.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Walter GRÜNE meldet sich zu Wort. – Abg. Walter GRÜNE: Bloß noch einen Satz!)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Ich erteile das Wort Herrn Abg. Walter.

(Abg. Seimetz CDU: Ja, sag mal! Er hat doch gar keine Redezeit mehr! – Unruhe)

**Abg. Walter GRÜNE:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich wollte nur noch sagen: Ich habe gestern mit dem Herrn Minister gewettet. Er muss mir demnächst drei Flaschen Spätburgunder bezahlen, weil er nämlich wettet, dass Frau Künast ab Oktober nicht mehr Ministerin ist.

(Abg. Seimetz CDU: 62 Tage, dann ist Schluss! – Abg. Dr. Birk CDU: Er zahlt sogar sechs!)

Ich lade alle ein, dabei zu sein, wenn wir diesen Wein zusammen trinken!

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Meine Damen und Herren, nachdem die Fraktionen vereinbart hatten, die Redezeit auf 10 Minuten je Fraktion zu beschränken, möchte ich Ihnen ganz kurz mitteilen, dass die CDU 18:58 Minuten, die SPD 23 Minuten, die FDP/DVP – sie war wirklich am besten im Rennen – 15:47 Minuten und die Grünen 20:23 Minuten Redezeit in Anspruch genommen haben.

Ich finde es schön, dass Sie gern arbeiten. Wenn Sie allerdings etwas früher nach Hause möchten, dann würde ich Ihnen doch empfehlen, sich an die von den Fraktionen vereinbarte Redezeit zu halten.

(Unruhe)

– Meine Damen und Herren, mehr Ruhe bitte!

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Anträge. Nach einer Vereinbarung der Fraktionen sollen alle Anträge,

(Abg. Walter GRÜNE: Alles überweisen!)

nämlich die Anträge Drucksachen 13/362, 13/543, 13/606, 13/1196 und 13/1197, an den zuständigen Ausschuss überwiesen werden. – Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Damit ist Punkt 6 der Tagesordnung beendet.



(Stellv. Präsidentin Beate Fauser)

Meine Damen und Herren, Punkt 7 wurde von der Tagesordnung abgesetzt und wird nach einer Absprache zwischen den Fraktionen auf Oktober anberaunt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP/DVP und der Fraktion GRÜNE – Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes – Drucksache 13/1069**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 13/1151**

**Berichterstatter: Abg. Herrmann**

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich das Wort

(Abg. Seimetz CDU: Herrmann!)

Herrn Abg. Herrmann.

**Abg. Herrmann** CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In der Unterlage, die wir für die heutige Sitzung bekommen haben, ist ausgeführt, dass die Landtagsabgeordneten im Jahr 1949 hier in Bebenhausen erstmals eine Entschädigung beschlossen haben. Die Anfangsdiät betrug damals 285 Mark im Monat.

Jetzt ist alles eine Frage des jeweiligen Vergleiches. Ich habe mich einmal erkundigt, was damals ein Lehrer an einer Schule verdient hat. Das Anfangsgehalt eines Lehrers betrug um 1950 233 DM.

Beide Einkommen haben sich zwischenzeitlich deutlich nach oben entwickelt, aber nicht zugunsten der Abgeordneten. Kollege Birzele hat vor drei Jahren hier dargelegt – es ist interessant, das noch einmal nachzulesen –, dass ein Lehrer an der Schule in etwa das gleiche Einkommen hat wie die Abgeordneten des Landtags von Baden-Württemberg.

(Abg. Dr. Birk CDU: Was für ein Lehrer?)

– Das ist auch wieder eine Frage des Durchschnitts. Herr Birzele hat genau dargelegt,

(Abg. Dr. Birk CDU: Studienrat!)

dass es ein Lehrer ist – 52 Jahre alt, verheiratet, zwei Kinder, in A 13 –, der exakt dem Altersdurchschnitt und dem Familienstandsdurchschnitt der Abgeordneten des Landtags von Baden-Württemberg entspricht.

Die Frage der Erhöhung der Abgeordnetendiäten ist immer wieder für Schlagzeilen gut. Wenn man aber den Bericht des Präsidenten auf der Drucksache 13/1071 gründlich liest, dann sieht man, dass er ausführlich zeigt, dass sich die Einkommen der Arbeiter und Angestellten in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst sowie die Renten so entwickelt haben, dass eine Erhöhung der Entschädigung um 3,2 % dem Schnitt der Einkommenssteigerung der Bevölkerung entsprechen würde. Wir beschließen heute aber eine Erhöhung der Abgeordnetendiäten um 2,8 %

und bleiben also unter dem Durchschnitt der Einkommenssteigerung der Bevölkerung.

Bei den Pauschalen, die ebenfalls erhöht werden, ist zu berücksichtigen, dass die Erhöhung für zwei Jahre gilt, weil wir letztes Jahr eine Nullrunde eingeleitet haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

Meine Damen und Herren, wenn ich dann in einem Brief an die Abgeordneten lese: „Es ist nicht zu fassen, mit welcher regelmäßigen Dreistigkeit diese so genannten Volksvertreter sich aus Steuermitteln selbst bedienen“, dann muss ich sagen: Das ist falsch und einfach nicht wahr. Dies erkennt man, wenn man sich mit den Fakten, die alle veröffentlicht sind, auseinandersetzt. Wir sehen in diesem Gesetzentwurf eine angemessene und sachgerechte Erhöhung der Abgeordnetendiäten vor.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch eine Bemerkung zum Änderungsantrag von CDU, SPD und FDP/DVP machen, nach dem die Mitglieder von Unterausschüssen, die einen zeitlich und fachlich begrenzten Auftrag haben, bei der Tagegeldpauschale Mitgliedern des Petitionsausschusses und von Enquetekommissionen gleichgestellt werden sollen. Wir haben auch dies sehr gründlich und ausführlich beraten und sind der Auffassung, dass es berechtigt und sachgerecht ist, diese Mitglieder bei der Tagegeldpauschale Kollegen gleichzustellen, die im Petitionsausschuss oder in Enquetekommissionen tätig sind. In diesem Sinne halten wir diesen Antrag für richtig und sinnvoll.

Eine letzte Bemerkung, meine Damen und Herren: Um die jährlich wiederkehrenden Diskussionen in der Öffentlichkeit zu beenden, hielte ich es für sinnvoll, die jährliche Diätenerhöhung an irgendeinen anderen Bereich anzukoppeln, beispielsweise an Tarifabschlüsse. Es muss nicht gerade der Abschluss der IG Metall sein, der regelmäßig die höchsten Steigerungsraten hat. Er könnte es aber sein. Leider ist vor einigen Jahren im Bundestag eine entsprechende Grundgesetzänderung, die auf Bundesebene dafür notwendig wäre, gescheitert. Vielleicht ist es aber einmal möglich, dass wir im Landtag von Baden-Württemberg in dieser Frage eine Mehrheit zustande bekommen und die Diäten an eine von Tarifpartnern festgelegte Erhöhung anknüpfen.

Meine Damen und Herren, in dem Gesetzentwurf, der heute zur Abstimmung steht, ist die Frage der Zulagen für bestimmte Funktionen innerhalb des Parlaments nicht enthalten. Wir werden diese Frage im Herbst nach gründlicher Vorberatung nochmals diskutieren, und wir werden dabei auch auf die Frage eingehen, ob wir ein Teilzeit- oder ein Vollzeitparlament sind.

Dazu nur eine Bemerkung – und damit möchte ich auch zum Ende kommen –: Es geht bei der Frage, ob wir ein Teilzeit- oder ein Vollzeitparlament sind, in der Auswirkung eigentlich nur darum, ob Abgeordnete gleichzeitig mit dem Mandat eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst wahrnehmen können.

(Herrmann)

Auch in Vollzeitparlamenten können Abgeordnete in der freien Wirtschaft tätig sein.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sehr richtig!)

Das kann nicht und das wird nicht untersagt werden.

(Beifall bei der CDU – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sehr gut!)

Ich bin der Meinung, wir sollten den öffentlichen Dienst in diesem Zusammenhang mit Tätigkeiten in der freien Wirtschaft gleich behandeln. Ich halte es für gut und richtig, dass wir den Sachverstand und die Erfahrung von Kolleginnen und Kollegen hier im Landtag haben, die neben dem Mandat in der Privatwirtschaft und auch im öffentlichen Dienst tätig sind.

(Beifall des Abg. Dr. Birk CDU)

Wir stimmen dem Gesetzentwurf und dem Änderungsantrag der drei Fraktionen, der uns vorliegt, zu.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Ich erteile das Wort Herrn Abg. Fischer.

**Abg. Fischer SPD:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Kollege Herrmann, Sie haben eben zu den Zulagenregelungen Stellung genommen und zunächst ausgeführt, dass wir dieses Thema im Herbst behandeln. Das begrüße ich. Deshalb wollen wir heute dazu keine Aussagen machen. Denn wenn man einmal anfängt, über dieses Thema zu diskutieren, dann kann man das nicht mit zwei Sätzen abhandeln. Beispielsweise Ihre Einlassung darüber, ob eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst vertretbar ist oder nicht, alles, was Sie hier in den Raum gestellt haben, kann man nicht in zwei Minuten beraten. Deshalb ist es gefährlich, damit anzufangen, und deshalb stimmen wir zu, dass wir das ausgiebig und umfangreich im Oktober/November, wenn der Gesetzentwurf vorliegt, beraten und nicht jetzt hier stichwortartig abhandeln.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie der Abg. Hauk CDU und Kleinmann FDP/DVP)

Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen, eben wurde von Herrn Herrmann schon Kollege Birzele zitiert, der in den letzten Jahren für unsere Fraktion jeweils zu den Diätenerhöhungen gesprochen hat. Auch hier darf ich sagen: Er verglich die Abgeordneten immer wieder mit anderen Berufsgruppen, im letzten Jahr zum Beispiel mit der Berufsgruppe der Journalisten, und führte dabei klar aus, wie hoch die Diäten und Entschädigungen für die Kollegen Abgeordneten sind und wie sie sich gegenüber der freien Wirtschaft gestalten. Diese Situation besteht heute noch genauso, und ich glaube, wir brauchen überhaupt keine Abstriche zu machen, sondern dieser Vergleich und auch diese Differenzen haben sich nicht verändert.

Das Grundgesetz schreibt aber vor, dass der Landtag als Gesetzgeber die Höhe der Entschädigungen selbst beschließen muss, so auch heute in der zweiten Lesung. Wir können diese Aufgabe nicht abdrücken. Wir müssen uns dieser Frage immer wieder stellen.

Zu dem gemeinsam vorgelegten Gesetzentwurf der hier im Landtag vertretenen Fraktionen darf ich deshalb ganz kurz wie folgt Stellung nehmen.

Bei der steuerpflichtigen Abgeordnetenentschädigung beträgt die Erhöhung – ich nenne jetzt nicht die Prozente – 124 € im Monat, und der Prozentsatz dieser Erhöhung liegt 0,5 Prozentpunkte hinter dem im öffentlichen Dienst. Auch die Aufwandsentschädigungen, die steuerfrei sind, hat Herr Kollege Herrmann schon angesprochen. Ich möchte diese jetzt auch aus Zeitgründen nicht im Einzelnen aufführen. Ich darf aber darauf hinweisen und anmerken, dass die Kürzungsbeträge – das wurde nicht gesagt – bei fehlender Sitzungspräsenz sowohl in den Ausschüssen als auch im Plenum oder bei Abstimmungen in der Fraktion erheblich angehoben werden. Dies bedeutet, dass Abgeordnete beim Fehlen in den genannten Gremien mit höheren Kürzungen als bisher belastet werden, und diese Kürzungsbeträge – da waren wir uns auch im Präsidium einig – sollen weiterhin eine Erhöhung erfahren.

Auch ich möchte zu dem vorgelegten Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP noch kurz unsere Zustimmung zum Ausdruck bringen. Es geht ja um die Entschädigung für Mitglieder von Unterausschüssen wie in diesem Fall des Unterausschusses Neue Steuerungsinstrumente, die bei dieser Arbeit zeitlich sehr stark in Anspruch genommen werden. Zustimmung können wir deshalb, weil im Gesetz eindeutig ausgeführt wird, dass es um zeitlich und sachlich befristete Aufträge geht. Damit ist die Tätigkeit begrenzt, und die Mitglieder eines Unterausschusses werden nicht auf Dauer eine Entschädigung bekommen, sondern nur befristet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine Erhöhung, die ein Mitglied eines Gremiums erhält und sich immer auch noch selber genehmigen muss, wird in der Öffentlichkeit immer kritisiert werden. Meine Fraktion stellt sich der Kritik. Wir stimmen dieser Diätenerhöhung zu.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Das Wort erteile ich Herrn Kollegen Kleinmann.

**Abg. Kleinmann FDP/DVP:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Tarifabschlüsse liegen derzeit alle über 3 %. 2,8 % sind also eine mäßige Erhöhung. Dies steht in dieser Vorlage noch nicht drin; deshalb habe ich es erwähnt. Ansonsten stimme ich meinen Vorrednern zu. Die FDP/DVP-Fraktion wird sowohl dem Gesetzentwurf als auch dem Änderungsantrag ihre Zustimmung geben.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei allen Fraktionen – Zurufe: Sehr gut!)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Lösch.

**Abg. Brigitte Lösch GRÜNE:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch unsere Fraktion stimmt der vorgeschlagenen Erhöhung der Abgeordnetenbezüge zu, weil

(Brigitte Lösch)

wir sie in der Tat für eine maßvolle und angemessene Erhöhung halten.

(Vereinzelt Beifall)

Die Frage der Angemessenheit der Abgeordnetenbezüge klärt sich ja im Vergleich zu der allgemeinen Einkommensentwicklung. Wenn man sich anschaut, dass sich unsere Abgeordnetendiäten um 2,8 % erhöhen und dass bei allen Tarifrunden, die im Jahr 2002 stattgefunden haben, eine „3“ vor dem Komma steht, denke ich, dass es in der Tat eine maßvolle Steigerung der Diäten ist.

Was die steuerfreien Pauschalen anbelangt, werden die Steigerungen vorgenommen, die einem Ausgleich des Inflations- und Kostensteigerungsindex entsprechen. Wenn man die Steigerungen der Einzelhandelspreise und der Preise für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen berücksichtigt, dann sind wir mit unseren vorgeschlagenen Erhöhungen genau im Rahmen. Sie betragen bei den Unkostenpauschalen 3,5 %. Die Tagespauschale wird um 5,3 % erhöht und die Reisekostenpauschale um 5 %.

Wir brauchen eine angemessene Entschädigung, die dafür sorgt, dass im Landtag alle gesellschaftlichen und beruflichen Gruppen vertreten sein können. Wir brauchen unabhängige Abgeordnete,

(Abg. Hauk CDU: Genau!)

die nicht am langen Gängelband irgendeiner Lobbygruppe hängen, weil sie mit ihrem Lohn abhängig sind.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen – Abg. Hauk CDU: Und nicht am Gängelband der Partei!)

Ich zitiere Peter Glotz aus einem „Zeit“-Artikel, der heute unter der Rubrik „Dein Abgeordneter, der arme Schlucker“ erschienen ist:

Wer also nicht will, dass die Politik zur Magd der Wirtschaft wird, muss den Politikerberuf attraktiver machen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Lasotta CDU: Sie sind doch attraktiv!)

– Manche sind attraktiv, manche weniger, Herr Dr. Lasotta.

Das Zweite, was jetzt neu ist, hat der Kollege vor mir auch schon angesprochen: Die Kürzungsbeträge bei fehlender Sitzungspräsenz werden erhöht. Das hat etwas mit Disziplinierungsmaßnahmen und Sanktionen auch für die Abgeordneten zu tun. Seit 1984 ist dieser Betrag nicht mehr angepasst worden. Er erhöht sich jetzt von 36 € auf 40 €. Für das Versäumen einer namentlichen Abstimmung gibt es einen Abzug: statt bisher 20 € künftig 25 €.

Jetzt noch zum Abschluss ein Wort zum Änderungsantrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP, in dem es darum geht, die Mitglieder von Unterausschüssen mit zeitlich und sachlich befristetem Auftrag ebenfalls mit aufzunehmen. Unsere Fraktion wird diesem Antrag nicht zustimmen, weil wir da noch Klärungsbedarf haben. Es gibt noch ungeklärte Fragen. Wir konnten diesen Antrag noch nicht in der Fraktion beraten. Es gibt ungeklärte Fragen in Bezug auf die Tatsache, dass

es nach wie vor einige Mitglieder gibt, die auch Mitglieder in verschiedenen Ausschüssen sind, wobei auch nicht geklärt ist, dass sie mehr Geld bekommen sollen. Das heißt, wir werden uns bei diesem Änderungsantrag der Stimme enthalten, weil wir noch Beratungsbedarf haben.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Hauk CDU)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Abg. Drexler SPD: Wer spricht von der Regierung?)

– Herr Drexler, ich bedanke mich für den Hinweis, aber Sie dürfen dieses Mal ganz allein für sich sprechen.

(Abg. Drexler SPD: Wer? Die Regierung?)

– Sie, Herr Drexler.

Wir kommen in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g**. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 13/1151. Dazu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/1184, vor.

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie auf eine redaktionelle Änderung aufmerksam machen. Im Änderungsantrag Drucksache 13/1184 muss es nach den Worten „,ebenso für die Dauer des Verfahrens die Mitglieder von Untersuchungsausschüssen“ werden die Worte“ heißen: „, von Unterausschüssen mit zeitlich und sachlich befristetem Auftrag“. Das heißt, dort wird redaktionell das Wort „von“ eingefügt. Ich hoffe, Sie haben das alle akustisch verstanden.

(Große Unruhe – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das ist doch eine inhaltliche Änderung, Frau Präsidentin!)

Ich rufe auf

Artikel 1

und lasse zunächst über den Änderungsantrag Drucksache 13/1184 mit der redaktionellen Ergänzung abstimmen. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! –

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Wer enthält sich?)

Enthaltungen? – Dem Antrag ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich lasse nunmehr über die Änderungen abstimmen, die der Ständige Ausschuss in seiner Beschlussempfehlung Drucksache 13/1151 vorschlägt. Wer diesen Änderungen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Große Unruhe – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Jetzt seid doch einmal ruhig!)

Gegenprobe! – Enthaltungen? – Den vom Ständigen Ausschuss empfohlenen Änderungen ist einstimmig zugestimmt. Damit ist Artikel 1 mit den soeben beschlossenen Änderungen zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Beate Fauser)

Ich rufe auf

## Artikel 2

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 2 ist einstimmig zugestimmt.

### Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 18. Juli 2002 das folgende Gesetz beschlossen:“.

### Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

## S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dem Gesetz wurde einstimmig zugestimmt.

Damit ist Tagesordnungspunkt 8 erledigt.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 9:**

### **Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landesverwaltungszustellungsgesetzes – Drucksache 13/968**

#### **Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 13/1129**

#### **Berichterstatter: Abg. Junginger**

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Schneider das Wort.

**Abg. Schneider** CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieses Landesverwaltungszustellungsgesetz ist in der tagtäglichen Praxis der Verwaltung ein durchaus wichtiges Gesetz. Es ist konsequent in die bundesgesetzliche Rechtslage, insbesondere die prozessuale, eingepasst. Es genügt den Anforderungen der tagtäglichen Verwaltungspraxis, und wir haben über die Fraktionen hinweg in dieser Gesetzesbewertung keine politischen Differenzen. Deshalb ist eine vertiefte Befassung mit diesem Gesetz jetzt nicht mehr angezeigt. Ich kann sagen: Die CDU-Fraktion stimmt zu.

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und Abgeordneten aller Fraktionen – Zurufe: Sehr gut!)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Ich erteile das Wort Herrn Abg. Stickelberger.

**Abg. Stickelberger** SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Für die SPD-Fraktion erkläre ich ebenfalls Zustimmung.

Danke schön.

(Lebhafter Beifall bei allen Fraktionen)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Ich erteile das Wort Herrn Abg. Theurer.

(Abg. Dr. Birk CDU: Abstimmen!)

**Abg. Theurer** FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe eine dreistündige Rede vorbereitet. Die werde ich nicht halten.

(Oh-Rufe – Abg. Dr. Birk CDU: Aber bitte zu Protokoll geben!)

Auch die FDP/DVP-Fraktion wird diesem Gesetzentwurf zustimmen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Ich erteile das Wort Herrn Abg. Oelmayer.

**Abg. Oelmayer** GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zu fortgeschrittener Stunde doch eine kleine Anmerkung zu dem Gesetzesvorhaben der Landesregierung.

(Zurufe: Oh!)

Es freut mich natürlich sehr, dass auch der Kollege Schneider dieses Gesetzesvorhaben begrüßt und die CDU-Fraktion das mit Beifall mitträgt. Es ist im Übrigen ein rot-grünes Gesetz, das auf Bundesebene erlassen worden ist

(Zurufe: Oh!)

und das wir im Land umsetzen müssen. Ich stelle das am Ende eines langen Sitzungstags natürlich mit Freude fest. Natürlich stimmt auch die Fraktion GRÜNE im Landtag von Baden-Württemberg diesem Gesetzesvorhaben zu.

(Beifall bei allen Fraktionen)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Ich erteile das Wort Herrn Minister Dr. Schäuble.

**Innenminister Dr. Schäuble:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Dieses Gesetz ist ein Großvorhaben dieser Legislaturperiode. Es taugt nicht für eine namentliche Abstimmung. Ich bitte um freihändige Zustimmung.

Vielen Dank.

(Beifall bei allen Fraktionen)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g**. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Innenausschusses, Drucksache 13/1129.

Ich rufe auf

## Artikel 1

Wer Artikel 1 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Artikel 1 des Gesetzentwurfs ist einstimmig zugestimmt.



(Stellv. Präsidentin Beate Fauser)

Ich rufe auf

## Artikel 2

und dazu die in der Beschlussempfehlung des Innenausschusses, Drucksache 13/1129, empfohlene Änderung. Wer Artikel 2 des Gesetzentwurfs mit der Änderung beim Inkrafttreten entsprechend der Beschlussempfehlung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Artikel 2 ist einstimmig so zugestimmt.

### Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 18. Juli 2002 das folgende Gesetz beschlossen.“

### Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Landesverwaltungszustellungsgesetzes“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

## S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Dem Gesetz wurde einstimmig zugestimmt.

Punkt 9 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 10:**

### **Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 18. März 2002 – Organisation und Arbeitsweise der Veranlagungsstellen bei den Finanzämtern – Drucksachen 13/853, 13/1114**

**Berichterstatter: Abg. Dr. Scheffold**

Wem darf ich das Wort erteilen? – Herr Abg. Dr. Scheffold.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD – Gegenruf des Abg. Hauk CDU: Sie wollten doch die Aussprache!)

– Intern wurde vereinbart, dass sich die Fraktionen auf eine Redezeit von drei Minuten beschränken. Vielen Dank.

**Abg. Dr. Scheffold** CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Landtag hat nicht nur die Aufgabe und die Verpflichtung, die Ausgaben, die das Land tätigt, immer wieder selbstkritisch zu überprüfen, sondern sich auch zu bemühen, die Einnahmeseite der Landesfinanzen zu verbessern und zu optimieren.

In diesem Zusammenhang sehen wir die Feststellungen des Rechnungshofs, der Organisation, Personalausstattung und Arbeitsweise der Veranlagungsstellen bei den Finanzämtern untersucht hat. Er hat dabei den Kernbereich der Finanzämter einer kritischen Untersuchung unterworfen und interessante Ergebnisse erzielt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte, um mich wirklich kurz zu fassen, nur auf den aus meiner Sicht wesentlichen Punkt hinweisen. Wir werden uns sicherlich darüber unterhalten müssen und auch kritisch überlegen

müssen, welche Verbesserungen wir in unserem Wirkungsbereich aufgrund der Rechnungshofergebnisse erzielen können.

Ich möchte an dieser Stelle aber auch darauf hinweisen, dass der Rechnungshof in seiner Denkschrift schreibt, dass eines der wichtigsten Probleme das komplizierte, praxisfeindliche Steuerrecht mit seiner extrem hohen Änderungsfrequenz sei.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Dieses unterliegt nicht der Zuständigkeit des Landtags, der Landesregierung und der Steuerverwaltung. Auf Seite 18 seines Berichts schreibt der Rechnungshof: „Der Kern des Problems liegt im vielfach beklagten Steuerrecht.“ Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich hoffe, dass wir im September dann die Voraussetzungen schaffen, um mit einer neuen Bundesregierung unter einem Bundeskanzler Stoiber zu einem anderen Steuerrecht kommen zu können,

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

das uns sowie unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern zugute kommt.

Ich darf darauf hinweisen, Herr Kollege Palmer: Wir haben in den letzten vier Jahren unserer Regierungszeit immerhin zwei Steuern abgeschafft: die Vermögensteuer und die Gewerbesteuer. Wenn ich das mit dem vergleiche, was in den letzten vier Jahren vonseiten der jetzigen Bundesregierung geschehen ist, dann meine ich: Die Ökosteuer, das 325-€-Gesetz, das sind keine Steuervereinfachungen, sondern das hat Mehrarbeit für die Finanzämter mit sich gebracht.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Herr Abg. Dr. Scheffold, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schmid?

**Abg. Dr. Scheffold** CDU: Bitte, wenn es sein muss.

**Abg. Schmid** SPD: Herr Kollege Scheffold, nehmen Sie mit mir zur Kenntnis, dass der Rechnungshof ausdrücklich darauf verzichtet hat, bundesrechtliche Rahmenbedingungen für Vereinfachungen zu prüfen, sowohl was das Steuerrecht als auch was das Veranlagungsverfahren angeht, und dass das deshalb nicht das Hauptthema dieser beratenden Äußerung ist?

**Abg. Dr. Scheffold** CDU: Ich darf Ihnen, nachdem das ja keine Frage, sondern eine Feststellung war, meine Feststellung entgegenhalten: Ich habe darauf hingewiesen, dass wir aufgrund der Äußerung des Rechnungshofs überlegen müssen, ob wir als Landtag im Rahmen unserer Möglichkeiten gemeinsam das eine oder andere verbessern können.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Der entscheidende Grund für die schwierige Situation liegt aber darin, dass das Steuerrecht in Deutschland zu kompliziert ist. Das zu ändern liegt nicht in unserer Zuständigkeit.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Ich erteile Herrn Abg. Seltenreich das Wort.

**Abg. Seltenreich SPD:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, hohes Haus! Zunächst einmal: Die beratende Äußerung des Rechnungshofs vom März 2002 ist eigentlich eine schallende Ohrfeige, so groß wie der Schlossplatz vor dem Finanzministerium.

(Beifall des Abg. Schmid SPD)

Es wurde aufgrund von Vermutungen des Rechnungshofs festgestellt, dass die Steuerverwaltung bis zu 362 Millionen € einnehmen könnte, wenn ausreichend Personal vorhanden wäre. Die Realisierungsquote beträgt aber nur ca. 60 %. Das bedeutet übrigens, dass jeder Sachbearbeiter, der rund 102 000 DM kostet, rund 207 000 DM an Erträgen bringt. Hier geht es um die Frage der Effektivität der Verwaltung, und anschließend stellt sich die Frage, wie es mit der Effizienz aussieht.

Der Rechnungshof hat einen bemerkenswerten Satz dazu geschrieben, warum er geprüft hat. Er wollte zum Beispiel Personalreduzierungen in der Steuerverwaltung nachgehen ohne vorherige Prüfung der fiskalischen Auswirkungen auf der Einnahmeseite.

Ein Punkt ist gewiss auch die Frage des komplizierten Steuerrechts insgesamt. Aber Personalverlagerungen und dazu noch, wie schon gesagt, die mangelnde Personalausstattung der Ämter sind im Prinzip schuld daran, dass die Quote von 362 Millionen € auch nicht annähernd erreicht werden kann.

Deswegen müssen wir uns fragen, was wir tun können, um entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Ich sage nur, weil wir nicht viel Zeit haben: Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft, die Personalräte haben in der Vergangenheit laufend gemahnt, dass das ein Problem darstellt. Das Ganze wurde jedoch sehr leicht genommen. Die Landesregierung hat in der Zwischenzeit ja – auch aufgrund des Drucks der Opposition – ein Strukturprogramm für die Finanzämter vorgelegt. Dies reicht insgesamt aber nicht aus.

Das Problem besteht darin, dass die Mitarbeiter in den Finanzämtern in der Zwischenzeit demotiviert sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie fühlen sich nicht gerecht behandelt, schon deswegen, weil die Stellendurchschlüsselung nicht ausreicht, weil die Beförderung zur nächsten Gehaltsstufe teilweise zwischen 12 und 15 Jahren dauert, weil die Regierung zum Beispiel erst die Zahlung einer Leistungszulage verspricht, sie auch einführt und dann wieder streicht. Das sind doch demotivierende Faktoren, die man nicht unterschätzen darf. Hinzu kommt eine Reihe von Streichungen bzw. Kürzungen sozialer Leistungen wie zum Beispiel der Pensionen oder auch der Zusatzversorgung.

Ein weiterer Punkt, den ich hier noch nennen will – das ist ein Problem –: Gleichzeitig mit der Kumulierung von Nachteilen in der Finanzverwaltung will man – meines Erachtens zu Recht – neue Steuerungsinstrumente einführen.

Wenn wir das wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen, brauchen wir dafür in den Verwaltungen eine gewisse Akzeptanz. Diese erreicht man nicht dadurch, dass man zunächst einmal sagt: „Das Ganze muss sich rechnen. Wir streichen von vornherein Stellen für den Bereich der neuen Steuerungsinstrumente.“ Zusammengenommen ergibt das Ganze keinen Sinn. Meines Erachtens gibt es auch in der Verwaltung selbst erhebliche Widerstände.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Ich will zum Schluss Folgendes sagen: Wir sind auch für Steuervereinfachungen. Nur wissen wir, dass die bisherigen Steuervereinfachungen nicht dazu geführt haben, dass dabei tatsächlich etwas Vernünftiges herausgekommen ist, weil jede Lobbygruppe „gepienzt“, gejammert hat. Anschließend sind die Dinge manchmal schwerer geworden – übrigens auch für die Mitarbeiter.

Anderes wie zum Beispiel die elektronische Steuererklärung, wobei wir risikoorientiert –

(Abg. Fleischer CDU: Drei Minuten!)

je nachdem, wie gut die Steuererklärung ausgefüllt worden ist – entsprechend handeln könnten, ist noch nicht am Horizont zu erkennen. Den Ärger, den wir mit dem Bürger haben – nach dem Motto: „Beim Denken ans Vermögen leidet oft das Denkvermögen“ –, müssen die Mitarbeiter ebenfalls aushalten, gerade wenn neue Steuerprogramme wie WISO und Ähnliches auf dem Markt sind.

Ich sage zu dieser Sache nur eines: Es geht zwar auch ums Geld, es geht aber auch darum, dass beim Bürger Steuerakzeptanz besteht.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Hier muss so etwas entstehen wie Steuergerechtigkeit, dass man weiß: In Baden-Württemberg gibt es nicht eine Quote von 60 %, sondern jeder hat seine Steuern zu zahlen.

Das andere ist eigentlich auch klar. Auch wenn der Finanzminister vielleicht der Meinung ist, dass das Land Baden-Württemberg gar nicht so viel Geld erzielen kann, weil es sich meistens um Verbundsteuern handelt, die in andere Kanäle fließen – zum Bund oder zu den Gemeinden –,

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Drei Minuten!)

sage ich klipp und klar, dass wir als Parlament eine Gesamtaufgabe in der Bundesrepublik haben. Steuern sind nämlich unser aller Steuern und nicht nur die des Landes Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Theurer. Ich möchte Sie bitten, die Redezeit einigermassen einzuhalten.

**Abg. Theurer** FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte für die FDP/DVP-Fraktion eine Vorbemerkung machen und drei Feststellungen treffen.

Die Vorbemerkung: Wenn man in der Vergangenheit den Vorschlägen der FDP gefolgt wäre, hätten wir ein einfacheres und gerechteres Steuerrecht.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Heike Dederer  
GRÜNE: Was habt ihr denn in 16 Jahren gemacht?)

Die FDP/DVP-Fraktion möchte konkret Folgendes zu den Feststellungen des Rechnungshofs sagen:

Erstens: Wir stellen fest, dass diese Empfehlungen eine gute Grundlage für Verbesserungen sind. Wir erwarten von der Finanzverwaltung, dass nachvollziehbare Qualitätsverbesserungen im Veranlagungsbereich jetzt mutig angepackt werden.

Zweitens unterstützen wir eine verstärkte DV-Unterstützung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Drittens schließen wir uns der Meinung an, dass vom Personalabbau in den Veranlagungsstellen abgesehen werden sollte und zuerst andere vom Rechnungshof angeregte Einsparungen im Bereich des Personals in der Finanzverwaltung vorgenommen werden sollten.

Hierzu möchte ich eine Zahl zitieren. Der Rechnungshof weist darauf hin, dass je Bearbeiter Personal- und Sachkosten in Höhe von 52 500 € anfallen, gleichzeitig dieser Mitarbeiter aber Steuern in Höhe von 106 054 € einnimmt. Das sind also voll rentierliche Stellen. Insofern ist es ökonomisch richtig, in diesem Bereich das Personal zu erhalten und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass es noch effizienter und effektiver eingesetzt wird.

(Beifall bei der FDP/DVP)

In diesem Sinne müssen wir die Empfehlung des Landesrechnungshofs umsetzen. Wir erwarten, dass im Finanzministerium alles erdenklich Mögliche getan wird, um dies auch in die Tat umzusetzen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Ich erteile Frau Abg. Dederer das Wort.

**Abg. Heike Dederer** GRÜNE: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Pfister, Sie haben es richtig gesehen: Ich habe eine dreistündige Rede vorbereitet, dem Thema natürlich angemessen.

(Beifall des Ministers Dr. Repnik – Heiterkeit)

Verehrter Herr Minister und verehrte Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP/DVP, ich brauche Ihnen nach den Haushaltsberatungen, die wir geführt haben, und auch nach den jüngsten Steuerschätzungen sicher nichts über die Bedeutung unserer Steuerverwaltung für die Sicherung unserer Einnahmen zu sagen. Sie haben bei den Haushalts-

beratungen selbst gemerkt, dass man etwas für die Steuerverwaltung tun muss. Sie haben Stellenhebungen leider nur in kleinem Umfang beschlossen.

(Zuruf des Abg. Theurer FDP/DVP)

Aber das ist sicher ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Das ist natürlich zu wenig. Dies bestätigt auch die jüngste Untersuchung des Rechnungshofs, die uns jetzt vorliegt.

Auch schon vor dieser Untersuchung war uns einiges über die Situation in der Steuerverwaltung bekannt. Ich darf hierzu noch einiges erwähnen: beispielsweise die unzumutbaren Beförderungszeiten – der Kollege Seltenreich hat auch schon darauf hingewiesen –, mangelnde Familienfreundlichkeit bei Versetzungen, die steigende Arbeitsbelastung und nicht zuletzt auch die beginnende Pensionierungswelle in den nächsten Jahren, die uns zu denken geben sollte.

Jetzt haben wir es schwarz auf weiß, welche Auswirkungen die Personalreduzierungen auf die Einnahmeseite haben und wie sich auch die Personalverlagerungen vom Innendienst in den Außendienst in den letzten Jahren ausgewirkt haben. Wir wissen auch, dass das komplexe Steuerrecht natürlich Probleme in der Steuerverwaltung mit sich bringt. Nur, verehrter Kollege Scheffold, verehrter Kollege Theurer: Auch in 16 Jahren unter Kohl ist dieses Steuerrecht nicht vereinfacht worden, ganz im Gegenteil.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich erinnere mich an eine so genannte Steuervereinfachung im Jahr 1992. Danach waren die Einkommensteuerrichtlinien doppelt so dick wie davor.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Die Aussage ist falsch!  
Stoltenberg-Reform war die Vereinfachung des Steuerrechts!)

Natürlich kamen auch neue Aufgaben auf die Finanzverwaltung zu, beispielsweise die Bankenfälle, die natürlich auch sehr viel mehr Arbeit mit sich gebracht haben.

Viele Finanzbeamte klagen auch über den Statistikdruck. Es wird nur auf die Schnelligkeit der Bearbeitung geachtet. Das geht natürlich zulasten der Qualität. Auch dies hat der Rechnungshof hier noch einmal deutlich festgestellt.

Trotz dieser negativen Rahmenbedingungen kam es, vor allem im Veranlagungsbereich, zum Personalrückgang, obwohl gleichzeitig auch die Zahl der Steuerfälle, also die Zahl der Grundkennbuchstaben, zugenommen hat. Dies alles führt natürlich insgesamt zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.

Auch wer jetzt auf die zunehmende Automatisierung verweist, sollte sich diese Untersuchung durchlesen. Da kann man nachlesen, dass die Automatisierung vielfach ein Mehr an Arbeit mit sich bringt, weil es teilweise noch zu Medienbrüchen kommt und hier mit viel Aufwand noch nachträglich gearbeitet werden muss.

Wir sollten, denke ich, dringend einige Dinge grundsätzlich angehen. Ich nenne hier nur ein paar Stichworte: Die



(Heike Dederer)

Durchschlüsselung, auch die Regelungen zum Erziehungsurlaub und letztendlich auch die EDV-Ausstattung sollten noch einmal generell überprüft werden. Hierzu sollten Verbesserungsvorschläge gemacht werden. Wir haben unsere Vorschläge, die wir bis zu dieser Untersuchung noch einmal zurückgestellt haben, schon in einem Entschließungsantrag zum Doppelhaushalt eingebracht.

Wir sehen aber auch Verbesserungsbedarf in einzelnen Punkten, die jetzt auch die Untersuchung vorschlägt. Beispiel: Die manuelle Übertragung der Daten der Betriebsprüfung in Festnetzspeicher ist natürlich ein Unsinn in Zeiten, in denen eigentlich jeder Prüfer einen Laptop mit dabei hat. Hier müsste also wirklich eine automatische Einspeicherung möglich sein.

In der Untersuchung wird auch darauf hingewiesen, dass es in den Bezirken, in denen die Personengesellschaften veranlagt werden, immer noch keine Datenverarbeitung gibt. Das in der heutigen Zeit klar zu machen ist wirklich schwierig.

Es gibt auch einen hohen Korrekturbedarf bei den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung. Hier sollte man wirklich darauf achten, dass auf die Prüfung Zeit verwandt wird.

Wir bitten das Ministerium, die Anregungen des Rechnungshofs aufzunehmen. Der Rechnungshof empfiehlt beispielsweise auch die bundesweite Ausweitung der elektronischen Steuererklärung. Wir sollten uns alle dafür einsetzen, dass das schnellstmöglich kommt,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist richtig!)

weil das auch eine Vereinfachung für alle, vor allem auch für die Steuerverwaltung, mit sich bringt.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Aber für die nicht, die sich nicht mit Computern auskennen!)

Für uns ist wichtig, dass in Zukunft nicht nur die Schnelligkeit der Bearbeitung im Vordergrund steht, sondern tatsächlich auch stärker auf die Qualität geachtet wird. Denn um Steuerhinterziehung zu verhindern und um Steuergerechtigkeit herzustellen, braucht es eine attraktive Steuerverwaltung, in der die Leute gute Arbeitsbedingungen haben und in der sie auch gut mit Sachmitteln ausgestattet sind.

Daher darf dieses Werk jetzt nicht einfach so im luftleeren Raum schweben. Der Antrag des Finanzausschusses geht hier sicher in die richtige Richtung. Wir werden ihn unterstützen, damit hier einfach auf Grundlage dieser Untersuchung weitergearbeitet wird.

Kollege Seltenreich, Steuern sind der Preis der Zivilisation. Im Urwald gibt es keine Steuern. Aber wir sollten natürlich dafür sorgen, dass es eine gerechte und zutreffende Besteuerung gibt; denn das ist die Grundvoraussetzung dafür, dass die Staatsbürger auch diese regelmäßige Belastung zumindest als notwendiges Übel akzeptieren.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Seltenreich SPD)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Das Wort erteile ich Herrn Minister Stratthaus.

**Finanzminister Stratthaus:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Einige wenige Hinweise: Zunächst einmal: Wir nehmen die beratenden Äußerungen des Rechnungshofs sehr ernst. Ich verspreche Ihnen, dass wir uns bemühen werden, die Vorschläge so weit wie möglich zu erfüllen.

Zweitens: Hier sind einige Zahlen genannt worden, die doch einmal relativiert und zurechtgerückt werden müssen. Es ist gesagt worden, jeder Beschäftigte würde 200 000 DM an Steuern einnehmen. Es wäre traurig, wenn es so wäre. Jeder Beschäftigte in der Finanzverwaltung nimmt 5 Millionen DM an Steuern ein. Das betrifft lediglich die Veranlagungen. Das muss man einmal auseinander halten. Es wäre sehr traurig, wenn wir 100 000 DM an Personalkosten ausgeben müssten, um 200 000 DM Steuern einzunehmen. Nur damit das einmal klar ist.

Weiterhin ist es natürlich nicht so, dass es sich für das Land lohnt; denn in der Tat bleibt uns ja von dem, was an Steuern eingeht, nur ein ganz kleiner Teil übrig. Darauf muss ich doch einmal hinweisen. Denn knapp die Hälfte der Einkommensteuer, die wir einnehmen, geht an den Bund. Das, was uns nach Länderfinanzausgleich noch bleibt, sind ungefähr 20 % der bei uns eingenommenen Einkommensteuer.

Meine Damen und Herren, ich möchte nicht falsch verstanden werden: Natürlich ist es unsere Aufgabe, die Steuern richtig zu erheben. Das ist überhaupt keine Frage. Es wird nun behauptet, dass 61 % der möglichen Mehreinnahmen ausgeschöpft würden. Auch der Rechnungshof sagt, dass das eine sehr theoretische Größe ist; denn das würde ja bedeuten, dass man in jedem Fall eine zu hundert Prozent richtige Steuererhebung macht. Das ist bei einer so komplizierten Materie nicht möglich. Ich bezweifle aber nicht, dass in der Tat mehr Steuern erhoben werden könnten, wenn völlig korrekt gearbeitet werden könnte.

Ich muss noch einmal sagen: Für mich ist das Haushaltsargument, also die Mehreinnahmen, von Bedeutung. Aber von noch größerer Bedeutung ist im Grunde genommen die Steuergerechtigkeit; denn es kann in der Tat nicht angehen, dass der eine Glück hat und der andere kein Glück hat.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: So ist es!)

Wir müssen die Steuern richtig erheben.

(Beifall der Abg. Heike Dederer GRÜNE – Abg. Heike Dederer GRÜNE zur CDU und zur FDP/DVP: Jungs, was ist los?)

Es ist auch eine Tatsache, dass das komplizierte Steuerrecht ein Grund der Überlastung unserer Beamten ist.

(Beifall der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Wenn Sie bedenken, dass wir in den letzten Jahren relativ wenig Beamtenstellen in der Steuerverwaltung abgebaut haben, in einer Zeit, in der zum Beispiel in der privaten Wirtschaft alle Massenvorgänge durch die elektronische Datenverarbeitung, durch Rationalisierung auf ein Mini-



(Minister Stratthaus)

mum reduziert worden sind, dann sehen Sie daran, dass dadurch, dass unser Steuerrecht immer komplizierter geworden ist, ein großer Teil unserer Rationalisierungseffekte wieder weggefallen ist.

Es sind nun eine Reihe von Vorschlägen dazu gemacht worden, wie man das verbessern kann. Die technischen Vorschläge werden wir selbstverständlich überprüfen. Eine wichtige Forderung war, bei der Veranlagung der Steuer solle kein Stellenabbau mehr stattfinden. Wir werden uns bemühen, dem zu folgen, aber eines ist klar: Wenn wir den Haushalt konsolidieren wollen, dann müssen wir auch Personal abbauen. Nachdem ich diese Forderung heute von der Opposition, von der SPD gehört habe, erinnere ich mich, dass ich in den letzten Monaten gelesen habe, es sollten mehr Lehrer, mehr Polizeibeamte – jetzt auch noch mehr Steuerbeamte – eingestellt werden. Ich frage mich, wie wir dann den Haushalt konsolidieren sollen. Wir werden auch bei der Steuerverwaltung Personal abbauen müssen. Ich verspreche Ihnen aber, dass wir uns bemühen werden, dies nicht bei den Veranlagungsstellen, sondern an anderen Stellen zu tun. Wir haben zum Beispiel bei den Kassen noch ein gewisses Potenzial.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass wir in den letzten Jahren ganz beträchtliche Umschichtungen beim Personal vorgenommen haben. Bei der Veranlagung arbeiten heute zum Beispiel ungefähr 550 Personen mehr als vor fünf Jahren. Auch bei der Steuerfahndung und bei der Betriebsprüfung, dort, wo wirklich qualifizierte Leute besonders gebraucht werden, haben wir wesentlich mehr Mitarbeiter als vor fünf Jahren, während wir bei den Kassen und überall dort, wo es sich um echte Massenvorgänge handelt, natürlich versuchen zu rationalisieren.

Alles in allem möchte ich Sie bitten, der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses vom 4. Juli, die eben diese drei Maßnahmen empfiehlt, zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 18. März 2002 – Organisation und Arbeitsweise der Veranlagungsstellen bei den Finanzämtern –, Drucksache 13/1114. Wer der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung wurde einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt 10 ist damit erledigt.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 11:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Finanzministeriums vom 29. Mai 2002 – Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Bericht über aktuelle Entwicklungen im Lotteriewesen – Drucksachen 13/1039, 13/1116**

**Berichterstatterin: Abg. Margot Queitsch**

Es ist keine Aussprache vorgesehen.

Wer der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses wurde einstimmig zugestimmt.

Wir kommen damit zu **Tagesordnungspunkt 12:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst vom 3. April 2002 – Gemeinschaftsaufgabe Ausbau und Neubau von Hochschulen; hier: Anmeldungen des Landes zum 32. Rahmenplan nach dem HBFVG – Drucksachen 13/896, 13/1113**

**Berichterstatter: Abg. Schmid**

Es wurde vereinbart, keine Aussprache zu führen.

Wer der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst vom 3. April 2002 ist einstimmig zugestimmt.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 13:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 13. Mai 2002 – Zukunftssicherung des „Hockenheim-Rings Baden-Württemberg“; hier: Grundstückstausch zwischen dem Land (Staatsforstverwaltung) und der Stadt Hockenheim – Drucksachen 13/995, 13/1064**

**Berichterstatter: Abg. Moser**

Es wurde eine Redezeit von drei Minuten vereinbart.

(Widerspruch bei der CDU – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Doch!)

Meine Damen und Herren, besteht Einigkeit darüber, dass keine Aussprache mehr stattfinden soll?

(Zurufe: Nein! – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Nein, es besteht keine Einigkeit!)

– Die Aussprache wird also gewünscht.

(Beifall der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Das Wort erteile ich Herrn Kollegen Reichardt.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Der will doch auch mal was sagen!)

**Abg. Reichardt** CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde meine Rede zu Protokoll geben,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

weil alles schon gesagt ist und weil ich heute meine Gefühlswelt ordnen muss: Der Bundeskanzler hat die Teilnah-

(Reichardt)

me an der Walküre-Generalprobe in Bayreuth abgesagt. Wir sehen den Ferien und der Götterdämmerung entgegen.

(Heiterkeit der Abg. Heike Dederer GRÜNE und Pfister FDP/DVP)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Ich danke Ihnen. Ich bin damit einverstanden, dass Ihre Rede zu Protokoll gegeben wird. (Siehe Erklärung zu Protokoll am Schluss des Tagesordnungspunkts.)

Das Wort erteile ich Frau Abg. Grünstein.

**Abg. Rosa Grünstein SPD:** Frau Präsidentin, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Seit 1932 werden auf dem Hockenheim-Ring Rennen gefahren, und seit 1970 gibt es dort die Formel 1. Das nur zur allgemeinen Kenntnis.

Gemäß den Anforderungen der heutigen Zeit – kürzer, schneller, besser – wurde der Hockenheim-Ring von einer Länge von 6,8 Kilometern auf eine Länge von 4,5 Kilometern verkürzt. Das war ein hartes Stück Arbeit; denn viele Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfractionen haben sich über einen langen Zeitraum hinweg der Erkenntnis verweigert, dass der Hockenheim-Ring nicht nur ein großer Wirtschaftsfaktor für die Region ist, sondern auch ein nicht zu unterschätzendes Symbol für das Image des Landes Baden-Württemberg.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Warum kann das nicht die Autoindustrie zahlen? Warum müssen wir das zahlen?)

Fragen Sie doch mal im Ausland, wer Stuttgart kennt. In den USA oder in Japan werden Sie da nur ein Achselzucken ernten.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Aber bei dem Namen Hockenheim-Ring werden viele Leute sofort wissen, was gemeint ist.

(Unruhe)

Dass der Hockenheim-Ring jetzt in „Hockenheim-Ring Baden-Württemberg“ umbenannt worden ist,

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Das ist teuer erkaufft!)

tut der Sache gut und dem Land Baden-Württemberg auch.

In der letzten Zeit gab es einige Irritationen um die Finanzierbarkeit der Angelegenheit –

(Anhaltende Unruhe – Abg. Ursula Haußmann SPD: Frau Präsidentin, können Sie mal für Ruhe sorgen? – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Meine Damen und Herren, ich möchte Sie bitten, mehr Ruhe zu bewahren, damit die Abgeordnete auch zu Gehör kommt. – Danke schön.

**Abg. Rosa Grünstein SPD:** Es geht nicht schneller, wenn Sie dauernd dazwischenreden, wirklich nicht.

Dass die Grünen damit Probleme haben, kann ich sogar nachvollziehen. Mit dem Fahrrad macht es halt keinen Spaß, über den Hockenheim-Ring zu fahren.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Aber mit den Inlinern!)

– Mit den Inlinern macht es eine Menge Spaß. Auch dafür ist der Umbau nicht schlecht gewesen.

(Anhaltende Unruhe)

Auch die Grünen vor Ort haben damit große Probleme. Ich weiß das, denn ich wohne dort.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Nicht erklären kann ich mir, warum es so lange gedauert hat, bis der Grundstückstausch im Landtag überhaupt zur Beratung kam. Bereits am 20. Dezember vorigen Jahres waren die Verträge mit der Forstverwaltung in trockenen Tüchern.

(Abg. Dr. Birk CDU: Würde es Ihnen etwas ausmachen, wenn ich gehe?)

– Ja, tschüs. Auf Sie kommt es hier bestimmt nicht an.

(Beifall der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Die Mehrkosten, die für die Stadt aufgetreten sind, haben nichts mit dem eigentlichen Ring zu tun, sondern kamen zum Teil auch dadurch zustande, dass die Forstverwaltung versprochen hatte, das gesamte geschlagene Holz abzuholen, dies aber nicht getan hat, sondern nur das Nutzholz abgeholt hat. Die Stadt Hockenheim blieb mit dem Restholz sitzen, und die Entsorgung dieses Holzes schlägt zu Buche – für eine Stadt wie Hockenheim, die knapp über 20 000 Einwohner hat, mit 260 000 € eine schier nicht verkraftbare Summe.

(Anhaltende Unruhe)

Warum einige Herrschaften, besonders von der CDU, noch Erklärungsbedarf hatten, wodurch die Beratungen im Finanzausschuss so lange gedauert haben, wird in den Sternen bleiben.

(Anhaltende Unruhe)

Der Finanzminister, auch ein CDU-Mitglied – nur zu Ihrer Erinnerung –, hatte die Sache, denke ich, groß, breit und auch nachvollziehbar erklärt. Ich hoffe, dass jetzt alle Kolleginnen und Kollegen auch von den Regierungsfractionen alles wissen, was sie wissen wollten.

(Anhaltende Unruhe)

Ich bitte alle, dem Antrag zuzustimmen – im Interesse des Images des Landes Baden-Württemberg, der Region Rhein-Neckar und der Stadt Hockenheim.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kleinmann.

(Anhaltende Unruhe)

**Abg. Kleinmann FDP/DVP:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Man muss die Kosten, die sowohl für die Stadt als auch für das Land entstehen, immer vor dem Hintergrund der enormen Wertschöpfung sehen, die dadurch entsteht, dass man den Hockenheim-Ring ausgebaut und erneuert hat.

(Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Kollege Döring hat wiederholt darauf hingewiesen: In fünf Jahren ist das Ganze schon wieder hereingeholt. Die FDP/DVP ist daher massiv für den Ausbau und die Umgestaltung des Hockenheim-Rings eingetreten.

(Anhaltende Unruhe)

Deshalb werden wir der Beschlussempfehlung zustimmen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Dederer.

(Abg. Dr. Lasotta CDU zu Abg. Heike Dederer GRÜNE: Sind Sie Schumi-Fan?)

**Abg. Heike Dederer GRÜNE:** Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir halten es für eine Frechheit,

(Anhaltende Unruhe)

dass in Zeiten, in denen die öffentlichen Haushalte so stark belastet sind, Geld für ein florierendes Wirtschaftsunternehmen ausgegeben wird. Erst wurden 15 Millionen € zugesagt, jetzt werden noch einmal 540 000 € nachgeschoben, einfach aus dem Ärmel geschüttelt.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Stimmt nicht! Gar nicht!)

Man kann ja zum Motorsport stehen, wie man will. Ich glaube aber, dass wir in solchen Zeiten andere Prioritäten setzen sollten.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Im Innersten Ihres Herzens sind Sie doch auch Schumi-Fan!)

Wenn ich mir die Haushaltsberatungen in Erinnerung rufe – Herr Rückert –: Da haben wir über wesentlich kleinere Beträge sehr viel länger als über diesen großen Brocken, den wir jetzt hier noch nachschieben, diskutiert.

(Beifall bei den Grünen)

– Danke.

(Lebhafte Unruhe)

Wenn ich an Aufgaben wie Kinderbetreuung oder Ausstattung der Schulen oder die Förderung regenerativer Energien denke, dann sehe ich nicht ein, dass wir einen so großen Betrag mir nichts, dir nichts für ein Wirtschaftsunternehmen ausgeben, das sich ohne Probleme selbst finanzieren könnte.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Was ist mit den Arbeitsplätzen, die wegfallen? Was ist mit der Wertschöpfung?)

Meine Damen und Herren, mir kommt es so vor, als würde hier ein Goldesel vorne mit Dukaten gefüttert, nur damit hinten statt Dukaten Abgase herauskommen.

Danke.

(Beifall bei den Grünen – Zurufe)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Das Wort erteile ich Herrn Minister Stratthaus.

(Anhaltende Unruhe)

**Finanzminister Stratthaus:** Meine Damen und Herren, wenige Sätze: Ich bin nicht nur Finanzminister, sondern auch direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises, in dem Hockenheim liegt.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

– Langsam! – Ich habe selten erlebt, dass von der Opposition zwei so unterschiedliche Meinungen geäußert worden sind wie hier.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Für uns ist das wichtig!)

Auf der einen Seite haben die Grünen gemeint, es sei eine Frechheit, überhaupt etwas zu geben.

(Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Dieser Meinung kann man sein. Die Grünen haben gemeint, es sei eine Frechheit, überhaupt etwas zu geben, und von der SPD ist uns vorgeworfen worden, wir hätten nicht sofort

(Anhaltende Unruhe)

Mittel und außerdem zu wenig gegeben.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Dann liegen wir doch gut!)

Jetzt muss ich Ihnen etwas sagen, Frau Grünstein: So einfach haben wir uns das nicht gemacht.

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Ich habe sehr lange nachgedacht. Ich empfinde es als Kompliment, wenn Sie sagen, wir hätten lange darüber nachgedacht. Wir haben in unserer Fraktion sehr lange darüber nachgedacht, ob das zu verantworten ist.

(Anhaltende Unruhe)

Das ist überhaupt keine Frage.

(Minister Stratthaus)

Als in Hockenheim auch gesagt worden ist: „Schneller geben, mehr geben“, habe ich vor 1 000 Leuten gesagt, dass ich es als Finanzminister nicht leicht habe, wenn mich ein oberschwäbischer Landrat fragt, wieso ich keine 2 Millionen für seine Turnhalle habe, wenn 30 Millionen für den Hockenheim-Ring ausgegeben werden.

(Anhaltende Unruhe)

Und das Erstaunliche: Die Bevölkerung von Hockenheim hat geklatscht. Denn die Leute sind nicht so dumm, dass sie die Problematik einer solchen Sache nicht erkennen würden. So dumm kann nur die Opposition sein, uns vorzuwerfen – –

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Lebhaftes Zurufe von der SPD und den Grünen – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Unverschämt, so etwas! – Glocke der Präsidentin)

– Ich nehme das zurück und sage: nur ein Teil der Opposition. Das andere nehme ich gerne zurück.

(Abg. Fischer SPD: Das macht es nicht besser! – Weitere lebhaftes Zurufe)

Ich bin der festen Überzeugung, dass es richtig war, den Hockenheim-Ring zu unterstützen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Er ist ein großer Werbeträger für das Land.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Arbeitsplätze!)

Ich wollte aber noch einmal deutlich gemacht haben: Wenn jemand behauptet, wir hätten das wohl überlegt gemacht, wir hätten uns Zeit gelassen, wir hätten nachgedacht, dann empfinde ich das nicht als Kritik, sondern als Kompliment.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut! – Weitere Zurufe)

**Stelly. Präsidentin Beate Fauser:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen deshalb zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses.

(Anhaltende Unruhe)

– Meine Damen und Herren, ich bitte um mehr Ruhe.

Wir stimmen ab über die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/1064, zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 13. Mai 2002 – Zukunftssicherung des „Hockenheim-Rings Baden-Württemberg“ –, Drucksache 13/995. Wer der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. –

(Abg. Teßmer SPD: Trotz Beleidigung, ja!)

Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen ist der Beschlussempfehlung zugestimmt.

Punkt 13 der Tagesordnung ist damit erledigt.

\*

### Erklärung zur Protokoll gemäß § 102 Abs. 3 GeschO

**Abg. Reichardt CDU:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzministeriums zur „Zukunftssicherung des Hockenheim-Rings Baden-Württemberg“ sind klar. Zum speziellen Thema des Grundstückstauschs zwischen der Staatsforstverwaltung unseres Bundeslandes und der Stadt Hockenheim hat der Finanzausschuss bei einer einzigen Gegenstimme seine Zustimmung zur Vorlage des Ministeriums erteilt. Der Landesrechnungshof wurde in der Sitzung ausdrücklich befragt. Er hat gegen die Maßnahme nichts einzuwenden und hat keine haushaltsrechtlichen Bedenken.

Unser Bundesland Baden-Württemberg hat sicherlich keinen Überhang an spitzensportlichen Ereignissen. Dies ist eine Tatsache, die im Vergleich zu anderen Bundesländern von Sportexperten immer wieder festgestellt wird. Traditionen solcher Ereignisse – etwa aus Olympischen Spielen heraus – sind etwa in den Großräumen Berlin, zumal als Hauptstadt, und München ausgeprägter.

Motorsportlich hat Hockenheim mit dem klangvollen Namen des Nürburgrings und mit dem Lausitzring zu kämpfen. Und es hat diesen Kampf betriebswirtschaftlich unverkennbar erfolgreicher bestanden als der Lausitzring, den ich schon zu Zeiten von Bundeswirtschaftsminister Rexrodt als wenig Erfolg versprechendes Projekt bezeichnet habe. Denn der Markt für solche Spitzenrennstrecken mit ihrer vielfältigen Infrastruktur ist quantitativ und qualitativ eng. In den letzten 50 Jahren hat er sich in Deutschland im Kern auf zwei bis drei konzentriert.

Es geht für die Stadt Hockenheim, für den nördlichen Teil unseres Bundeslandes und für Baden-Württemberg insgesamt um die Frage, ob wir die erforderliche Unterstützung leisten wollen, mittelfristig und langfristig ein Ereignis von weltweitem Rang und Interesse in Hockenheim zu binden und eine marktfähige Strecke zu erhalten, oder ob uns das egal ist. Ich wage die These: Unabhängig von der Frage, ob der Einzelne die Formel 1 und den Motorrennsport liebt, kommt an einem Grand-Prix-Wochenende ein Vielfaches dessen in die Staatskasse, was wir in den jetzt notwendig gewordenen Ausbau investiert haben. In der kommenden Woche, zu Beginn der Ferienzeit, ist Rennwoche in Hockenheim. Die Atmosphäre ist völlig anders als in Iffezheim. Der betriebswirtschaftliche Effekt für unser Bundesland ist jedem leicht erkennbar. Und das ökologische Problem ist insgesamt betrachtet nicht größer als bei vergleichbaren Großveranstaltungen anderer Sportsparten.

Es hat schon im Hockheimer Stadtrat grüne Tradition, gegen die Rennstrecke zu sticheln. Ich buche deshalb den Wunsch unserer grünen Kolleginnen und Kollegen im Landtag, hier nochmals zu debattieren, ab. Es geht darum, vor der Bundestagswahl nochmals ein einfaches und für viele Menschen verständliches Thema heranzuziehen, um auch noch etwas Ökologisches im Angebot zu haben: etwas Ökologisches, das plakativ klingt und politisch kostenlos ist.

Meine Damen und Herren, schon in der kommenden Woche wird niemand mehr an die Grünen im Landtag denken.



(Reichardt)

Denn dann reißt die Begeisterung für Hockenheim mit. Damit steht Baden-Württemberg im Zentrum. Die roten Renner von Ferrari sind überzeugende rote Renner, im Gegensatz zu unserer Opposition hier im Landtag. Es würde keinen von uns wundern, wenn Gerhard Schröder noch unter der Zielflagge Schumi demonstrativ umhalsen würde, damit forsä Recht bekommt anstatt EMNID, Allensbach und die Forschungsgruppe Wahlen. Auch grüne Renner wird es geben, doch Fachleute sagen, dass sie maximal 6 % der Gesamtstrecke erreichen.

Wenn für den Stern etwas halbwegs Ordentliches herauskommt, sind wir in Baden-Württemberg alle wieder froh, und unser Bundesland hat ein schönes und international ansprechendes Formel-1-Wochenende erlebt und ausgerichtet; ernstlich gesprochen: ein Ereignis, das gerade zu Beginn der Sommerpause vielfältig wirtschaftliche Impulse für unser Bundesland und die angrenzenden Räume in Hessen und Rheinland-Pfalz bringt. Dieses Ereignis für mehrere Jahre in Baden-Württemberg sichern zu helfen war berechtigtes Anliegen von Landesregierung und Mehrheit im Finanzausschuss.

\*

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Meine Damen und Herren, wir kommen damit zu **Tagesordnungspunkt 14:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 29. Mai 2002 – Verkauf des Zirkelgrundstücks Flst.-Nr. 207, Gemarkung Karlsruhe – Drucksachen 13/1037, 13/1065**

**Berichterstatter: Abg. Herrmann**

Wer der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Beschlussempfehlung ist mehrheitlich zugestimmt.

Punkt 14 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 15** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 13/1110, 13/1111, 13/1154, 13/1155, 13/1156**

Gemäß § 96 Abs. 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung zu den Beschlussempfehlungen entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. – Es ist so beschlossen.

Punkt 15 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 16** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 13/1109**

Gemäß § 96 Abs. 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung zu den Beschlussempfehlungen entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. – Sie stimmen zu.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

(Vereinzelt Beifall)

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, dem 16. Oktober 2002, 10:30 Uhr in Freiburg statt. Die Tagesordnung wird vom Präsidium aufgestellt und Ihnen rechtzeitig zugehen.

Meine Damen und Herren, ich wünsche Ihnen gute Erholung und schöne Ferien. Kommen Sie gut erholt zurück.

(Beifall)

**Schluss: 18:10 Uhr**